



Der Sozialist Compère-Morel hat dann das Wort geprägt, das ich diesem Artikel als Überschrift gegeben habe: „Wir stehen vor der moralischen Liquidation eines Régimes!“

Borna-Pegau.

★ In der Beurteilung der Reichstagswahl in Borna-Pegau, wo die engere Wahl zwischen dem Reichspartei von Liebert und dem „Genossen“ Rhsel entscheiden muß, zeigt sich bei der Presse im allgemeinen das Bestreben, sachlich zu bleiben. Das hindert allerdings nicht, daß in liberalen Blättern zur Entschuldig des nationalliberalen Stimmenrückgangs verschiedene wenig stichhaltige Gründe mit unterlaufen. Dazu rechnen wir die Behauptung, daß die Nationalliberalen für ihren Kandidaten auffallend wenig Agitation gemacht hätten, ebenso die Meinung, daß die Nationalliberalen als Querstreiber gewirkt hätten. Im großen und ganzen ist die bürgerliche Presse darin einig, daß die Wähler Mißstimmung in der Stichwahl für Liebert eintreten müßten. Die „Königliche Zeitung“ gibt dieser Mißstimmung, wie schon erwähnt, ganz offenen Ausdruck, und auf denselben Ton sind die Artikel der meisten nationalliberalen Zeitungen gestimmt. Daß die jungliberalen Organe mit ihrer Stichwahlmeinung noch zurückhalten, darf nicht wundern; ihnen muß es schwerfallen, die Wähler nach rechts zu dirigieren, nachdem sie ihnen vorher nur Gruselgeschichten von den verhassten „Reaktionären“ zu erzählen wußten. Von den Fortschrittsparteien sind die radikalsten wie das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankfurter Zeitung“ schnell fertig: „Keine Stimme für Liebert!“ Das braucht freilich nicht tragisch genommen zu werden, denn glücklicherweise haben bei gleichen oder ähnlichen Gelegenheiten die fortschrittlichen Wähler sich nicht um derartige Kommandos gekümmert, sondern haben es abgelehnt, einigen verrannten Parteidoctrinären zuliebe den „Genossen“ zu wählen. Im Hinblick auf die wichtigen Entscheidungen, welche der Reichstag in den nächsten Tagungen auf dem wirtschaftlichen und Handelsvertragsgebiete zu treffen hat, sollte es den liberalen Wählern des überwiegend ländlichen Wahlkreises nicht zweifelhaft sein, für wen sie am 26. März ihre Stimme in die Urne zu legen haben.

Die Neubefetzung der auswärtigen Stationen.

nk. Nachdem in den letzten Tagen drei kleine Kreuzer bezw. Kanonenboote, die länger als ein Jahrzehnt im Auslandsdienst tätig waren, in die Heimat zurückgekehrt sind, ist demnach die anderweitige Befetzung der auswärtigen Stationen zu erwarten. Die drei heimgekehrten Schiffe „Bremen“, „Seeadler“ und „Condor“ hatten bisher die amerikanischen, ostafrikanischen und australischen Stationen besetzt. Von ihnen ist nun „Bremen“ durch den kleinen Kreuzer „Dresden“ ersetzt, während auf den beiden übrigen Stationen die durch die Heimkehr der Stationäre entstandene Lücke noch nicht wieder geschlossen ist. Die Neubefetzung ist in der Weise vorgesehen, daß der zur ostafrikanischen Station gehörige kleine Kreuzer „Geyer“, der zuletzt der Mittelmeer-Division unterstellt war, von der ostafrikanischen zur australischen Station versetzt wird und daß andererseits der kleine Kreuzer „Königsberg“, der zuletzt als Aufklärungskreuzer im Verband der Hochseeflotte Verwendung fand, die Heimat verlassen und unter dem Kommando des Fregattenkapitäns Looff, der bisher im Reichsmarineamt Dienst tat, die Reise nach Ostafrika antreten wird, um dort bis auf weiteres Aufenthalt zu nehmen. „Königsberg“ wird zu diesem Zweck die Befetzung des kleinen Kreuzers „Seeadler“ an Bord nehmen.

Nach der Ausreise der „Königsberg“ und der Überführung des „Geyer“ nach Australien werden dann die 3 erwähnten Stationen durch folgende Kreuzer besetzt sein: Die ost- und westamerikanische durch den Turbinenkreuzer „Dresden“, der in kurzer Zeit durch den kleinen Kreuzer „Karlsruhe“ abgelöst wird, die ostafrikanische Station durch den kleinen Kreuzer „Königsberg“ und das Vermessungsschiff „Möwe“, und die australische Station durch das Kanonenboot „Cormoran“, den kleinen Kreuzer „Geyer“ und das Vermessungsschiff „Planet“. Von den Kommandanten der 3 heimgekehrten Kreuzer treten zwei zur Verfügung des Chefs der Marinestation der Nordsee, während der dritte in das Reichsmarineamt (Waffendepartement) kommandiert ist.

Breslauer Orchesterverein.

Elftes Abonnementskonzert.

Das Ereignis des Abends war das Erscheinen Emil Sauers. Zwanzig Jahre lang ist er nicht in Breslau gewesen. Man hatte den Eindruck, als hätte man nie so Klavier spielen gehört. Sauer ist als Pianist ungefähr das Gegenteil von d'Albert. Fegt jener mit flüchtiger Hand prachtvoll große Skizzen hin, deren Ausführung im Einzelnen er der Phantasie des Hörers überläßt, so ist Sauer der spezifische Kritiker, der Mann des fabelhaft minutiös ausgefeilten Details, der Mann der absolut beherrschten Technik. Es war geradezu unerhört, was unter Sauers Händen mit dem herrlichen Flügel geschah, den er spielte. Hat man je etwas ähnliches an Klangton von einem Pianisten gehört! Wie Silber erglänzten die Kantilenen. Ein berauschernder Klang ging von diesem Spiel aus. Sauer spielte die Tarantella Venezia e Napoli von Liszt so taumelnd rasch und toll, daß dem Hörer ganz wirbelig werden mochte. Und doch fehlte in all dem wilden Strudel nicht ein kleinste Notizen, nirgends kam die leiseste Unklarheit auf. Wer macht's ihm nach? Wer hat heute die Technik dieser blitzschnellen Repetition derselben Taste, die eine Art Spezialität Sauers ist, wer schlägt mit der Linken solche trocknen trommelnden, prasselnden Triller wie er? Das Geheimnis dieses Spiels liegt wohl in der alten Schule. Sauer hat noch die brave Kullasche Handhaltung, wie wir sie noch vor zwanzig Jahren im Klavierunterricht beigegeben bekamen. Es ist doch etwas Großes an diesem alten Fingerpiel. Heute wird mit der „toten Hand“ gespielt, und alles, was bisher damit erreicht worden ist, erscheint weichlich und unpräzise gegenüber dieser alten Technik, die den Fingern gewaltige Kraft gab und dem Ton jenen Glanz und das undefinierbare Kernige, das an Sauers Spiel geradezu hinreißt. Sauer trug das erste Chopinkonzert vor, später eine varierte Gavotte von Rameau und, in starkem Gegensatz dazu, ganz unglaublich stimmungsvoll das Nachtkind op. 23 No. 4 von Schumann. Als Musiker ist er — man möchte sagen eine Fusarennatur, ganz Glanz, ganz geschmeidiges Draufgängertum, ganz jugendliches Feuer seinen grauen Künstlerloden zum Trotz. Das Publikum war begeistert wie ganz selten sonst und nützte Sauer zwei Zugaben ab. Hoffentlich dauert's nicht noch einmal zwanzig Jahre, bis man ihn wieder hört.

An Orchesterwerken gab es diesmal drei ungemein wertvolle und ziemlich selten zu hörende Sachen: Mozarts D-dur-Sinfonie ohne Menuett, Bachs zweites Brandenburgisches Konzert und die Akademische Festouvertüre von Brahms. Das Bachsche Konzert hat vier konzertierende Stimmen, Trompete,

Ein französisches Märchen.

* In Paris erscheint seit drei Jahren eine Monatszeitschrift unter dem Namen „La Région étrangère, Revue Militaire et Coloniale Illustrée“. Sie ist das offizielle Organ der Fremdenlegion und der ehemaligen Legionäre, und ein oberflächlicher Blick in eins der Hefchen genügt, um dem deutschen Leser zu zeigen, daß die Hauptbestimmung des Blattes die ist, der Öffentlichkeit ein möglichst annuitives Bild von den nordafrikanischen Jährlingen, besonders von denen in den Kasernen der Fremdenlegion, zu entwerfen. Die Zeitschrift veröffentlicht in jeder Nummer eine Liste der neu hinzugekommenen Abonnenten. In einer der letzten Nummern stand zwischen irgend einem Korporal des soundsovielten Linienregiments und einem ausgeübten Kapitän ein anderer Abonnent: „Cabinet de S. M. l'Empereur d'Allemagne, à Berlin“. Eine französische Zeitung gliedert diese angebliche Tatsache mit folgenden Worten: „Kaiser Wilhelm II. kann die Zeitschrift, auf die er nun abonniert ist, mit vollem Vertrauen lesen. Er wird keine deplazierte Anspielung, keine irgendwie übelwollende Auslassung in ihr finden. Vielleicht veranlaßt auch die Lektüre der „Région“ trotz des glühenden Patriotismus, dem er immer in der Zeitschrift begegnen wird, daß er seiner Presse ein wenig Mäßigung der Fremdenlegion gegenüber anempfiehlt, deren Organ unter seinen Abonnenten den Oberbefehlshaber der deutschen Armee zählt.“

Die Ausführungen, welche in der Berliner „National-Zeitung“ reproduziert wurden, haben die „Neue politische Korrespondenz“ veranlaßt, an das Geheime Zivilkabinat des Kaisers die Anfrage zu richten, wie es sich mit dem angeblichen Abonnement Seiner Majestät bezw. des Zivilkabinetts verhalte. Darauf ist der Korrespondenz die nachstehende Antwort zugegangen:

„Der Redaktion teile ich auf die Anfrage mit, daß nach den angestellten Ermittlungen weder vom Geheimen Zivilkabinat noch von anderen Behörden aus der Umgebung Seiner Majestät des Kaisers und Königs ein Abonnement auf die Zeitschrift „La Région étrangère“ erfolgt ist. Dagegen sind dem Kabinett seit einiger Zeit ohne Vorfestellung einzelne Nummern der Zeitschrift unter Kreuzband zugesandt worden.“

gez. v. Valentini.“

Auswüchse im Patentagententum.

* Unabhängig von der Stellungnahme zu dem vorläufigen Entwurf eines Patentgesetzes, mit dem sich soeben auch der Deutsche Handelstag beschäftigt hat, verdienen die Auswüchse des Patentagententums ständige Aufmerksamkeit und energische Bekämpfung. Eine vom Reichsamt des Innern ausgearbeitete Denkschrift, deren Inhalt in dem Märzheft der Berichte der Handelskammer für den Kreis Mannheim auszugswweise wiedergegeben ist, gelangt zu folgenden Feststellungen:

Wenn es auch eine Reihe Patentagenten gibt, die den Anforderungen ihres Berufs in technischer und sittlicher Hinsicht gewachsen sind, so hat sich doch gezeigt, daß der große Zuwachs der Patentagenten fast ausschließlich dem nicht entsprechend vorgeschulten und unzuverlässigen Teile zuzurechnen ist. Die Mehrzahl der Patentagenten ist gar nicht in der Lage, die Interessen ihrer Auftraggeber in gehöriger Weise zu vertreten. Noch gefährlicher aber sind diejenigen Patentagenten, denen es nur auf die betrügerische Ausnutzung ihrer Auftraggeber ankommt. Daß deren Anzahl nicht gering sein kann, ergibt sich aus dem Umstand, daß nicht weniger als 59 Patentagenten bekannt geworden sind, die wegen Betrugs, Urkundenfälschung, Diebstahls, Unterschlagung oder ähnlicher Vergehen bestraft waren, bevor sie sich ihrem Gewerbe zuwandten. Das Vorgehen der betrügerischen Agenten ist im allgemeinen immer das gleiche. Die Firma oder auch das Patentbureau wird in prächtiger Weise, die das Vertrauen des Publikums erwecken soll, angepriesen, die Geschäftspapiere tragen Aufdrucke, die den Anschein erwecken können, daß man es mit einer ersten Firma zu tun hat. Hauptgeschäft aber wird unlautere Neklame gemacht. Die den Erfindern zugefügten Schädigungen sind sehr bedeutend, sie fallen um so schwerer ins Gewicht, als die Opfer der betrügerischen Patentagenten überwiegend minderbemittelte Leute sind, die für ihre Idee oft ihr ganzes erspartes Geld hingeben. Trotz alledem hält die Reichsregierung ein gesetzgeberisches Einschreiten erst dann für geboten, wenn nachgewiesen sei, daß bei zweifelsprechender und energischer Anwendung der bestehenden Gesetze, der Reichsgewerbeordnung und des Strafgesetzbuches, dem

übelstand nicht gesteuert werden könne. Um eine Besserung herbeizuführen, wird es einerseits erforderlich sein, die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung scharf zu handhaben und den polizeilichen Überwachung der Geschäftstätigkeit der Patentagenten die durch Veröffentlichungen in der Tages- und Wochenpresse, durch Flugblätter, Vorträge usw. auf das Treiben der betrügerischen Agenten hingewiesen werde.

Deutscher Handelsstag.

sp. Berlin, 19. März. Am Donnerstag begründete zunächst Schmerzahl (Hamburg) folgende vom Ausschuss des Deutschen Handelstages zur Frage der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vorgeschlagene Erklärung:

Der Deutsche Handelstag erkennt den vom Bundesrat beschlossenen und dem Reichstag am 3. November 1913 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, betreffend Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, als geeignete Grundlage für eine Neuordnung an und spricht sich insbesondere dafür aus, daß 1) das Gesetz keine verschiedene Regelung für Orte mit verschiedener Einwohnerzahl treffe. Im Gegensatz zu dem Gesetzentwurf erklärt es jedoch der Deutsche Handelstag für dringend wünschenswert, daß 2) das Gesetz nicht nur für den Betrieb der offenen Verkaufsstellen, sondern auch für das übrige Handelsgewerbe die Arbeit an Sonntagen und Feiertagen eine gewisse Zeit lang gestatte, 3) die für den Ladenschluß am Abend geltende Vorschrift der Gewerbeordnung, die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden, auch auf den Ladenschluß an Sonntagen und Feiertagen Anwendung finde.

Der Referent begründete im einzelnen die Forderungen des Ausschussvorschlages. Insbesondere trat er dafür ein, daß an Orten mit verschieden großer Einwohnerzahl keine verschiedene Regelung der Sonntagsruhe statfinde, wie das vorher beabsichtigt.

In der sehr lebhaften Diskussion betont Justizrat Rahn (München), daß eine einheitliche Regelung der Sonntagsruhe im Grunde genommen nicht möglich sei, weil die Verhältnisse in den verschiedenen Städten durchaus verschieden liegen. Der Referent zog zum Vergleich die englischen Verhältnisse heran und bat, der Handelstag möge keine antisoziale Gesinnung zeigen dadurch, daß er etwa eine Sonntagsarbeit in weitgehendem Maße gestatte. Demgegenüber betonte Dr. Weesmann (Mainz), daß man die englischen Verhältnisse nicht zum Vorbild nehmen dürfe. Gegen den Vorwurf der antisozialen Gesinnung müßte entschieden protestiert werden. Es sei unsinnig, gegen eine eigene Überzeugung den Angehörigen fortwährend Zugeständnisse zu machen. Dr. Alian (Stuttgart) stellte fest, daß in Stuttgart sich 30 verschiedene Verbände des Handelsgewerbes gegen eine einheitliche Regelung der Sonntagsruhe erklärt haben, womit der Beweis geliefert sei, daß auch in einer großen Stadt ein Bedürfnis für Sonntagsarbeit nicht gegeben sei. — Justizrat Rahn (München) schloß sodann vor, die Regelung in jedem einzelnen Falle den Kommunen zu überlassen. — Kommerzienrat Wamberg (Berlin) gab der Anschauung Ausdruck, daß selbst in dem großen Berlin in den Vororten eine Sonntagsruhe für die Geschäftsleute einen starken Schaden bedeuten würde; viele kleine Geschäftsleute an der Peripherie verdienten an Sonntagen allein 60 Prozent des ganzen Wochenumsatzes. Damit sei bewiesen, daß auch in großen Städten die Sonntagsarbeit am Plage sei.

Die Resolution des Vorstandes wurde sodann angenommen.

Aus der Reichshauptstadt.

— Der Kaiser besichtigte Donnerstag vormittag, der „Voss. Ztg.“ zufolge, im Sternsaal des Schlosses einen Schmuck, der aus der Zeit der beginnenden Völkerwanderung stammt und vermutlich einer thüringischen Fürstin gehörte. Dieser Schmuck wurde vor einigen Monaten in einer Grabstätte bei Weimar gefunden und ist im Besitz des städtischen Museums in Weimar. Bei der Besichtigung dieses kostbaren Fundes, der für die Archäologie der beginnenden Völkerwanderung von hoher Bedeutung ist, waren der Hauptmann der Inf., von Bomsdorf, Professor Lukas von Cranach und Ritus Moeller vom städtischen Museum in Weimar zugegen. — Die Ausstellungen der Polen in der St. Paulus-Kirche in Moabit am verflochtenen Sonntag werden dem Vernehmen nach voraussichtlich zu Strafprozessen führen. Wegen Störung des Gottesdienstes, Beschimpfung von Geistlichen, Hausfriedensbruch und Aufruhr wurden bereits zwei der Hauptmuskanten festgenommen; weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Shakespeare und die Bacon-Hypothese.

Von Professor Dr. G. Sarrazin.

(Schluß.)

III.

Der englische Jurist Sir Edwin Durning-Lawrence hat vor vier Jahren in einem Buche angeblich „bewiesen“, daß Bacon Shakespeare ist, und Herr Dr. Gustav von Buchwald hat im Februarheft des „Zürners“ (XVI, 5, 766) diese weiterführender Entdeckung dem Publikum begeistert mitgeteilt.

Die Methode des „Beweises“ ist ja nicht ganz neu. Da es eben an eigentlichen Beweisen für jene Behauptung vollständig fehlt, so ist schon seit längerer Zeit nach Kryptogrammen, Astrologie, geheimnisvollen Chifferschriften, Siosophen, gesucht worden.

Der Name Francis Bacon enthält ziemlich oft vorkommende Buchstaben; folglich ist es verhältnismäßig leicht, in den umfangreichen Werken Shakespeares irgendwelche Worte oder Wortverbindungen zu finden, welche diesen Namen mehr oder weniger versteckt enthalten und so die angebliche Verfälschung Bacons „beweisen“.

Sir Edwin und Herr von Buchwald folgen der bewährten Methode. Auch der bewährten Taktik. Zuerst der obligate Ausfall gegen die ungläubigen Zunftgelehrten, gegen die Professoren, die ihre Kollektheite immer noch nicht ändern wollen. Herr von Buchwald sagt selbstbewußt und bescheiden: „Ich bin nur ein kleines Nadelohr, durch das die hochweisen Herrn hindurchgehen müssen.“ Der lebenswürdige zoologische Vergleich wird nur zart angedeutet.

Die Tatsache, daß William Shakespeares Dichterruhm und Autorschaft durch zahlreiche zeitgenössische Zeugnisse (und Urkunden) erwiesen ist, wird natürlich vollständig ignoriert, dafür aber alles, auch der ordinärste Nalisch — mit mehr oder weniger Entstellung — aufgetischt, was irgendwie geeignet scheint, einen Makel auf den Charakter oder den Schauspielerberuf des Dichters Shakespeare zu werfen: auch seine gerichtlichen Klagen. Als wenn ein Dichter nicht das Recht hätte, Schuldforderungen einzufordern.

Daß andererseits Francis Bacon wegen zugestandener Verstecktheit im Amt zur Einkerbung im Tower verurteilt worden ist, wird sorgfältig verschwiegen. Ebenso, daß er seinem Freund und Gönner Robert Essex die erwiesenen Wohltaten mit schändlichem Unbarm gelobt hat.

Die alte Unwahrheit wird dann (S. 774) auch wieder aufgewärmt, daß kein Buch sich in W. Shakespeares' Nachlaß gefunden hätte. Niemand kann heute sagen, wieviel oder was für Bücher sich in dem Nachlaß des Dichters gefunden haben. Da die Ja-

Dr. Ernst Neufeldt.

h. In Wannsee bei Potsdam sind die Sozialdemokraten bei der Gemeindevorwahl auch in der dritten Klasse unterlegen. Sie hatten sicher auf einen Sieg gerechnet, da bei der letzten Reichstagswahl 400 Stimmen auf die Sozialdemokraten und nur 90 auf die bürgerlichen Vertreter abgegeben worden waren. Auch in einer Anzahl anderer Vororte Berlins mußten die Sozialdemokraten diesmal mit leeren Händen abziehen.

— Zu der Verhaftung eines Berliner Anwalts werden die widersprechendsten Einzelheiten gemeldet. Einige Blätter erzählen, der noch junge Anwalt habe eine kostspielige Haushaltung geführt, sei in Schulden geraten und habe ihm anvertraute Gelder angegriffen. Andere Blätter dagegen bezeichnen ihn als Opfer seiner Gutmütigkeit. Er habe für Freunde Würdlichkeiten geleistet, die er nun habe decken sollen.

— Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat, wie der „Tag“ erzählt, vor kurzem einem 76jährigen Arbeiter, der in seinem hohen Alter noch Vater von fünf unwilligen Kindern ist — das jüngste ist drei Jahre alt — auf Grund seiner Invalidenversicherung eine jährliche Invalidenrente von 424,80 Mark gewährt, die höchste Rente seit Bestehen der Anstalt. Außerdem bezieht derselbe Mann von seinem Privatgeber, bei dem er 56 Jahre in Diensten stand, eine monatliche Pension von 191 Mark, so daß er zusammen mit der Invalidenrente monatlich über eine Summe von 226 Mark verfügen kann.

Verschiedene Mitteilungen.

— Kaiser Wilhelm wird in Wien am 23. d. M., 11 Uhr vor-mittags eintreffen und am Bessinger Bahnhof von Kaiser Franz Joseph oder einem Erzherzog als dem Vertreter des Kaisers begrüßt werden. Um 1½ Uhr wird im Schönbrunner Schloß ein Dejeuner d'adieu stattfinden, an das sich ein Cercle anschließt. Um 5 Uhr 40 Minuten nachmittags erfolgt die Weiterreise des Deutschen Kaisers vom Gedenkdorfer Bahnhof nach Porcu. Im Gefolge des Deutschen Kaisers werden sich befinden: die Generaladjutanten von Kleff und von Kessel, der Chef des Militärkabinetts Freiherr von Lynder, der Chef des Marinekabinetts von Müller, Oberhofmarschall Freiherr von Reichach, der Chef des Geheimen Zivilkabinetts von Valentini, der Vertreter des Auswärtigen Amtes von Treutler, General à la suite von Chelius, Leibarzt Oberstabsarzt Dr. von Niedner und Flügeladjutant Nordbottenkapitän Freiherr von Kalesse.

— Von einem Württemberg Jubiläum meldet die „Bayer. Staatsztg.“ aus Ulm. Südlich der Stadt in einer Stunde Entfernung bezeichnet eine Kirche und das im Jahre 1843 errichtete Nationaldenkmal den Platz, wo einst die Burg Württemberg, das Stammschloß unseres Herrscherhauses, stand. Diese Burg wurde vom Pfalzgrafen Otto IV. von Schevern erbaut, und im Jahre 1113/14 bezogen. Mit der Überführung in die neue Burg, also vor 800 Jahren, nahmen die Scheverer Pfalzgrafen den Namen „Wittelsbach“ an. Zur Erinnerung an diese denkwürdige Begebenheit veranstaltet die Stadt Ulm am Donnerstag, 23. Mai, eine Jubelfeier. Die Vorbereitungen hierzu sind im Gange. Der König und die Königin und die Prinzessinnen-Töchter werden zu dieser Feier erscheinen.

— Freiherr von Mirbach, der Oberhofmeister der Kaiserin, der als Generalleutnant à la suite der Armee steht, befehlt am 22. d. M. die Feier seines 50jährigen Militärdienstjubiläums. Er trat 1864 in das Gardebüschilierregiment ein, in dessen Reihen er die Feldzüge von 1864, 1866 und 1870/71 mitgemacht hat. 1866 erwarb er sich in der Schlacht bei Königgrätz den Roten Adlerorden 4. Klasse mit Schwertern und 1870/71 vor Paris das Eiserne Kreuz.

— Mit reichlichem Spott gegen die Zentrumsfraktion des Reichstages begleitet Graf Oppersdorff in seinem Organ „Macht und Wahrheit“ die Veröffentlichung folgenden Weilsch-telegramms anlässlich des Todes des Kardinals Kopp: „Zum schmerzlichen Verluste, den die Diöcese, in der wir tagen, durch den Tod ihres Kardinal-Hirtenbüchse erlitten hat, spreche ich namens der katholischen Mitglieder des Reichstagszentrums tiefergeschüttelt unsere innigste Teilnahme aus. Dr. Spahn, Vorsitzender.“ — Bekanntlich hat in der Tat die Zentrumsfraktion des Reichstages ein evangelisches Mitglied.

— Nach einer Mitteilung des „Katholischen Deutschland“ soll der Abgeordnete Dr. Porzich kürzlich an die Spitze des Aufsichtsrates der „Germania“ getreten sein. Das würde bedeuten, daß die „Germania“, die bisher eine Mittelstellung zwischen der Kölner und der Berliner Richtung einzunehmen beabsichtigt war, nunmehr auch völlig auf dem Boden der Kölner Richtung steht.

— Die Gründung einer „polnischen Liga“ nach dem Muster der reichsländischen hat der polnische Hauptwahlkreis für Westfalen und die Rheinlande in seiner Hauptversammlung in Oberhausen beim Nationalrat beantragt. Es soll ein Bureau unterhalten werden, das ausschließlich die deutsche Presse zu überwachen und Informationen über die polnische Frage für die deutsche

Presse herauszugeben hätte. Ferner soll dieses Bureau die Be-richtigungen von falschen und verleumdenden Nachrichten über das polnische Volk, über polnische Einrichtungen und einzelne Personen in die Wege leiten. Die betreffenden Einrichtungen und einzelnen Personen könnten, so heißt es in dem Antrag, auf Grund der von jenem Bureau erhaltenen Nachrichten Klagen wegen Verleumdung und Verleumdung anstrengen. — Eine derartige großpolnische Gründung wäre allerdings die geeignete Stelle, „Informationen über die polnische Frage“ an die deutsche Presse zu geben!

— Von den Münchener Verwandten Dr. Diefels wird die Nachricht, daß er noch am Leben sei und sich nach Kanada begeben habe, auf das entschiedenste bementiert. Frau Dr. Diefel, die gleichfalls in Kanada sich aufhalten sollte, lebt, wie die „B. Z. a. M.“ feststellt, bei ihren Verwandten in Berlin. Die „Münchener-Mag-sburger Abendzeitung“, die zuerst die Meldung brachte, Dr. Diefel habe sich in Kanada eine neue Existenz gegründet, hat nunmehr diese Behauptung zurückgenommen.

— Das Oberlandesgericht Frankfurt a. M. hat dieser Tage die Ehe der aus dem Berliner Sensationsprozeß bekannten „Gräfin“ Fischer-Treuberg für nichtig erklärt. Die Klage auf Nichtigkeitsklärung hatte ihr Gatte, Graf Fischer-Treuberg, an-gebrannt. Die Klage stützte sich der „Frankf. Ztg.“ zufolge darauf, daß dem Kläger bei Eingehung der Ehe das Vorleben der Be-klagten nicht bekannt gewesen sei. Das Landgericht hatte den Grafen mit der Klage abgewiesen. Das Oberlandesgericht stellte fest, daß der Graf in wesentlichen Punkten tatsächlich nicht orientiert war, insbesondere nicht über die Quelle, aus der die aus Offenbach stammende Schneidermeisterstochter Ruffin Wohl ihren Aufwand bestritt. Die Ehe wurde auf Grund des § 1333 des B.-G.-B. für nichtig erklärt, wonach eine Ehe dann angefochten werden kann, wenn sich ein Ehegatte bei der Eheschließung über wesentliche Eigenschaften des andern Ehegatten geirrt hat, die ihn bei Kenntnis der Sachlage von der Eheschließung abgehalten hätten. Bei der Verhandlung kam übrigens zur Sprache, daß der Kläger kein Geld für die Eheschließung erhalten hat.

— Nach der amtlichen Statistik betrug die Zahl der im vier-ten Vierteljahre 1913 beendeten Streiks 245 (1912: 374), die Zahl der betroffenen Betriebe 1076 (741), von denen 214 (187) zum völligen Stillstand gebracht wurden. Die Höchstzahl der gleich-zeitig streikenden bezifferte sich auf 15 609 (27 336) und die der ge-zwungenen Feiernden auf 1502 (1591). Die Streiks hatten in 25 (84) Fällen vollen, in 97 (131) Fällen teilweisen und in 123 (159) Fällen keinen Erfolg. Die Zahl der im vierten Vierteljahre 1913 beendeten Ausperrungen betrug 17 (36), die Zahl der betroffenen Betriebe 41 (358), wovon 3 (138) zum völligen Stillstand gebracht wurden. Die Höchstzahl der gleich-zeitig Ausperrten belief sich auf 1743 (1320) und die der gezwungenen Feiernden auf 61 (363). Die Ausperrungen hatten in 9 (7) Fällen vollen, in 8 (25) Fällen teilweisen und in 0 (4) Fällen keinen Erfolg.

— Der Bau des Alters- und Invalidenheims für Seelenkranke, das der Deutsche Flottenverein bei Cadenotrade errichtet, schreitet rüstig vorwärts. Es werden umfangreiche Bau-lösungen ausgeführt; denn es sollen zehn Pavillons für 100 betagte und invalide Angehörige der Krieges- und Handelsmarine ge-schaffen werden. Jeder Pavillon wird für die Unterkunft von zehn Personen eingerichtet. Die Veteranen erhalten von dem Heim freie Wohnung, Heizung und ärztliche Behandlung. Für Be-förderung ist nur ein geringes Entgelt zu zahlen. Der gesamte Bau, zu dem der Kaiser die Jubiläumsspende der Stadt Hannover mit 100 000 Mark gestiftet hat, wird etwa eine Million Mark erfordern.

— Eine seinerzeit in 5000 Exemplaren verteilte anti-militaristische Broschüre „Wer will unter die Soldaten?“ bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor der Strafkammer in Elberfeld gegen den Düsseldorf-Journalisten Winnen und den Geschäftsführer Ullenbaum der „Freien Presse“ in Elberfeld. Die Anklage gründete sich auf § 131 des Straf-Gesetzbuches, da der Inhalt der Broschüre Staatseinrichtungen, das Heer und seine Gesamtorganisation verhöhnt und lächerlich gemacht habe. Das Gericht verurteilte in nichtöffentlicher Verhandlung den Journalisten Winnen als Verfasser der Broschüre zu 200 M. L. den Geschäftsführer Ullenbaum zu 100 M. L. Geldstrafe. Gegen jeden der Angeklagten waren drei Monate Gefängnis beantragt.

an. Ende 1913 ist, wie seinerzeit berichtet, unter Major Fabricius eine Strafexpedition nach Südkamerun abgegangen. Sie wollte vor allem die neu erworbenen Grenzgebiete in Süd-kamerun, wo seit der deutschen Besitzergreifung eine gefährliche Gärung unter den Eingeborenen entstanden war, zur Ruhe bringen. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist dieses Ziel auch er-reicht worden. In den meisten Gebieten verhielten sich die Ein-geborenen völlig friedlich. Widerstand wurde nur in einigen Dörfern eines Bezirks geleistet. Aber auch bei diesen als unruhig und räuberisch bekannten Eingeborenen beschränkten sich die Feind-seligkeiten auf das Beschleichen einer Patrouille vom Busch aus.

milie des Dichters in der zweiten Generation auskurb, ist es nur natürlich, daß der Nachlaß sich zerstreute. Aber von e i n e m noch jetzt erhaltenen Buch wenigstens kann man mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß es aus Shakespeares' Nachlaß stammt. Es ist ein Exemplar von Doids Metamorphosen (1502 gedruckt), welches jetzt als kostbare Reliquie in der Bodleiana in Oxford aufbewahrt wird. Ein handschriftlicher Vermerk eines späteren Besitzers besagt, daß es ursprünglich Shakespeare gehört hätte, und außerdem bietet das erste Blatt den abgekürzten Namenszug Wm. Shc., welcher nach dem Urteil von Sachverständigen echt ist (vgl. Sidney Lee, Shakespeare S. 16). Ebenso unwahr ist auf S. 773 die Behauptung, daß „der Mann von Stratford nicht einmal den Anfangsbuchstaben seines Namens schreiben konnte“, daß „die angebliche Unterschrift von der Hand des ge-richtlichen Schreibers gemacht ist“. Wir besitzen (abgegeben von dem eben erwähnten abgekürzten Namenszug) 6 Unterschriften, die von dem Schauspieler (und Dichter) William Shakespeare herrühren (vgl. Sidney Lee aaO. S. 293). Die sechste ist erst vor kurzem von dem amerikanischen Forscher Charles W. Wallace in Prozeßakten entdeckt worden. Diese Unterschriften, an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten geschrieben, stimmen in den Zügen so genau mit einander überein (vgl. die Facsimiles bei Sidney Lee), daß es geradezu absurd erscheint, sie verschiedenen gerichtlichen Schreibern zuzumuten. Sie zeigen die altnordische, ausgeschriebene Schreibweise eines auf dem Lande aufgewachsenen und erzogenen Mannes im Gegensatz zu der eleganten „italienischen“ Schreibweise, welche damals in vor-nehmen Kreisen üblich und auch von Fr. Bacon angewandt wurde.

Daß Shakespeare „mit Bacons Geld“ New Place gekauft hätte (S. 773), ist pure Erfindung, um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen. Ebenso der folgende Satz (S. 772): „Sein Den-kmal in der Kirche zu Stratford mit der Feder und dem Papier-bogen ist eine Fälschung, die erst nach 1709 angefertigt ist, denn das im Jahre 1656 gedruckte Buch „Antiquities of Warwickshire“ von Sir William Dugdale zeigt eine andere Figur.“

Bekannt ist, daß das Stratford Denkmal, übrigens ein ziemlich plummes Nachwerk, später (im Jahre 1748) restauriert und in Einzelheiten modifiziert wurde.

Anerkannt ist ferner, daß die Abbildung bei Dugdale (welche wahrscheinlich auch dem Wille in Bowes' Ausgabe zu-grunde liegt) eine ganz unvollkommene Wiedergabe des Den-kmals ist, auf die nur urteilslose Kritiker Wert legen können. Diese an sich ziemlich nebensächliche Frage ist sehr gründlich und ausführlich behandelt in der scharfsinnigen Schrift von Paul Wislicenus: Shakespeares Totenmaske, Darmstadt 1911.

Sicher ist jedenfalls, daß die Feder (und das Papier) schon vor der Restauration der Wüste vorhanden waren, denn in Bowes'

Ausgabe der Werke Shakespeares' (1725) zeigt die freilich auch unvollkommene Abbildung des Denkmals ganz deutlich diese Einzelheiten.

Auf Grund solcher Differenzen und Modifikationen von einer Fälschung zu sprechen, ist vollkommen unbedeutend.

Mit solchen Verdrehungen der Wahrheit operieren die Baconianer, um Stimmung für ihre „Theorie“ zu machen. Dies gehört auch zur üblichen Taktik.

Nun aber der eigentliche Beweis.

Vorausgeschickt werden einige gelahrte Bemerkungen über „Josophen“ und Geheimchrift, die auch zum üblichen Gokus-pokus gehören. Dann folgen ein paar kleinere Kunststücke der Wortverdrehung, aus denen wir z. B. ersehen können, daß der Titel der Komödie Love's Labours Lost schon auf Francis Bacon hinweist. (1)

Nun kommt das Hauptkunststück, in der Tat ein ganz amüsanter Trick. In dem Scherzwort honorificabili-tudinitatibus, welches in diesem Lustspiel dem „Clown“ Costard in den Mund gelegt ist (Akt 5, Szene 1) glauben die Herren Baconianer eine versteckte Anspielung auf die Autorität Bacons zu finden. Und zwar so: die Buchstaben F B A C O N werden zuerst herausgeholt, die anderen so lange gedreht und gewendet, bis sie einen notdürftigen lateinischen Satz ergeben. So erhält man: Hi Ludi F. Bacons Nati Tuiti Orbi. (Diese Spiele, Erzeugnisse F. Bacons werden dem Erdkreis anvertraut.) Über das jämmerliche Rückenlatein, welches dem gelehrten Bacon hier zugemutet wird (tuiti orbi!) könnte man hinweg-sehen. Aber dieser „Beweis“ steht und fällt natürlich mit der Annahme, daß das Wort eigens konstruiert worden ist, um das Shakespeare-Geheimnis zu enthüllen — freilich in einer für ge-wöhnliche Sterbliche sehr verhöllten Weise.

Ein Blick in das Shakespeare-Lexikon S. 1467* hätte indessen die Herren belehren können, daß jenes Wortmonstrum ein uraltes Scherzwort war, u. a. in der Form honorificabilitudinitate auch von Dante in seiner Schrift „De vulgari eloquentia“ an-gewandt. Sollte etwa der große italienische Dichter schon im 14. Jahrhundert auf den Dichterruhm Lord Bacons prophetisch hingewiesen haben? Der mythischen Logik der Baconianer ist auch eine solche Folgerung zuzutrauen.

Nun kommt aber noch etwas sehr Süßes (S. 770). Das 27 Buchstaben lange Wort steht in der 27. Zeile auf Seite 136 der Folioausgabe der sämtlichen Dramen als 151. Wort. Wunder-bar, höchst wunderbar! Denn der von Sir Edwin durch Buch-stabenverrechnung gewonnene Satz hat in der Tat auch 27 Buch-staben (sehr merkwürdig!), die Summe der Zahlenwerte der Anfangs- und Endbuchstaben ergibt 73 + 63 = 136, und die Mittelbuchstaben ergeben die Zahl 151. Die Gesamtsumme aber bildet 287, natürlich genau ebensoviel wie die jenes Wort-

Das Erscheinen einer stärkeren Streitmacht hat auch hier wieder in unruhigen Gebieten eine wohlthuende Wirkung ausgeübt, denn die Dörfer wurden beim Anmarsch der Kompanie bald geräumt. Die Kompanie selbst hat bisher keinerlei Verluste gehabt.

* Die Kölner Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung veranstaltete ihren diesjährigen Frühjahrskursus in der Zeit vom 16. April bis 30. Mai. In dem Kursus wird Deutsch-lands Stellung in der Weltwirtschaft besonders eingehend behandelt. Im Anschluß an den Kursus findet eine Studienreise nach Bayern (insbesondere München, Augsburg und Nürnberg) statt, die den Teilnehmern einen tieferen Einblick in die bayerische Volks-wirtschaft und in die sozialen und kulturellen Verhältnisse des zweit-größten Bundesstaates bieten wird. Genauer ergibt sich aus dem Studienplan, den die Geschäftsstelle der Vereinigung Köln, Juden-gasse 3/5 berendet.

Preßstimmen.

In der freikonservativen Wochenchrift „Das neue Deutsch-land“ nennt Dr. Otto Conrad den Seeresdienst die beste Er-ziehung unseres Volkes und führt dazu aus:

Alle Erziehung vollzieht sich heute in Gemeinschaften. Der Häuserziehung folgt die Schulerziehung in irgend einer Form. Die soziale Zersplitterung unseres Volkes zeigt sich am deutlichsten in dem Veralter der Schulen. Einseitlich ist schließlich nur die militärische Erziehung der deutschen Jugend. In seinem Buche „Volksorganische Einrichtungen der Zukunftsschule“ macht der Pädagoge Berthold Otto einige treffende Bemerkungen über die gewaltigste und bestorganisierte Erziehungsgemeinschaft, die es in Deutschland gibt, unser Heer: „Die große Aufgabe, aus Hundert-tausenden von einzelnen Menschen eine einzige Körperschaft zu machen, die von einem Willen befehlet wird und in der alle Glieder sich so fest aneinander fügen, so aufeinander gearbeitet sind, wie nur die Glieder eines Einzelkörpers, diese große Aufgabe ist, seit die Welt besteht, noch niemals so vollständig gelöst gewesen wie im deutschen Heere“. Hier ist die Gemeinschaftserziehung bis ins einzelne durchgeleitet. Die Kunst des Gehorchens und die des Befehlens ist aufs sorgfältigste überlegt. Vor allem sieht man bei der militärischen Erziehung und Bildung, daß etwas dabei heraus-kommt. In der Schule sehen unsere Jungen nicht ein, weshalb sie das oder jenes lernen müssen, wie oft man sie auch versichert, daß sie nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen, und sie können's auch oft nicht einsehen. Wenn unsere Volksgenossen so Treffliches leisten, wie es von anderen Nationen anerkannt wird, so liegt das nicht zum wenigsten an unserer strengen Heeres-erziehung. Hier handelt es sich um Volkserziehung im eigentlichen Sinne des Wortes. Denn das Heer in seiner heutigen Form ist eine originale Schöpfung des deutschen Volkes. Otto sagt treffend: „Was im Heere geleistet wird, vom einfachsten an, vom langsamsten Schritt bis zu den schwierigsten zusammengefügten Be-wegungen, alles das ist der Ausdruck des tiefinnersten Volks-willens“. Das liebste Spiel unserer Jungen ist und bleibt das Soldatenpiel, wenn auch die Sozialdemokraten noch so viel darüber jammern. Es ist ja im Grunde der Reiz der Sozialdemokraten, daß ihre eigene Organisation — die beste nach der militärischen — doch nicht an diese heranreicht.

Während die Sozialdemokratie sich mit aller Kraft für das Frauenstimmrecht einsetzt, sind die Führerinnen der Frauenbewegung (von Frau Cauer abgesehen), ängstlich demüht, die braven Bundesgenossen abzuschütteln. Diese Art der Behandlung erregt nun aber den höchsten Jörn des „Vorwärts“, der die Damen in folgender Weise zur Ordnung ruft:

In dem Februarheft der Monatschrift „Die Frau“ (herausgegeben von Helene Lange) werden die Reichstagsver-handlungen über die Petition des Verbandes für Frauenstimmrecht auf Einführung des Frauenwahlrechts einer „kritischen“ Besprechung unterzogen. Die Berichterstatterin bekommt es dabei fertig, die Stellungnahme des sozialdemokratischen Redners zu übergehen. Mit keinem Worte wird auch nur angedeutet, daß ein Sozial-demokrat zu der Frage gesprochen hat, geschweige denn, daß er als einziger die Forderungen der Petition rückhaltlos vertreten, ja über sie hinausgegangen ist. Wir können als Grund für diese mehr als merkwürdige Berichterstattung nur annehmen, daß es der Ver-fasserin peinlich gewesen ist, einzugehen, daß die Forderung nach politischer Gleichberechtigung der Frauen allein von der sozialdemokratischen Partei gestellt wird. Sonst erheben die bürgerlichen Damen immer den „Vorwurf“, daß die sozial-demokratischen Frauen sich absondern und die schöne Einigkeit der Frauenbewegung stören. Jetzt geht die Furcht der bürgerlichen Frauen bereits so weit, daß sie es nicht einmal wagen, mitzuteilen. (Fortsetzung im zweiten Heft.)

monstrums. Triumph! „Damit ist die Richtigkeit dieser Lösung vollkommen bewiesen.“ (S. 771.)

Der Humor der Geschichte ist nur, daß jenes Lustspiel schon im Jahre 1598 im Druck erschien, in einer Einzelausgabe, in der natürlich jene Ziffern nicht zutrafen. Die Folioausgabe ist aber 1623 von William Shakespeares Kameraden, den Schauspielern Hemminge und Condell veranstaltet, die bekanntlich in der Vor-rede Shakespeare als Verfasser bezeichnen, und mit keinem, auch noch so versteckten Wort auf Bacon hindeuten. Die Zeit des Druckes und der Druckvorbereitung (1622 bis 1623) fällt zu-sammen mit der Zeit, in welcher Bacon in tiefster Schmach nach seiner kurzen Haft im Tower (1621) in Zurückgezogenheit auf seinem Landsitz Gorhambury lebte. Es ist also vollkommen aus-geschlossen, daß Bacon bei der Drucklegung irgendwie mitwirkte oder sie beeinflussen konnte.

Die Baconianer müssen geradezu annehmen, daß der von ihnen vorausgesetzte Dichter das mysteriöse Wort schon voraus-ahnend für eine bestimmte Stelle der noch zusammen zu dachtenden Gesamtausgabe berechnete. Für jeden unbefangenen Urteilenden sind jene Zahlenübereinstimmungen teils Zufall, teils ausgeklügelte Spielereien.

Und solche kindliche Buchstaben- und Zahlenspielerien, die an den kabbalistischen Albernheiten der einfühligen Jahrhunderte des Mittelalters erinnern, gelten diesen Herren als Beweis dafür, daß William Shakespeare, der von den Zeitgenossen ein-stimmig und unbezweifelnd anerkannte große Dramatiker — ein Betrüger gewesen, gelten als Berechtigung dafür, daß Herr Dr. von Buchwald John Brights angeblichen Auspruch: „Jeder Mensch, der glaubt, daß William Shakespeare von Stratford Hamlet oder Lear geschrieben habe, ist ein Narr“ mit dem Zusatz zitiert: Grob aber wahr. (S. 775.)

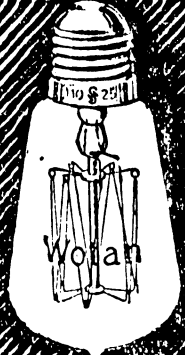
Und so etwas wird einem gebildeten deutschen Publikum im „Türmer“ heute geboten.

Wenn die Professoren auf Grund solcher „Beweise“ ihre Kolleghefte ändern würden, dann wären sie in der Tat das, was Herr Dr. von Buchwald in seinem Nadelöhrgeheimnis so zart andeutet.

Neue Bücher und Broschüren.

Wir Mädchen... Gedichte in Prosa und Versgedichte von Martha Grobe. Paderborn, Ferdinand Schöningh. Br. 3 Mk. Neupreis 1,80 Mk. Von Prof. Karl Capper. München, C. S. Beck. Br. 3,50 Mk.

Neueste Erfindungen und Erfahrungen auf dem Gebiete der praktischen Technik, Elektrotechnik, der Gewerbe, Industrie, Chemie, der Land- und Hauswirtschaft usw. 41. Jahrgang 1914. N. Dar-lebens Verlag, Wien. Pränumerationspreis ganzjährig für 13 Hefte 8,50 Mk. Einzelne Hefte für 70 Pf. Die Zeitschrift bringt eine Reihe ausgewählter Artikel, welche Interesse für jeden Gewerbe-treibenden bieten. Eine weitere Rubrik ist für Fragen eröffnet, in welcher sachgemäßer Aufschluß über die verschiedenartigsten Materien gegeben wird.



Wotan

Draht-Lampe

mit
gezogenem Leuchtdraht

Erhältlich bei den Elektrizität-Werken
und Installateuren.

Möbel-

Ausstellung

in sechs Etagen.

Gegründet 1876.

Ausstattungshaus grössten Stils.

Sehenswerte Ausstellung
moderner, außerordentlich geschmackvoller
Möbel-Einrichtungen
zu sehr billigen, streng festen Preisen bei langjähriger Garantie.



Gustav Schütte

Isaakienplatz 14

Breeches Reitkleider

sowie jede Art Sportbekleidungs für Herren und Damen.

Neuestes Isoliermittel gegen Feuchtigkeit:

Isolat.

Zur Isolierung für Dächer, Mauern, Giebelwände, Zementwaren und
Golateile; Mörtelmittel für Eisenkonstruktionen und Wellblech.
Alleinverkauf für Ostpreußen und Umgebung:
Hermann Friedrich, Bahnspediteur, Ratföher OS.

Krimke & Comp., Neue Graupenstrasse 7.

COGNAC BISQUIT

Bisquit Dubouché & Co.
gegr. 1819
Jarnac-Cognac

FRANZÖSISCHER COGNAC

Originalfüllungen:
Mk. 6.— bis Mk. 46.— pr. Fl.

Zeichnungsaufforderung.

Mark 10 000 000,—

mündelsichere 4% Anleihe der Stadt Freiburg im Breisgau von 1914,
eingeteilt in Stücke von M. 2000, M. 1000, M. 500, M. 200, mit Zinsgenuß
vom 1. Februar 1914 ab,
— Tilgbar ab 1. August 1919, verstärkte Tilgung und Gesamtkündigung bis zu
diesem Termin ausgeschloffen —
werden unter folgenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt:

1) Zeichnungen werden entgegengenommen bis einschließlich
Donnerstag, den 26. März 1914

in Berlin	bei der	Commerz- und Disconto-Bank, Mitteldeutschen Creditbank, A. Schaaffhausen'schen Bankverein, Bankhaus F. W. Krause & Co. Bankgeschäft, Braunschweigischen Bank- und Kreditanstalt Aktien- Gesellschaft, Deutschen Nationalbank Kommandit-Gesellschaft auf Aktien,
Braunschweig	der	Bankhaus E. Helmann,
Bremen	der	Bankhaus J. Dreyfus & Co., Mitteldeutschen Creditbank, Bankhaus J. A. Krebs, Commerz- und Disconto-Bank, Mitteldeutschen Privat-Bank Aktiengesellschaft, Commerz- und Disconto-Bank Filiale Hannover, Mitteldeutschen Creditbank Filiale Hannover vorm. Heinr. Narjes,
Breslau	dem	Bankhaus A. Spiegelberg,
Frankfurt a. M.	der	Bankhaus Straus & Co., A. Schaaffhausen'schen Bankverein, Bankhaus J. H. Stein,
Freiburg i. Br.	dem	Commerz- und Disconto-Bank Filiale Leipzig, Mitteldeutschen Privat-Bank Aktiengesellschaft, Mitteldeutschen Privat-Bank Aktiengesellschaft,
Hamburg	der	Commerz- und Disconto-Bank Filiale Leipzig, Mitteldeutschen Privat-Bank Aktiengesellschaft, Mitteldeutschen Privat-Bank Aktiengesellschaft,
Hannover	der	Commerz- und Disconto-Bank Filiale Leipzig, Mitteldeutschen Privat-Bank Aktiengesellschaft, Mitteldeutschen Privat-Bank Aktiengesellschaft,
Karlsruhe i. B.	dem	Bankhaus A. Spiegelberg,
Köln a. Rh.	der	Bankhaus Straus & Co., A. Schaaffhausen'schen Bankverein, Bankhaus J. H. Stein,
Leipzig	der	Commerz- und Disconto-Bank Filiale Leipzig, Mitteldeutschen Privat-Bank Aktiengesellschaft, Mitteldeutschen Privat-Bank Aktiengesellschaft,
Magdeburg	der	Commerz- und Disconto-Bank Filiale Leipzig, Mitteldeutschen Privat-Bank Aktiengesellschaft, Mitteldeutschen Privat-Bank Aktiengesellschaft,

sowie bei den sonstigen Niederlassungen der vorgenannten Firmen auf Grund eines bei
den Stellen während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden erhältlichen Zeichnungs-
scheines. Früherer Schluß der Zeichnung am letzten Zeichnungstage bleibt dem Ermessen
einer jeden Stelle vorbehalten.

2) Der Zeichnungspreis beträgt 94,90 % zuzüglich 4 % Stückzinsen vom 1. Februar 1914
bis zum Abnahmetage. Den Stempel der Zuteilungsscheinnote hat der Zeichner zu
tragen.

3) Bei der Zeichnung ist auf Verlangen der Zeichnungsstelle eine Sicherheit von 5 % des ge-
zeichneten Betrages in bar oder in solchen Wertpapieren zu hinterlegen, die von der be-
treffenden Stelle als zulässig erachtet werden.

4) Zeichnungen, die unter Übernahme einer Sperrverpflichtung erfolgen, finden vorzugs-
weise Berücksichtigung.

5) Die Zuteilung unterliegt dem freien Ermessen einer jeden Zeichnungsstelle und erfolgt
sobald als möglich nach Schluß der Zeichnung durch schriftliche Benachrichtigung der
Zeichner.

6) Die Abnahme der Stücke, deren Einführung an den Börsen zu Berlin und Frankfurt a. M.
erfolgen wird, hat gegen Zahlung des Kaufpreises in der Zeit vom 2. bis 11. April 1914
einschließlich bei derjenigen Stelle, bei der die Anmeldung erfolgt ist, zu geschehen.

Berlin, Braunschweig, Bremen, Breslau, Frankfurt a. M., Hannover, Köln a. Rh.,
Magdeburg, im März 1914.

Commerz- und Disconto-Bank.

A. Schaaffhausen'scher Bankverein.

F. W. Krause & Co. Bankgeschäft.

Braunschweigische Bank und Kredit-Anstalt Aktiengesellschaft.

Deutsche Nationalbank Kommandit-Gesellschaft auf Aktien.

Mitteldeutsche Creditbank Filiale Hannover (vorm. Heinr. Narjes).

Mitteldeutsche Privat-Bank Aktien-Gesellschaft.

E. Heilmann.

J. Dreyfus & Co.

A. Spiegelberg.

J. H. Stein.

Hapag-Reisen

Unsere beliebten Gesellschaftsreisen
führen in den nächsten Monaten

nach **Italien**

nach **Spanien u. Portugal**

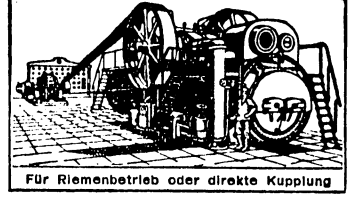
nach **Balkan** und **Donauländern**

nach **Rußland**

sowie später nach
Dalmatien, Montenegro, Bosnien und allen anderen
Ländern.

Man verlange Prospekte durch das
Reisebureau der Hamburg-Amerika Linie,
Unter den Linden 8. Berlin W 8. Unter den Linden 8.
Vertreter in Breslau: Die General-Agentur der Hamburg-Amerika Linie,
Schweidnitzer Stadtgraben 13.

Die neuen Heißdampf-Lokomobilen



mit RW-Patent-Steuerung und Leistungen bis zu 800 PS, sind
neuzzeitliche Kraftmaschinen, die durch ihre unbeschränkte Verwend-
barkeit, hohe Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit und Einfachheit der
Bedienung Weltruf erlangt haben.

Die Wolfachen Lokomobilen begnügen sich im Gegensatz zu den
Verbrennungsmotoren mit jedem billig erhältlichen Brennstoff, und sie
gewährleisten bei Verwertung des Abdampfes für Holz- und Betriebs-
zwecke die günstigste überhaupt zu erreichende Brennstoff-Aus-
nutzung. Angebote und Beratung durch Ingenieure kostenlos.

R. WOLF Aktiengesellschaft
Filiale Breslau, Kaiser-Wilhelm-Straße 66.
Gesamterzeugung über 1 Million PS.

Räumung der Riesenläger wegen Umzuges!

Möbelstoffe

— (viele Reste) —
Moquetteplüsch, Tisch-
und Diwan-Decken
spottbillig.

Verkauf nur solange Vorrat!

V. Martin

Ohlauer Str. 87, I.
— (Klein Laden). —
Größtes Haus.

1 Eiche-Speisezimmer,

1 Mahagoni-Salon,

1 Eiche-Schlafzimmer,

1 Eiche-Herrenzimmer

(spottbillig für jed. annehm. Preis
weg. großem Raummangel z. vert. bei
M. GRAU N., Albrechtsstr. 39, 1. Et.)

Nachttisch-Einlagen

aus imprägn. Holzstäben, Stück
25 Bfa., gegen üblen Geruch, in
Sonderaufbau Familien
im Gebrauch. Zu haben in
Haus- und Drogeriegesch.

Spezial-Haus

für feinstes

Tafel-Mast-Geflügel

E. Kretschmer

Hauptgeschäft: Breslau 1, Carlsstraße 44
Filiale: Kaiser-Wilhelm-Straße 3
Gegr. 1878 Eigene Mästerei Telephon 556
empfiehlt als neueste Saison-Spezialitäten
für die feine Tafel

Junge Hamburger Gänse u. Enten
Hambg. Küken, Brüsseler Poularden, ff. Mast-Puten,
Steyr. Kapaunen, Poularden, Brat-, Suppen-Hühner,
Tauben, einzelne Gänsetelle, Stopfgänselebern zu Pastet.

Feinste Pflanzenbutter p. Pfd. **70 Pfg.**
(im Geschmack hochfein wie Molkereibutter)
Prompter Versand nach auswärts.

Brachivolles, apartes Eiche Herrenzimmer

mit groß. Bibliothekschrant,
gr. Diplomatenstisch,
Minderstisch, Klaviersch,
Minderstisch, Spieltisch,
Truhe, Flurgarderobe und
Schlafzimmermöbel, auch einzeln
billig zu verkaufen. (9)
Gartenstraße 65, 1. Etage.

Antike Zimmer

komplett, in allen Stilarten.
Schränke, Stühle, Komoden,
Tische, Uhren, Seffel, Sofas, Kre-
denz, Buffet, alles schöne Stücke,
empfehlen (9)
G. Neustadt, Salvatorplatz 3/4, pt.
(früher Max Altmann).

Antike Tischuhr,

Mahagonischäufel, Schlagwerk,
Breslauer Fabrikat, zu verkaufen.
A. Steinlein, Am Rathaus 20/21.

Es folgen Bogen 2, 3, 4, 5 und 6.

von wem sie die tatkräftigste Unterstützung eigener Petitionen ersuchen! Oder haben die bürgerlichen Frauen wirklich kein Interesse daran, über die Stellung aller Parteien unterrichtet zu werden und sich auf die Zustimmung der größten Partei zu berufen?

Dazu bemerkt das „Monatsblatt des Deutschen Bundes gegen die Frauenemanzipation“:

Jetzt mögen die bürgerlichen Frauenstimmrechtlerinnen hingehen, und die Seelenverwandtschaft mit den Sozialdemokraten leugnen. Es wird ihnen nichts nützen, aus dieser Umklammerung gibt es keine Rettung. Da hilft kein Ignorieren und Totschweigen. Von dem Angerimm, der sich gegenüber den rücksichtslosen, vaterlandsfeindlichen Staatsführern im deutschen Volke angesammelt hat, wird die radikale Frauenbewegung, die auch einen Staat im Staate bilden möchte, ihr gerütteltes Maß abbekommen.

Unter eigenartiger Begründung warnt eine Zuschrift an die Kreuzzeitung davor, die Agitation gegen die Fremdenlegion zu sehr in der Öffentlichkeit zu betreiben.

Geschäfte führten mich vor einigen Tagen in ein Wirtshaus, in dem kleine Bauern und Arbeiter verkehrten. Es erschien ein älterer, kranker Arbeiter und setzte sich zu einem Bekannten an einen Nebentisch. Die Wirtin fragte den Kranken nach seinem Befinden, worauf dieser erwiderte, daß seine Kinder ihm mehr zusetzten, als seine Krankheit. Die Tochter führe in Frankfurt ein liebes Leben und der 17½ jährige Sohn sei wegen Schuldenmachens aus der Lehre gejagt. Er (der Vater) wolle den Sohn jetzt bei der Fremdenlegion eintreten lassen, und dieser sei damit auch ganz einverstanden. Dann sprach man mit größter Selbstverständlichkeit davon, daß die Fremdenlegion ein sehr geeigneter Platz für leichtsinnige Söhne wäre, und daß es sehr gut sei, daß Zeitungen und Vorträge auf diese Einrichtung aufmerksam gemacht und mitgeteilt hätten, wie man sich dieselbe nutzbar machen könne. Patriotische Bedenken lagen den Leuten völlig fern. Ich glaube, daß dieser Fall nicht vereinzelt dasteht. Es muß zu den Folgen der Agitation gegen die Fremdenlegion gerechnet werden, daß nicht nur junge, leichtsinnige Leute noch mehr als bisher auf die Legion aufmerksam geworden und zum Eintritt angeregt sind, sondern auch ungebildete, urteilslose Eltern, die früher nichts von der Legion geknaut haben, jetzt in ihre Art Straß- und Erziehungsanstalt sehen, die als ultima ratio für fehlgeschlagene Söhne in Anspruch genommen werden kann. Vielleicht erklärt sich hieraus die Tatsache, daß seit der Agitation mehr Deutsche als vorher in die Legion eingetreten sind.

Ein russisch-türkisches Freundschafts-Komitee.

☐ Konstantinopel, 17. März. Vor einigen Tagen ist hier ein russisch-türkisches Komitee, das angeblich die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen beider Länder enger knüpfen soll, zustande gekommen. In Wirklichkeit dient diese Vereinigung lediglich politischen Umtrieben der russischen Regierung, die diese geschieht unter einem harmlos scheinenden Auswärtigen Amt. Als Vater dieses Gedankens ist der soeben aus dem Amt geschiedene russische erste Dragoman Mandelstamm zu bezeichnen. Mandelstamm ist ein ungewöhnlich feiner und kluger Diplomat, der seine turkophile Rolle meisterhaft zu spielen weiß, und schon zu Zeiten des früheren russischen Botschafters Tschirakow die Richtschnur für die Politik Rußlands in der Türkei angab.

Das Ziel, das sich die neue Vereinigung gesetzt hat, ist vor allen Dingen die Beeinflussung der Öffentlichkeit zugunsten Rußlands. Für die breiten Massen bedient man sich dabei russischer Mohammedaner. Diese werden unter dem Vorwand, Verwandte und Freunde zu besuchen, nach Konstantinopel geschickt, um allenthalben von dem Wohlwollen und der rücksichtsvollen Behandlung, die seitens der russischen Regierung den Mohammedanern gegenüber beobachtet werden, zu erzählen und zu erklären, daß der Islam nirgends einen wirksamen Schutz genießt als im russischen Reich und daß, falls wirklich einmal die Freundschaft für die Türkei vorübergehend getrübt sein sollte, die Armenier allein die Schuld daran tragen. Nachdem so der Boden unter der breiten Masse vorbereitet worden war, nahm sich Herr Mandelstamm — der Name klingt so uralte russisch! — in höchst eigener Person der höheren Kreise an. Das fiel um so weniger auf, als man gewohnt war, die einflussreichsten Mitglieder des Komitees von jeher mit dem ersten russischen Dragoman in so intimer Weise verkehren zu sehen, daß jeder von ihnen, der sich schnell einmal unsichtbar machen mußte, wenn er soweit noch kam, in der russischen Botschaft verschwand. Selbst bei denjenigen türkischen Politikern, deren Aufsehen ganz offen zur Schau getragen wurde, hielt der kluge Mann mit seinem Liebeswerben nicht ein. Ob der Erfolg, den er fast immer erzielte, allein seiner großen Liebenswürdigkeit zuzuschreiben ist, oder ob dabei noch andere Dinge „mitklapperten“, beantwortete sich jeder selbst.

Jetzt hat sich der russische Diplomat wieder so wirkungsvoll mit den türkischen Politikern befaßt, daß die Liste des soeben zustande gekommenen „russisch-türkischen Komitees“ die Namen fast aller neugewählten Abgeordneten von Konstantinopel, etlicher Senatoren und hohen Beamten und last not least auch den Dschamid Bey aufzuweisen hat. Die türkische Presse ist gleichfalls für diese neue, die „wirtschaftlichen und kulturellen“ Beziehungen beider Länder fördernde Vereinigung gewonnen, und der „Panin“ und „Istam“ ergeben sich in Lobesgängen über dieses Unternehmen. Man braucht das „russisch-türkische Komitee“ nicht zu überschätzen, es bietet aber ein interessantes Bild der politischen Unreife und der Unbeständigkeit eines Volkes, das so schnell zu beeinflussen ist wie das türkische, und darf daher nicht un beobachtet bleiben.

Die Prozesse des Bischofs von Luxemburg.

☐ Luxemburg, 17. März. Der Bischof Roppes von Luxemburg gehört trotz seines hohen Alters zu den freitbarsten Kirchenfürsten, und es ist daher nicht zu verwundern, daß er bei seiner oftmals rücksichtslosen Kampfmethode gegen die wirklichen und vermeintlichen Feinde der katholischen Kirche auch von Zeit zu Zeit mit den Strafgesetzen in Konflikt gerät. So ist er in diesem Augenblicke in drei Prozesse verwickelt. In dem einen ist bereits ein Urteil erster Instanz erfolgt, welches den Bischof zu einer Geldstrafe von 26 Franken und zu drei Monaten dieses Urteils verurteilt, weil er den Gläubigen in einem öffentlich verlesenen Hirtenbriefe bei Androhung von Kirchenstrafen verboten hat, auf die Zeitung „Neue Zeit“ zu abonnieren, oder auch nur sie zu lesen. Der Hirtenbrief bezeichnete die „Neue Zeit“ als eine irreligiöse und unmoralische Zeitschrift, und die letztere Bezeichnung ist unter Strafe gestellt worden. Denn niemand bestreitet dem Bischof das Recht, den Gläubigen das Lesen einer Zeitung zu verbieten, die nicht im Einklange mit den Dogmen und Anschauungen des katholischen Glaubens steht. Über der Vorwurf der Immoralität ist dabei nur dann strafbar, wenn er sich beweisen läßt. Bischof Roppes war nun nicht in der Lage, der Redaktion der „Neuen Zeit“ Mangel an Moralität vor Gericht nachzuweisen, und das letztere hat ihn deshalb zu der geringsten gesetzlich zulässigen Geldstrafe verurteilen müssen. Als mildernd wurde angenommen, daß Monsignore Roppes es mit dem Vorwurf der Immoralität viel leicht nicht so schlimm meinte und daß die Zeitung durch den Hirtenbrief schließlich keinen materiellen Schaden erlitten habe. Denn die Zahl ihrer Abonnenten hat seit der Verlesung des Hirten-

briefes nicht abgenommen. Im Gegenteil wurde festgestellt, daß noch einige Abonnenten hinzugewonnen sind.

Ein ähnlicher Beleidigungsprozeß wurde gegen den Bischof seitens der „Luxemburger Zeitung“ angestrengt. Ein Urteil ist noch nicht erfolgt. Es dürfte aber dem Kirchenfürsten schwer fallen, auch in diesem Falle die „Immoralität“ dieser Zeitung nachzuweisen. Denn die „Luxemburger Zeitung“, die bedeutendste und verbreitetste im Großherzogtum, steht politisch auf einem sehr gemäßigten Standpunkte und kann an Moralität den besten Zeitungen Deutschlands zur Seite gestellt werden. Der dritte Prozeß des Bischofs von Luxemburg endlich betrifft die Rede, die er auf dem letzten deutschen Katholikentage in Metz gehalten hat. In ihr beschuldigte der Bischof die großherzogliche Regierung und die Kommerntheil der Bestechung bei Gelegenheit der Vergebung von Mineralergewerken. Dieser Prozeß kommt am 24. März vor dem luxemburger Strafsgerichtshof zur Verhandlung, und es wird sich zeigen, welche Dokumente der Bischof in der Hand hat, um diese schwere Anklage zu begründen. Auf Veranlassung der großherzoglichen Staatsbehörden hat die elsass-lothringische Regierung durch beidseitige Zeugnisaussagen den Wortlaut der Bischofsrede feststellen lassen.

Die innere Lage in Rumänien.

* Aus Bukarest wird uns geschrieben: Für die Entwicklung der inneren Lage in Rumänien ist es von höchster Bedeutung, daß zwischen der herrschenden liberalen Partei und der konservativen Opposition Verhandlungen über die beiden Hauptfragen der inneren Politik, Wahlreform und Expropriation, gepflogen werden. Das zeigt, daß Brătianu nicht starrsinnig auf dem Schlagworte beharrt, und daß die Konservativen sich nicht prinzipiell ablehnend gegen die Reformen verhalten. Kommt es zu dieser Einigung, so wird der Führer der konservativen Dissidenten, Take Ionescu, zwischen zwei Stühlen sitzen.

Angebahnt werden diese Verhandlungen durch die Konservativen. Ihr Führer Marghiloman, der in Abwesenheit des Parteichefs Majorescu die Parteigeschäfte leitet, hatte eine Audienz beim Könige Karl nachgesucht und diesem dargelegt, daß eine so einschneidende Änderung, wie sie jetzt geplant wird, nicht vorgenommen werden sollte, ohne daß die gesamte Wählerschaft Kenntnis von den Änderungen habe. Vor Einberufung einer Konstituante solle bekannt gegeben werden, was den Inhalt ihrer Beratungen und Beschlüsse bilden werde. König Carol, dem eine gesunde Reform ebenso wie der Friede im Lande am Herzen liegt, übernahm es, eine Vermittelung anzubahnen. Im Kronrat beauftragte der König, daß die Diskussion der Reformen auf breiter Basis stattfinden sollte und daß die Wähler über das Wesen der Reformen unterrichtet werden müßten. Die Wirkung der königlichen Intervention trat bald ein: Brătianu machte im Senate der Opposition Zugeständnisse und hatte mit Nicola Filipescu, einem maßgebenden Mitgliede der Opposition, eine Unterredung, worauf sich in den Reihen der Konservativen Union und Peter Carp (der aus seiner Zurückgezogenheit herausgetreten ist), der Wunsch zu erkennen gab, zu einer Einigung über die Hauptfrage, die Expropriation, zu kommen.

So sind in der letzten Zeit Ansichten entstanden, daß dank der Vermittelung des Königs die wichtigsten, auf der Tagesordnung stehenden Reformen einer Lösung im Einvernehmen von Regierung und Opposition angeführt werden können.

Präsident Huerta von Mexiko.

wk. Aber den Präsidenten Huerta, der sich so tapfer gegenüber den Revolutionären und den hinter ihnen stehenden Vereinigten Staaten seiner Haut zu wehren weiß, entnehmen wir einem uns aus Mexiko, 1. März, zugehenden Bericht die nachstehenden charakteristischen Details:

Präsident Huerta ist ein Original. Wer den kleinen Mann im grauen Anzug mit dem tief in die Stirn gezogenen Filzhut beobachtet, wie er in den Straßen der Hauptstadt ungeniert spazieren geht, die Auslagen der Kaufhäuser mustert und auch wohl in ein Warenhaus eintritt, um etwas höchst eigenhändig einzukaufen, kann sich kaum vorstellen, daß das der Mann ist, den die Nordamerikaner als einen blutigen Tyrannen hinstellen. Er ist meistens allein, besucht jeden Nachmittag ein in der Hauptstraße gelegenes Café, um seinen Tee zu nehmen, betritt auch wohl die nächstgelegene Kantine, wo er sich einen Kognak servieren läßt, und auch gelegentlich mit dem Schankkellner an der Bar ein Scherzwort wechselt. Die Stiergesichte verläßt er fast nie, auch im Theater erscheint er häufig, wo er den Gang der Handlung auf der Bühne mit sichtlichem Interesse verfolgt und laut seinen Beifall mit dem Dargebotenen kundgibt. Bei Banketten ist er nicht umgesehen in seinen Neben; meistens weiß er seine Zuhörer durch seine drastische Sprechweise zu fesseln. So äußerte er kürzlich auf einem Bankett, das ihm die Artillerieoffiziere gaben: „Wir haben ein Heer von 150 000 Mann, aber wo sind die Generale, die sie zu führen verstehen? Ich kann meinem Kriegsminister nicht ein Wein ausreichen, um es gegen die Carranzisten im Norden ins Feld zu schicken, und seine Arme gegen die Zapatisten im Süden kämpfen lassen.“

Völlig falsch ist es, wenn kürzlich ein deutsches Blatt schrieb, Huerta habe eine lange Laufbahn als Banditenhauptide hinter sich. Dem ist ganz und gar nicht so. Huerta hat als Kadett der Militärschule in Chapultepec seine Laufbahn begonnen und ist nach bestandenen Examen als Leutnant in die Armee eingetreten. Gemäß den damaligen ruhigen Zeiten, in denen sich das Militär fast nur in Paraden an den Nationalfesttagen betätigte, avancierte er nur langsam und hatte bereits das fünfzigste Lebensjahr überschritten, ehe er sich mit dem goldgeflochtenen Krage des Generalmajors schmücken konnte. Er trat zum ersten Male in die Öffentlichkeit, als sich im Staate Guerrero einige Dörfer gegen Porfirio Diaz erhoben. Huerta erhielt den Auftrag, die Rebellion zu unterdrücken. Die Aufgabe war nicht sehr leicht, der Herd des Aufstandes befand sich in den unwirtlichen Hochgebirgsregionen des Staates, Wege existierten nicht und außerdem begünstigte die Bevölkerung jener Distrikte die Bewegung, sobald Huerta mit einem Rückhalt in dieser Hinsicht nicht rechnen konnte. Trotzdem warf er den Aufstand in wenigen Wochen nieder und hielt über die Schuldigen ein dermaßen strenges Strafgericht ab, daß allen unruhigen Elementen die Lust zu weiteren Eskapaden gründlich verging. Merkwürdigerweise erhielt Huerta in der Maderarevolution 1910—1911 kein wichtiges Kommando von Porfirio Diaz zuerteilt, dagegen befehligte er die Eskorte, die den gestürzten Präsidenten nach Veracruz geleitete und unterwegs einen Angriff der Rebellen abzuwehren hatte. Als dann Francisco Madero als Sieger in die Hauptstadt einzog, war und in den mexikanischen Zeitungen jene unwürdige Verfolgungssucht der Männer des alten Regimes anhub, mußte auch Don Victoriano herhalten, und Epitapha wie „Bluthund“ waren noch nicht die schlimmsten, die dem alten Soldaten angehängt wurden.

Energisch, ja rücksichtslos ist Huerta allerdings, aber daß er im Vorgehen gegen die Rebellen im Norden die strengsten Mittel anwendet, wird jeder, der den mexikanischen Volksscharakter etwas kennt, nur als durchaus richtig bezeichnen müssen. Außerdem kämpft die Gegenpartei mit denselben Waffen: Francisco Villa hat bisher sieben Offiziere der Bundesstruppen, der das Unglück hatte, in seine Hände zu fallen, kurzweg erschießen lassen, ja oftmals vorher nicht wieder-

zugeben Grausamkeiten unterworfen. Die Auflösung der Kommanden war auch ein durchaus begrifflicher Schritt des Präsidenten: er hätte niemals Ruhe im Lande schaffen können, solange die Eideshelfer der Rebellen im Mexiko im Parlament saßen.

Die japanische Marinebestechungsaffäre.

Nach einem Tokioer Telegramm hat sich der japanische Angestellte Joschida der Tokioer Zweigniederlassung von Siemens & Schuckert wegen der Marinebestechungsangelegenheit im Gefängnis erhängt. (Es handelt sich aber, wie berichtend bemerkt sei, nicht um einen eigentlichen Angestellten, sondern um einen Vermittler, die im fernen Osten die Geschäftsverbindung zwischen Europäern und Einheimischen allein ermöglichen. In China bilden sie den sehr ehrenwerten Stand der Compradores, in Japan heißen sie Bantoh.) Der „Nöminchen-Zeitung“ wird dazu aus Tokio geschrieben:

Der deutschen Firma sind bisher noch kaum Vorwürfe gemacht worden, außer, daß ein so untergeordneter Wreutbauer (Karl Richter) sich hat Kenntnis von so gewichtigen Akten (Briefe von Marineoffizieren und dergleichen) hat verschaffen können, und daß sie Richter nicht auf japanischen Boden hat verhaften lassen. Dabon abgesehen, können ihr auch nach dem bisher vorliegenden Material, ernstliche Vorwürfe kaum gemacht werden. Ihre Umsätze mit der japanischen Regierung betragen im Jahr nicht mehr als etwa 300 000 Yen, und die japanischen Regierungsvertreter heben hervor, daß ihre wichtigsten Artikel völlig wertlos seien, sodaß sie gar keinen Grund hat, „Kommissionen“ zu geben, um Aufträge nicht in die Hände der Mitbewerber fallen zu lassen.

Daß in Japan allgemein Kommissionen gegeben werden, und zwar nicht nur bei Regierungsgeschäften und von japanischen Firmen ebenso, wenn nicht viel mehr als von ausländischen, ist kaum mehr ein öffentliches Geheimnis. Das hängt aber aufs engste mit den japanischen Geschäftsunsitte zusammen, und wenn ausländische Firmen Kommissionen zahlen, so kann ihnen höchstens borgevorworfen werden, daß sie sich dieser japanischen Geschäftsunsitte gefügt, keineswegs aber sie veranlaßt haben. Solche Kommissionen werden von ausländischen Firmen aber in der Regel an ihre „Bantoh“ gezahlt, das sind japanische Angestellte, die im Namen der Firma mit den japanischen Auftraggebern verhandeln und die Kommission als Entgelt für ihre Bemühungen erhalten. Wenn der Bantoh seiner Firma erzählt, daß er einen Teil der Kommission an den Vertreter des Auftraggebers abgeben muß, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß das tatsächlich immer der Fall ist.

Wenn Ausländern in dem Standa ein Vorwurf gemacht werden kann, so trifft dieser vor allen Dingen die Reutersche Telegraphenagentur, deren langjähriger Vertreter, Poole, sich der Erpressung an dem Direktor von Siemens & Schuckert, Hermann, schuldig gemacht hat. Erstauulich ist das auch nicht; denn die Reutersche Verichterstattung arbeitet seit Jahren mit so unsittlichen und struppelosen Mitteln, daß die Minderwirkung auf den persönlichen Charakter ihrer Angestellten eigentlich beinahe selbstverständlich ist.

Verschiedene Nachrichten aus dem Auslande.

— Wien steht zurzeit im Zeichen der Gemeinderatswahlen. Am Dienstag wurden drei freigeordnete Sitze im vierten Wahlkörper (den die Mindestbesteuerten bilden), besetzt. Wie bisher fiel ein Mandat den Christlichsozialen, zwei fielen den Sozialdemokraten zu. Obwohl Tschekchen und Liberale für die Sozialisten eintraten, hatten die Christlichsozialen einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Am 19. März kamen sämtliche 48 Mandate, die der dritte Wahlkörper zu vergeben hat, zur Besetzung; die Wahl erfolgt in 21 Bezirken. Bei der letzten Gemeindevahl des dritten Wahlkörpers (1908) stieg die Christlichsozialen auf der ganzen Linie mit 32 794 Stimmen gegen 8500 Stimmen der Gegner. Inzwischen ist die Wählerzahl im dritten Wahlkörper von 64 000 auf 80 600 gestiegen, und es wird sich nun zeigen, welcher Partei dieser Zuwachs gehört. Liberale, Tschekchen und Sozialdemokraten arbeiten einander in die Hände. Die Gesamtzahl der Wiener Gemeinderatsmandate beträgt 165.

— Die „Nowoje Wremja“ feht ihre Hecke gegen Deutschland und Österreich fort. Sie veröffentlicht eine Unterredung mit einem „hochgestellten Würdenträger“, der angeblich Gelegenheits hatte, die Ansichten der französischen und der deutschen leitenden Kreise über die jetzige politische Lage in Europa kennen zu lernen. Der russische Würdenträger erklärte angeblich, man könne nicht zweifeln, daß die russischen Rüstungen entsprechende Gegenmaßnahmen Deutschlands hervorrufen würden, und dadurch würde wieder Frankreich gezwungen werden, ebenfalls zu weiteren Rüstungen zu schreiten. Alle drei Mächte seien indes sehr friedlich gesinnt, keine wolle einen Krieg. Bei der gegenwärtigen Gruppierung könnten sie aber nichts zur Einstellung der Rüstungen unternehmen. Dazu wäre ein Bündnis zwischen Deutschland, Rußland und England nötig. Dadurch würde ermöglicht werden, daß Österreich zwischen Deutschland und Rußland geteilt werden könnte; dann könnte auch Frankreich und Belgien zurückgehalten werden. (11) Wöhnen und Ungarn könnten selbständige Staaten werden. Diesem ganz phantastischen Plan widmet das Blatt noch einen Leitartikel, in dem er als „eine der möglichen Fragestellungen“ bezeichnet wird. — Ganz richtig bemerkt die „Wost. Rj.“ dazu: Alle diese Meldungen, die die „Nowoje Wremja“ seit Wochen in immer ähnlicher Form bringt, verfolgen natürlich keinen anderen Zweck, als in Österreich Mißtrauen zu säen. Da aber die Pläne zu durchsichtig sind, werden sie diesen Zweck nicht erreichen. Immerhin sind diese andauernden Veröffentlichungen der „Nowoje Wremja“ für die augenblickliche Lage bezeichnend.

— Ein ungenannter russischer „hoher Staatswürdenenträger“ (Graf Witte?) soll einem Mitarbeiter der „Nowoje Wremja“ erklärt haben, er habe zweimal mit Kaiser Wilhelm über das Projekt eines russisch-deutsch-französischen Bündnisses gesprochen, das erstmalig beim Besuch des Kaisers Wilhelm in St. Petersburg. Der Kaiser habe erklärt, er wolle vor allem gute Beziehungen zu England aufrecht erhalten. Die Hauptgefahr bilde Amerika. Das zweitemal sprach der „Staatswürdenenträger“ nach dem Abschluß des Friedens von Portsmouth mit dem Kaiser darüber. Der Kaiser war diesmal für die Bündnisidee, meinte aber, Frankreich müßte dazu von Rußland gezwungen werden, womit Witte nicht einverstanden war. Witte hoffte trotzdem, seinen Gedanken zu verwirklichen, obwohl er sich aber das Abkommen mit England ab. An den von der „Nowoje Wremja“ prophezeiten Zerfall Österreichs glaubt der „Staatswürdenenträger“ nicht. — Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Interviews aufhörten. Zum Teil sind sie von nicht genannten Leuten (wie das vorkommend erwähnt), und auch wenn die „interviewte Person“ genannt wird, ist die Weitergabe des Inhalts ganz unkontrollierbar. Man muß sie registrieren, es ist aber nichts darauf zu geben, zumal wenn sie in Blättern vom Schlage der „Nowoje Wremja“ veröffentlicht werden.

— Die früher erwähnte Entsendung bulgarischer Offiziere nach Deutschland zu ihrer militärischen Ausbildung wird sich zunächst nur auf vier Offiziere erstrecken und zwar nur auf ein, höchstens zwei Jahre. Die vor dem Balkankrieg vereinbarte Entsendung einer größeren Anzahl bulgarischer Offiziere nach Österreich-Ungarn ist zu zweifeln. Abgesehen werden bulgarische Offiziere auch weiterhin in die russischen und italienischen Generalstabsakademien entsendet werden.

— Das neue albanische Ministerium feht sich, nach der „Reichspost“, aus fünf Mohammedanern und drei Christen zusammen, von welsch letzteren einer ein Katholik und zwei Orthodoxe sind. Die mohamedanischen Mitglieder des Kabinetts sind: Der Premier und Minister des Auswärtigen Turehan Pascha, der Minister für Krieg und Inneres Essad Pascha, der Justizminister

Musik Bey, der Postminister Hassan Bey Brischina und der Adersbauminister Aziz Rajcha Brioni. Der Minister für öffentliche Arbeiten Brent Bib Doda ist Katholik, Dr. Turtulli und der Finanzminister Dr. Adamidji sind Orthodoxe.

(D. N. N.) Berlin, 18. März. (Mittliches.) Seine Majestät der König haben dem Wirtl. Geh. Oberbaurat Dr. Ing. Weith 2. Kl. mit Eidenlaub, dem Korvettenkap. Sölle im Reichsmarineamt die Krone zum Orden 4. Kl., dem Marineoffizierbaumeister Schlichting im Reichsmarineamt und dem Geh. Konstruktionssekret. im Reichsmarineamt, Rechnungsrat Eckardt den Orden 4. Kl., dem Geh. Oberbaurat Witzner, Abteil.-Chef im Reichsmarineamt, und dem Geh. Admiralitätsrat Dr. Schramm, vortrag. Rat im Reichsmarineamt, den Kronenorden 2. Kl., dem Korvettenkap. Kühnenthal im Reichsmarineamt und dem Nittergutsbesitzer Materne auf Wolken, Hr. Krotoschin, den Kronenorden 3. Kl., dem Oberl. a. G. und Abt. von Freudenreich im Reichsmarineamt, dem Direktor des Kreditvereins in Cassel Meins, dem bish. Kirchenrat, Katschmann, Kaufm. Bahn in Habelberg und dem techn. Sekr. Müller von der Baubehörde auf der Germania-Werke den Kronenorden 4. Kl., den Eisenbahnlokomotivführern a. D. Krüger in Ostrow, Krue in Wiedenbrück und Reichelt in Wöln, dem Eisenbahnaufseher a. D. Beckmeier in Weisel, dem Kleinrentmeister Hartmann in Cassel und dem Schuhmachermittel. Jünger ebenfalls das Verdienstkreuz in Silber, dem Buchdruckereifaktor Baumert in Gubrau, dem Schraubenlenker Lorenz in Götting, dem Dominalschaffner Salomon in Gütersloh, Hr. Trebnitz, dem bish. Eisenbahnteleg. -Vorarbeiter Ohnforge in Wöln, das Allgemeine Ehrenzeichen sowie dem Bienenkreuzer Rastke in Wiegeln, dem bish. Eisenbahnrangierere Riterer in Birnbaum das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen.

Die Erlaubnis zur Anlegung der ihnen verliehenen, nichtpreuss. Orden erteilt, und zwar: der 3. Kl. des Bayer. Verdienstordens vom heil. Michael und des Ritterskreuzes 1. Kl. des Sachsen-Ernestin. Hausordens dem Rentner Lamarche in Hölriegelskreuth (Wahnen); der 4. Kl. des sächs. fib. Lebensrettungsmedaille dem prakt. Arzt Dr. Kollisch in Begau i. S.; des Komturkreuzes 2. Kl. des Württemberg. Verdienstordens dem Kaufm.-Hr. Kammerherrn, Rittm. a. D. Grafen von Schlieffen in Wülfburg; des Ritterskreuzes mit der Krone des Mecklenb. Ordens dem Rentmeister des Schweriner Hoftheaters Dr. Schmidtgenen. Schmieden in Schwerin; des Komturkreuzes des Großs. Sächs. Hausordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falken dem Rittm. a. D. Frhn. von Redlich und Neufirch auf Schloß Rhynau; des Großs. Sächs. Ehrenzeichens in Silber dem Diener Wodara in Elmenhagen; des Ehren-Komturkreuzes des Oldenb. Haus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig dem Regierungsrat Dr. H. H. in Schleswig; des Ehrenritterskreuzes 1. Kl. des Ordens des Rentner Schräder in Nilsdorf; des Offizierskreuzes des Braunschw. Ordens Heinrichs des Löwen dem Nittergutsbes. braunschw. Kammerherrn Dr. jur. Frhn. von Münchhausen in Neuhaus-Verstau und dem Oberreg.-Rat Hoppe in Berlin; des Ritterskreuzes 1. Kl. des Ordens dem Landrat von Bredow in Rathenow; des Ritterskreuzes 2. Kl. des Ordens dem ersten Bürgermeister Lindner, dem Fabrikbes. Stadtverordnetenrat, Seiden- und dem Kommerzienrat, Stadtrat, Rittm. a. D. in Rathenow, dem Rittm. Stolberg-Rastbach dem Hofmeister Rühl in Orlenburg, Großh. Seifen; des neben dem. Orden des Verdienstkreuzes 1. Kl. des Polizeikommissar Dieck in Rathenow; des Komturkreuzes 2. Kl. des Sachsen-Ernestin. Hausordens und des Komturkreuzes 2. Kl. des Anhaltischen Hausordens Albrechts des Bären dem Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Kühne in Berlin; des Ritterskreuzes 2. Kl. des Herzog. Sachsen-Ernestin. Hausordens dem Gerichtsassessor a. D. Sticker in Berlin-Schöneberg; des Sachsen-Meinung. Verdienstkreuzes für Kunst und Wissenschaft dem Hofbesitzer Roth in Berlin; der Sachsen-Gotha-Rothsaischen Herzog Carl Eduard-Medaille dem Rechtsanw. Justizrat Mardersteinig in Weimar; des Ritterskreuzes 1. Kl. mit der Krone des Anhalt. Hausordens Albrechts des Bären dem Verwaltungsgeschäftsdirektor Dr. Helmhold in Gumbinnen; des Ritterskreuzes 1. Kl. des Ordens dem Verleger der Magdeburg. Zeitung Dr. Faber in Magdeburg; des Waldeckischen Verdienstkreuzes 3. Kl. dem Vorsteher des Zentralbureaus b. Statist. Landesamts, Rechnungsrat Prof. Behre; des Ehrenkreuzes 2. Kl. mit Eidenlaub des Sipp. Hausordens dem Ministerialrat im Minister. des Innern, Wirtl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Freund; des Ehrenkreuzes 2. Kl. des Ordens dem Geh. Oberregierungsrat Frhn. von Redlich und Neufirch, vortrag. Rat im Minister. des Innern; des Ehrenkreuzes des Ordens dem Geh. Medizinalrat, Prof. Dr. Borchardt in Posen; des Ehrenkreuzes 4. Kl. 1. Abt. des Ordens dem Rechnungsrat Schmidt im Minister. des Innern, dem prakt. Arzt Dr. Kollisch in Posen und dem Wein- und Obstbau. Rgl. Hoflieferanten Traube in Berlin; des Ehrenkreuzes 4. Kl. 2. Abt. des Ordens dem Gerichtsassessor a. D. Sticker in Berlin-Schöneberg; des Sipp. Ehrenzeichens für Kunst und Wissenschaft „Die lippische Rose“ am Ringe dem Theaterdir. Dr. Wachler in Ehringsdorf bei Weimar; des Russ. St. Stanislausordens 3. Kl. dem Grenzkommissar Philipp in Eshlun und dem Polizeinspektor Salchow in Königsberg i. Pr.; des Ritterskreuzes des Stal. St. Mauritius- und Lazarusordens dem Leutn. a. D. Frhn. von Wangenheim in Berlin-Wilmersdorf; des Großoffizierskreuzes des Belg. Kronenordens dem Regierungsrat, Heinrich in Lüneburg; des Chines. Chia-ho-Ordens 4. Kl. dem Konfuziuslehrer a. D. Major in der chines. Militärpolizei Lugowski in Tientsin; der 7. Kl. des Ordens dem Oberbaurat und Bureauvorsteher der Rheinisch-Westfäl. Eisenbahn Brückner daselbst; des Großkreuzes des Bapstl. Ordens des Heil. Sylvester dem Nittergutsbes. Grafen zu Stolberg-Stolberg in Westheim, Hr. Würtz; sowie des Bapstl. Kreuzes „Pro ecclesia et pontifice“ dem Fräulein Maria Schilla in Baden-Baden, der Frau Randerod in Reddinghausen und den Fräulein Agnes Frau in Wreslau und Ottilie Feld in Wachen.

Seine Majestät der Kaiser haben im Namen des Reichs an Stelle des ausgeschied. Konf. Reichs den Kaufm. Kunhardt zum Konsul in Boston (Vereinigte Staaten von Amerika), an Stelle des ausgeschied. Konf. Reichs den Kaufm. Ohligter zum Konsul in Manaus (Brasilien), an Stelle des ausgeschied. Konf. Reichs den Kaufm. Edelbühl zum Konsul in Arequipa (Peru) und den Bürgermeister von Hausden zum Konsul in Terschelling (Niederlande) ernannt, den Rgl. fächs. Gerichtsassessor a. D. Dr. jur. Wegerdt zum Kaiserl. Regierungsrat und stand. Mitglied des Aufsichtsamts für Privatversicherung ernannt.

(M.-B.-M.) Regionalveränderungen. Königlich Preussische Armee. Beamte der Militärjustizverwaltung. Dames, Ob.-R.-Ger.-Rat v. Gen.-Kommando 10. R.-K. bei f. Russk. aus d. Dienst d. Char. als Geh. und Ob.-R.-Ger.-Rat verliehen. Wiemers, R.-Ger.-Rat, von d. 41. zur 15. Div. versetzt. — Beamte der Militärverwaltung. Holender, Bahn. Mil.-Int.-Assessor, Vorstände d. Int. d. 36. und 34. Div., zu Mil.-Int.-Räten ernannt. Dabbe, R.-St.-Apoth. 17. R.-K. d. Char. als Ob.-St.-Apoth. m. d. persönl. Range d. Räte 4. Kl. verliehen. Raaß, Mil.-Int.-Sekr. von d. Int. 5. R.-K., R.-R.-R., Mil.-Int.-Diätar von d. Int. d. 10. Div., gegenf. vert. Dr. Wab, Oberlehrer am Kad.-Haus Wahlstatt, zum 1. April 1914 an die Haupt-Kad.-Inst. Berlin-Wichterfelde vert. Dr. Reuhauß, Oberlehrer am städt. Realgymnasium in Duisburg a. Rh., unter Überweisg. an d. Haupt-Kad.-Inst. Berlin-Wichterfelde zum Oberlehrer d. Kad.-Korps ernannt. Runge, Tiller, Mil.-Int.-Räte von d. Int. d. 7. und 18. R.-K., zu der 2. R.-K. versetzt. — Versetzt: a) zum 1. April 1914: die Militär-Intendantur: Graf Clairon d'Escaillonville, Rentk. f. Feldern, Bielmann von d. Int. d. 17. 3. 5. und 10. R.-K., zu denen d. 20. 17. 11. R.-K. bzw. als Vorst. zur Int. d. 10. Div., Weigt, Cronenberg, Dr. Laube, Vorstände d. Int. d. 10. 10. 10. Div., zu d. Int. d. 4. 10. und 15. R.-K., Bösler, Jerosch, Müller (Gutab), Vorstände d. Int. d. 6. 1. u. 21. Div., zu d. Int. d. 6. 1. und 7. R.-K.; die Militär-Intendanturassessoren: b. Christmar, Viejan, Dr. Volpert von d. Int. d. 16. 20. und 3. R.-K., als Vorstände zu d. Int. d. 30. 1. und 21. Division, Schreiner, Pinther von d. Int. d. 8. und 4. R.-K., als Vorstände zu d. Int. d. 6. u. 16. Div., b) zum 15. April 1914: Wödan, Mil.-Intend.-Rat, Vorst. d. Int. d. 25. Div., zur Int. d. 18. R.-K., Schamberg, Mil.-Int.-Assessor von d. Int. d. Gardekorps als Vorst. zu d. Int. d. 25. Div. — Ob. Reg.-Baumeister, Vorst. d. Mil.-Neubauamts für Orb. von Frankfurt a. M. nach Orb. vert. — Einwilligung erteilt: Albrecht, Mil.-Bau-Sekr. auf Probe b. Baumt. II in Posen, als Mil.-Bau-Sekr. — Proske (Kreuzburg), Int.-Apoth. d. Weurl.-Standes, zum Ob.-Apotheker befördert. Berger (Schweidnitsch), Ober-Apotheker d. Weurl.-Standes, der Abschied bewilligt.

Hochschulnachrichten.

* Berlin. Der Privatdozent für Staats- und Verwaltungsrecht, Landesassessor Dr. Karl Kormann, hat einen Ruf als Extraordinarius nach Leipzig erhalten. Ebenso hat der Privatdozent für Chemie Dr. Fritz Weigert einen Ruf als ao. Professor an die Universität Leipzig erhalten.

* Freiburg i. Br. Dem Privatdozenten Dr. Fritz Wigen (Mittelalt. Geschichte) und Dr. Wolfgang Alth (Klassische Philologie) ist der Titel außerordentlicher Professor verliehen worden.

Schlesien.

* Breslau, 19. März.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

* Die Zahl der Vorlagen, die heute zur Erledigung kam, war außerordentlich gering. Zwei ausgedehnte Debatten nahmen so viel Zeit in Anspruch, daß nur sehr wenig erledigt werden konnte. Die Erhöhung der Straßenbahnabonnements rief, wie vorausgesehen war, eine größere Anzahl von Rednern auf den Plan. Die meisten brachten dabei zum Ausdruck, daß man sich mit einer gewissen Erhöhung der Preise für die Zeitkarten einverstanden erklären könne, aber daß die vom Magistrat beantragte Erhöhung um 50 Prozent bei denjenigen Karten, die in der Hauptsache vom Publikum benutzt werden, nämlich den Vierteljahrsstreckenkarten, doch etwas zu reichlich sei. Schließlich wurde eine 20 prozentige Erhöhung der Streckenkarten mit fast allen Stimmen genehmigt. Das ist aber nur ein vorläufiger Beschluß, da über die Erhöhung um 50 Prozent noch mehr im Hinblick in Verbindung mit einem Vermittlungsantrage, der von dem Stadtverordneten Löbe gestellt wurde, verhandelt werden soll. Die zunächst beschlossene 20 prozentige Erhöhung kommt dadurch zustande, daß die Vierteljahrskarten aufgehoben werden und nur Monatskarten, bei denen man etwas teurer fortkommt, in Zukunft ausgegeben werden sollen.

Der Berichterstatter des Ausschusses Dr. Milch empfahl im Namen des Ausschusses die Genehmigung der Magistratsvorlage, nach welcher vom 1. April ab der Preis aller Zeitkarten für einen Kalendermonat gültig sein soll, ohne daß sich der Preis bei Vorabbezahlung für mehrere Monate ermäßigt; nach welcher ferner der Preis der Streckenkarten auf 5 Mk. erhöht und der Preis der Beamtenkarten auf 4 Mk. im Geltungsbereich des 10-Pfennig-Tarifs und auf 5 Mk. für das gesamte Netz erhöht wird. Der Berichterstatter führte alle Gründe an, die für die Erhöhung der Fahrpreise geltend zu machen sind, die Mehrleistungen der Straßenbahn seit ihrer Verstaatlichung, die Notwendigkeit, die Aufwendungen der Straßenbahn vollständig durch die Einnahmen und nicht etwa durch Steuern zu decken usw. Er hob hervor, daß sich die Mitglieder des Ausschusses überzeugt hätten, daß bei den Vierteljahrsstreckenkarten nicht der Selbstkostenpreis der Verwaltung gedeckt werde, betonte auch, daß man nirgends so billig auf der Straßenbahn fahre wie in Breslau und suchte alles zu widerlegen, was gegen die Erhöhung geltend gemacht worden ist und geltend gemacht werden kann.

Prof. Dr. Wohlfauer sprach gegen eine Erhöhung, die er wohl für gerechtfertigt angesehen habe, solange man glauben mußte, daß der Etat ungünstig ausfallen werde. Nachdem sich das Bild aber bedeutend verbessert habe, glaube er nicht mehr an die Notwendigkeit einer Erhöhung. Er gestand aber als gerechtfertigt zu, die Vierteljahrskarten fallen zu lassen und an ihre Stelle die Monatskarten treten zu lassen. Mit dieser Preisverhöhung müßte man sich zunächst begnügen. Die Verwaltung würde, wenn sie heute schon um 50 Prozent steigere, sich ja die Möglichkeit für eine spätere Verbesserung der Einnahmen nehmen, falls eine solche Notwendigkeit eintreten würde, was er aber nicht hoffe.

Dr. Sande ist schon immer ein scharfer Gegner der Erhöhung der Preise gewesen. Er sagte, daß es falsch sei, die Preise zu erhöhen, nachdem man die große Straßenbahn angekauft habe, die man zur Verbeibehaltung der niedrigen Preise gezwungen habe. Der Etat der Straßenbahn sei aber auch so günstig, daß er keine Erhöhung fordere. Wenn die Abonnenten auch unter dem Selbstkostenpreise fahren, so sei doch auch zu berücksichtigen, daß sie kürzere Strecken fahren, als im allgemeinen derjenige, der einen Fahrschein für zehn Pfennig löst. Es seien nicht nur die Reichen, sondern auch eine sehr große Zahl schlechter bezahlter Angestellter, welche die Straßenbahn benutzen; in deren Interesse sollte man von einer Erhöhung absehen. Mit der Aufgabe der Vierteljahrskarten könne man sich eher einverstanden erklären.

Stadtver. Wrinke sprach ebenfalls gegen die Erhöhung und trat für Ablehnung des Magistratsantrages ein. Wenn aber doch eine Erhöhung eintreten solle, dann beantrage er, daß eine Abgrenzung nach der Steuer eingeführt werde in der Weise, daß alle bis zu einem Einkommen bis zu 3000 Mk. zu den alten Preisen weiterfahren sollen.

Dr. Hamburger II suchte zahlenmäßig nachzuweisen, daß der Etat der Straßenbahn die Notwendigkeit einer Erhöhung nicht erweise. Es werde mit einer Steigerung der Einnahme von 6 Proz. gerechnet. Die bisherigen Ergebnisse des laufenden Rechnungsjahres hätten aber bereits mehr als eine 6prozentige Steigerung der Einnahmen gezeigt. Der Etat biete also ein noch erfreuliches Bild, als der Kämmerer es wünscht. Die Notwendigkeit einer Erhöhung sei aus seinen Zahlen nicht abzuleiten. Der Vorwurf, daß die Streckenabonnenten zu billig fahren, möge eine gewisse Nichtigkeit haben, aber es komme doch wieder in Betracht, daß die Wirtschaftlichkeit nicht nur von der Tarifpolitik, sondern auch von der wirtschaftlichen Ausnutzung der Wagen abhängige, und für die gleichmäßige Benutzung der Wagen falle der billige Preis sehr ins Gewicht.

Stadtver. von Scholz widersprach diesen Ausführungen und erkannte die Nichtigkeit der angeführten Zahlen nicht an. Der billige Preis für die Abonnements würde für die gute Ausnutzung der Wagen nur dann in Betracht kommen, wenn die Abonnenten die Bahn in verkehrsschwachen Stunden benutzten. Tatsächlich führen die Abonnenten stets in den Zeiten, in denen der Andrang an und für sich groß sei. Schretwegen müßten Wagen eingelegt oder angehängt werden, sobald sie dann nicht voll besetzt werden, und gerade die Abonnenten dazu beitragen, die Betriebskosten unwirtschaftlich zu erhöhen. Das Verhältnis zwischen Abonnenten und den anderen Fahrgästen sei so, daß jetzt etwa 48 Prozent auf die Abonnenten kämen. Dies Verhältnis verändere sich immer mehr zugunsten der Abonnenten.

Stadtver. Preschmer trat energisch gegen den Magistratsantrag auf. Der größte Teil der Bürgerschaft verstehe es nicht, wie man den Tarif derartig verschlechtern könne, nachdem die Stadt Eigentümerin der großen Bahn geworden sei. Er erinnerte an den großen Sturm der Entrüstung, der sich erhob, als die Hanschalgebühre im Fernsprechbetriebe erhöht werden sollte, und meinte, wie würde sich die Öffentlichkeit dazu verhalten, wenn die Staatsbahn ihre Preise so bedeutend erhöhen wollte. Mit einer Erhöhung der Streckenrate von 10 auf 12 Mark erklärte er sich aber einverstanden.

Gegen eine Erhöhung sprach weiter Dr. Ronicki. Stadtver. Loebe führte aus, daß die Entscheidung über den Magistratsantrag deswegen so schwer falle, weil man zwei ganz verschiedene Gruppen von Fahrgästen unterscheiden müsse, die sich die Vorteile des billigen Abonnements zunutze machen. Für die wohlhabenden Kreise, besonders aus der Südvorstadt, würde es nichts ausmachen, wenn die Erhöhung um 50 Prozent eintrete, anders sei es aber mit den vielen Angestellten und auch den kleineren selbständigen Existenzen, die lediglich für ihren Beruf die Straßenbahn im allgemeinen viermal täglich benutzen müssen. Für diese wäre er für Verbeibehaltung des

alten Preises. Der Antrag Wrinke, der nach der Steuerkraft abgrenze, sei ihm daher sympathisch. Die Idee Wrinke liege sich, aber vielleicht anders durchführen, wenn man ähnlich verführe wie bei den Arbeiterkarten. Die Arbeiterkarten gelten nur für zwei Fahrten an einem Tage, wobei jedesmal die Karte gelocht werde. Genau so liege sich für diejenigen, die viermal die Straßenbahn benutzen, ein viermaliges Loch durchführen. Wie das aber im einzelnen durchzuführen sei, würde die Verwaltung wohl herausfinden. Es komme ihm nur darauf an, daß diejenigen, welche nur viermal am Tage fahren, von der Preis-erhöhung nicht betroffen würden. Er stellte einen dementsprechenden Antrag.

Nachdem ein Schlußantrag abgelehnt, sprach Stadtver. Jeron gegen die Erhöhung, die er mit ihren 50 Prozent als ganz ungeheuer bezeichne. Schon gleich nach dem Anlauf der Straßenbahn sei der Magistrat mit der Absicht einer Erhöhung hervorgetreten. Man möge sie auch heute wieder ablehnen.

Geh. Justizrat Feige erkennt die Erhöhung der Preise als berechtigt an. Die Anregungen des Stadtverordneten Löbe enthielten einen gesunden Gedanken; es sei darin zum Ausdruck gebracht, daß das System nicht mehr das richtige sei und daß das ganze System geändert werden müsse. Worauf es dem Redner hauptsächlich ankam, war die Befürchtung, daß die Herabsetzung der Umsatzsteuer in Gefahr komme, wenn hier vom Straßenbahnnetze getrennt werde. Man werde dann fragen, womit die Mindereinnahme gedeckt werden solle, und würde nach der Kürzung der Straßenbahnnetze sich weniger bereit finden, die Umsatzsteuer zu ermäßigen.

Nachdem ein zweiter Schlußantrag wiederum abgelehnt war, kam Dr. Hamburger II. nochmals auf die Verkehrssteigerung zu sprechen, die bereits festgesetzt sei.

Oberbürgermeister Matting erwiderte ihm, daß seine Ausführungen deshalb nicht stichhaltig seien, weil trotz der prozentualen Zunahme der Abonnements nicht festgestellt sei, daß die Stadt damit auch soviel verdiene, wie notwendig sei.

In seinem Schlußwort polemisierte der Berichterstatter Dr. Milch gegen die Darlegungen verschiedener Redner, hauptsächlich betonte er aber, daß es nicht nur darauf ankomme, ob der Etat günstig oder ungünstig sei, sondern darauf, ob es richtig sei, daß ein großer Teil der Bevölkerung zu Preisen fahre, die zu billig seien. Die Anträge Wrinke und Löbe müßten erst näher geprüft werden. Sie sollten deshalb dem Staatsauschuß überwiesen werden.

Bei der Abstimmung wurden folgende zwei Anträge des Magistrats angenommen:

Der Preis aller Zeitkarten gilt für einen Kalendermonat. Eine Ermäßigung des Preises bei Vorausbezahlung für mehrere Monate tritt nicht mehr ein.

Der Preis der Beamtenkarten wird auf 4 Mk. im Geltungsbereich des 10-Pfennig-Tarifs, 5 Mk. für das gesamte Netz erhöht.

Der weitere Antrag des Magistrats, „Der Preis der Streckenkarten wird auf 5 Mk. erhöht“, wurde zusammen mit dem Antrag Löbe auf Verbeibehaltung des alten Preises für solche Abonnenten, die nur vier Fahrten am Tage machen, und mit dem Antrag Wrinke, den alten Preis für solche Abonnenten beizubehalten, die nur bis zu 3000 Mk. Einkommen haben, dem Staatsauschuß überwiesen.

Der genehmigte Magistratsantrag, daß eine Ermäßigung bei Vorausbezahlung für mehrere Monate nicht eintritt, erstreckt sich auf die Netz-, Doppel- und einfachen Streckenkarten.

Eine lange Debatte gab es auch bei der Vorlage des Magistrats über die Grundstücke des Grundstücksfonds.

Das Wesentliche an diesen Grundstücken ist, daß in Zukunft alle Grundstücke, die aus Mitteln des Grundstücksfonds angekauft worden sind, von denjenigen Verwaltungen, denen sie zur dauernden Nutzung überwiesen werden, vollumfänglich bezahlt werden sollen und das Geld so immer wieder in den Grundstücksfond zurückfließt. Diese Grundstücke sind vom Anleihefondauschuß beraten worden und wurden heute mit geringfügigen Änderungen durch den Berichterstatter des Ausschusses, Stadtverordneten Bischoff, zur Annahme empfohlen.

Gegen diese neuen Grundstücke wandte sich Stadtver. Dr. Milch. Der Magistrat sollte das Recht, welches er bisher in der Benutzung der Grundstücke hatte, nicht aufgeben. Zu welchen Konsequenzen die neuen Grundstücke führten, meinte der Redner, zeige sich aus einem Antrage in der Anleihe, in der eine Million für die Kanalisationswerke angelegt werden sollten, um das Gut Manfern, das seit vierzig Jahren der Stadt gehöre, erst zu kaufen. Aus den Grundstücken der Substanzgelderstod seien große Flächen der Promadenverwaltung überwiesen worden zur Herstellung von Grünanlagen. Wenn bei einer Erweiterung unserer Anlagen die Flächen erst vom Substanzgelderstod für die Promadenverwaltung gekauft werden sollten, so würde man es sich sehr überlegen, dieses Geld zu bewilligen, denn es seien etwa 3 Millionen Mark, welche die in letzter Zeit angelegten Flächen repräsentierten.

Der Kämmerer Matthes verteidigte demgegenüber die Magistratsvorlage, deren Zweck es sei, Klarheit zu schaffen und größere Sparsamkeit herbeizuführen. Gätte man immer noch den neuen Grundstücken gehandelt, so hätte man es jetzt nicht nötig gehabt, große Summen für Grunderwerb in die Anleihe einzustellen. Bisher sei man nicht korrekt verfahren, der Substanzgelderstod sei von den 60er Jahren her für den Ankauf von Grundstücken zu nutzbaren Zwecken bestimmt. Der Stod soll ungeschmälert erhalten bleiben. Diese Bestimmungen seien nicht immer beachtet worden und so sei Land zu nicht nutzbaren Zwecken, zu Straßenverbreiterungen, zu Grünanlagen usw. fortgegeben worden. Der Wert dieser Ländereien betrage ungefähr 6,5 Millionen. Es sei ganz klar, daß bei jedem Bau auch die Kosten für den Grunderwerb hinzugerechnet werden müßten. Wenn das in Zukunft geschehen soll, so sorge man für klare Verhältnisse. Wenn der Vordr. fürchte, daß die Stadtverordnetenversammlung dann, wenn das Land zum vollen Preise von der Grunderwerbverwaltung bezahlt werden muß, sich nicht so leicht wie heute zur Ausbeutung der Grünanlagen bereitfinden lassen werde, so möge das seine Berechtigung haben. Das bisherige Verfahren erleichterte gewiß die Verhandlungen vor der Stadtverordnetenversammlung. Ob das aber sparsam und klar sei, das sei etwas anderes.

Justizrat Dr. Feilberg beantragte, da die Sache noch nicht genügend geklärt erschiene, die Beratung in den Ausschüssen I und II. Während Dr. Sande und Dr. Wohlfauer dem Kämmerer zustimmten, vertrat Stadtver. Dettinger den Standpunkt des Dr. Milch.

Schließlich wurde die Vorlage den beiden Ausschüssen überwiesen.

Der Antrag des Magistrats, das Kämmereramt Niemberg zur Verpachtung vom 1. Juli d. Js. ab auszuschreiben, ging an den Finanz- und den Grunderwerbenausschuß. Stadtver. Ratich bezeugte es als sehr erwünscht, die Frage in den Ausschüssen genau zu prüfen, für das Gut seien in den letzten Jahren gegen 140000 Mk. aufgewendet worden, während die Stadt nur etwa 15000 Mk. herausgewirtschaftet habe. Bei einer Verpachtung würden also über 120000 Mk. verloren sein. Die Stadt würde den Bürger über die mangelhaften Erträge des Gutes nicht los

werden, so lange es in ihrem Besitze bleibe. Das beste würde es wohl sein, das Gut zu verkaufen.

Dringlich wurden alsdann einige Notstandsarbeiten, u. a. die Herstellung eines Reitweges in der Verlängerung der Hohenpollenstraße, genehmigt. Nachdem noch eine Kostenüberschreitung bewilligt war und die Versammlung sich zu zwei Anstellungen geäußert hatte, gelangten noch einige Haushaltspläne zur vorläufigen Festsetzung. Ohne Debatte geschah dies beim Haushaltsplan der Gartenverwaltung und der Parkwälder, die ohne Veränderung genehmigt wurden.

Beim Haushaltsplan der Spielplätze hatte der Staatsausschuß die Absetzung der ersten Rate von 7000 Mark für die Herstellung einer Spielwiese im Odevorlande zwischen Fürstenbrücke und Fluttschleuse empfohlen. Demgegenüber traten die Stadtv. Wolf, Roese, Jeron und Professor Dr. Goehlich dafür ein, diesen Spielplatz anzulegen. Auch Stadtschulrat Dr. Hacks und Oberbürgermeister Matting unterstützten diese Wünsche mit dem Hinweis auf das große Bedürfnis nach Spielplätzen. Der Erfolg war, daß sich die Mehrheit für diesen Spielplatz entschied und die 7000 Mark im Haushaltsplan stehen ließ. Die Stadtv. Kreischmer und Professor Dr. Goehlich sprachen den Wunsch nach einem Spielplatz für die Ohlauer Vorstadt aus und wiesen auf die Morgenauer Niederung hin. Stadtschulrat Dr. Hacks erklärte darauf, daß demnächst der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen werde, nach der auf dem Schulgrundstück Klosterstraße 90 eine Turnhalle mit einem Spielplatz errichtet werden soll.

Bei der Beratung des Haushaltsplans der Jahrhunderthalle, bei der Stadtverordneter Löbe den Ausschluß von politischen Vereinen aus der Halle erneut zur Sprache brachte, wurde die Beschlußfähigkeit der Versammlung angezweifelt, und da sich diese tatsächlich ergab, so mußte die Sitzung um 7¼ Uhr geschlossen werden.

Staatsbürgerliche Erziehung in den Lehrerbildungsanstalten.

Den drei Versammlungen des Vorjahres, die der Liegnitzer Sonderausschuß für staatsbürgerliche Erziehung und Bildung einberufen hatte, um über die Frage der staatsbürgerlichen Belehrung und Erziehung der Jugend der Volksschulen und der höheren Lehranstalten im Anschluß an gehaltenen Vorträge zu verhandeln, folgte am Mittwochabend im Wilhelmshof in Liegnitz eine weitere Versammlung, die von Schulmännern aller Lehranstalten besucht war. Von den übrigen Teilnehmern seien Oberregierungsrat Bartels und Landgerichtspräsident Reichenstein genannt. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des Stadtschulrats Dr. Weidemann. Seminarlehrer Frenzel hielt einen Vortrag über das Thema: „Die staatsbürgerliche Erziehung in den Lehrerbildungsanstalten.“ Er führte aus:

Soll die staatsbürgerliche Erziehung in der Volksschule mehr als bisher gepflegt werden, so ergibt sich als naturgemäße Voraussetzung, daß die künftigen Lehrer für ihre vaterländische Erziehungsaufgabe in der sechs- bis achtjährigen Vorbereitungszeit auf der Präparandenanstalt und im Seminar zu erfolgen. Auch bisher hat die Lehrerbildung diese Seite ihrer Aufgabe nicht vernachlässigt; das beweist allein ein Blick auf die der Lehrerbildung zugrunde liegenden Lehrpläne von 1901. — Die staatsbürgerliche Erziehung erfordert auch im Seminar nicht ein besonderes Unterrichtsfaß. Hoherer Bürgerkundeunterricht erzeugt nur totes Wissen. Die staatsbürgerliche Unterweisung hat im engsten Anschluß an geeignete Unterrichtsfächer zu erfolgen, in erster Linie im Anschluß an den Geschichtsunterricht. Der Geschichtsstoff ist an und für sich dazu angetan, vaterländisches Gefühl zu erwecken. Das gilt besonders von den Partien, bei denen wir unser Volk im Kampfe mit einem andern sehen, siegend oder unterliegend, und dort, wo sich deutsche Größe in einer besonders leuchtenden Gestalt verkörpert. Im engsten Anschluß an den Geschichtsunterricht hat auch die staatsbürgerliche Belehrung zu erfolgen. Bei der Behandlung der Rechtspflege der alten Germanen z. B. lassen sich Parallelen ziehen zur mittelalterlichen und modernen Rechtspflege. Die Gegenwart aus der Vergangenheit zu verstehen, zu sehen, welche Personen und Kräfte unsere staatsbürgerlichen Einrichtungen schufen, welche Widerstände zu überwinden waren, welche Notstände damit beseitigt wurden, das ist entschieden bildend, als das Westphalen durch Beschreibung kennen zu lernen. Ganz besonders geeignet, die Schüler mit den staatsrechtlichen Begriffen durch konkrete Anschaulichkeiten bekannt zu machen, ist auch die griechisch-römische Geschichte, die den Lehrstoff des Oberkurses der Präparanden bildet. Im Interesse der Geschichtsvertiefung sollte auf manche Namen und Zahlen verzichtet werden.

Der Referent bezeichnete im einzelnen die Kapitel, die im Interesse der staatsbürgerlichen Durchbildung einer eingehenden Behandlung bedürfen; aus dem Stoffgebiet des Seminaroberkurses nannte er: Die deutsche Einheits- und Verfassungsfrage, die auswärtige Politik des Deutschen Reiches nach 1879, das Verhältnis von Staat und Kirche (Kulturkampf) und die soziale Frage. Den Abschluß des Geschichtsunterrichts bildet dann die in längeren Abschnitten gegebene, zusammenfassende Darstellung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen und rechtlichen Verhältnisse von der alten Zeit bis zur Gegenwart. Aus ihr mögen die Schüler erkennen, daß es auch im staatlichen Leben keinen Stillstand gibt. Das entwidende, die Urteilsstärke bildende Verfahren ist besonders dort anzuwenden, wo es sich um die Gewinnung von staats- und völkerrrechtlichen Anschauungen handelt, (Verbreitung des Krieges, Bedeutung der Kolonien). Als ein sehr empfehlenswertes Mittel, historischen und politischen Sinn bei den künftigen Lehrern zu erwecken, hat sich nach den Ausführungen des Vortragenden die Einrichtung eines Geschichtsvereins am Liegnitzer Seminar erwiesen, in dessen Sitzungen die Mitglieder Aufklärung über die schwebenden Zeitfragen des öffentlichen Lebens erhalten.

Als weitere Unterrichtsfächer, die der staatsbürgerlichen Bildung zu dienen haben, nannte der Vortragende: Erdkunde, Deutsch, Religion und Pädagogik. Im Geographieunterricht müssen stets die Beziehungen Deutschlands zu dem umliegenden Lande im Vordergrund stehen. Vor allem muß der Deutsche wissen, was er an seinem Lande hat. Der Deutschunterricht bietet vielfache Gelegenheit zu staatsbürgerlicher Belehrung und Erziehung, u. a. Wilhelm Tell. Wie der Religionunterricht zu staatsbürgerlicher Gesinnung zu erziehen vermag, dafür machte der Vortragende geltend, daß der Opfermann, den man als ersten Zug im Wille eines guten Staatsbürgers bezeichnen darf, durch das Christentum seine stärksten Motive empfängt. Wir würden bessere Staatsbürger sein, wenn wir bessere Christen wären! In welcher Weise die pädagogischen Fächer der staatsbürgerlichen Bildung zu dienen vermögen, erwies der Referent daran, daß stets eine innere Beziehung bestanden hat zwischen den Erziehungsproblemen einer Zeit und den zu dieser Zeit vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnissen. (Beispiel: Rousseau, Pestalozzi). — Zum Schluß nahm der Vortragende noch Stellung zum Reformvorschlag, zum Zweite politischen Vorübungen die Schulgemeinde zu verwirklichen, d. h. den Schülern einen begrenzten selbstständigen Anteil an der Selbstverwaltung und Schulverwaltung einzuräumen, und zwar in Form eines parlamentarischen Schülerausschusses. Er empfahl die versuchsweise Einführung und beendete seine Ausführungen mit dem Wunsch, die jetzige und die kommende Lehrergeneration möge allezeit der Grundriss leiten bei ihrer Erziehungsaufgabe: Vaterland, nur Dir!

Dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortragschloß sich eine Debatte an, in der übereinstimmend das nationale

Erziehungsideal des Vortragenden Anerkennung fand. Im weiteren beschäftigte sich die Debatte, an der sich Lehrer Ernst Müller, Direktor Willenberg, Rektor Bösel, Rektor Kindfleisch, Lehrer Tschierske, der Versammlungsleiter und der Referent beteiligten, mit Wünschen für die staatsbürgerlichen Stoffe, soweit sie die Verwaltungsorgane in Landgemeinde, Stadt, Kreis und Provinz betreffen. Auch die Selbstverwaltungsidee für das Schulleben am Seminar fand Sympathie. Den nachstehend abgedruckten Zeitfragen stimmte die Versammlung zu:

1) Die staatsbürgerliche Erziehung erfordert keine Sonderdisziplin. Sie ist zunächst als Prinzip des Unterrichts aufzufassen und hat im engsten Anschluß an den bezüglichen Lehrstoff der in Betracht kommenden Unterrichtsfächer zu erfolgen.

2) Unter den Lehrfächern, die der politischen Bildung dienen, nimmt der Geschichtsunterricht die bedeutendste Stellung ein. — Die Entwicklung unserer staatlichen, sozialwirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse muß in innigem Zusammenhang mit der politischen Geschichte lebensvoll dargelegt werden, damit der Schüler die gegenwärtigen Einrichtungen aus der Vergangenheit verstehen lernt. — Zur Erzeugung eines scharfen historischen Urteils ist im Geschichtsunterricht das Hauptgewicht nicht auf das Merken und Einprägen des Stoffes, sondern auf dessen denkendes Erfassen zu legen. Diefem Zweck dient das an rechter Stelle angewandte entwickelnde Lehrverfahren und die Einführung der Schüler in das Quellenstudium, wobei die Schüler nach Möglichkeit mit den wichtigsten Grundrissen der Quellenbehandlung bekannt gemacht werden. Das Verständnis für wichtige Zeitfragen ist am besten in einem an das Alltagsleben angegliederten Seminargebiet verein zu erlangen.

3) An der staatsbürgerlichen Erziehung nehmen auch der Unterricht in Deutsch, Erdkunde, Religion und Pädagogik bewußt Anteil. In der Erdkunde soll der Schüler erfahren, was er an seinem Vaterlande besitzt, und bei der Handelsgeographie ist besonders der Anteil Deutschlands am Weltverkehr und Weltverkehr zu berücksichtigen. — In Religion soll das politische Denken auf dem Grunde der religiös-sittlichen Erkenntnis verankert werden. — Die Pädagogik hat den innigen Zusammenhang der Erziehungsprobleme einer Zeit mit den jeweiligen staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen zum Verständnis zu bringen.

4) Zum Zweck politischer Vorübung ist vorläufig versuchsweise die Schulgemeinde (Schülerverwaltung) zu verwirklichen.

Stadtschulrat Dr. Weidemann gab am Schluß der Versammlung seiner Freude über die Förderung des staatsbürgerlichen Erziehungsgedankens durch Vortrag und Debatte Ausdruck.

Polnische Bilder und Postkarten.

— Das Organ des Deutschen Ostmarkenvereins „Die Ostmark“ bringt als Beilage zu ihrer Märznummer 24 Reproduktionen von Bildern, die das Treiben der galizischen Sokols schildern, sowie von deutschfeindlichen Pöppostkarten, die in Galizien unter Duldung der österreichischen Behörden verbreitet werden.

Die vier ersten Bilder zeigen die künftige polnische Revolutionsarmee bei der Ausbildung: 1) Vortoch-Vereine aus dem Sokolbildungsplatz (Senjennanner). Daneben Armeefeldzüge. 2) Sokols zu Pferde bei Lanzenübungen. 3) Sokols bei Bajonettübungen. 4) Lemberger Sokols (militärisch bewaffnet) bei Ziel- und Schießübungen. 5) Schützen zu Pferde bei dem Einzug in Lemberg nach den großen Kriegsübungen im August 1913. 6) Probant-Kolonnen. 7) Schützen zu Fuß mit kriegsmäßiger Bewaffnung. 8) Vortoch-Lanzenübungen auf dem Sokolselbe bei Lemberg. 9) Eine „friedfertige“ Lemberger Sokol-Abteilung.

Es folgen 15 polnische Pöppostkarten. 1) „Polnischer Pfadfinder, die polnische Fahne in der Rechten, in der linken den Geistern polnischer Kriegshelden, die aus der Vergangenheit heraufsteigen. Links schwebt der weiße Adler.“ 2) Eine beiderseitige Strophe: „Und es erschien Kosciuszko dem vordersten Gliede und sprach also: Vortoch, Ihr Brüder, von Meer zu Meer, in erster Linie, Ihr Bauern und Landleute! Das grimmige Moskauer bedeutet die Knechtschaft. Ist es eben geschlagen, so seid Ihr frei.“ 3) „Der rüberische, wegen seiner Geschwindigkeit bekannte (russische) Wärf ist von Norden herbeigekürzt und wirft das arme Polen. Zur Hilfe der Mutter eilen alle ihre Kinder, um sie aus den Klauen der Übermacht mit ihren Armen zu entreißen.“ 4) „Polen, Du bist in Banden aus Kreuz geschlagen, Schau, der geliebte Christus betet für Dich, wenn auch die Knuten und Bajonette sich vermehren, es leiden nur die, welche wieder aufstehen. Schau, die Kinder beten zu ihrem Herrgott, daß Du, geliebtes Vaterland, wieder auferstehst sollst.“ Im Hintergrund die beiden Kriegsschiffe: ein Russe mit der Krone und ein Preuße mit der Fidelehaube. 5) Der von einem Sokol befreite polnische Adler. 6) Polnischer Sokol gibt einem preußischen Soldaten einen Fußtritt. „Glück und Gesundheit in diesem Neuen Jahre.“ 7) Kosciuszko-Denkmal. „Mein liebes Vaterland, Du mein polnisches Land, ewige Quelle gewaltiger Lebenskraft: Für Deine Freiheit und Deinen Ruhm wollen wir unsere Lieder ertönen lassen und unser ganzes Blut verspritzen.“

8) „Nach ich Polen nicht verloren!“ 9) „Das erwürgte Polen“, Bild aus dem polnischen Nationalmuseum in Rapperswil. 10) Krakauer Scout. „Der kommt hin!“ „Nur weiter mit Lust zu dem weiten Flug, die Flügel des Geistes vorzubereiten. — Uns zwingt kein Gewitter, uns schreckt kein Donner, wo der Wille auf die Kraft hört.“ 11) „Mit Gewalt werden wir es zurücknehmen.“ 12) Schützen-Abteilungen. „Los, Schützen, über uns ist der weiße Adler und gegen uns steht der tödliche Feind. Bald werden aus unseren Gemehren helle Schiffe ertönen, den Flug der Kugeln aber leitet der Erlöser Gott.“ 13) Polen zu den Füßen Christi, auf dem Gewande die Jahreszahlen der polnischen Revolutionen. 14) „Gott erlöse Polen im Neuen Jahre!“ Polnischer Ritter über einem erschlagenen Deutsch-Ordens-Ritter. 15) „Die Freiheit durch das Volk.“ „Dornengetränk tritt Du mit Hilfe Deiner Kinder in die Freiheit gegen eine dreifache Übermacht.“ Das befreite Polen geht über die Leiche eines deutschen Soldaten, d. h. des deutschen Heeres und Volkes.

Derartige Bilder und Postkarten werden in großer Menge auch in Preußen vertrieben und sind hier schon wiederholt behördlich beschlagnahmt worden.

Deutscher Pfadfinderbund.

n. Der am letzten Sonntag in Berlin abgehaltenen Tagung des Deutschen Pfadfinderbundes wohnten auch Schlesien aus Graf Guido von Hohenhausen von Donnersmarck aus Koslowagora, Hauptmann A. D. Thuns (Breslau) als Vorsitzender des Schlesischen Vereins, der Landesfeldmeister für Schlesien Kaufmann Czaha (Breslau) und Hauptmann Henkel von Gigenheim als Hauptfeldmeister für Breslau bei. Eingeleitet wurde die Tagung durch ein am Sonntagabend im Künstlerhaus veranstaltetes Festessen, bei dem der erste Vorsitzende Konrad Walschütz nach Begrüßung der zahlreich erschienenen Mitglieder und Ehrengäste das Kaiserhoch ausbrachte und einen besonderen Dank für fröhliche Unterhaltung der Bundesbestrebungen an den Generalstabsarzt der Armeeprofessor Dr. Schjerning richtete.

Das erste große Ereignis des Sonntags bildete, wie schon kurz gemeldet, eine Festigung des Berliner Pfadfinderkorps, das in Stärke von 100 Feldmeistern und 1500 Jungen im Grunewald eine Übung abhielt, durch den Kronprinzen. Schon eine Stunde vor der auf 11 Uhr angelegten Festigung traf der Kronprinz im Auto am Bahnhof Lichterfelde ein und wurde dort vom Bundesvorsitzenden Konrad Walschütz, dem Reichsfeldmeister Major Bayer und dem Vertreter des Jungdeutschlandbundes Hauptmann von Bismarck empfangen. Außerdem waren als Ehrengäste u. a. erschienen Prinz Karl von Rumänien, General der Infanterie Blume, Generalleutnant von Wilmann, Admiral Dehnbard, Polizeipräsident von Jagow und Polizeipräsident von Herzberg.

Trotz der verfrühten Ankunft des hohen Gastes fand dieser die Pfadfinder unter Leitung des Landesfeldmeisters Oberleutnant B. Z. Gornung bereits in voller Arbeit. Sie konzentrierten eine Fernsprechkette, führten Übungen im Brückenbau und Geländebau, sowie die erste Hilfe bei Unglücksfällen vor und zeigten schließlich das Abkochen. Der Kronprinz besichtigte Alles mit großem Interesse und sprach, als er nach dreistündiger Unterbrechung sich verabschiedete, dem Major Bayer nach einmal seine besondere Anerkennung für die vorzüglichen Leistungen der Pfadfinder aus. Diese hatten dann noch Gelegenheit zu einer praktischen Gileitung, indem sie das Auto des Prinzen Karl von Rumänien, das im Sande stecken blieb, durch fröhliches Schieben wieder in Schwung brachten, was dem Kronprinzen besondere Freude machte.

In der Hauptversammlung am Nachmittag erstattete Major Bayer den Geschäftsbericht, nach dem der Bund Ende v. J. 206 Ortsgruppen mit 60 000 Mitgliedern zählte. Die Zahl der Feldmeister, d. h. der Führer der einzelnen Pfadfindergruppen oder Abteilungen, ist von 1000 auf 2000 angewachsen. Einschließlich aller unterstützenden Mitglieder umfaßt der Bund gegen 80 000 Personen. Im vorigen Jahre sind drei neue Landesverbände gegründet worden, und zwar für Rheinland, Westfalen und Unterelsaß. Man versucht jetzt auch, die deutsche Jugend im Auslande zusammenzufassen, und so sind Pfadfindergruppen gebildet worden in Böhmen, Rumänien, Luxemburg, der Türkei, ferner in Brasilien, Mexiko und Kanada.

Personalmeldungen.

* **Übertragen** dem Regierungssassessor Dr. von Waldow in Liegnitz die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes im Kreise Breslau; zugeteilt der Regierungssassessor von Dziembski aus Mielitz dem Landrate des Kreises Liegnitz.

[**Verkehr nach der Hauptstadt.**] Nachdem der Antrag der Ortsgruppe Wünschelburg des G. W. B. auf Anschluß des Bundes 985 an E 84 von der Eisenbahndirektion Breslau abgelehnt worden war, stellte die Ortsgruppe bei der Betriebsabteilung Breslau der Eulengebirgsbahn den Antrag, von Wünschelburg in den Sommermonaten Sonntags einen Zug abzulassen, der Anschluß an Zug 990 hat. Auf diesen Antrag ist folgender Bescheid eingegangen: „Wir haben bereits in Aussicht genommen, in den Sommermonaten Juli und August Sonntags von Mittelfeine nach Wünschelburg und zurück bis Schlegel ein neues Zugpaar nach folgendem Fahrplan verkehren zu lassen: Mittelfeine ab 8 Uhr 16 Min. abends (Anschluß an Zug 985 von Dittersbach) Wünschelburg an 8 Uhr 42 Min. abends, ab 8 Uhr 53 Min., Mittelfeine an 9 Uhr 20 Min. abends, ab 9 Uhr 22 Min. Schlegel an 9 Uhr 32 Min. und Anschluß an Zug 56 nach Silberberg. In Mittelfeine wird dieser neue Zug Anschluß an einen neuen Staatsbahnzug nach Glatz und weiter nach Breslau aufnehmen, der ebenfalls in den Monaten Juli und August Sonntags verkehren und Mittelfeine 9 Uhr 32 Min. abends verlassen wird. Der gewünschte Anschluß an Zug 990 nach Dittersbach wird allerdings nicht erreicht. Würde dieser Anschluß aufgenommen werden, so müßten die beiden neuen Züge zwischen Mittelfeine und Wünschelburg erheblich früher verkehren, was zur Folge hätte, daß in Mittelfeine der Anschluß an Zug 985 von Dittersbach verloren gehen und die Übergangszeit zum neuen Staatsbahnzuge sehr lang werden würde.“

1. **Hahnau, 18. März.** Der wichtigste Punkt der heutigen Stadtverordnetenversammlung betraf den Ausbau der Realschule. Nachdem sich die städtischen Körperschaften vor einiger Zeit für den Ausbau zur Oberrealschule erklärt hatten, stellte heute der Magistrat den weitergehenden Antrag, mit dem beschlossenen Ausbau der Anstalt Ostern 1915 eine gleichzeitige Umwandlung in ein Reform-Realgymnasium von Untertertia ab vorzunehmen und, falls zu dem geplanten Aus- und Umbau die ministerielle Genehmigung nicht erteilt werden sollte, die Umwandlung in ein Reform-Realgymnasium (Vollanstalt) zu beschließen. Die Stadtverordneten stimmten dem Antrage zu. Der Schlachthof, welcher vor zwei Jahren mit einem Kostenaufwande von 180 000 Mark umgebaut und erweitert worden ist, verlangt jetzt Zuschüsse. Um diese nach Möglichkeit zu verringern, werden die Schlachtabgebühren vom 1. April ab erhöht. Der Magistrat plant die Errichtung einer Personenhaltestelle im Stadtfort an der Arnsdorfer-Saganer Eisenbahn zwischen Reifitz und Mollau. Sie würde für alle Besucher des Stadtfortes eine außerordentliche Annehmlichkeit bieten, umso mehr als die Eisenbahnvermittlung einen Zug einlegen will, der nachmittags um 2 Uhr von Liegnitz über Hahnau zum Stadtfort führt und infolge seiner nach Sonntagsgeschäftsverkehr liegenden Abfahrtszeit auch den Geschäftsleuten nützt kommt. Als Beitrag der Stadt zu den Kosten fordert der Eisenbahnklub 4000 Mark. Der Magistrat will diese Summe dem Ausgleichsfonds entnehmen, welcher bei Umwandlung des 100jährigen Vortriebes in den 80jährigen eingerichtet worden ist, und dafür dem Ausgleichsfonds jährlich die Summe von 200 Mark zuführen, um welche die Pacht des Stadtfortrestaurants in Anbetracht der durch Einrichtung der Personenhaltestelle für den Restaurationsbetrieb geschaffenen günstigeren Bedingungen erhöht werden soll. Der Antrag wurde angenommen. Die maschinellen Anlagen für das geplante Hochdruckwasserkraftwerk wurden, vorbehaltlich der behördlichen Genehmigung des Wasserwerks, der Gasmotorenfabrik Deub zum Betrage von 27 500 Mark übertragen. Die Gehälter der Lehrer an den gewerblichen Fortbildungsschulen wurden, dem Magistratsantrage entsprechend, ohne Debatte einstimmig erhöht und die Jahresstunde vom 1. April ab honoriert (steigend von drei zu drei Jahren) mit 70, 80, 90 und 100 Mark. Zu den Volksschulplätzen gewährt der Staat der Kommune vom 1. April ab auf drei Jahre einen laufenden Ergänzungszuschuß von 2000 Mark. Die Lehrpersonen an Volksschule und Realschule, soweit sie nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung versicherungspflichtig sind, sollen von der Versicherungspflicht befreit werden.

2. **Wormbrunn, 19. März.** Der bei der Firma Küllner hier beschäftigt gewesene Arbeiter Schön, der vor kurzem aus seiner Arbeitsstelle entlassen worden ist, erhängte heute Morgen vor Morgengrauen seinen 12 Jahre alten Sohn und dann sich selbst in seiner Wohnung. Schön, der viele Jahre bei der Firma Küllner in Diensten stand, hatte sich in letzter Zeit verschiedene Verfehlungen zu Schulden kommen lassen.

3. **Waldenburg, 18. März.** In der heutigen außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung wurden 100 Mk. als Beihilfe zur Ausstellung des Deutschen Werkbundes und 50 Mk. zu Prämien für die am 5. und 6. April in der Gorkauer Halle vom Verein selbständiger Handwerker veranstaltete Lehrjahrsprüfungsarbeiten-Ausstellung bewilligt. Der Einrichtung einer neuen technischen Lehrerrinnenkasse am Lyzeum am 1. April 1915 wurde zugestimmt. Die Mittelschullehrerstelle am städtischen Gymnasium wird am 1. April durch Weggang des bisherigen Inhabers erledigt. Dem Beschluß des Kuratoriums der städt. höheren Lehranstalten, diese Stelle in eine Oberlehrerstelle umzuwandeln, trat die Versammlung bei. Ferner wurde der Gleichstellung der ordentlichen Lehrer am Lyzeum mit den Mittelschullehrern an den anderen höheren Schulen, welche ein Anfangsgehalt von 2100 Mk. und acht Zulagen zu je 300 Mk. nebst Wohnungsgeld beziehen, zugestimmt. Zur Vergrößerung der Lehrerbibliothek der Realschule wurden 500 Mk. bewilligt zur Anschaffung des Spielbetriebes an den Volksschulen 752 Mk., für Ausbesserungen und Neuanschaffungen von Turngeräten an der städt. Turnhalle 200 Mk. Zugewillt wurde einem Verträge mit dem Kreisbauhof betr. die Übernahme der Säuglingsfürsorge durch den Kreis Waldenburg. Als einmalige Beihilfe wurden 200 Mk. bewilligt. Den drei städtischen Wochens- und Waisenfürsorgefrauen, die zurzeit je 450 Mk. Gehalt beziehen, wurde eine Zulage von je 50 Mk. bewilligt. Zur Anschaffung einer einheitlichen Arbeitskleidung für fünf städtische Straßenarbeiter wurden 300 Mk. bewilligt.

4. **Brieg, 18. März.** Die am Ringe gelegene Apotheke ist durch Kauf in den Besitz der Apotheker Raps aus Girschberg und Preis aus Röntgenhütte übergegangen. Die Übernahme erfolgt am 1. Mai. — Gestern hielt der hiesige Zweigverein des Evangelischen Bundes einen Familienabend ab, der durch Gesänge des Seminarschors verschönert wurde. Lic. Bräunlich aus Halle hielt einen Vortrag über „Evangelische Treue und Einmütigkeit, eine bringende Forderung der Zeit“. Der Zweigverein gewann an diesem Abend 27 neue Mitglieder.

(Fortsetzung im dritten Bogen.)

* **Couponsteuer.** † **Coupon in fremder Valuta** Vorgeschlagene Dividende. Beim Zinstermin bzw. Geschäftsjahr bedeuten 1.—12. die Monate Jan. bis Dez.

Assmanns Stad.-Antl. I, II	1. 7/4	4	73,36 bz
Sefia Stad.-Antl. unkn. 16	5.11.5	5	93,40 bz
Wagner Inv.-Antl.	1. 7/4	4	86,26 bz
Wagner Stad.-Antl. v. 1898	1. 7/4	4	85,40 bz
Preussische Pfandbr.	1.7.14/4	4	89,00 Bz
Edward. Städt.-Pfbr. 1803	5.11.1/4	4	91,60 bz

Lose.

Deutscher 7 Fl.-Lose	№ 51	—	—
Ösische Prämien-Anleihe v. 1867	2. 8.	4	178,75 bz
Braunschweiger 20-Tal.-Lose	—	—	200,50 G
1000-Markener Prämien-Antl.-Scheine	1.10.	8 1/2	142,90 bz
Holländer Granderdt.-Präm.-Pfbr. II	1. 7.	8 1/2	124,60 G
Elbinger 50-Tal.-Lose v. 1868	3.	8	—
Meissener Prämien-Pfandbriefe I	2.	4	140,60 Bz
Oldenburger 40-Tal.-Lose	2.	3	128,30 G
Sachsen-Meiningen 7-Fl.-Lose	—	—	35,60 —
Franken 15-Fl.-Lose	—	—	do fr.

Weiländer 45-Lire-Lose	do	fr.	—
do. 50 do.	do	fr.	—
Oesterreichische Cred.-Lose v. 1858	do	fr.	—
do. do. v. 1860	11.	fr.	180,25 bz
do. do. v. 1861	10 3/4	fr.	—
Gaeb-Graxer 100-Taler-Lose . . .	4.10.	2 1/2	98,40 bz
do. Anrathsscheine	10 1/2	fr.	33,10 C
Russische Prämien-Anleihe v. 1864	1. 7.	5 1/2	—
do. do. v. 1865	1. 3.	5 1/2	—
Türkische 400-Frs.-Lose	10 5/8	fr.	168,10 bz
Danzigach. 100 Flr.-Lose	—	—	—

Ungarische 100-Ft.-Leze	do	fr.	—
Venetianische 30-Liro-Leze	do	fr.	—

Deutsche Hypotheken-Pfandbr				
Berliner Hyp.-Bank abg.	ver	4	82,00	0
do. do. do.	ver	3 1/2	84,75	0
do. do. V. VI.	ver	4 1/2	100,00	0
do. do. I-IV	ver	4	93,00	0
do. do. XIII, XIV unk.	ver	4	93,75	0
do. Kommunal-Obl. I unk.	l.	7	95,30	0
Dtsch. Hyp.-Bk. Berlin-III, X-XII, XIV	ver	4	93,60	0
do. do. XV, XVI unk.	ver	4	94,40	0
do. do. XX, XXI, unk.	ver	4	94,60	0
do. do. VII, IX, X	l.	10	84,60	0 1/2
Gotha-Gründer-Bank III, IV, IX, X	ver	7	100,90	0 1/2
do. do. VI, u. VII, l.	l.	10	94,75	0
do. do. IX, XIII, XIV	l.	4	94,75	0
do. do. XIV, XV, unk.	l.	10	94,75	0
do. do. V, u. VIII, ver	ver	8 1/2	94,80	0
Hamburger Hyp.-Pfand. S. 141-470	ver	4	94,50	0
do. do. S. 471-540 unk.	l.	2	95,00	0
do. do. S. 1-190a, 301-330	ver	8 1/2	65,66	0
Meininger Hyp.-Pfand. II, u. V, VII	ver	4	94,50	0
do. do. alte u. X	ver	3 1/2	86,00	0
Mitteldeutsche Bodenk. II-IV, VI	ver	4	93,50	0
do. do. do.	l.	10	84,00	0
Pruss. Boden-Gr. XIII—XXII	ver	4	93,40	0
do. do. XX, XXII	l.	7	85,86	0
do. do. conv. XI, XV, XVI	ver	3 1/2	85,40	0
Preussische Centr.-Bod. v. 1890	l.	10	94,20	0
do. do. 1899, 1901 u. 1903	l.	7	94,00	0
do. do. 1906 ank. 1916	l.	7	94,10	0
do. do. 1907 ank. 1917	l.	7	94,10	0
do. do. 1895, 1899, 1894, 1896	ver	8 1/2	84,80	0
do. do. 1904	l.	7	85,20	0
do. Cam.-O. 1901	l.	10	95,40	0
do. do. 1887, 1891a, 1896	l.	10	86,00	0
do. do. 1906	l.	7	86,60	0
Preuss. Hyp.-Akt.-Bank alte	ver	4	91,30	0
do. do. do.	ver	3 1/2	84,25	0
do. do. 1904 u. 05.	ver	4	93,00	0
do. do. 1907 do. 17	ver	4	93,70	0
do. Kommunal-Obl. do.	l.	7	95,40	0
do. Pfand.-Bk. XVIII, XXII, XXV	ver	4	93,60	0
do. do. XXVII, XXVIII,	l.	10	94,50	0
do. do. XXIX, do. XXX	l.	7	94,75	0
do. do. XXX u. XXXII, do. 22	ver	4	95,25	0
do. do. XXXII, XXXIII, do.	ver	4	95,60	0
do. do. XXII, XXVI	ver	8 1/2	87,80	0
do. do. XVII, XVIII, XXIV,	ver	9 1/2	85,25	0
do. do. do.	l.	7	85,60	0
do. Rheinb.-Oblig.	l.	10	96,20	0
do. Kommunal-Obl. II.	l.	10	96,25	0
do. do. VI—VIII.	ver	4	96,25	0
do. do. IX u. X	ver	3 1/2	85,60	0
Rhn. Westf. Bdr. 1, 3, 5, 7, — III	ver	4	93,75	0
do. do. XI unk.	l.	10	94,25	0
do. do. XII, XII e unk.	l.	7	94,60	0
do. do. XIII unk.	l.	10	95,60	0
do. do. II, IV, V	ver	8 1/2	84,95	0
Schles. Boden.-Credit-Bank I—V	ver	4	93,75	0
do. do. S. I, II, III, IV	ver	3 1/2	85,75	0

Industrie-Obligationen.

Deutsch-Altalt. Telegraph.	100	1. 7.	4	82,00 bz
do. Niederl. Telegraph. do. 17	100	1. 7.	4	94,00
Allg. Elektr.-Ges. OB VI.	100	1. 7.	4 1/2	100,30
do. I—V	100	vor	4	82,50 bz
Ardennes unv. 15	103	1. 7.	3 1/2	85,50
Bonrather Maschinen unv.	100	1. 7.	4 1/2	94,00
Berliner Elektr.-W. konv.	100	1. 10.	4	82,00
do. v. 1901, 1908	100	1. 7.	4 1/2	98,00
Bismarckhütte v.	103	1. 10.	4 1/2	98,75
do. konv.	102	1. 7.	4	81,00 bz
Bodumner Gussst.	103	1. 9.	4 1/2	101,25
Braunkohl- u. Brikel konv.	100	1. 7.	4 1/2	97,00
do. do. 08	100	5. 11.	4 1/2	95,25
Breslauer Waggonbau	103	1. 7.	4	—
do. do. konv.	100	1. 7.	4	—
Charlote Cernite	103	ver	4 1/2	96,50 bz
Dtsch. Ubers. Elektr. 5.3—	103	ver	5	102,50 bz
Deutsche Wasserwerke 98	102	1. 7.	4	—
do.	102	7. 7.	4 1/2	—
Deutsch. Eisenbdt.	108	4. 10.	4 1/2	98,25
Dannewerksbdt.	100	4. 10.	3 1/2	95,50
do.	100	1. 7.	4	96,25
Eisenbdt. Silesia	100	1. 7.	4 1/2	—
Elektr. Licht- u. Anl.	104	4. 10.	4 1/2	100,25
Elektr. Lieferung	105	1. 7.	4 1/2	101,25 bz
Elektrochem. Werke	102	1. 7.	4 1/2	—
Gesellsch. f. elektr. Unterf.	103	4. 10.	4	93,10 bz
do. do. bnp	103	1. 7.	4 1/2	98,25
Görlitzer Maschinen 1911	108	4. 10.	4 1/2	—
Handelsges. für Grundbesitz	102	3. 9.	5	102,25
Konk.-Bauchh.	108	1. 7.	4	—
„Norm“ Vereinig. unv. 15	108	1. 7.	4 1/2	98,50
do. do.	103	1. 7.	4	94,50
Rohlenohewerks unv. 20	100	2. 8.	4 1/2	97,40
Rathenower Bergbau	100	4. 10.	8 1/2	92,25 bz
Gr. Körtling	103	1. 7.	4 1/2	97,00
Fr. Krupp	100	1. 7.	4	97,25 bz
Laurahütte	100	1. 7.	4	93,00
do. do.	100	3. 9.	3 1/2	87,25
Ludwig Loewe & Co.	100	4. 10.	4	95,50 bz
Neue Bodengesellschaft	108	1. 7.	4	84,50 bz
do.	101	1. 7.	8 1/2	77,25
Oberschl. Eis.-Bod.	108	3. 9.	4 1/2	98,00 bz
do. do.	108	1. 7.	4	—
Oberschl. Eisendindurft. do. do.	190	1. 7.	4	89,00 bz
do. do.	104	4. 10.	4	94,50 bz
Rhenania Ver. Em.	100	4. 10.	5	100,00 bz
Thyrischkele Stainkohl.	100	1. 7.	4 1/2	—
Thüring. Elektr. u. Gas	108	vor	4 1/2	99,80
Thüring. Elektr. Lichtbdt.	109	1. 7.	4	95,60 bz
do. 04	103	1. 7.	4 1/2	99,00 bz
Siemens elektr. Betr. 27	108	4. 10.	4 1/2	99,25
Siemens & Halske 98	108	4. 10.	4	93,00 bz
do. konv.	103	2. 8.	4	93,00
Siemens-Schuckert	103	ver	4 1/2	98,70
Telefons & Mille	102	1. 7.	4 1/2	98,00 bz
Teufelner Vulkan	103	5. 11.	4 1/2	—
Tieft-Windler	109	1. 7.	4 1/2	101,50
Trübenberg	108	5. 11.	4 1/2	101,75
Uppsl. Hotel	102	1. 7.	5	100,50
Ursula Romann	106	5. 11.	6	103,30
Wag. Lokalb. S. unv. 15	100	1. 7.	4 1/2	98,75 bz
Wiesener Pilsener Power unv. 12	110	1. 7.	6	96,30

Industrie-Aktien.		Ges.- jahr	Divid. letz.vorj.	Kurs v. 19. v. 18.	
Brauerei.	Oppolner Brauerei . . .	10.	3	1	62.50 G 62.50
	Reichelbräu	7.	11	11	216.50 G 216.00
	Sinner	1.	14?	14	343.25 G 343.00
Accumulatoren-Fabrik A. G.		3.	—	25	154.75 bz 345.00
Action-Gesellschaft 1. Anhalt.		1.	—	23	656.00 G 552.00
do. 1. Bärsten Striegau		7.	6	7 1/2	108.00 G 108.50
do. 1. Vorkeschwanen		1.	13?	13	214.25 bz 215.25
Adler Portland-Cement . .		1.	6?	6	116.50 G 117.00
Adlerbrütten Glas		1.	15?	13	217.5 G 230.00
Adlerwerke		11.	25?	30	373.50 G 371.25
Allgemeine Berliner Omnibus		1.	9	8	180.90 G 181.00
do. El.-Act. G. (Edison)		7.	14	14	448.00 G 448.00
Aisen Portland-Cement . .		1.	16?	15	329.25 bz 229.25
					327.50 G 327.50

	Aluminium 50/50	1.	—	20	287,00	158,00
AG	Amisg. Pankow Boden	fr.	0	8	53,00	60,00
AG	Anhalt Continental Guano	1.	—	8	125,60	125,00
AG	Anhalter Rohkohlens.	1.	6	8	189,75	188,25
AG	Assig. Ver. Akt.	1.	10	8	112,50	112,00
AG	Annaburger Steingut	7.	7	7	127,75	126,75
AG	Aplerdecker Steinkohlen	1.	—	10	148,00	147,00
AG	Archimedes	7.	9	9	125,00	123,75
AG	Arenberg Bergbau	1.	25 ²	27	418,00	420,00
AG	Arnsdorfer Papier	10.	0	6	61,75	61,75
AG	Aumutz-Friede (Fres.)	7.	12	12	165,25	164,75
AG	Baier & Stein	1.	—	30	445,80	445,00
AG	Basalt AG	1.	—	8	132,00	132,00
AG	Baudix, Holzbearbeitung	5.	0	3 ¹ / ₂	44,00	44,00
AG	Carl Berg	7.	0	0	98,60	97,90
AG	Julius Barger Textil	1.	20	20	281,75	280,50
AG	Bergmann Elektricität	1.	—	5	123,00	122,00
AG	Berlin-Anhalter Maschinen	1.	—	9	129,00	127,75
AG	Berliner Elektricitäts-Werke	7.	12	12	171,00	171,25
AG	do. Vorzugs-Aktion	4.	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂	98,50	98,00
AG	Berlin-Gaboner Aktien	1.	—	16	239,75	240,00

G	Berliner Holz-Spinnerei	1.	—	7	92,780g	94,30
G	do. Holz-Spinnerei	7.	6	0	116,600g	115,00
G	do. Maschinen Schwarzl.	7.	16	4	267,000g	267,00
G	Berlin-Neudorf Kunstanstalt.	7.	14	2	32,760g	32,00
bz	Bernburg, Masch.	1.	—	0	54,10 G	64,00
bz	Berthold Messing	1.	—	15	267,000g	269,50
bz	Berzelius Bergwerk	1.	—	0	164,000lb	164,50
bz	Bismark-Hütte	7.	9	0	144,000g	143,50
B	C. Blumwe & Sohn	1.	1 1/2	6	79,750g	79,75
B	Buchner Maschinenfabrik	7.	14	14	224,500g	223,90
B	Göhr. Böhrler & Co.	1.	—	11	246,250g	246,75
B	Braunschw. Kohle	1.	—	11	267,000g	269,17
bz	do. Stamm-Prior.	1.	—	12	—	—
bz	do. Holz-Spinnerei	7.	15	12	233,000g	233,60
B	Bremer Wollkammerei	1.	20	20	294,25 C	295,00
B	Breslauer Spinnfabrik	1.	22	21	430,250g	431,50
B	Bruno Boveri Cie.	4.	8	7	148,800g	148,85
B	Bader Eisenwerke	1.	7 1/2	7	112,750g	112,75
B	Busa, Emil, Opt. Ind.	4.	17	17	267,60 G	267,55
B	Busa Wagn. Verz.-Aktien	4.	10	19	308,000g	307,00
B	Batzke & Co., Met.	1.	—	7	104,500g	104,00
G	Carlsbüte	7.	5 1/2	6	95,25 G	95,25
G	Caroline Braunkohle	1.	—	30	436,000g	436,00
G	Carltonneng Loshwitz	7.	25	25	397,00 G	397,00
G	Casseler Federstahl	1.	—	5	129,000g	129,00
G	Charlottenburger Wasserwerke	10.	12	12	210,500g	211,20
bz	Chemische Fabr. Grösch. Elektr.	1.	—	14	268,900g	268,90
G	do. d. Grüna	1.	—	10	178,50 G	178,00
G	do. v. Hayden	1.	—	14	260,60 G	260,60
B	do. d. Miltz & Co.	11.	15	15	268,000g	268,00
G	do. Werke Albert.	1.	—	30	453,00 G	450,00
G	Chemnitzer Werkzeug	7.	0	0	58,75 G	58,75
G	Cölnar Bergwerk	1.	—	38	551,500lb	550,50
G	Concordia Bergwerk	1.	23 1/2	23	357,000g	357,20
G	do. Spinnerei	1.	4 1/2	7 1/4	109,100lb	110,55
G	Consolidirte Schmelz.	1.	23 1/2	23	351,25 G	351,55
G	Contia, Wässerw.	1.	—	8	134,000g	135,00
G	Crinitz Papier	7.	10	9	195,00 G	195,00
G	Dessauer Linoleum	1.	22 1/2	28	307,250g	308,00
bz	Dolmetsch Conf.-Ges. Gerstlich	1.	11 1/2	11	185,900g	185,90
B	Deutsch-Alb. Telegraph.	1.	—	7 1/4	123,76 G	124,45
G	do. -Luxemb. Bergw. Abg.	7.	10	11	132,250g	132,25
G	do. -Südamer. Tel.	1.	—	6 1/2	113,250g	113,55
G	do. -Überseeische Elek.	1.	—	11	117,250g	117,25
G	do. Abhandlgsgesellschaft.	1.	6	8	117,250g	111,15
G	do. Bohndt & Wilt.	10.	10	8	175,000g	175,00
G	do. Geyglinhütte	7.	25	25	620,000g	613,00
G	do. Holz-Spinnerei	1.	25 1/2	20	333,600g	332,00
G	do. Spiegelglas	1.	20	25	275,000g	270,00
bz	do. Steinzeug	1.	16 1/2	16	330,000 G	330,00
G	do. Thurnborn u. Münch.	1.	—	10	146,500g	145,25
G	do. Wafen u. Metallfab.	1.	29 1/2	29	594,750g	597,00

[illegible]

Eintracht Braunkohlen	1.	27.	27	527,00 bz	526,00 bz
Eintracht Steink.	1.	—	12	637,00 bz	138,75 bz
Eintracht Silber	1.	—	12	189,50 bz	189,00 bz
Eintracht Kraft	1.	—	12	189,50 bz	189,00 bz
Eintracht Farb.	1.	—	28	654,50 bz	654,50 bz
do. Papier.	7.	0	0	—	—
Elektro Dresden	4.	6	6	109,00 bz	109,00 bz
Elektrische Lieferung	1.	12	12	209,00 bz	209,00 bz
do. Werke Lignitz	1.	—	7	119,75 bz	119,75 bz
do. Licht u. Kraft.	7.	7 1/2	7 1/2	129,75 bz	129,75 bz
do. Untern. Zürich	10.	10	10	194,00 bz	194,00 bz
Englische Wollwa. St.-Prior.	1.	0	0	80,00 bz	78,00 bz
Erdmannsdorfer Spinnerei kon.	1.	—	3 1/2	74,00 bz	42,00 bz
Eschwer Bergwerk	7.	10	8	271,00 P	220,00 bz
Fabril Bleistift.	7.	15	15	371,00 P	371,00 P
Falkenst. Gardin.	7.	8	8	121,25 P	121,25 P
Fain Jute-Aktien	1.	15	10	213,00 P	212,00 P
Feldmühle Papier u. Cellulose	1.	12	12	167,00 bz	167,00 bz
Fildler, Maschinenbau	1.	14 1/2	14	255,10 P	255,50 bz
Fräustädt Zuckerfabrik	0.	16	18	309,00 bz	309,00 bz
Freund Maschinen bau.	7.	8	4	227,00 P	225,50 bz
Friedrichshütte	7.	15	10	158,75 bz	158,00 bz
Proßlau Zuckerfabrik	5.	12 1/2	15	160,00 P	160,00 P
Glaggenau Vorzugs-Aktien	7.	4	4	75,50 bz	75,00 bz
Gasmotor der Aktien	7.	9	9	121,00 bz	121,00 bz
Gebhardt u. König	2.	—	15	234,00 bz	234,00 bz
Gelsenk. Eisen	7.	11	15	161,00 bz	149,00 bz
Geiselsweiler Bergwerk	1.	11 1/2	10	193,40 bz	193,00 bz
do. Gußstahl.	8.	6	5	98,00 bz	97,00 bz
Germania Portland zement	7.	0	0	93,75 bz	97,00 bz

	Gesellschaft f. Elektr. Unterb.	1	14	327,75 bz	228,00 bz
bz bz bz G	Gesellschaft f. Elektr. Unterb.	1	10	171,00 bz	170,00 bz
	Glaizer Zement	1	11	161,80 bz	161,80
	Glaizer Zement	6	11	149,00 bz	149,00
	Glaizer Zement	1	42	22,80 G	22,80 G
bz bz bz G	Groß-Lichterfelder Terrain	7	9	246,50 G	246,50 G
	Groß-Lichterfelder Terrain	7	5	80,00 bz	80,00 bz
bz bz bz G	Groß-Lichterfelder Terrain	1	182	285,00 bz	285,00 bz
	Groß-Lichterfelder Terrain	1	0	—	—
	Groß-Lichterfelder Terrain	1	10	142,00 G	141,00 G
	Hagener Gußstahl	4	0	44,25 G	44,25 G
	Hagener Gußstahl	7	0	25,50 G	25,50 G
	Hallische Maschinenfabrik	1	28	371,00 bz	367,25 bz
	Hallische Maschinenfabrik	1	0	153,75 G	153,75 G
	Hannover Maschin. Eisenf.	7	0	336,25 bz	336,25 bz
	Hannover Maschin. Eisenf.	7	6	134,25 bz	132,60 bz
G G G	Harkort Bergbau do.	7	13 1/2	201,75 bz	201,75
E E E	Harkort Bergbau conv. do.	1	12 1/2	98,75 G	98,75 G
	Harkort Bergbau do. St.-Prior.	1	11	7	7
	Harkort Bergbau do. St.-Prior.	2	11	184,00 G	183,00 G
	Harkort Bergbau do. St.-Prior.	2	8	139,00 G	139,00 G

	Nürnberg Maschinenbau	7.	8	6	136.80 bz	137.00
	Niedrigsülze	1.	10	7	139.90 bz	139.90
	Niemann Portland- Cement	1.	10	9	164.00 bz	163.75
	Herbrand Waggonfabrik	1.	10	9	670.00 bz	665.00
	Höcherer Farwerke	1.	24	22	325.00 bz	324.00
	Hösch, Eisen- u. Stahlwerke	4.	8	11	121.75 bz	122.50
	Hohenlohe-Werke	4.	10	10	146.75 bz	148.00
	Holtenauer-Gesellschaft.	1.	8	8	158.00 bz	156.00
	Hubertus Braunk.	7.	8	8 1/2	115.00 bz	115.00
	Humboldt Maschinenfabrik	1.	26	24	505.00 bz	507.00
	Interat. Bauges. St.-Prior.	1.	12	12	214.00 bz	214.00
	Köln Porzellan	1.	22 1/2	22 1/2	315.00 bz	317.00
	Kaplan Maschinen	1.	15	0	74.25 bz	74.00
	Kettner Maschinen	4.	15	14	227.00 bz	227.80
	Klein- u. Torr.- Brsl.	7.	30	30	328.75 bz	328.80
	Klein- u. Torr.- Brsl.	1.	3	4	110.80 bz	110.80
	Köhlmann Stärke	10.	22	20	367.00 bz	366.75
	Köster u. Jordan	6.	18	18	319.25 bz	318.75

König Wilhelm konvertiert	1.	187	18	259,50bz	259,25bz
do. Stamm-Prior.	1.	237	23	337,00bz	337,00bz
Röding Marienhütte abg.	1.	—	6	85,25bz	85,00bz
do. do. Vorr.-Akt.	1.	—	6	86,50bz	86,00bz
Königsberg Zellaufst.	4.	24	22	338,10bz	338,00bz
Königsborn Bergwerk	1.	187	18	230,00bz	230,00bz
Königszell Porzellanfabrik	7.	11	11	159,25bz	159,00bz
Körschdorf Zucker	4.	7	0	139,25bz	139,00bz
Gebr. Körting	1.	—	8	124,60bz	124,00bz
Körting Elektr.	4.	8	8	126,75bz	126,50bz
Northelm Cellulose	1.	57	11	108,30bz	108,00bz
Kronprinz Metall-Industrie	1.	—	20	263,00bz	262,90bz
Kruppsche Zellaufst.	7.	16	22	232,10bz	232,10bz
Kruppschuch & Sohn.	1.	—	13	215,75bz	215,75bz
Wahmeyer & Co.	4.	6	5	129,50bz	129,50bz
Lauchhammer konvertiert	7.	10	10	181,60bz	181,60bz
Lauchhammer	7.	8	6	155,60bz	155,60bz
Leipziger Werkzeug	1.	25	25	366,60bz	366,60bz
Leopoldshall Chem. Fabrik.	7.	4	4	92,00bz	92,00bz
do. Stamm-Prior.	7.	5	5	110,00bz	110,00bz
Lindström	1.	—	20	300,75bz	300,75bz
Lingel Schuttfabrik	7.	12	19	164,80bz	164,80bz
Litke-Hoffmann	1.	—	17	238,00bz	238,00bz
do. do. Vorr.-Akt.	1.	—	41/2	102,70bz	102,70bz
Ludwig Löwe & Co.	1.	187	18	832,00bz	832,00bz
Lübcker Maschinen	1.	—	6	—	—
Lüdenscheid	1.	9	9	151,25bz	151,25bz
Mannesmannbrönn.	7.	13 1/2	13 1/2	204,00bz	204,00bz
Marienhütte (Kottbus)	4.	4	8	69,25bz	69,25bz
Marschachtschall Kappel	7.	10	28	303,00bz	301,75bz
Mecheln. Weberland Ind.	1.	20/2	30	97,00bz	97,00bz
Mechanische Weberland Serau	10.	0	6	260,00bz	260,00bz
H. Meinecke	1.	—	9	—	125,50bz
Mercur Wellwaren	12.	20/2	20	290,00bz	290,00bz
Dr. Paul Meyer	1.	0	7 1/2	131,50bz	131,50bz
Milowitzer Eisen	1.	0	6	65,70bz	65,70bz
Mühlheimer Bergwerk	1.	0	11	173,75bz	171,25bz
Müller Spinnstoff	1.	7/2	6	136,50bz	136,50bz
Nagel Badagenerhütte	1.	—	0	86,00bz	85,50bz
Niederlausitzer Kalken	4.	12	12	219,75bz	220,90bz
Norddeutsche Elektrizität	7.	7	9	145,00bz	145,00bz
Nitrillfabrik	4.	6	12	98,50bz	101,00bz
Norddeutsche Gummi	1.	4/2	3	79,40bz	80,00bz
do. Lederpappem	10.	0	5	69,00bz	69,75bz
do. Spinnstoffe	10.	16	16	242,00bz	241,75bz
do. Steingut	4.	24	27 1/2	179,75bz	178,50bz
do. Wollkammern	1.	—	10	147,75bz	147,10bz
Oberdorf. Eisenbahn-Bedarf	1.	4/2	6	83,60bz	83,80bz
do. Eisenind.-Akt.-Ges.	1.	—	3	66,50bz	66,50bz
do. Rohw.-u.chem.Fabr.	1.	17/2	15	241,00bz	240,50bz
do. Porzell.-Comm.-Fabr.	1.	8	8	152,75bz	153,00bz
F. F. Obles's Erban	7.	16	16	228,50bz	228,50bz
Oppenauer Portland-Cement	1.	10	10	161,75bz	161,50bz
Oreanstein & Kappel	1.	—	14	177,10bz	177,10bz
Ostfeld. Spinnwerke	10.	12	12	276,50bz	276,45bz
do. Vorr.-Akt.	10.	5	5	86,00bz	86,40bz
Pannzer	7.	0	6	89,00bz	89,00bz
Petersburg. elektr. Beleuchtung	1.	—	8	188,90bz	188,90bz
do. Vorr.-Akt.	1.	—	11	177,00bz	177,35bz
Phönix Bergwerk	7.	18	18	239,30bz	238,30bz
Julius Pilsch	1.	—	8	145,50bz	145,00bz
Planwirtschaft	1.	15/2	15	257,25bz	257,25bz
Plauener Spitzen	7.	3	6	84,25bz	84,25bz
Ravensberger Spinnerei	1.	5/2	0	107,00bz	106,80bz
Reichelt Metall	1.	15/2	15	223,50bz	225,00bz
Rais & Marlin	1.	—	6	92,10bz	92,25bz
Rheinische Braunk.-Bergw.	4.	0	9	220,00bz	218,00bz
do. Metallwaren	10.	0	0	—	—
do. do. Vorr.-Akt.	10.	0	0	105,25bz	

v. Zobten am Berge, 18. März. Mit einer Reihe von wichtigen Vorlagen beschäftigte sich die am 16. d. M. abgehaltene Versammlung der Stadtverordneten. Der städtische Etat für 1914 wurde in Einnahme und Ausgabe mit 129 305 Mark, um 7075 Mark höher als im Vorjahre, festgestellt. An kommunalen Steuern werden zur Erhebung kommen 140 Proz. Zuschläge zur Einkommensteuer, 170 Proz. zur Grundsteuer, je 160 Proz. zur Gebäude- und Gewerbesteuer, 120 Proz. zur Betriebssteuer, von den Zinsen und Einkommen unter 900 Mark 140 Proz. Die Versammlung beschloß eine Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten, die Anstellung eines dritten Klassenbeamten für die Kämmererkasse und eines Hospitalwärters, der zugleich Hilfspolizeibeamter sein soll, ferner die Verankerung der städtischen Sparkasse gegen Haftpflicht mit 30 000 Mark. Für fünfzig von der Sparkasse ausleihende Hypothekendarlehne wurde der Zinsfuß von 4 auf 4 1/4 Proz. erhöht. Die Erhöhung soll auch bei Wechselwechsel eintreten. Die Streifenstraße, welche demnächst von der Kreisverwaltung neu gepflastert wird, sowie ein Teil des Ringes und der Neichenbacherstraße sollen Kanalisation erhalten. Die Ausführung der Arbeiten soll sofort begonnen werden. Betreffs der vorzunehmenden Elektrizitätsanlage wurde beschlossen, die Nachprüfung der bereits von anderen Firmen ausgeführten Vorarbeiten sowie die endgültige Bauleitung dem Obergeringieur Gärtner in Breslau zu übertragen.

v. Rogau-Rosenau, 18. März. Bei einem Einbruche in die hiesige evangelische Kirche gelang es, am 15. d. M. den Kirchenräuber auf frischer Tat festzunehmen. Er hatte bereits am Vormittag in der hiesigen katholischen Kirche sowie in den vorigen Wochen in der evangelischen Kirche zu Rantau, Kr. Nimptsch, Gottesräuber erbrochen und ihres Inhalts beraubt. Der Festgenommene, der aus Österreich zu fliehen vorgibt, wurde in das Gefängnis in Zobten eingeliefert.

o. Braunsitz, Bez. Breslau, 18. März. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Haushaltsanschlag für 1914 in Einnahme und Ausgabe auf 65 300 Mark gegen 64 000 Mark im Vorjahre festgestellt. Weder Wasserwerk noch Gasanstalt liefern Überschüsse. Die Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern sind von 38 000 Mark auf 40 905 Mark gestiegen. Die Fortifikation liefert ebenfalls einen höheren Überschuss, nämlich 11 000 Mark, ab. Die Ausgaben für die Schulen betragen 8120 Mark oder 1040 Mark mehr, die Beamtengehälter 15 781 Mark, die Kreissteuern 15 200 Mark. Die Gehälter der städtischen Beamten wurden gemäß der Vorlage des Magistrats anderweitig geregelt. Der Antrag des Magistrats, die alte Wasserleitung durch Leitung von eisernen Röhren in gebrauchsfertigen Zustand zu versetzen, um bei erneuter Wasserfalamität gerüst zu sein, wurde abgelehnt; die Versammlung war der Ansicht, daß die jetzigen drei Brunnen im Wasserwerk vollkommen ausreichen. Bei der Beratung über die Gasanstalt wurden Klagen über das schlechte Brennen des Gases laut. Unter Einziehung eines Sachverständigen soll Abhilfe geschaffen werden. Einstimmig beschlossen wurde, die städtischen Lehrer mit deren Einverständnis von der Krankenversicherungspflicht zu befreien. — Die Eingemeindung der Ortsteile Klein Cosel und Paulschütz stößt auf harten Widerstand in der Gemeindevertretung Klein Cosel. Der Bürgerverein, der die Angelegenheit energisch betreibt, wird trotzdem nicht nachgeben, umso mehr, als die Einwohner von Klein Cosel, die die Gas- und Wasserleitung der Stadt unter denselben Bedingungen wie städtische Einwohner benötigen, der Eingemeindung geneigt sind, durch welche sie manche Vorteile erringen würden.

rs. Beuthen OS., 19. März. In der am Mittwoch nachmittag abgehaltenen Stadtverordneten-Sitzung wurde dem Antrag von Grundbesitzern für den Bau der städtischen Straßenbahn Beuthen-Landesgrenze zugestimmt. Der Haushaltsplan für 1914 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 5 346 812,25 Mark ab. Von der in früheren Jahren üblichen Generaldebatte wurde Abstand genommen. Verschiedene Wünsche und Anfragen an den Magistrat wurden bei Beratung der einzelnen Spezial-Etats zur Sprache gebracht. Bei Beratung des Etats für die Gasanstalt wurde mit Rücksicht darauf, daß die Stadt Beuthen an die Oberschlesischen Elektrizitätswerke Werke für verbrauchten Strom jährlich 400 000 Mark zahlt, die Errichtung eines eigenen Elektrizitätswerkes gewünscht. Vom Magistrats-Etat aus wurde aber davon abgesehen. Bei der Beratung des Park-Etats wurde der im Entschieden begriffene Zoologische Garten Gegenstand längerer Erörterungen. Für den Bärenzwinger wurden Schutzhöhlen gewünscht. Der Preis von 3000 Mark für die beiden Auerhähnen erschien einigen Stadtverordneten zu hoch. Damit bei weiterer Ausgestaltung des Zoologischen Gartens die Stadtverordnetenversammlung auch mitreden könne, wurde die Einsetzung einer Park-Deputation beschlossen. Bei Beratung des Etats für die Badeanstalt wurde der Magistrat angefragt, ob die Soole, die ihre Quelle im Bereich der der Oberschlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb gehörigen Carlseisenberggrube hat, zur Abgabe von Soolwässern auch noch nach der alten Badeanstalt geleitet werden wird. Die Stadtverordneten haben nämlich in einer früheren Sitzung die Mittel für die Errichtung einer neuen Badeanstalt bewilligt. Stadtrat Leber teilte mit, daß die Stadt Beuthen vertraglich verpflichtet ist, vom 1. Mai d. J. ab schon eine bestimmte Quantität Soole zu entnehmen, und daß von diesem Zeitpunkt ab Soolbäder genommen werden können. Die überschüssige Soole soll in größeren Gefäßen und Flaschen an Private abgegeben werden. Bei Beratung des Schlachthof-Etats bemerkte Geheimrat Kommerzienrat Grünfeld, daß der vor zwei Jahren errichtete Schlachthofmarkt die Hoffnungen nicht erfüllt habe. Die Einnahmen deckten nur die Ausgaben.

* Zabrze, 18. März. Den Hauptinhalt der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung bildete die Beratung der Haushaltspläne. Die Kassenkassette schließt mit 159 120 Mk. ab; sie erfordert aus Gemeindemitteln 129 510 Mk. Das unter Leitung des Oberbürgermeisters stehende Luigke-Biktorien-Krankenhaus erfordert bei einem Etat von 155 860 Mk. 75 845 Mk. Zuschuß. Der Haushaltsplan der Hauptverwaltung bewegt sich mit 2 090 200 Mk. Von den einzelnen Titeln sind erwähnenswert die Verwaltungskosten mit 240 135 Mk., die Ausgaben an den Kreis und die Provinz mit 153 605 Mk., die Kosten der Polizeiverwaltung mit 147 300 Mk., darunter 80 000 Mk. Kosten der königlichen Polizei. Der mit 960 000 Mk. abschließende Volksschuletat verlangt 635 368 Mk. Zuschuß. Die Vermögensverwaltung bringt eine Einnahme von 263 867 Mk., das Marktfandgeld 30 600 Mk. Aus der Wasser-versorgung fließen in die Gemeindefasse 63 000 Mk., und 1 623 450 Mk. bringen die Steuern. Die Schaffung von 7 neuen Waisenkindern und 3 neuen Lehrern und 1 Lehrerin wurde genehmigt, ebenso die Einrichtung eines Kinderhortes. Für Pflasterung der Paradies- und der Sankt-Georgsstraße sowie weitere Straßenbauten wurden 121 200 Mk. bewilligt. Ferner wurden für die mit 412 000 Mk. berechnete Teilkanalisation weitere 100 000 Mk. als dritte Rate zur Verfügung gestellt und für den Straßenbahnbau mit 100 000 Mk. — Zabrze — Bielchowitz 50 000 Mk. und für die damit in Verbindung stehende Unterführung am Bahnhof Dorothendorf 60 000 Mk. bewilligt. Für eine neue Ortskarte wurden 2500 Mk. zur Verfügung gestellt. Schließlich wurde noch eine neue Gebührenordnung für die Desinfektionen nach ansteckenden Krankheiten genehmigt. Im Interesse der Volksgesundheit wurden die Gebühren für die Desinfektion auf 3 und 5 Mk. festgesetzt und die Einkommensgrenze für Gebührenfreiheit auf 1800 Mk. bemessen. Um die Ansteckungsgefahr zu verringern, wurde ferner beschlossen, bei jedem

Umlage von Personen, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind, die Wohnungen kostenlos zu desinfizieren, sofern der Kranke ein Einkommen unter 1800 Mk. hat.

Posen.

Die Wahl in Birnbaum-Santer-Obornik.

* Zu dem Ausfall der Erziehungswahl im Reichstagswahlkreis Samter-Birnbaum-Obornik wird uns geschrieben:

Die Erziehungswahl anstelle des polnischen Grafen Matthias Mielzynski hat leider — aber kann anders zu erwarten — einen Sieg des polnischen Kandidaten, Domherrn Nos, gebracht. Nos erhielt 16 438 Stimmen, der deutsche Kandidat von Haza-Madly 13 019, der Sozialdemokrat 636 Stimmen. Im Jahre 1912 hatte der polnische Kandidat 15 857 Stimmen, der deutsche 13 164, der Sozialdemokrat 1084. Danach hat der polnische Kandidat 581 Stimmen gewonnen, der deutsche dagegen 145, der Sozialdemokrat 448 Stimmen verloren. Man könnte daraus den Schluß ziehen, daß ein Teil der Sozialdemokraten, nämlich ihre polnischen Anhänger, für den Domherrn Nos gestimmt haben. Dies wird auch der Fall sein. Während aber im Wahlkreis die deutsche Bevölkerung zu und die polnische abgenommen hat, ist dennoch ein Märgang der deutschen Stimmen eingetreten. Die Schuld daran tragen in der Hauptsache die deutschen Katholiken des Kreises Schwerin, die auch bei den früheren Wahlen für den Polen gestimmt haben. Auch diesmal sind 922 Stimmen im Kreis Schwerin für den polnischen Kandidaten abgegeben worden. Der Kreis zählt eine polnische Bevölkerung von 1723 Seelen, was eine Wählerzahl von 287 bei dem Deviser von 6 in anbeacht der höheren polnischen Kinderzahl ergeben würde. Mindestens 635 deutsche Katholiken des Kreises müssen also polnisch gewählt haben. Es haben aber sicherlich auch deutsche Katholiken der anderen Kreise polnisch gewählt, wie z. B. in Mielchewo (Kr. Obornik), und die Wahlversammlungen im Kreis Birnbaum, in denen Domherr Nos deutsche Stimmen hielt, waren von zahlreichen deutschen Katholiken, sogar Beamten in Uniform, besucht und fanden lebhaften Beifall. Dabei war der deutsche Kandidat selbst Katholik, so daß eine Rücksichtnahme auf die Konfession des Kandidaten Gewissensbedenken nicht aufkommen lassen konnte. Das Vergehen eines großen Teiles der deutschen Katholiken und der merkwürdige Märgang der deutschen Stimmen muß also einen anderen, tiefer liegenden Grund haben: Das ist die neue politische Taktik, die man bei der Wahlagitierung angewandt hat.

Oberpräsident D. Dr. Schwarkhoff hat sich die Aufgabe gestellt, das Polentum zu spalten: divide et impera! Was ist damit bisher erreicht worden? Zunächst sollte ein Keil zwischen den polnischen Adel und das Bürgertum getrieben werden. Der Mißerfolg ist bekannt. Im Wahlkreis Samter-Birnbaum-Obornik-Schwerin sollte als eine neue Taktik die Macht des Polentums durch das Zentrum gebrochen werden. So schloß man mit dem Zentrum einen Pakt. Dieses machte nun offiziell die Wahlagitierung im ausfallgebenden Kreis Schwerin gegen die Polen für den deutschen konservativen Kandidaten, wies aber jede Hilfe ab, um die Wahl allein zu machen und seine eigene Organisation dabei zu stärken. In eingeweihten deutschen Kreisen gab man infolge dieser Wahltaktik den Kreis von vornherein verloren; daß aber bei dem Gesamtergebnis die Differenz zwischen deutschen und polnischen Stimmen zugunsten der Polen von 2693 im Jahre 1912 auf 3419 steigen würde, hatte man doch nicht erwartet. Dabei haben die polnischen Sachverständigen, die 1912 im Januar mitwählten, rund 1900 männliche Personen, den Wahlkreis bereits verlassen. Veranschlagt man die Zahl der Stimmberechtigten davon nur auf 900, so wäre somit eine Verschiebung zugunsten des Polentums um rund 1600 Stimmen eingetreten. Die Taktik, die Polen durch das Zentrum zu spalten, die sich noch nirgends bewährt hat, hat also auch hier zu keinem Erfolge geführt. Das Wahlergebnis in Samter-Birnbaum-Obornik-Schwerin ist demnach ein neues Ruhmesblatt des neuen Ostmarkenkurses in Posen!

[Aus der Stadt Posen.] In der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch erfolgte durch den Oberbürgermeister Dr. Wilms die Einführung des an Stelle des verstorbenen Stadtrats Heinemann neuergewählten Stadtrats Spaeth. Der Oberbürgermeister wurde ermächtigt, dem Braunschweigischen Herzogs-paare anlässlich der Geburt des Thronfolgers ein Glückwunschtelegramm zu senden. Die Vorlage wegen der Sanierung des Stadttheaters, die einen ganz ungewöhnlich großen Zuschuß vorsieht, um den Theaterdirektor vor dem Konkurs zu bewahren, wurde auf den Antrag des Magistrats vertagt. In ihrer Annahme ist nicht mehr zu zweifeln, nachdem die Polen sich entschlossen haben, sich der Abstimmung zu enthalten, während die numerisch stärkste, die freisinnige Fraktion, einstimmig ihre Zustimmung zur Magistratsvorlage beschlossen hat. Die neuen Stadthausvoranschläge wurden ohne wesentliche Änderungen angenommen. Beim Etat der Allgemeinen Verwaltung wurden die Provinzialbeiträge auf 561 800 Mk. festgesetzt.

[Kleine Nachrichten.] g. Hohenfals, 18. März. Die Stadtverordneten beschließen in ihrer gestrigen Sitzung die Erbauung einer Turnhalle auf dem Grundstück der neuen Mittelschule mit einem Kostenaufwand von 80 000 Mk. Die Turnhalle soll auch der schulentlassenen Jugend zur Verfügung stehen. Für den Ostmarkenflug wurden 500 Mk. bewilligt. — r. Egin, 18. März. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, zur Deckung der Kosten für das neue städtische Wasserwerk bei der Provinzial-Feuerlosgesellschaft ein Darlehen von 200 000 Mk. zu 4 1/4 Prozent Zinsung und 2 Prozent Tilgung aufzunehmen. Verhaftet wurde ein Missetäter, der in einem hiesigen Lokal einem Besucher von auswärtigen 300 Mk. gestohlen hatte. — n. Mogilno, 18. März. Ein Schandenschein scherte auf dem Rittwege Schlegel ein Familienhaus vollständig ein. Bei dem orkanartigen Sturm war das ganze Gut gefährdet. — o. Ostrowo, 18. März. Mit der Regulierung des Dłobofflusses in seiner ganzen Länge ist begonnen worden. Dadurch werden etwa 2500 Morgen Weizen und Getreide trocken gelegt. Die Kosten dieser Melioration sind auf 90 000 Mk. veranschlagt. — p. Schneidemühl, 18. März. Dem Lokomotivführer Geister von hier, der einen Güterzug nach Thorn führen sollte, entriß unterwegs der Sturm die Räder. Geister griff danach, verlor das Übergewicht und stürzte auf das Geleis. Beim Abfuchen der Strecke wurde der Lokomotivführer mit abgefahrenen Weinen tot aufgefunden. — ss. Bromberg, 18. März. Die am Hgl. Gymnasium unter dem Vorsitz des Provinzialschulrats Dr. Kumerow abgehaltene Reifeprüfung haben von 28 Oberprimanern 26 bestanden. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Klempnergehilfen Bruno Welke von hier, der in der Jesuitenkirche etwa zwanzigmal die Opferkästen erbrochen und dabei etwa 240 Mk. erbeutet hatte, zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis.

Zeitschriften.

— Der Geisteskampf der Gegenwart. Monatschrift für christliche Bildung und Weltanschauung. 50. Jahrg. Herausgegeben von Prof. D. G. Hennigsdorff. Vierteljährlich 1,50 Mk. (Verlag von G. Bertelsmann in Münster i. W.). Aus dem reichen Inhalt des Märzheftes seien folgende Arbeiten genannt: „Seht euch vor!“ Aus einer Predigt von D. Jhmel. — Über das Verhältnis des religiösen zum philosophischen Denken. — Das Gebet als psychologische und pädagogische Problem. Ein Blick in die Werkstatt des Lebens. — Apologie im Roman. Hieran schließen sich noch viele kleinere Darbietungen (Arthur Drems über Hädel und Elwald. — Die älteste Einfuhrzählung usw.) und eine Reihe interessanter Äußerungen zu dem Kapitel „Dualismus und Christentum.“

Handelssteil.

Keine Einfuhrscheine über Getreidegemische.

h. Nach § 8 der Einfuhrscheinordnung dürfen bei der Ausfuhr von Gemischen von Müllerei- oder Mälgereierzeugnissen oder von Hlen, die aus verschiedenen Fruchtarten hergestellt sind, keine Einfuhrscheine erteilt werden.

Diese Vorschrift gilt nach dem Erlaß des Finanzministers vom 20. Februar d. Js. auch für solche Fälle, in denen nicht die fertigen Erzeugnisse (z. B. Roggenmehl und Weizenmehl), sondern die einzelnen Fruchtarten (z. B. Roggen und Weizen) vor ihrer Vermahlung miteinander vermischt worden sind. — Dagegen ist die Erteilung von Einfuhrscheinen für solche Erzeugnisse zulässig, die aus einer Fruchtart mit einer natürlichen Beimischung von anderen Bestandteilen von nicht mehr als 2 v. H. hergestellt worden sind.

Aktiengesellschaften.

* Schlesischer Bankverein. Wir verweisen auf den im Inzeratenteil veröffentlichten Geschäftsbericht des Instituts für das Geschäftsjahr 1913.

* A. Schaaffhausenscher Bankverein. Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1913 sind im Inzeratenteil veröffentlicht. Die auf 3 Proz. festgesetzte Dividende ist sofort zahlbar; in Breslau bei dem Bankhause C. Heiman. Die Direktion macht gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die den Umtausch der Aktien Lit. B des Instituts gegen die Aktien Lit. A kostenfrei befohrt.

* Preussische Zentral-Boden-Kredit-Akt.-Ges. Die Liste der am 4. März verlosenen 3 1/2 und 4 Proz. Zentral-Bandbriefe und der 3 1/2 Proz. Kommunal-Obligationen der Gesellschaft ist in Breslau bei den Bankhäusern C. Heiman, G. v. Pachtalsky und bei dem Schlesischen Bankverein in Empfang zu nehmen. (Siehe Inzerat.)

Elektrizitätswerke Liegnitz. Einem Aktionär wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß die Gesellschaft für 1913 voraussichtlich eine niedrigere Dividende wie im Vorjahre (7 Proz.) ausschütten würde.

Akt.-Ges. für chemische Produkte vormals Scheidemandel. Die Gesellschaft hatte im Jahre 1911 bei Übernahme der Aktien der Ceres-Akt.-Ges. in Ratibor dem Verkäufer Kommerzienrat Pyrrosch einen großen Betrag von Scheidemandel-Aktien zu 250 Proz. übergeben. Pyrrosch sperrte diese Aktien auf drei Jahre und die Scheidemandel-Gesellschaft selbst garantierte ihm, daß er nach Ablauf der drei Jahre nichts verlieren werde. Der Kurssturz der Scheidemandel-Aktien war für Pyrrosch die Veranlassung, vor einigen Monaten die Zahlung der Differenz oder die Zurücknahme der Scheidemandel-Aktien zu verlangen. Die Gesellschaft verweigerte dies. Langwierige Einigungsverhandlungen blieben resultatlos und Kommerzienrat Pyrrosch, der gegenwärtig der stellvertretende Vorsitzende der Scheidemandel-Akt.-Ges. ist, hat nunmehr, wie die „Posn. Ztg.“ berichtet, Klage gegen die Scheidemandel-Akt.-Ges. angehängt. Der erste Termin wurde vertagt. Vom Ausgang des Prozesses, welcher ein Objekt von rund 1 700 000 Mk. darstellt, hängt auch für die Reorganisation der Scheidemandel-Akt.-Ges. viel ab. Die Ceres-Gesellschaft, an der die Scheidemandel-Gesellschaft maßgebend beteiligt ist, wird diesmal nur 3 Proz. Dividende verteilen gegen 10 Proz. im Vorjahre.

— Dessauer Waggonfabrik Akt.-Ges. Im Inzeratenteil ist die Liste der am 16. d. M. verlosenen 4 1/2 Proz. Partialobligationen anleihen veröffentlicht. Die Nachzahlung der gezogenen Stücke erfolgt vom 1. Juli ab in Breslau bei dem Bankhause G. v. Pachtalsky.

4 Proz. Anleihe der Stadt Freiburg i. B. Die neue Anleihe in Höhe von 10 Millionen Mark liegt am 26. März — in Breslau bei dem Bankhause C. Heiman — zur Zeichnung auf.

§ Jauer, 19. März. Dividenden-Lage bei Knappe u. Thomas. In der Konkursache des Bankgeschäfts Knappe u. Thomas in Jauer fand eine weitere Gläubiger-Versammlung vor dem Amtsgericht statt. Hierbei teilte der Konkursverwalter Rechtsanwalt Müller mit, daß voraussichtlich eine Rest-Dividende von 3 1/2 Prozent würde verteilt werden können, wenn sich die noch schwebenden Prozesse für die Masse günstig gestalten. Da im vorigen Jahre eine Abschlagsdividende von 7 Prozent zur Verteilung gelangt, würden also im ganzen etwa 10 1/2 Prozent in der Masse gelegen haben.

m. Verkauf einer Kottbuser Tuchfabrik. Das Tuchfabrikationsgrundstück der Firma Tector u. Prochatschke ist in den Besitz der Firma Rudolf Kehl aus Brandenburg a. S. übergegangen. Diese Firma wurde in Brandenburg vor kurzem von einem Großfeurer heimgegründet, sodaß die Wiederaufnahme des dortigen Betriebes Schwierigkeiten verursachte. Nun hat diese alte Tuchfirma nach Anschaffung neuer Maschinen usw. ihren Fabrikationsbetrieb nach Kottbus verlegt und hier mit der Fortsetzung der Fabrikation begonnen.

m. Leipziger Leinwandmesse. Das diesmalige Messgeschäft in Leinwandwaren hat den Erwartungen nicht entsprochen. Die Zahl der anwesenden Händler war klein und die erzielten Umsätze waren bescheiden. Infolge der noch immer empfindlichen Geldknappheit sind auch die sonst üblichen Zahlungen recht beschränkt worden. Auch der mit dem Großhandel verbundene Verkauf an Private verlief recht flau. Demzufolge sind die aus der Laufs usw. zugeführten Warenmengen bei weitem nicht geräumt worden. Das ganze Leinwandgeschäft läßt überhaupt viel zu wünschen übrig. Die Preise für Rohmaterial schwanken in der letzten Zeit zwischen 60 und 80 Pfennigen in Baumwolle pro englischen Pfund. Für Fertigfabrikate waren höhere Preise nicht zu erreichen. Im großen ganzen haben die Fabrikanten nur geringe Umsätze erzielt und demzufolge viel Ware mit in das neue Jahr übernommen. Die Flachsernte des vergangenen Jahres ist überall knapp gewesen, sodaß die Leinwandpreise in Preisen stiegen. Die Umsätze der Leinwandindustrie sind demzufolge für die Zukunft keineswegs günstig, zumal nichts aus einer baldigen Hebung des Geschäftes hindeutet.

Ausweise.

Paris, 19. März. Bankausweise. Vorrat in Gold 3 621 476 000. Sum. 11 165 000; Vorrat in Silber 633 984 000, Abn. 3 159 000; Vorrat in Gold und Silber 4 295 460 000, Sum. 16 208 000; Vorrat in Gold 5 803 194 000, Abn. 10 028 000; laufende Rechnung der Privaten 690 330 000, Sum. 36 012 000; Guthaben des Staatskassas 169 605 000, Abn. 19 414 000, Gesamtvorrat 781 153 000, Abn. 6 137 000; Zins- u. Discontozins 16 626 000, Sum. 793 000. Verhältnis des Notenumlaufs zu dem Vorrat 73:32.

London, 19. März. Bankausweise. In Tausenden.

	am 5. 3.	12. 3.	am 5. 3.	12. 3.
Totalreserve	31 185	31 855	Guthab. d. Privat.	49 447
Notenumlauf	28 435	28 238	do. d. Staatskass.	27 448
Vorrat	41 170	41 642	Notenreserve	29 578
Vorteile	43 819	40 116	Regierungssicherh.	11 153

Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven 45 1/2 gegen 49 1/2. Will. Sterl. in der Vorwoche. — Clearinghouse-Umsatz 359 Mill. Sterl. gegen die entsprechende Woche des Vorjahres 14 Mill. Sterl. mehr.

Kohlenwagengestellung. In Oberschlesien wurden gestellt am 18. März 10 819 (1913: 11 457) Wagen.

Neueste Handelsnachrichten.

* Berlin, 19. März. (Eigener Fernsprechdienst.) * Kontrakt. Offene Handelsgesellschaft Johannes Seim, Augustsburg. — Kaufmann Georg Krüger, Berlin. — Kaufmann Moses Schütz, Hamn i. W. — Offene Handelsgesellschaft J. W. Maret, Koblenz. — Firma Alberts u. Wejenhöller, Lüdenscheid. — Krämer Faber Kraeninger, Molsheim. — Zigarrengehilfenverein Josefine Heim, Nürnberg. — Kaufmann Fritz Kuhlwein, Würzburg. — Kaufmann Albert Friedrich Ernst Köhler, Würzen. — Dividendenverträge: Sachsenwerk Licht und Kraft A.-G. 7 (6) Proz. — Rodberggrube 15 (12) Proz.

	vom 19.	17.		vom 19.	17.
Roh Eisen . .	14,75—15,75	14,75—15,25	Kupfer Standard	12,62—14,37	13,60—14,10
Rohzinn . .	38,05—38,25	38,10—38,50	Stahlschienen	1 1/4	1 1/4

Reichstag.

SS Berlin, 19. März.

Im Reichstage fand heute zunächst beim Kolonialrat der Zentrumsabgeordnete Erzberger seine neulichen Behauptungen über schlechte Behandlung von Eingeborenen und mißbräuchliches Verhalten einzelner Beamten aufrecht zu erhalten. Die einzelnen Angaben in bezug auf den sogenannten ostafrikanischen Grußerlaß und eine ähnliche Verfügung wurden aber vom Staatssekretär dahin richtig gestellt, daß beide nicht in Geltung getreten sind. Dr. Solf machte dann weitere Mitteilungen über die allmähliche Beseitigung der Hausflaverei, die er durch Vor schläge an den Gouverneur fördern will. Eine plötzliche Beseitigung dieses Instituts erkannte auch der Nationalliberal Renath als unmöglich an. Ferner wurde über die Ausbildung von Lehrern für die Kolonien gesprochen. Der Sozialdemokrat Moske ging dann nochmals auf das Gebiet der Hausflaverei über. Dann wurde die allgemeine Erörterung geschlossen und das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt. Bei dem Etat für Südwestafrika erhob der Sozialdemokrat Hoch, der besondere Vertreter der deutschen Diamantenschleifer, scharfe Vorwürfe wegen der Geschäfte der Regie und der neulichen Regelung der Diamantenfrage. Staatssekretär Dr. Solf hatte einzelne bedingungsweise ausgesprochene Anklagen des sozialdemokratischen Redners als positiv gemeint aufgefaßt und wies sie zunächst als Verleumdung und einer Antwort unwürdig zurück. Er zog den Ausdruck Verleumdung aber schließlich zurück, nachdem der Präsident ihm aus dem Stenogramm nachgewiesen hatte, daß Herr Hoch anders gesprochen habe, als der Staatssekretär es aufgefaßt hatte. Der Abgeordnete Hoch stellte das dann auch seinerseits noch fest. Dr. Solf betonte bei der Gelegenheit auch, daß eine Verständigung zwischen der Regierung und den Förderern angebahnt sei, worüber der Zentrumsabgeordnete Erzberger seine Befriedigung aussprach. Schließlich trat der Volkspartei der Waldstein den Angriffen auf die an dem Diamantengeschäft beteiligten Banken entgegen. Es wurde auch noch die erste Lesung eines Nachtragsstats durch Verweisung desselben an die Budgetkommission erledigt. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

236. Sitzung.

* Berlin, 19. März, nachmittags 2 Uhr. Am Tische des Bundesrates: Dr. Solf.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr mit folgender Ansprache:

Wie Ihnen allen bekannt ist, die einzige Tochter unseres Kaiserpaars, die Frau Herzogin Viktoria Luise von Braunschweig und Lindeburg gestern von einem Prinzen entbunden worden. (Die Mitglieder des Reichstages und des Bundesrates mit Ausnahme der Sozialdemokraten haben sich von ihren Plätzen erhoben.) Ich bitte um Ihre Ermächtigung, Sr. Majestät dem Kaiser, Ihrer Majestät der Kaiserin sowie dem Herzoglichen Paare die Glückwünsche des Reichstages auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Ermächtigung ist mir erteilt.

Die Spezialberatung des Etats für das ostafrikanische Schutzgebiet wird in der allgemeinen Besprechung beim Gouverneur gehalten fortgesetzt.

Herr Erzberger (Ztr.): Die in afrikanischen Kreisen gegen mich erhobenen und von der alldeutschen Presse übernommenen Beschuldigungen wegen meiner Ausführungen über die Eingeborenen-Behandlung sind völlig ungerechtfertigt. Ich stelle fest, daß ich von allen Behauptungen, die ich über die Behandlung der Eingeborenen auf den Plantagen gemacht habe, kein Wort zurücknehme. Die Beschuldigung der Eingeborenen erfolgt in den allerwenigsten Fällen ordnungsmäßig; ordnungsmäßige Lohnbücher sind so gut wie gar nicht vorhanden. Was ich über die Verhältnisse gesagt habe, hat schon 1908 Staatssekretär Dernburg bestätigt, als er sich dahin äußerte, daß die Situation der Schwarzen in Ostafrika durch die fortgesetzten Forderungen der Missionen und Farmer erschwert würde. Die Eingeborenen bekamen nur einmal zu essen und hätten bei der wechselnden Temperatur ungünstige Lebensbedingungen. Fast wörtlich bringt die Regierung jetzt 1914 die gleichen Klagen vor. In diesem Zusammenhang sind die Projekte der Ostafrikaner, als hätte ich unwahre Behauptungen aufgestellt, überhaupt nicht zu verfechten. Dernburg hat auch anerkannt, daß es durch diese Verhältnisse sehr leicht zu Konflikten zwischen Eingeborenen, Polizei und Soldaten kommen könnte. Die Behauptung, ich hätte die Farmer beleidigen wollen, trifft nicht zu, ihre Äußerungen lassen mich fast wie steht es mit dem Grußerlaß des stellvertretenden Gouverneurs Major v. Brochm vom Jahre 1893, des jetzigen Generalleutnants, der den Reichstag als „gemischte Gesellschaft“ und „Notte“ bezeichnete? Ist dieser Erlaß noch in Geltung? Herr v. Brochm hat die Eingeborenen und Fremden, die ihn nicht kannten, in unerhörter Weise angefahren, hat verlangt, daß sie aufstehen und ihm die Hände an die Hosennägel legen sollten. (Zurufe und Geister.) Zu Verhandlungen wurden bestraft. Dieser Erlaß hat damit zu internationalen Verwicklungen geführt und auch diplomatische Verhandlungen in Berlin ergeben. Bezeichnend ist, daß schließlich Herr v. Brochm die Verantwortung für diesen Erlaß von sich ab- und Unbeteiligten zugeschoben hat. (Leb. Hört! Hört!)

Staatssekretär des Reichstages: Dr. Solf. Herr v. Brochm war als Major kurze Zeit Stellvertreter des Gouverneurs. In dieser Zeit, in der er die Gouvernementsgeschäfte verwaltete, fallen die beiden Erlasse, die der Abg. Erzberger erwähnt hat. Sie beziehen sich auf das Griefen des Gouverneurs und dessen Stellvertreter. Beide Erlasse haben keine Geltung mehr. Sie sind in die Sammlung der Verordnungen nicht aufgenommen. Wir haben in Deutsch-Ostafrika den Wunsch der Mehrheit dieses Hauses erfüllt, dadurch, daß wir zum ersten Male den Versuch gemacht haben, anteilig auch das Schutzgebiet zu den Kosten der Militärverwaltung heranzuziehen. Dieser Versuch ist ja für das Schutzgebiet sehr schwer geworden. Was die Schule in Wilhelmshöhe betrifft, so muß ich dem Abg. Dr. Arenb zugeben, daß, als ich vor zwei Jahren Wilhelmshöhe besuchte, ich die gewünschte Schule für unmöglich erklärte. Wenn trotzdem hier in Berlin diese Forderung nicht erfüllt wurde, so geschah es nicht, weil wir diese Schule für Wilhelmshöhe nicht für nötig hielten, sondern weil wir die Art und Weise der Aufmachung, wie sie der Gouverneur vorgelegt hatte, nicht für zweckmäßig hielten. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß die Möglichkeit einer Schule für die dortigen Kinder nur dann gegeben sei, wenn neben dem Schulgeld auch ein erheblicher Beitrag der Regierung für die Unterbringung der Schüler in einer Pension gegeben würde. Der Gouverneur schlug vor, daß für jedes Kind 500 Mk. gezahlt würden. Das hätte Tausende gekostet, und wir wollten annehmen, daß wir dafür die große Mehrheit des Hauses nicht gehabt hätten. Anders liegt die Frage in Südafrika, wo die Siedlungsverhältnisse viel ungünstiger sind und die Unterbringung der Schüler viel schwieriger ist. In Deutsch-Ostafrika liegen die Verhältnisse nicht so, und die Regierung konnte sich deshalb nicht entschließen, dem Abg. Arenb zu sagen, daß das Kolonialamt nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß das Schulwesen für die weißen Kinder nach Kräften gefördert werden soll. Was den Ausbau des Hafens in Dar-es-Salaam betrifft, so ist das erste Projekt des Gouverneurs zurückgestellt worden. Er hat dann ein zweites eingereicht, das erheblich besser ist. Es wird in dieser Beziehung dem Hause eine Vorlage gehen. In der Budgetkommission sind wir nach einer eingehenden Debatte zu dem Schluß gekommen, daß wir in Ostafrika die Dienstperiode nicht verlängern können. Auch in englischen Kolonien besteht ein Bedenken dagegen, die Dienstperiode zu verlängern. Ich habe dort überall gefunden, daß im Laufe der Zeit

infolge des Klimas die Schaffensfreudigkeit der Beamten erlahmt. Anders steht es mit Südwestafrika. Wir wollen diese Frage für dieses Gebiet eingehend prüfen. Ich halte es für möglich, dort zu längeren Dienstperioden zu kommen, und daß wir bald zu einem dahingehenden Entschluß gelangen werden.

Herr Moske hat bei Besprechung des Etats von Deutsch-Ostafrika ein Schriftstück vorgelegt und es ein Dokument des grausamen Sklavenhandels genannt. Aber seine Gründe sind nicht stichhaltig. Wir haben in der Kolonie Deutsch-Ostafrika ein Land erworben, in dem mehr als in einem anderen Lande in schrecklicher Weise Sklavenraub und -handel getrieben worden ist. Es war natürlich unsere erste Pflicht, diese Mißstände zu unterdrücken. Das ist es gelungen. Es gibt zurzeit keine Sklavenjagden und keinen Sklavenraub mehr. Sollten Ausnahmefälle vorkommen, so stehen schwere Strafen darauf, Kettenstrafen nicht unter drei Monaten, und in ganz besonders schweren Fällen Todesstrafe. Wie es schon bei uns schwierig ist, einheitliche Arbeitsmethoden einzurichten, so gilt dieses in einem noch erhöhteren Maße für Deutsch-Ostafrika. Wir sind einen guten Schritt vorwärts gekommen, indem wir systematisch gegen die Sklaverei angekämpft haben. Im Hause hat man es ja auch anerkannt. Die Hauptsache ist, daß der Bezirksamtmann alle Angelegenheiten zu kontrollieren hat, die mit der Hausflaverei zusammenhängen, ganz besonders den Übergang eines Sklaven an einen anderen Herrn. Hier sind ganz besondere Bedingungen zugunsten der Sklaven getroffen worden. Dieser muß selbst einverstanden sein, und der neue Herr muß in demselben Bezirk wie der Sklave wohnen. Auch darf durch diesen Übergang nicht die Familie des Sklaven auseinandergerissen werden. Auch darf der Herr nur ein Inländer sein. Eine solche Umformung des Übergangs des Sklavenverhältnisses hat Herr Moske vorgelegt. Sie ist kein Zeichen grausamen Sklavenhandels, sondern ein Dokument weiser Politik zugunsten des Schwachen. In einer Resolution hat der Reichstag das Jahr 1920 für das Aufheben der Hausflaverei festgelegt. Gouverneur Schnee schlägt in einer Denkschrift das Jahr 1930 vor. Ich habe mir überlegt, ob man vielleicht eine Brücke zwischen diesen beiden Vorschlägen bauen könnte. Ich werde dem Gouverneur vorschlagen, daß ich ihm keine Anordnungen darin geben will, weil er ja in erster Linie verantwortlich ist, daß vom Jahre 1920 ab keine Klage auf Grund der Herstellung, Anerkennung oder Beibehaltung des Hausflavereiverhältnisses vor einem Gericht des Schutzgebietes zugelassen werden kann. Zugelassen werden nur Klagen, um den Herrn schädlos zu halten, aber nicht auf Grund des Sklavenverhältnisses, sondern einer Obligation. Ferner sollen Klagen zulässig sein, in denen die Freikaufsumme zur Lösung des Sklavenverhältnisses festgesetzt werden soll. Ich glaube, diese Brücke kann beschriftet werden.

Herr Keimig (natlib.): Ein plötzliches Verbot der Hausflaverei läßt sich nicht dekretieren. Die Bedingungen müssen fortgesetzt verbessert werden, so daß die Hausflaverei allmählich verschwindet. Die Währungsfrage muß nochmals geprüft werden, da wir durch die Tanganyikabahn zu einem lebhafteren Handel mit Westafrika kommen dürften. Eine Konkurrenzbahn zu der englischen Linie bis zum Viktoriasee wäre ein verheißvolles Unternehmen. Die Nordbahn muß langsam vorgehoben und Seitenbahnen zur Tanganyikabahn gebaut werden. Die Hoffnung ist berechtigt, daß dieses große Werk ein Merkmal der Entwicklung darstellen wird.

Herr Bruchhoff (Wpt.): Die Ausbildung der Koloniallehrer auf dem orientalistischen Seminar genügt nicht, sie müssen an Ort und Stelle herangebildet werden. Die spätere Verwendung dieser Herren im Heimatland muß geregelt werden. Es scheint sich schon jetzt ein Mangel an guten Lehrkräften geltend zu machen. Die Verordnungen genügt nicht, die Lehrer müssen mindestens mit den Verwaltungsfunktionären gleichgestellt werden. Auch die Kreisschulinspektoren in den Kolonien müssen in ihrer Stellung gehoben werden.

Herr Moske (Soz.): Auf die Einwände des Herrn Brochm gegen den Reichstag will ich nicht eingehen, das habe dem unangenehmsten Maulheldentum viel zu viel Ehre antun. Ich hätte auch ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit bedauert. Der Reichstag steht viel zu hoch, als daß er durch solche Äußerungen beleidigt werden könnte. Die Herren, die gegen die Ausführungen des Reichstages über Mißstände in Afrika Protest erhoben haben, sollten dafür sorgen, daß diese Mißwirtschaft verschwindet. Dann haben wir keinen Anlaß zu Klagen. In den Ausführungen des Staatssekretärs hatte ich ausführliche Darlegungen darüber vermisst, wie er sich in Zukunft die bessere Ausgestaltung des Schulwesens ganz allgemein in Afrika denkt. Ich hoffe, daß im nächsten Jahre für diese Zwecke größere Summen im Etat angefordert werden. Wenn auch die Hausflaverei in das Wirtschaftsleben vieler Besitzer tief eingreift, so darf man deshalb doch nicht, wie der Redner der Nationalliberalen es hier zu wünschen schien, mit der schleunigen Beseitigung der Sklaverei zögern. Mich empört, daß in unseren Kolonien in Afrika, nachdem dort 25 Jahre lang schon die deutsche Herrschaft besteht, immer noch Menschen wie ein Stück Vieh behandelt werden.

Damit schließt die Diskussion.

Das Gehalt des Gouverneurs wird bewilligt und die von der Budgetkommission beantragte Resolution: 1) in den Reichshaushalts- und 2) in der Mittelung über die Maßregeln zu machen, die zur Anbahnung voller Beseitigung der Sklaverei bis zum Jahre 1920 getroffen worden sind; 2) den Reichstagsantrag zu erwidern, dem Reichstag alljährlich eine Übersicht über den Wechsel in den Besitz- und Rechtsverhältnissen der Pflanzungen des ostafrikanischen Schutzgebietes vorzulegen, angenommen.

Das Ordinarium und das Extraordinarium werden darauf ohne weitere Debatte nach den Kommissionsanträgen bewilligt.

Zu der Resolution im außerordentlichen Etat: Darlehen an die ostafrikanische Eisenbahngesellschaft 7. Rate zur Fortführung der Eisenbahn Dar-es-Salaam-Mogoro bis an den Tanganjasee und zum Bau einer Eisenbahn von Tabora nach Ruanda erste Rate 31 400 000 Mk. nimmt das Haus die von der Budgetkommission vorgelegene Resolution an: Der Reichstag spricht bei Genehmigung des Bahnbauens in den Gebieten von Ruanda und Uruindi die Erwartung aus, daß 1) beim Bau der Eisenbahn keinerlei staatlicher Arbeitszwang ausgesetzt wird; 2) für die beim Bahnbau beschäftigten Arbeiter genügende Arbeiterschutzbestimmungen erlassen und solche innegehalten werden; 3) eine Besiedelung von Ruanda und Uruindi durch Weiße ausgeschlossen bleibt; 4) die Residenturverwaltung dieser Gebiete vorerst beibehalten bleibt.

Die Kommission hat die einmalige Forderung von 6500 Mk. als Zuschuß an die deutsche Holzgesellschaft für Ostafrika zum Zweck der Aufrechterhaltung des Betriebes der Sigsbahn gestrichen und auf den einmaligen Fonds von 5 400 000 Mk. im außerordentlichen Etat zur Fortführung der Usambara- und zum Ausbau des Hafens in Tanga usw. auch die Kosten für die eventuelle Anwerbung der Sigsbahn angewiesen.

Herr Dr. Arenb (Natlib.) verwendet sich für den Reichserwerb dieser Bahn. Es würde einen unmöglichen Zustand herbeiführen, wenn diese Bahn abgegeben würde. Die Verstaatlichung liegt auch im Interesse der wachsenden Bevölkerung.

Die Einnahmen des ostafrikanischen Schutzgebietes werden genehmigt, ebenso der Ergänzungsetat zum ostafrikanischen Schutzgebiet.

Es folgt der Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet für 1914. Verbunden ist damit die Beratung des Nachtragsstats zu diesem Etat für 1913, und des Ergänzungsetats für 1914. Berichterstatter ist der Abg. Waldstein.

Herr Hoch (Soz.): Ich hatte erwartet, daß der Staatssekretär, um unliebsame Auseinandersetzungen zu verhindern, von sich aus die erste Gelegenheit benutzte, die gegen seine Verwaltung erhobenen Vorwürfe hinsichtlich seiner Diamantenpolitik zu beantworten. Die ursprünglichen Vorwürfe über die Art, wie die Diamanten in den Handel gebracht wurden, müßte die Kolonialverwaltung schließlich anerkennen und die Abmachungen mit den Antwerpener Großkapitalisten abändern und im vorigen Jahre erstmalig die Vergebung der Diamantenfunde öffentlich ausprechen. Auch dies neue Verfahren ist noch nicht ausreichend, die Ergebnisse des letzten Jahres zeigen, daß viele, viele Millionen zum Schaden des Reichs und der deutschen Förderer an die Diamanteninteressenten verloren gegangen sind. Dafür ist die Kolonialverwaltung verantwortlich zu machen. Dem Preisdruck auf den Diamantenmärkten muß vorgebeugt werden. Neben den Diamantenförderern sind auch die Interessen der Diamantenhändler, Schleifer, Besitzer und -arbeiter zu berücksichtigen. Gerade die Lage der

Diamantenarbeiter ist besonders ungünstig. In die Diamantenregie müssen auch Vertreter der Diamantenarbeiter berufen werden. Ein Preisnachlaß sollte nur denjenigen Diamantenschleifereien zuerkannt werden, die den Diamantenarbeitern die tarifmäßigen Löhne zahlen. Man hätte erwarten sollen, daß die Kolonialverwaltung auch der Budgetkommission Mitteilung davon gemacht hätte, was das Antwerpener Schiedsgericht wußte, daß von einer unbedingten Abnahme des ganzen geforderten Quantums, die zunächst vertaglich festgelegt war, Abstand genommen wurde. Durch diese Maßnahme sind die deutschen Interessen außerordentlich geschädigt worden. Wenn man zu Anfang des nächsten Jahres zu einer Neuordnung der Verhältnisse kommt, dann muß etwas dauerndes und Besseres geschaffen werden als wir jetzt haben, damit nicht einseitig die Interessen des Kapitals besorgt werden.

Staatssekretär Dr. Solf: Ich möchte annehmen, daß, wenn der Abg. Hoch die Rede, die er soeben gehalten hat, im Stenogramm liest, er die nächste Gelegenheit ergreift, zu mir zu kommen und sich zu entschuldigen. Ich habe dem Abg. Hoch im vorigen und im vorvorigen Jahre Rede gehalten über das, was er sachlich vorgebracht hat und ihm sogar gedankt für gewisse erwägenswerte Anregungen, die er für die deutschen Schleifer gegeben hat. Wir sind ihm sogar darin gefolgt. Heute nun hat er eine Rede gehalten, die von Verleumdungen und sogar Verleumdungen getragen war. (Große Unruhe bei den Soz., Rufe: Verleumdungen!) Der Abg. Hoch hat behauptet, daß ich gebildet hätte, daß betrügerische Manipulationen in der mir unterstellten Regie vorgenommen seien. Er hat gegenüber dem Aufsichtsrat der Regie behauptet, daß er seine Hände in unehrlicher Weise im Geschäft gehabt hat. Darauf bezogen sich die harten Worte, die ich gebraucht habe. Ich habe davon nichts zurückzunehmen, ehe der Abg. Hoch nicht die Verleumdung zurückgenommen hat, die er mir entgegengeleitet hat. Er weiß ganz genau, daß das Diamantengeschäft ein außerordentlich schwieriges ist, und ich erkenne an, daß er sich in das Geschäft der Schleifer hineingefunden hat, aber nicht in das der Förderer. Wenn er den schwerwiegenden Vorwurf erhebt, daß ich mit dem Aufsichtsrat meine Hände in ein schmutziges Geschäft gesteckt habe, dann kennt er doch das Diamantengeschäft sehr wenig. Ich werde auf diese Anschuldigungen nicht mehr antworten. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß der Abg. Hoch, der doch die Verhältnisse der Schleifer kennt, in solcher Weise gegen mich und die Kolonialverwaltung auftritt. Ich bin nun aus zwei Gründen nicht in der Lage, hier so eingehend über die Diamanten Vortrag zu halten, als ich es eigentlich möchte. Einmal habe ich in der Budgetkommission auseinandergelegt, daß der Staatssekretär die eigentliche Eigenschaft hat, auch Diamantenhändler zu sein. Wir sind gerade vor dem Abschluß eines wichtigen Geschäfts, und ich bin nicht in der Lage, auf dieses Geschäft näher einzugehen. Ich habe in der Budgetkommission auseinandergelegt, worum es sich handelt, und die Budgetkommission hat sich auch überzeugen lassen, daß die Regierung auf dem richtigen Wege ist. Zum Zweiten hat der Abg. Hoch angeführt, daß ich mit den Förderern einen sehr intensiven Kampf gehabt habe. Das gebe ich zu. Wir haben sechs Monate lang scharf gekämpft. Wir haben uns aber jetzt versöhnt, und es hat keinen Zweck, daß wir noch mehr von den Schwierigkeiten aufdecken, unter denen die Förderer sechs Monate zu leiden gehabt haben. Wir haben den Weg gefunden, den der Abg. Hoch gewünscht hat. Er hat in dieser Beziehung offene Türen eingemacht. Wir haben Förderer in den Aufsichtsrat genommen. Wir wollten auch einen Schleifer hineinnehmen. Wir haben uns aber über die Person nicht einigen können. Ich möchte nicht mehr über die Diamanten sagen, da ich noch unter dem Eindruck der beleidigenden Äußerungen des Abg. Hoch stehe. (Beifall rechts.)

Herr Erzberger (Ztr.): Die Diamantenfrage stellt das wirtschaftliche Rückgrat des Etats von Südwestafrika dar. Mit ihr steht und fällt der Etat. Es wäre dringend wünschenswert, daß endlich einmal mit den Diamantendeckungen Schluß gemacht wird. Das Kolonialamt und die Förderer sind auf dem besten Wege, sich zu verständigen und alles auf friedlichem Wege zu erledigen. Ich glaube auch, daß die Diamantenregie, wie sie jetzt eingerichtet ist, die beste Grundlage für eine solche Verständigung bilden wird. Bei der Frage, wie die ganz erheblichen Einnahmen aus der Diamantengewinnung verwendet werden sollen, ob ausschließlich für das Schutzgebiet oder um den Reichszuschuß zu verringern, hat die Kommission einen Ausweg gefunden, indem sie für das Jahr 1915 die Kosten für Schutztruppe und Polizei auf Reich und Schutzgebiet im Verhältnis von 2:1 verteilt wissen will. Dem geforderten Bahnbau stimmen wir unter gewissen Bedingungen zu, namentlich, daß die Anwerbung von Arbeitern im Ostafrika, sowie ihre Hin- und Rückreise staatlichen und eingeborenen Kommissionen unterstellt werden. Um den Schaden einigermaßen wieder aufzumachen, der dem Reich durch die Gesellschaft entstanden ist, wäre die Einführung der progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer nötig. Dabei sollen Gesellschaften natürlich nicht getroffen werden, die um die Erschließung des Landes sich Verdienste erworben haben, sondern lediglich die Spekulationsgesellschaften.

Staatssekretär Dr. Solf: Der Präsident hat mir das Stenogramm der Rede des Abg. Hoch gegeben und hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß der Rufus, den ich als eine Verleumdung aufgefaßt habe, in hypothetischer Form getan worden ist. Ich hatte aber aus der Rede den Eindruck, und ich konnte ihn wohl haben, daß er positiv gemeint sei. Da aber hier nur der objektive Tatbestand maßgebend ist, kann ich das Wort Verleumdung nicht aufrecht erhalten.

Herr Waldstein (Wpt.): Der Auffassung, als ob der Reichstag nicht der Ansicht gewesen sei, daß die Antwerpener lediglich in uneigennütziger Weise die Regiegeschäfte besorgten, muß mit Nachdruck entgegengetreten werden. In sich war die Regie eine vollkommen richtige Einrichtung. Die Vorwürfe, die uns unsere Haltung in der Kommission eingebracht hat, wir trieben eine einseitige Eingeborenenpolitik, lassen uns kalt. Wir sind uns bewußt, daß wir weder eine einseitige Eingeborenenpolitik noch eine einseitige Kapitalistenpolitik treiben. Wir müssen beide Interessen berücksichtigen. Wir wollen lediglich eine deutsche Kulturpolitik treiben. (Bravo.)

Hierauf wird ein Verlagsantrag angenommen, nachdem das Haus ohne Debatte im ersten Lesung den inzwischen verteilten Nachtragsstat für 1913 der Budgetkommission überwiesen hat.

Verständlich weißt Herr Hoch (Soz.) auch die Darstellung des Staatssekretärs zurück, als ob er, wenn auch nur hypothetisch, ihm eine schmutzige Handlungswelt vorgeworfen habe. Im Gegenteil habe er seine Überzeugung ausgedrückt, daß die Verwaltung unmöglich zu solchen Manipulationen die Hand haben könnte. Hätte er um Entschuldigung zu bitten, so hätte er sicherlich nicht den Unweg gewählt, den der Staatssekretär genommen habe.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr pünktlich. (Anfragen, Fortsetzung der Sitzungsberatung.)

Landtag.

Abgeordnetenhaus.

SS Berlin, 19. März.

Im Abgeordnetenhaus kamen heute die bei dem Eisenbahnetat üblichen lokalen Wünsche zum Ausdruck u. a. sprachen die Abgeordneten Wenke und Dr. Wagner Wünsche bezüglich Hirschberg, Görlitz und Breslau aus. Die Beratung des Eisenbahnetats wurde schließlich zu Ende geführt und dann das sogenannte Grundteilungsgefeß in erster Lesung beraten. Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer legte entsprechend der Begründung des Entwurfs dessen Ziele dar, dann setzte der konservative Dr. von Kries auseinander, daß die Ziele des Gesetzes im Laufe kaum Wiederfinden würden. Er hob dabei hervor, daß eine unzweckmäßige Zerstückelung der Güter der auch von den Konservativen als dringend notwendig erkannt inneren Kolonisation entgegen wirken würde. Andererseits begrüßte seine Partei die in dem Entwurf enthaltene Förderung der gemeinnützigen Parzellierungstätigkeit mit Freuden. Im einzelnen sind aller-

ding's Bedenken vorhanden, aber der Medner schloß mit der Hoffnung, daß eine Einigung des Hauses über die Vorlage zustande kommen wird.

Die Weiterberatung wurde auf morgen vertagt.

53. Sitzung.

* Berlin, 19. März. Am Ministerisch: von Breiterbach.

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Zunächst wird Abg. Kronsohn (Wpt.) zum Mitglied der Staatsschuldenkommission wiedergewählt.

Hierauf wird die Beratung des Eisenbahnetats beim Extraordinarium fortgesetzt.

Abg. Wittrod (Wpt.) wünscht, daß die Umgestaltung der Bahnanlagen in und bei Hensburg in schnellerem Tempo erfolgen möge.

Ministerialdirektor Dörner erkennt die Mißstände an und sagt möglichst schnelle Abhilfe zu; ein bestimmter Zeitpunkt lasse sich dafür allerdings noch nicht festlegen.

Abg. Dr. Vörmann (natlib.): In Tempelhof bei Berlin wird die Anlage eines großen Verschiebebahnhofs projektiert, der bis Mariendorf reichen würde. Die Bewohner der südlichen Vororte von Berlin würden durch Rauch und Lärm, die mit einer solchen Anlage verbunden sein würden, stark belästigt werden. Derartige große Rangierbahnhöfe sollten über die Peripherie von Groß-Berlin hinaus verlegt werden, in diesem Fall vielleicht nach Marienfelde.

Präsident Graf von Schwerin-Löwitz: Da noch 26 Redner sich zum Worte gemeldet haben, bitte ich die Herren, in den weiteren Ausführungen sich möglichst Beschränkung aufzuerlegen.

Abg. Traub (Wpt.) spricht sich ebenfalls für Weiterhinauslegung des Rangierbahnhofs Tempelhof aus.

Ministerialdirektor Dörner: Eine Hinauslegung des Rangierbahnhofs Tempelhof kann aus verkehrstechnischen Gründen nicht erfolgen.

Bei den Ausgaben für den Direktionsbezirk Breslau wünscht Abg. Weiske (Wpt.) die Schaffung eines Fußgängerunterwegs zwischen dem Empfangsgebäude des Bahnhofes Hirschberg und der nördlich des Bahnhofsterrains gelegenen Wolfenbühner Straße und wiederholt sein schon früher betontes Verlangen nach Schaffung eines zweiten Bürgersteiges auf der fiskalischen Bahnhofszufahrtsstraße in Hirschberg. Wenn der Fiskus, wie beabsichtigt, die Straße der Stadt zu Eigentum überlassen wolle, so solle er zunächst einmal auf seine Kosten erträgliche Zustände schaffen.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (frankf.): Infolge der großen Umgestaltungen der Bahnanlagen in Breslau, die noch lange nicht abgeschlossen sind, ist die frühere Umfesterung für den Verkehr von Berlin nach Oberschlesien über die Linie Dels-Namslau-Brenzburg nach Kattowitz, Moßbern kassiert worden und stattdessen die Station Klein-Moßbern geschaffen worden, die aber nicht die Aufgaben der früheren Haltestelle erfüllen kann. Zur Entlastung des Breslauer Hauptbahnhofes ist die Haltestelle Maria-Pöschchen gebaut worden, die längst fertig, aber noch immer nicht eröffnet ist; sie soll auch für die Auswanderer und die Sachengüter, die Saisonarbeiter Unterfrankräume schaffen, den Hauptbahnhof entlasten und gleichzeitig dem Vorortverkehr dienen. Der Raum dort ist ziemlich beschränkt, für einen Vorortverkehr fehlen die nötigen Gleise, getrennt von den Ferngleisen, die ganze Station macht den Eindruck, daß sie auf zu kleinem Gelände erbaut ist. Kann man diese Haltestelle endlich für den Verkehr eröffnen werden? Die Einwohnererschaft von Breslau scheint über die Haltestelle innerhalb des Stadtbezirks mit der Eisenbahndirektion nicht immer einig gewesen zu sein. Der Bürgerverein in Schweinitz-Vorstadt hat bei der Direktion Breslau petitioniert, an der Hochstraße, wo die Gleise von Berlin sich mit denen von Breslau nach Hirschberg kreuzen, eine Haltestelle zu errichten, um dem Orts- und Vorortverkehr zu dienen und auch den Fernverkehr von der Berliner und Posener Straße auf die Hirschberger Straße überleiten zu können. Das ist nicht möglich. Der Breslauer Hauptbahnhof ist in Wirklichkeit kein Zentralbahnhof, weil die Einföhrung der schlesischen Gebirgsbahn Breslau-Hirschberg für sämtliche Züge nicht möglich ist und nach wie vor alle Züge nach Hirschberg von dem Freiburger Bahnhof abgehen müssen. Sicherlich wäre eine Wechselstation an der Hochstraße eine Erleichterung des Verkehrs und eine Entlastung des Hauptbahnhofes gewesen. Die Eisenbahndirektion hat die Petition abschlägig beschieden, weil die Schnellzüge in so kurzer Entfernung vom Hauptbahnhofe nicht halten könnten und der Raum für die Wechselstation nicht geeignet wäre. Das ist sehr bedauerlich. Diese Haltestelle wäre besser gewesen als die am Nikolaitor, die nicht so für den Umfesterverkehr in Betracht kommt. Ich bitte über die Verhältnisse der Station Maria-Pöschchen eine Auskunft zu geben.

Abg. Baake (Wpt.): Die Interessenten von Handel und Gewerbe beklagen sich darüber, daß sie bei dem Umbau des Bahnhofes Görtz kein Anschlußgleis für ein zu errichtendes Lagerhaus erhalten. Einzelne Firmen sind schon im Jahre 1907 bei der Eisenbahndirektion Breslau vorstellig geworden, und sie haben auch einen zusagehenden Bescheid erhalten. Auch noch im August des Vorjahres hatte die Eisenbahndirektion zugesagt, den Wünschen der Interessenten zu entsprechen. Jetzt im Februar aber erhielten die Interessenten die Nachricht, daß kein Raum vorhanden sei und daß im Interesse der Betriebssicherheit ein Anschlußgleis nicht gebaut werden könne.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (frankf.): Der Bahnhof Obertor in Breslau befindet sich im Umbau; die Höherlegung der Gleise wegen der Überführung über die Stromoder hängt mit der Neuordnung der Schiffsverkehrsverhältnisse in Breslau zusammen. Die Bürgererschaft hat einen Tunnel durch den Bahnhof an dem Bahnhof Obertor gewünscht, um von dem Trebnitzer Platz nach der Bergmannstraße auf kürzestem Wege zu gelangen. Nach anfänglicher Weigerung der Eisenbahndirektion ist der Tunnel in das Projekt aufgenommen, und zwar unmittelbar an der Ostseite des jetzigen Empfangsgebäudes. Der senkrechte Tunnel ist aber nicht zweckmäßig. Zur wirklichen Verbesserung des Fußgängerverkehrs müßte der Tunnel etwas mehr nach Westen geschwenkt werden. In einer Besprechung der Breslauer Abgeordneten und der Eisenbahndirektion wurden die Mehrkosten dafür auf etwa 60 000 Mark berechnet, und die Interessenten haben den Magistrat um einen Vertrag dazu ersucht. Die Ausführung ist dringend, da die Gleise bereits im Umbau sind, und gerade jetzt die Schwenkung ohne erhebliche Mehrkosten vorzunehmen wäre. Ich möchte nochmals um Auskunft bitten, ob das Projekt fest steht, nachdem der Regierungskommissar der Kommission erklärt hat, die Angelegenheit sei noch nicht beendet, da noch Verhandlungen zwischen Eisenbahndirektion, Magistrat und Interessenten stattfinden. (Hört! Hört!)

Ministerialdirektor Dörner teilt mit, daß Verhandlungen noch schweben und daher die definitive Vorlegung des Projektes noch nicht geschehen könne.

Eine große Anzahl Abgeordneter bringt Wünsche aus ihren Wahlbezirken betr. Bahnhofsbauten, bessere Zugverbindungen usw. vor.

Bei der Eisenbahndirektion Kattowitz bemerkt Abg. Graf Braschma (Hr.): Auf der Station Arnsdorf in Oberschlesien sind bessere Einrichtungen für den Güterverkehr dringend erforderlich. Auch die Einrichtung des Personenverkehrs und der Fernsprechverkehre lassen sehr zu wünschen übrig. Die Bezeichnung der Station mit Schurkatz-Arnsdorf wäre sehr angebracht.

Abg. Peter-Gleiwitz (Hr.): Der Umbau des Bahnhofes in Gleiwitz ist dringend notwendig. Es ist erfreulich, daß jetzt 2 800 000 Mk. hierfür in den Etat eingestellt sind. Ich bitte den Minister, die Bahnlinie Gleiwitz-Tarnowitz, auch schon aus militärischen Gründen, bald in Angriff zu nehmen. Auf Wunsch des Gemeindevorstandes in Reibitz in meinem Wahlkreise bitte ich den Minister um Berücksichtigung der von dort abgegangenen Petition um Errichtung eines Bahnhofes mit Personen- und Güterverkehr. Nach Erörterung weiterer lokaler Wünsche in den Direktionsbezirken Königsberg und Stettin wird das Extraordinarium beendigt.

Damit ist der Eisenbahnetat erledigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Teuluna Land- oder forstwirtschaftlicher Be-

sitzungen (Grundteilungs-gesetz) und in Verbindung damit die Beratung der Anträge der Abg. Krenn, v. Zedlitz, Dr. Engelbrecht (frankf.), sowie des Abg. Voisch (natlib.), die im Interesse der Erhaltung des Bauernstandes Erhebungen über die Zusammenlegung von bäuerlichem Grundbesitz mit Großgrundbesitz in den letzten zehn Jahren bezug. Mitteilung der Verschiedenen in ländlichem Grundbesitz seit der Gewerbezahlung von 1895 verlangsamt, und die erste Beratung der von dem Abg. Eder-Winzen (natlib.) eingebrachten Gesetzentwürfe wegen Anweisung von Landarbeitern und Schaffung von Hütten; wegen Schaffung von Klein- und mittelbäuerlichen Betrieben; wegen Förderung der inneren Kolonisation durch provinziale Anweisungsgesellschaften, sowie des von dem Abg. Kronsohn (Wpt.) eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Förderung der inneren Kolonisation. (Der Antrag Kronsohn bezweckt die innere Kolonisation im ganzen Königreich Preußen, der Antrag Eder nur in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover.)

Landwirtschaftsminister Dr. Freiherr v. Schorlemer: Ich habe im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß der Zweck der inneren Kolonisation nicht die Aufteilung des Großgrundbesitzes sein könne, sondern daß es sich immer nur darum handeln müsse, das richtige Verhältnis zwischen größerem, mittlerem und kleinem Besitz herbeizuführen. Dieses Verhältnis zu erhalten oder seine Verbesserung zu erleichtern, ist auch die Absicht des Grundteilungs-gesetzes. Es will die Anweisung von ländlichen Bauern und Arbeitern erleichtern und zwar insbesondere dort, wo es sich nicht allein um die Urbarmachung und Besiedlung von Mooren handelt, sondern wo auch die Aufteilung größerer Güter für die Zwecke der inneren Kolonisation in Betracht kommt. Die innere Kolonisation hat ihren Ausgangspunkt genommen von der leider zunehmenden Entvölkerung des platten Landes, besonders im Osten der Monarchie, die aber weniger in dem Vornehmen ihre Ursache findet und noch weniger auf das Konto des Großgrundbesitzes zu schreiben ist. Die Landflucht ist vielmehr in erster Linie herbeigeführt worden durch die Industrialisierung eines großen Teiles unserer früher ländlichen Distrikte, durch den Zug von Osten nach Westen und die billigere und bessere Arbeitslohnverhältnisse im Westen. Wir sind nicht in der Lage, diese besseren Arbeitsbedingungen zu unterbinden. Umso mehr betrachte ich es als die Aufgabe der Regierung, mit allen Mitteln die Erhaltung und weitere Anweisung von Bauern und Arbeitern zu fördern, besonders in denjenigen Gegenden, wo gleichzeitig wichtige nationale Interessen in Frage stehen. Seit 1886 ist die Anweisungskommission für Posen und Westpreußen, seit längeren Jahren sind verschiedene provinziale Anweisungsgesellschaften und vom Staate unterstützte Siedlungsgesellschaften im Verein mit zahlreichen kleinen Siedlungsgesellschaften und teilweise auch Kommunalandverbänden für die Anweisung von Bauern und ländlichen Arbeitern tätig.

Allerdings liegt die Schwierigkeit ihrer Tätigkeit nicht in erster Linie in der Beschaffung des nötigen Geldbedarfes. Andere und teilweise viel schwierigere Hindernisse zu verringern und zu beseitigen, ist die Absicht des vorliegenden Gesetzentwurfs. Er wendet sich zunächst gegen den gewerbsmäßigen Güterhandel, indem er jede Veräußerung einer land- und forstwirtschaftlichen Besitzung von der Genehmigung der Behörde abhängig macht, soweit dieselbe von einem gewerbsmäßigen Güterhändler oder Grundstücksvermittler vorgenommen wird. Dabei wollen wir den reellen Güterhandel nach Möglichkeit unberührt lassen und nur denjenigen Güterhandel treffen, der sich mit unwirtschaftlichen Veräußerungen befaßt. Deshalb ist die behördliche Genehmigung nur vorgesehen für Land- und forstwirtschaftliche Besitzungen, während städtischer Grundbesitz und Häuserbesitz überhaupt nicht in Frage kommen. Nur die Veräußerung, nicht der Verkauf einer Besitzung im ganzen soll von der Genehmigung abhängig gemacht werden. Außerdem ist vorgeschrieben, daß auch solche Veräußerungen einer behördlichen Genehmigung nicht bedürfen, die durch Vermittlung der Auswanderungsbehörden vorgenommen werden, und das sind wenigstens im Osten der Monarchie und auch teilweise im Westen die meisten. Es bleiben demzufolge für die Genehmigung nur bestimmte Fälle übrig, und auch in diesen Fällen kann eine behördliche Genehmigung nur verlangt werden, wenn die Veräußerung mit einer der gemeinwirtschaftlichen Interessen entsprechenden Grundverteilung, insbesondere auch mit den Zielen der staatlich geförderten inneren Kolonisation nicht vereinbar ist. Daraus geht zur Genüge hervor, daß der Gesetzentwurf sich in erster Linie gegen den Grundstücksdrehhandel wendet, gegen die Konkurrenz, welche den staatlichen und gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften durch derartigen Güterhandel bereitet wird, und vor allen Dingen gegen die Anweisung von Kolonisten, die mit Rücksicht auf die ihnen auferlegten Lasten als existenzfähig für die Zukunft nicht bezeichnet werden können.

Durch diese Einschränkung des Grundstücksdrehhandels werden die Grundstückspreise auf ein gesundes Maß zurückgeführt werden, der weiteren Mobilisierung des Grundbesitzes, die besonders im Osten erschwerende Dimensionen angenommen hat, wird vorgebeugt werden, und endlich wird im Westen der Monarchie die Erhaltung unserer bäuerlichen Besitzungen in derselben Hand mehr als bisher herbeigeführt werden. Eine Veräußerung soll nicht genehmigt werden, wenn sie sich unter Veräußerung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht als zulässig erweist, und vor allen Dingen soll jede Veräußerung vermieden werden, die mit den Zielen der staatlich geförderten inneren Kolonisation, also mit den Zielen der vom Staate unterstützten Siedlungsgesellschaften, und ebenso mit den Zielen der staatlich eingerichteten Anweisungskommission (Zurufe links: Hört! Hört!) in Posen und Westpreußen nicht vereinbar ist. Das Mißtrauensrecht ist zweifellos eine Maßnahme, die auf den ersten Blick nicht sympathisch berührt. (Hört! Hört!) Aber zur Begründung dieses Vortrages darf ich hinweisen auf die gleichen Bestimmungen des bayerischen Güterzertrümmerungsgesetzes, auf die kurze Frist, welche für die Ausübung des Mißtrauensrechtes vorgesehen ist, wie auch die Tatsache, daß sehr häufig der Fall sich ereignet hat, daß Besitzer infolge von überhebung oder augenblicklich schwierigen Verhältnissen, sich zu einer unüberlegten Veräußerung und Preisgabe ihres Besitzes haben bewegen lassen, und daß es ebenso zahlreiche Anseher gibt, die zweifellos ihre Stelle nicht übernommen hätten, wenn ihnen noch einige Zeit zur ruhigen Überlegung gelassen worden wäre. In Bayern hat man mit dem Mißtrauensrechte keineswegs unangenehme Erfahrungen gemacht. Das bayerische Güterzertrümmerungsgesetz ist seit dem Jahre 1910 in Kraft. Es ist bereits 64 mal von dem Mißtrauensrechte Gebrauch gemacht worden. Infolgedessen ist der Güterhandel ganz erheblich zurückgegangen. Die Zahl der eingetragenen Güterhändler in Bayern ist von 1329 im Jahre 1910 auf 550 im Jahre 1912 zurückgegangen. (Hört! Hört!) Die Zahl der gewerbsmäßigen zertrümmernden Anseher betrug im Jahre 1912 nur noch 18,1 Proz.; die durch Güterhändler zertrümmernde Fläche nur noch 12,9 Proz. des Standes vom Jahre 1908/09.

Der Gesetzentwurf will andererseits die wirtschaftliche Teilung fördern, und er erstrebt das in erster Linie durch die Einföhrung eines Vorkaufsrechtes. Das Vorkaufsrecht soll in erster Linie den für die innere Kolonisation erforderlichen Landbedarf auch in Zukunft sicher stellen. Es hat gewiß keine hereditären Bedenken, in die privaten Rechtsverhältnisse einzugreifen, (Sehr richtig!) und ich habe vollständiges Verständnis dafür, daß dieser schwerwiegende Vorschlag auf Widerspruch gestoßen ist. Aber er erscheint im wesentlichen milder, wenn Sie bedenken, daß er dazu bestimmt ist, die stärkere Anweisung von Bauern und ländlichen Arbeitern zu ermöglichen. Das Vorkaufsrecht läßt den habsbäuerlichen Grundbesitz völlig unberührt. Das Vorkaufsrecht wendet sich allein und ausschließlich gegen die sogenannten wachsenden Güter, die auf dem Markte liegen, ihre Besitzer wechseln und infolgedessen weder vom Standpunkte der Landwirtschaft noch vom allgemeinen politischen Standpunkte ein besonderes Interesse bieten. Wenn Sie bedenken, daß nach der Denkschrift der Anweisungskommission für das Jahr 1913 allein in den Provinzen Posen und Westpreußen noch 142 000 Hektar zum Verkauf angeboten waren, darunter mehr als 40 000 Hektar ernstlichen Angebotes, und daß auch die übrigen provinzialen Siedlungsgesellschaften ebenfalls über so hohes Angebot zu klagen haben, so liegt auf der Hand, daß noch für viele Jahre ausreichendes Land für die innere Kolonisation vorhanden ist. Man kann nicht einwenden, daß das Vorkaufsrecht eine besondere Härte für die Beteiligten darstellt. Für den Verkäufer gewiß deshalb nicht, weil es erst dann zur Anwendung kommt, wenn er sich seines Besitzes entäußert hat. Der Käufer, der in vielen Fällen ein Händler oder eine Par-

zellierungsbank ist, wird sich umso weniger beklagen, weil er nach dem Inkrafttreten des Gesetzes mit der Ausübung des Vorkaufsrechtes zu rechnen hat, weil er zweifellos auch sich an zuvergeßener kann, ob gegen ihn das Vorkaufsrecht zur Anwendung gebracht werden wird. (Weiter links.) Das Vorkaufsrecht soll nicht nur den Landbedarf decken, sondern vor allem den Grundstückspreise einwirken und die Tätigkeit des Grundstücksdrehhandels und der Parzellierungsbanken lahm legen, deren Verschlagungen unwirtschaftlich sind. Das Vorkaufsrecht ist keine Erfindung von mir oder der Regierung. (Sehr wahr! links.) Es ist von hervorragenden Nationalökonomern, auch von solchen, die zur konservativen Seite gehören, warm empfohlen worden, wie dem Herrn von Wangenheim und dem Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer von Ostpreußen von Batodi. Das Vorkaufsrecht wäre in Bayern vielleicht noch häufiger angewendet worden, wenn es nicht in die Hände der Kommunen und der ländlichen Darlehnskassenvereine gelegt wäre, die es aus finanziellen Gründen nicht voll ausüben können. In Bayern fehlt der Faktor, den Preußen in den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften hat, die mit den Mitteln ausgestattet sind, um von dem Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. Die Regierung selbst will das Vorkaufsrecht nicht ausüben, sondern es den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften überweisen. Ich erwarte nicht, daß der Gesetzentwurf mit so schwerwiegenden Verschärfungen von vornherein Ihre vorbehaltlose Zustimmung findet, wohl aber, daß Sie die Vorschläge der Regierung in einer Kommission vorberaten werden und daß es gelingen wird, im Einvernehmen mit der Regierung den Entwurf so zu gestalten, daß er sich für die innere Kolonisation und die damit verfolgten wirtschaftlichen und nationalen Ziele als brauchbar erweist. (Beifall.)

Abg. Dr. von Kries (konf.): Die Ziele dieses Gesetzes finden wohl in diesem Hause kaum Gegner. Die innere Kolonisation, die durch die Erschwerung unwirtschaftlicher Aufteilung und durch Erschwerung gemeinnütziger Parzellierung gefördert werden soll, ist eines der wichtigsten, vielleicht das allerwichtigste innerpolitische Problem. Ob die Wege der Vorlage zweckmäßig und die Mittel in dem vorgeschlagenen Umfange notwendig und andererseits ausreichend sind, bedarf allerdings sorgfältiger Prüfung. Wir beantragen deshalb die Vorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. Die Entvölkerung des platten Landes, besonders in den Ostprovinzen, hat einen bedauerlichen Grad erreicht. Die Zahl der selbständigen landwirtschaftlichen Betriebe hat sich in Preußen von 1895 bis 1907 in Ostpreußen um 7600, in Pommern um 4800, in Schlesien um 8500, in Brandenburg sogar um 25 600 verringert. (Hört! Hört! rechts.) Selbst in der Provinz Posen ist trotz der Tätigkeit der Anweisungskommission eine Verringerung um rund 1100 zu verzeichnen, und nur in Ostpreußen ist ein geringer Zuwachs von 1100 gewesen. Besonders ist davon betroffen der Besitz der ländlichen Arbeiterbevölkerung unter 2 Hektar. Während der kleine und mittelbäuerliche Betrieb in diesen Provinzen mit Ausnahme von Pommern und Schlesien zugenommen hat, haben sich diese kleinsten Betriebe in Ostpreußen um 14 000, in Westpreußen um 9500, in Pommern 8600, in Posen 13 000, in Brandenburg 27 300, in Schlesien um 5500 verringert. In den westlichen Provinzen hat sich das Verhältnis allerdings wesentlich günstiger gestaltet und in der ganzen Monarchie haben auch diese kleinsten Betriebe eine unversehrte Zunahme erfahren. Die Rentengutsbildung nach dem Gesetz von 1890 hat allerdings von 1895 bis 1907 10 800 Renten güter geschaffen, eine ansehnliche Zahl, die aber jenen bedauerlichen Rückgang nicht wettmacht. Nach der Volkszählung hat von 1900 bis 1910 die Wohnerschaft der Städte sich von 43 Proz. der ganzen Bevölkerung auf 47,2 Proz. vermehrt. Die Bevölkerung der Landgemeinden und Gutsbezirke ist aber von 57 Proz. auf 52,8 Proz. der ganzen Bevölkerung zurückgegangen. Die Erörterung der Gründe dafür würde allerdings nur geeignet sein, den Parteihader zu entfachen in einer Frage, die bei ihrer großen nationalen Bedeutung aus dem Streit der Parteien heransgehoben werden muß. (Zustimmung rechts.)

Es ist sicher, daß das Westpreußen, das platte Land durch weitere Anweisung von Menschen zu einem Zugsbrunnen für unser Volk werden zu lassen, erfolglos geblieben ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierungsvorlage hat sich dieses Ziel als vornehmste Aufgabe gesetzt. Die reichsrechtliche Zulässigkeit der vorgeschlagenen Bestimmungen scheint uns nicht zweifelhaft. Die §§ 1 bis 9 wollen die Parzellierungstätigkeit gewerbsmäßiger Parzellanten an eine staatliche Genehmigung knüpfen. Tatsache ist, daß in vielen Fällen unwirtschaftliche und unzweckmäßige Parzellierungen vorgenommen worden sind. Man muß aber einräumen, daß es auch gewerbsmäßige Parzellanten gibt, deren Tätigkeit nach seiner Richtung hin Veranlassung zu Klagen gibt. Diese Personen werden in ihrer geschäftlichen Tätigkeit durch das neue Gesetz nicht berührt. Wir sind grundsätzlich geneigt, die Kontrolle über die gewerbsmäßige Parzellierung zu genehmigen. Das vorgeschriebene Verfahren gibt zu Beanstandungen keinen Anlaß, ebensowenig die Ausnahmeverordnungen. Die Gründe, aus denen die Genehmigung einer Parzellierung verweigert werden kann, verstehen wir dahin, daß nicht nur rein wirtschaftliche, sondern auch nationale Gesichtspunkte verfolgt werden müssen. (Hört! Hört! links.) Die Strafbestimmungen erscheinen auf den ersten Blick etwas hart. Die gewerbsmäßigen Parzellanten würden sich aber durch geringere Strafen nicht abschrecken lassen. Man kann aber nicht soweit gehen, die zivilrechtliche Gültigkeit der ohne Genehmigung getätigten Parzellierungen anzuzweifeln.

Die Regierungsvorlage sucht unwirtschaftliche Veräußerungen durch ein dem Verkäufer zu gewährendes Mißtrauensrecht binnen acht Tagen zu verhindern. Diese Gewährung gibt uns zu erheblichen Bedenken Anlaß. Es wird dadurch gewissermaßen der Bruch von Treu und Glauben im Geleke selbst statuiert. Es ist allerdings richtig, daß durch die Tätigkeit von gewerbsmäßigen Parzellanten kleine Leute schwer geschädigt wurden. Diese hätten sich aber beim Abschluß des notariellen Vertrages über die Folgen und die Bedeutung des Vertrages aufklären lassen können. Die Gewährung des Vorkaufsrechtes an den Staat hat in der von der Regierung beanspruchten Form die allerhöchsten grundsätzlichen Bedenken, weil es einen starken Eingriff in die Freiheit des Eigentums bedeutet. Wir können aus grundsätzlichen Erwägungen einen so weitgehenden Eingriff in die Freiheit des Grundeigentums nicht genehmigen. Das kann nur geschehen, soweit besondere Gründe den Eingriff rechtfertigen. Besondere schwere Bedenken haben meine Freunde auch gegen die Übertragung des Vorkaufsrechtes an die Parzellierungsgesellschaften. Die Regierung muß sich im Interesse des Staatswohles vorbehalten, wann von dem Vorkaufsrechte Gebrauch zu machen ist. Es ist anzuschließen, daß man jede einzelne Parzellierungsgesellschaft nach ihrem eigenen System wirtschaften läßt. Die Bestimmungen über die Erleichterung der Erteilung von Anschlußfähigkeitsbescheiden begünstigen wir. Die Erhöhung der Mittel für den notwendigen Zwischenschatz werden wir gern bewilligen. Unsere Stellung zur Frage der Förderung der inneren Kolonisation hat 1912 mein Parteifreund von der Osten ausführlich dargelegt. Die Normativbestimmungen, nach denen die Anweisung erfolgt, geben uns zu gewissen Bedenken Anlaß. Die Anseher müssen zu günstigeren Bedingungen angeleitet werden. Diesen Zweck verfolgen die Anträge der Nationalliberalen und der Freijüngern, indem sie den Ansehlern bares Geld geben wollen anstatt der Rentenbriefe. Diese Anträge bringen an sich nichts Neues. Den Zweck der Verbesserung der Anseher hat der Abg. von der Osten damals ebenfalls ausgesprochen. Wir halten es aber im Interesse der nicht allzu starken Anspannung des Staatskredits für zweckmäßig, den jetzt beschrittenen Weg einzuhalten und nur die sich ergebenden Kurzverluste auf den Staat zu übernehmen. Das muß in den Gesetzentwurf hineingearbeitet werden. Die Schaffung besonderer Beamtenkörper in jeder Provinz für die innere Kolonisation halten wir für unzweckmäßig. Wir halten eine weitere Vermehrung des Beamtenkörpers nicht für tunlich. (Sehr richtig! rechts.) Für die günstigere Anweisung von Kolonisten werden wir in den nächsten Jahren erhebliche Staatsmittel fordern. Wir müssen aber die Gewißheit haben, daß wirklich gute Zustände geschaffen werden. Wir würden es begrüßen, wenn auf dem Gebiete wirklich gute Zustände geschaffen werden. Wenn auch in einzelnen Punkten schwer-

(Fortsetzung im vierten Bogen.)

wiegende Bedenken gegen die Vorlage erhoben werden können, so werden die Ziele doch vielleicht dahin führen, daß eine Einigung der großen Mehrheit des Hauses über das Gesetz erfolgt, das zum Besten unseres Vaterlandes das Bestreben der inneren Kolonisation auf einen neuen, gefunden und fruchtbaren Boden stellt. (Lebhafter Beifall.)

Um 4 1/2 Uhr vertagt das Haus die weitere Beratung des Grundgesetzes auf Freitag, 11. März.

Aus den parlamentarischen Kommissionen.

Die Besoldungsvorlage.

* Berlin, 19. März. Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute vormittag die Beratung der Novelle zur Besoldungsordnung bei der Frage der Beförderung einiger höherer Beamtenkategorien bei der Post entsprechend dem gestern von uns mitgeteilten Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien fort. — Reichssekretär Bülow erklärte zu Beginn der Verhandlung, die Regierung müsse es ablehnen auf Anregungen und Anträge einzugehen, die eine erhebliche materielle Änderung der Vorlage bedeuten würden. Das gelte erst recht von den Anträgen betreffend die Aufbesserung der höheren Beamten, die einen bedeutenden Einbruch in die Besoldungsordnung darstellen. Er müsse im Interesse des Budgetkommissars des Gesetzes dringend bitten, es hier bei dem Entwurf zu belassen. — Staatssekretär Brauer schloß sich dieser Erklärung an. Die Kommission werde durch den Antrag auch nicht das erreichen, was sie den Beamten zuwenden wolle. Besser sei es, durch eine Vermehrung der Stellen im Etat helfend einzugreifen. Dann wäre für eine Reihe von Jahren durchgreifend geholfen. — Der Referent sprach das Bedauern der Kommission aus, sich solchen Erklärungen der Regierung gegenüber zu sehen. Die Vorschläge des Staatssekretärs des Reichspostamts seien nicht annehmbar. Mit einem großen Schritt müsse dauernde Abhilfe geschaffen werden. Der Kompromißantrag sei das einzige Richtige, durchschlagende Einwendungen könnten dagegen nicht erhoben werden. Der Antrag entspreche auch den Wünschen der betreffenden Beamten. Das Ziel sei, den höheren Postbeamten die gleiche Gehaltsaufbahn zu eröffnen, wie sie für Oberlehrer und Richter gegeben sei.

Staatssekretär Brauer verwies noch einmal auf die Vernehmung der Stellen der Vizepräsidenten im Postetat. — Ein Zentrumsmittglied wandte sich gegen die Regierungserklärungen, die eine Verschleppung um mehrere Jahre bezweckten. Das sei aber keine Gesetzesmacherei. Diese Beamtenkategorien würden durch die Annahme des Antrages sicher befördert werden. — Staatssekretär Bülow führte aus, die Regierung habe mit guten Gründen ihre ablehnende Haltung motiviert, sie habe aber auch einen Weg gezeigt, der zur Verständigung führe. Sie habe ihre Bereitwilligkeit erklärt, die in der Kommission aufgeworfenen Fragen bei den nächsten Etats weiter zu prüfen und gegebenenfalls neue Gesetzesvorläufe zu machen. Der Reichstag selbst habe sich 1909 gegen die Bestimmung gewendet, daß eine Änderung der Gehaltsstufe durch den Etat möglich sein solle, nur durch Gesetz könne die Besoldungsordnung revidiert werden. Das schloß die Regierung vor. — Ein sozialistischer Abgeordneter erklärte namens seiner politischen Freunde, langsame Reden habe keinen Zweck. Es sei den Konvergenzen nicht leicht geworden, den Kompromißantrag mit zu unterzeichnen; sie könnten nicht leichten Herzens alle Petitionswünsche von Beamten als berechtigt gelten lassen. Inwiefern seien sie überzeugt, daß diese Forderungen durchaus berechtigt und zweckmäßig wären, und daß es sich bei dem Antrag um den allein richtigen Weg handle. Die Regierungserklärung an den Reichstag diesen Standpunkt nicht erhellen; selbst wenn das „Nein“ stärker begründet wäre, komme es zu spät. Die bürgerlichen Parteien hätten ihren wohl erwogenen Beschluß gefaßt, um eine harte Unbilligkeit zu beseitigen. — Ein fortschrittlicher Redner schloß sich diesen Darlegungen an.

Darauf folgte die Abstimmung. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die sich enthielten, wurden verlesen:

- 1) Die Buchführer bei den Technischen Instituten der Heeresverwaltung von Klasse 17a (1650 bis 3000 Mk. in Klasse 21 (1800 bis 3000 Mk.))
- 2) Die Oberpostassistenten von Klasse 36 (2500 bis 4500 Mk.) in Klasse 42 (2500 bis 5000 Mk.);
- 3) Die Post- und Telegrapheninspektoren sowie die Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen von Klasse 42 (2500 bis 5000 Mk.) in Klasse 57 (3000 bis 7200 Mk.);
- 4) Die Oberpostinspektoren sowie die Vizeinspektoren bei Post- und Telegraphenämtern 1. Klasse von Klasse 48 (3000 bis 6000 Mk.) in Klasse 57 (3000 bis 7200 Mk.);
- 5) Die Telegrapheningenieure von Klasse 52 (3000 bis 6600 Mk.) in Klasse 57 (3000 bis 7200 Mk.).

Die Paragraphen 1 bis 3 der Vorlage sind damit erledigt.

Eine längere Debatte entstand über die Defizitiere, die nach der Vorlage in folgende Gehaltsstufen einrücken: Vom 1. bis 3. Jahre 2100 Mk., vom 4. bis 6. Jahre 2298 Mk., vom 7. bis 9. Jahre 2502 Mk., vom 10. bis 12. Jahre 2700 Mk., vom 13. bis 15. Jahre 2850 Mk., vom 16. Jahre ab 3000 Mk.

Nachdem die Kommission eine Anzahl Wünsche hinsichtlich der Laufbahn und der Zivildienstverpflichtung der Defizitiere geäußert hatte, damit ein frühzeitiger Abgang in besserbezahlte Privat- und Beamtenstellen vermieden und eine möglichst langandauernde Verwertung der Dienstjahre des Defizitars in seinem Sonderfach durch Ausbeutung ihrer Lebensstellung zu einer ausreichenden Besoldung bewirkt werde, wurde die Erhöhung entsprechend der Regierungsvorlage angenommen und damit § 4.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte (s. unten) wurde die Besoldungsnovelle bei § 5 weiterberaten, wonach für die Beamten der Reichseisenbahnverwaltung der nichtpensionfähige Zuschuß soweit in Wegfall kommen soll, als die erhöhten Gehaltsstufen die bisherigen Sätze übersteigen. Der Elßässer und die Sozialdemokraten beantragten Streichung dieser Bestimmung und verlangten Aufrechterhaltung des Zuschusses neben der Gehaltserhöhung.

Hierzu begründete der Referent folgenden Kompromißantrag, bei dem nach dem 31. März 1914 angestellten Beamten diesen Zuschuß wegfallen zu lassen, bei den vor dem 31. März 1914 angestellten Beamten diesen Zuschuß um je 33 1/2 Proz. zu kürzen, so oft der einzelne Beamte eine Erhöhung seiner Dienstbezüge um mindestens diesen festgesetzten Betrag erhält. — Reichssekretär Bülow bezeichnete den Kompromißantrag als eine Verschlechterung für einen erheblichen Teil der Beamten gegenüber der Regierungsvorlage. Er verwies auf die Pflicht des vorjährigen Gesetzes, die Eisenbahnbeamten mit den Postbeamten gleichzustellen. Wenn durch Streichung des § 5 die elßässischen Eisenbahnbeamten neben dem erhöhten Gehalt auch noch den Zuschuß erhielten, dann sei die Ungleichheit gegenüber den Postbeamten wieder vorhanden. — Ein Zentrumssprecher erwiderte, die Regierung wolle den Abbau der Zuschüsse zunächst allein für die unteren Beamten, und das werde zu einer großen Verbitterung führen. Der Antrag dagegen baue schematisch und für alle Beamten langsam die Zuschüsse ab. Für eine dauernde Aufrechterhaltung der Zuschüsse in Elßaß-Vorbringen und damit für eine materielle Verbesserung der reichslandständischen Eisenbahnbeamten gegenüber den Postbeamten und allen Beamten im übrigen Reich liege kein Grund vor, aber der Übergang müsse sich langsam vollziehen. — Reichssekretär Bülow betonte die Absicht der Regierung, die Beamten in keiner Weise durch eine Kürzung ihrer Einnahmen zu schädigen, und das werde allein durch die Vorlage erreicht. — Ein fortschrittlicher Vertreter demgegenüber den Kompromißantrag, während ein Fraktionsgenosse ihn bekämpfte und die Regierungsvorlage befürwortete. — Nachdem ein Re-

gierungskommissar nochmals den Entwurf befürwortet hatte, wurde abgelehnt.

Der Kompromißantrag wurde, da die bürgerlichen Parteien sich spalteten, gegen eine starke Minderheit abgelehnt, ebenso der § 5 der Vorlage mit 13 gegen 12 Stimmen. Nach diesem Beschluß erster Lesung bleiben also die nichtpensionfähigen Zuschüsse neben den erhöhten Gehältern bestehen. — § 6, der das Besoldungsdienstalter regelt, wurde angenommen mit dem Zusatz, daß das Besoldungsdienstalter der Post- und Telegrapheninspektoren und Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen um je drei Jahre zurückgerückt wird. — Der Rest der Besoldungsnovelle wurde in erster Lesung unbeschadet angenommen. — Nächste Sitzung Freitag vormittag: Nachtragsetat und Etat des Reichsschatzamts.

* Nach Erledigung des § 4 der Besoldungsvorlage teilte der Vorsitzende zur Geschäftsordnung mit, daß der Kriegsminister heute und morgen verhindert sei, den Reichsetat in der Kommission zu vertreten. An diese Mitteilung knüpfte sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, an der sich auch der Präsident des Reichstages Dr. Kaempf beteiligte. — Vom Zentrum wurde auf die Dringlichkeit der Verabschiedung des Notatgesetzes verwiesen. Der Reichssekretär teilte darauf mit, daß der Entwurf eines Notatgesetzes und eines Nachtragsetats für 1913 betreffend die Grundstücksfrage für den Neubau des Militärkabinetts noch heute dem Reichstag zugehen würde.

Der Präsident des Reichstages erklärte es aus technischen Gründen für unmöglich, das Notatgesetz noch durch die heutige Plenarsitzung der Kommission überweisen zu lassen, wohl aber sollte versucht werden, den Nachtragsetat sofort der Kommission zu überweisen.

Man einigte sich dahin, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung der Kommission den Nachtragsetat und den Etat des Reichsschatzamts zu setzen.

Die direkten Steuern.

* Berlin, 19. März. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich heute vormittag mit dem Etat der Verwaltung der direkten Steuern. — Der Berichterstatter berichtete über die Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung; diese ergäben einen Beweis gegen den bisweilen behaupteten zunehmenden Pauperismus.

Die Einkommensteuer ist mit 24 Millionen mehr, die Vermögenssteuer mit 5 Millionen mehr gegenüber dem vorigen Etat eingestellt. — Auf die Frage, ob nicht infolge der Wehrsteuer-Veranlagung größere Erträge zu erwarten seien und ob dadurch eine Aufhebung oder Ermäßigung der Steuerzuschläge zu erwarten sei, begn. ob die Neueinbringung einer Steuernovelle bevorstehe, wurde regierungsseitig erklärt, die Hochkonjunktur der früheren Jahre werde steuerlich 1914 nicht mehr voll in die Erscheinung treten, der Grundstücks- und Baubauverkehr habe darnieder gelegen, der Börsenverkehr sei ungünstig gewesen, ebenso der Stand der Wertpapiere. Andererseits sei die Wirkung der Wehrsteuer-Veranlagung veranschlagt; aber in den Zeitungen seien Überreibungen erfolgt, ein Überblick über die Ergebnisse der Wehrsteuer liege noch nicht vor. Mehreinnahmen seien allerdings zu erwarten, dagegen werde die Nachsteuer der vorigen Jahre in Fortfall kommen. Der Finanzminister erklärte, eine Aufhebung oder Minderung der Steuerzuschläge mit jährlich 72 Millionen könne nur auf gesetzlichem Wege erfolgen. Entbehrlich seien sie nicht, namentlich werde die Wehrsteuer-Veranlagung keinen entsprechenden Ersatz bringen. Andererseits ständen Wehrausgaben des Staates bevor. Die Vorlegung einer Steuernovelle sei ohne endgültige Regelung der Steuerzuschläge nicht tunlich und stehe derzeit nicht in Aussicht. Die Lücken seien infolge der Reichsgesetzgebung einigermaßen ausgefüllt.

Aus der Kommission wurde die dringende Notwendigkeit des Ausgleichs der Kommunalsteuerverhältnisse betont. Diese Frage sei noch wichtiger als die der Steuerzuschläge. Die Steuernovelle habe aber auch andere wichtige Zwecke gehabt, besonders infolge der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts. Hier sei Wessierung nötig. Der neue Versuch einer Novelle werde voraussichtlich Erfolg haben. — Der Finanzminister wies hinsichtlich der Notwendigkeit der Beibehaltung der Steuerzuschläge auf die wachsenden Ausgaben hin. So erfordere allein die Vorlage der Besoldungsnovelle jährlich 19 Millionen.

Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution des Zentrums angenommen: Das Haus des Abgeordneten wollte beschließen, die kgl. Staatsregierung zu ersuchen 1) die Ausführungsbestimmungen des Ergänzungsteuergesetzes vom 1. April 1909 bezüglich Schätzung des Ertragswertes bei dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken dienenden Grundstücken gemäß dem Sinne des § 11 dieses Gesetzes in Übereinstimmung zu bringen mit dem Gesetze (§ 17 Abs. 1 bis 3) über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag vom 3. Juli 1913 und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 6. November 1913, 2) diese Bestimmungen der Veranlagung der Ergänzungsteuer für die Jahre 1914 bis 1916 zugrunde zu legen.

Weiterberatung Freitag vormittag.

Das Wohnungsgezet.

* Berlin, 19. März. In der Mittwochabend-sitzung der 11. Kommission des Abgeordnetenhauses wurde zunächst auf Vorschlag des Berichterstatters beschlossen, die zum Entwurf eines Wohnungsgezetes vorliegenden Resolutionen bis zur zweiten Lesung zurückzustellen, damit der Bericht der Kommission zu Ostern fertig sein könne, was auch im Interesse der Städte und anderer Körperschaften liege, die sich in zahlreichen Anträgen an das Abgeordnetenhaus gewandt hätten.

Die Beratung über die örtliche Wohnungsaufsicht wurde bei den Bestimmungen über das „Wohnungsamt“ begonnen. Der Entwurf verlangt für Gemeinden mit über 100000 Einwohnern die Errichtung eines Wohnungsamtes und ermächtigt es die Aufsichtsbehörde für kleinere Gemeinden, die Errichtung eines Wohnungsamtes oder die Anstellung von Wohnungsaufsichtern anzuordnen. — Der Vertreter der Regierung führte aus, daß mit dem Wohnungsamt eine Zentralbehörde geschaffen werde solle, die Wohnungsaufsicht mit Wohnungsnachweis und Wohnungspflege vereinige, als auch die Ausführung der hygienischen Vorschriften überwache. Im Hinblick auf die bewährten Einrichtungen verschiedener Städte sei ein Wohnungsamt als Zentralbehörde nötig; die Anstellung eines oder einzelner Beamten in größeren Gemeinden genüge nicht. Bei den kleineren Gemeinden solle abgewartet werden, was sie auf dem Gebiete tun würden; erforderlichenfalls müsse hier die Aufsichtsbehörde eingreifen können. Nebner warnte, durch Anträge die Wohnungsaufsicht abzuschwächen. — In der Erörterung wurde besonders betont, daß protokolllarisch festgelegt werden müsse, daß auch Frauen ehrenamtlich und als Angestellte bei der Wohnungsaufsicht verwendet werden können.

In der Abstimmung wurde die Bestimmung, daß für Gemeinden mit über 100000 Einwohnern ein Wohnungsamt zu errichten ist, mit einer redaktionellen Änderung angenommen. Die Bestimmung betr. die kleineren Gemeinden wurde dahin gefaßt, daß die Gemeinden mit 50000 bis 100000 Einwohnern die Errichtung eines Wohnungsamtes oder die Anstellung von Wohnungsaufsichtern, in Gemeinden von 10000 bis 50000 Einwohnern die Anstellung von Wohnungsaufsichtern von der Aufsichtsbehörde angeordnet werden kann. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wurde sodann der Rest der Bestimmungen über die örtliche Wohnungsaufsicht sowie die Bestimmung über die Bezirks-Wohnungsaufsicht in der Fassung der Vorlage angenommen. Zu den Übergangs- und Schlußbestimmungen wurde ein Antrag angenommen, bei

Anwendung der Vorschriften der Wohnungsordnungen und bei Ausübung der Wohnungsaufsicht das Interesse des Denkmals- und Heimatbundes zu berücksichtigen, soweit nicht das Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit entgegensteht. — Damit ist die erste Lesung des Gesetzes beendet.

Letzte Nachrichten.

Hof- und Personalsnachrichten.

w. Berlin, 19. März. Die Kaiserin reiste um 6 Uhr 54 Minuten vom Potsdamer Bahnhof nach Braunschweig zurück. Der Kaiser begleitete seine Gemahlin zum Bahnhof.

w. Straßburg i. E., 19. März. Heute abend 7 Uhr begeben sich der Kaiserliche Statthalter und Gemahlin nach Berlin. Am kommenden Sonnabend gedenken sie hier wieder einzutreffen.

Die Geburt des Thronerben in Braunschweig.

w. Braunschweig, 19. März. Der Kaiser und der Herzog von Cumberland haben in Erwiderung auf die ihnen vom herzoglichen Staatsminister dargebrachten Glückwünsche zur Geburt des erbzürchlichen Enkelsohnes nachfolgende Telegramme an Staatsminister Wolff gerichtet:

Berlin, Schloß, 18. März. Ich danke Ihnen und dem Staatsministerium für Ihren freundlichen Wunsch. Mit dem ganzen braunschweigischen Lande freue ich mich, daß durch Gottes Gnade dem Fürstenhause ein junger Sproß erwachsen ist. Gott schütze ihn. (gez.) Wilhelm I. R.

Wien, 18. März. Die von Ihnen und dem Ministerium dargebrachten herzlichen Glück- und Segenswünsche zur Geburt des Erbprinzen erfreuten die Herzogin und mich sehr. Wir danken Ihnen aus tiefbewegtem Herzen und erwidern die Wünsche für Sie und das ganze Land Braunschweig in der Hoffnung, daß Gottes Segen auf dem Volk und dem Fürstenhause ruhen möge! (gez.) Ernst August.

Aus dem Bundesrat.

w. Berlin, 19. März. In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend den Betrieb und die Anlagen der Großeisenindustrie, die Vorlage betreffend Nachträge zu den Musterfahrungen der Krankenkassen, die Entwürfe zu den Gesetzen betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts und des Haushaltes der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1914. Dem vom Reichstag angenommenen Entwurf des Pflanzengesetzes wurde zugestimmt. Zur Annahme gelangten die Vorlagen betreffend die Änderungen der Grundzüge über die Befreiung von Stellen mit Militäranwärtern, der internationale Vertrag zum Schutze des menschlichen Lebens auf See, die Vorlage betreffend das Abkommen mit Frankreich über den Verkehr mit Branntwein über die deutsch-französische Grenze, die Vorlage betreffend die Gebührenfestsetzung für die einzuführenden Postkreditbriefe, der Entwurf eines Gesetzes über die Verlegung der deutsch-russischen Landesgrenze vom Memelstrom bis zum Bistekfluß, sowie der dritte Nachtrag des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1913.

Zur Affäre Poljakow.

w. Berlin, 19. März. In einer hiesigen Zeitung ist der Fall des russischen Kapitäns Poljakow mit dem des deutschen Luftschiffers Berliner in Vergleich gebracht worden. In dem Artikel finden sich Ausfälle auf die deutsche Regierung, die sich in dem Kölner Fall den russischen Beschwerden gegenüber besonders willfährig zeige, während sie im Schutze zu Unrecht verhafteter deutscher Landeute lässig sei. Hierzu bemerkt das offizielle Wolffsche Bureau:

Beide Fälle sind tatsächlich und rechtlich verschieden. Im Falle Poljakow hat die hiesige russische Botschaft ihre Beschwerde insbesondere mit dem schwerwiegenden Vorwurf begründet, daß der in Köln verhaftete russische Offizier entgegen den deutschen Gesetzen nicht unverzüglich dem zuständigen Richter vorgeführt sei. Daß die Prüfung einer solchen Beschwerde nicht abgelehnt werden konnte, ist selbstverständlich. Die der russischen Botschaft zu erteilende Antwort hängt davon ab, welches Ergebnis die bei den zuständigen Behörden schwebende Untersuchung liefern wird. Einstweilen steht nur fest, daß die Staatsanwaltschaft in Köln das Strafverfahren gegen den beschuldigten Offizier aufgrund wiederholter Vernehmung der Zeugen eingestellt hat. Was den Fall des Luftschiffers Berliner betrifft, so sind die Angriffe auf die deutsche Regierung gleichfalls unbegründet. Die deutsche Botschaft in St. Petersburg ist im Auftrage des Auswärtigen Amtes wiederholt nachdrücklich bei der russischen Regierung für die Freilassung des Herrn Berliner und seiner Reisegefährten eingetreten. Eine formale Beschwerde der deutschen Regierung konnte und deswillen nicht in Frage kommen, weil die deutschen Luftschiffer den hier veröffentlichten in Luftschiffkreisen allgemein bekannten russischen Vorschriften zufolge die russische Grenze überflogen und sich schon dadurch dem Verdacht der Spionage ausgesetzt haben. Endlich ist festzustellen, daß die deutschen Herren sich nicht in Haft befinden. Sie wohnen in einem Hotel in Perm, wo sie bis zum Abschluß der eingeleiteten Strafuntersuchung unter polizeilicher Bewachung stehen.

Badische Schiffsahrtsfragen.

w. Karlsruhe, 19. März. In der Sitzung der Zweiten Kammer erklärte der Minister des Inneren, Freiherr von Wadmann, auf die Interpellation betreffend die Schiffbarmachung des Oberrheins: „Wir sind nicht allein in der Lage, die Rheinregulierung durchzuführen, wir befinden uns noch im Stadium der Studien, ob das Unternehmen wirtschaftlich rentabel ist. Voraussetzung für die Schiffbarmachung des Rheins von Basel bis Konstanz ist die Schiffbarmachung der Strecke Straßburg-Basel. Der Rheinregulierung bis Konstanz steht die elßaß-lothringische Regierung nicht sympathisch gegenüber, da sie eine Schädigung der Handelsinteressen Straßburgs befürchtet. Wir können aber keinen Pfennig für einen Großschiffahrtsweg bewilligen, wenn er in Basel enden soll, er muß vielmehr bis Konstanz durchgeführt werden. Ferner muß die Schweiz zu den Kosten beitragen, auch für die Strecke Basel-Straßburg. Wesentlich ist, daß Holland zu den Schiffahrtsabgaben seine Zustimmung gibt. Der Bau einer Wasserstraße bis Konstanz ist nach Ansicht der Techniker ausführbar. Die Schiffbarmachung des Rheins von Breisach bis Basel würde 105 Millionen Mark kosten, wobei 50 Millionen auf die Schiffbarmachung und 55 Millionen auf die Anlage von Wasserkraftwerken entfallen.“ In der an die Erklärung der Regierung sich anschließenden Debatte erklärten sämtliche Parteien, daß die Schiffbarmachung des Rheins bis Konstanz und die Erschließung der Wasserkräfte mit allen Mitteln zu fördern sei.

Aus Österreich-Ungarn.

L. Wien, 19. März. (Tel. d. Schles. Ztg.) Bei den heutigen Gemeinderatswahlen wurden in sämtlichen 21 Bezirken Wiens alle 48 Mandate mit christlich-sozialen Kandidaten besetzt. Die Christlichsozialen

behaupeten die 47 Mandate, die bis jetzt schon in ihrem Besitze waren, und eroberten in der Hochburg der Sozialdemokratie in Ottakring das Mandat des bisherigen sozialdemokratischen Gemeinderates und Reichsratsabgeordneten David.

w. Budapest, 19. März. Finanzminister Telezky unterbreitete dem Abgeordnetenhaus den Voranschlag des Staatshaushalts für 1914/15. Danach betragen die ordentlichen Ausgaben rund 1887 Millionen Kronen, die Einnahmen 1953 Millionen. Im Extraordinarium betragen die Ausgaben 353,3 Millionen, die Einnahmen 210,5 Millionen. Bei den gemeinsamen Ausgaben trat eine besondere Erhöhung hauptsächlich durch die Ausgaben für die Armee in Höhe von 55 Millionen, für die Staatsbahn in Höhe von 37 Millionen, für Zwecke des Handelsministeriums, hauptsächlich für die Staatsbahnen, in Höhe von 34,9 Millionen und für Zwecke des Unterrichtsministeriums in Höhe von 13 Millionen ein. Die höheren Einnahmen sind präliminiert bei den direkten Steuern in Höhe von 42,3 Millionen, bei den Verbrauchssteuern in Höhe von 30,6 Millionen, bei der Stempelsteuer in Höhe von 5,6 Millionen, bei dem Tabakmonopol in Höhe von 3,8 Millionen, bei den Staatsbahnwerken in Höhe von 11,5 Millionen, bei den Staatsbahnen in Höhe von 15 Millionen und bei den Staatsforsten in Höhe von 2,7 Millionen.

w. Prag, 19. März. Heute starb hier der Advokat Johann Rodlph im Alter von 66 Jahren. Er war während der tschechischen Ereignisse gegen das Deutschtum in Prag im Jahre 1897 Bürgermeister in Prag. Seine Umzüge durch die Gassen trugen während dieser Tage viel zur Verberkung bei. Rodlph war auch lange Landtagsabgeordneter und veranfaltete mehrfach Ausflüge der Solobereine nach Frankreich, wo er im Sinne einer tschechisch-französischen Verbrüderung Reden hielt.

Mus Frankreich.

Der Rochette-Ausschuß.

w. Paris, 19. März. Die Bureau des Senats wählten eine Kommission von neun Mitgliedern, die den Vorschlag der Kammer, dem Rochette-Ausschuß richterliche Befugnisse zu erteilen, prüfen soll.

w. Paris, 19. März. Der Rochette-Ausschuß der Kammer hat beschlossen, bereits morgen die früheren Minister Monis und Caillaux und den Oberstaatsanwalt Joffre sowie den Gerichtspräsidenten Bidoult de l'Isle zu vernehmen.

Madame Caillaux im Gefängnis.

d. Paris, 19. März. Eine große Zahl von Zeitungen, voran der „Figaro“, dessen Direktor Calmette am Montag von den Revolverkugeln der Madame Caillaux niedergestreckt wurde, beschränken sich darüber, daß die Gattin des bisherigen Finanzministers im Untersuchungsgefängnis Saint-Lazare nicht wie eine Mörderin, sondern wie eine große Dame behandelt wird. Obwohl ihr Verbrechen offenkundig ist, läßt ihr die Gefängnisverwaltung alle ordentlichen Vergünstigungen zuteil werden. In der Nacht ihrer Einlieferung wurde eigens rasch eine Zelle für sie freigemacht, die Zelle Nr. 12, in der vor ihr schon andere „berühmte“ weibliche Untersuchungsgefangene ihrem Urteil entgegen saßen, wie Madame Steinheil und kürzlich die Schauspielerin Nivette Maltrejean. Diese Zelle ist zwar an und für sich ebenfalls dürrig eingerichtet wie die anderen, aber es kann den Gefangenen gestattet werden, sie etwas wohlicher zu möblieren, was in diesem Falle teilweise schon die Gefängnisverwaltung besorgt hatte. Die Mitgefangenen der Madame Caillaux sollten bald erfahren, was sie für eine vornehme Nachbarin hatten, es wurde nämlich das strenge Verbot für alle erteilt, den Korridor zu passieren, so lange Frau Caillaux sich eventuell dort aufhielt. Auch erhielt die Ministergattin ein Mädchen als Bedienerin zugewiesen, was der „Figaro“ als durchaus reglementwidrig bezeichnet. In der Nacht nach ihrer Verhaftung soll Madame Caillaux, wie der „Matin“ berichtet, ausgezeichnet geschlafen haben und bis neun Uhr früh im Bett geblieben sein. Auch Tags darauf behielt sie ihre Ruhe bei und verlor in keinem Augenblick ihre Fassung und ihre Zurecht. Gegen mittag besorgte man ihr eine Mahlzeit aus einem Restaurant des Boulevard Strassburg. Der „Matin“ notiert gewissenhaft das Menü, es lautet: Hammelrücken mit Maccaroni, Apfelpommes und dazu eine Glasche Mineralwasser. Madame aß mit ausgezeichneter Appetit und wartete dann in Gemütsruhe die Besuche ihrer Angehörigen und Verteidiger ab.

Vor dem Gefängnis hatte sich eine kolossale Menschenmenge angesammelt, die auf das Erscheinen Caillaux's wartete. Der Wagen des früheren Ministers fuhr gegen 3 Uhr vor. Herr Caillaux war begleitet von einer älteren Dame und einem kleinen Mädchen, das Pakete trug. Die Unterredung zwischen den Gatten fand nicht im gewöhnlichen Sprechzimmer statt, wo die Besucher durch ein Gitter von den Gefangenen getrennt sind, sondern in einem der Gefängnisbüros. Madame Caillaux begrüßte ihren Mann ohne eine Spur von Erregung, worauf sich die beiden Gatten längere Zeit ganz ruhig unterhielten. Die Menge draußen vor dem Gefängnistor wurde unruhig und machte Miene, über das Auto des Herrn Caillaux herzufallen, man dirigierte es daher in einen Gefängnishof. Unterdessen fuhr ein anderes Auto mit einer Grafenkrone am Wagenschlag vor, dem eine alte Dame entstieg, die einen großen Korb mit Blumen für die Gefangene mitbrachte. Herr Labori, der aus dem Drehstuhlprozess her satfam bekannte Advokat, hat Frau Caillaux's Verteidigung übernommen. Zur Unterredung mit seiner Klientin räumte der Gefängnisdirektor den beiden sein eigenes Arbeitszimmer ein. Madame Caillaux hat recht, so schreibt der „Figaro“ seine Betrachtungen über die auffallend höfliche Behandlung der Mörderin, mit ihrem Wort nach der Ermordung Calmettes: „Es gibt keine Gerechtigkeit mehr in Frankreich!“ Abwärts rechnet man allgemein mit der Freisprechung der Madame Caillaux, was zwar nach den bisherigen Urteilsprüfungen der Pariser Geschworenen durchaus zu erwarten ist, den Skandal aber nicht geringer machen wird.

Sonstige Meldungen.

w. Paris, 19. März. Marineminister Monis hat dimittiert. Mit der Leitung des Marineministeriums wurde interimistisch der Kolonialminister Lebrun betraut.

w. Paris, 19. März. Wie aus Cairo gemeldet wird, wählte der Verwaltungsrat der ägyptischen Hypothekenbank den früheren Präsidenten Caillaux zum Ehrenpräsidenten.

In Versailles fanden abermals feindselige Kundgebungen vor dem Hause des radikalen Deputierten Thalams statt, der gleich seiner Gattin das Attentat der Frau Caillaux verherlicht hatte.

w. Paris, 19. März. Wie der „Matin“ erzählt, hat Caillaux vor einiger Zeit den Oberstaatsanwalt Joffre zu sich berufen und ihn über den vielbesprochenen Bericht vom 1911 befragt. Joffre sagte, dieses Schriftstück existiere nicht. Joffre klagt vor dem Rochette-Ausschuß erklären, daß er einerseits Caillaux habe beruhigt, andererseits damit habe sagen wollen, daß der Bericht, den er vertraulichweise dem damaligen Justizminister Briand übermittelte, nicht der Öffentlichkeit preisgegeben werden sollte. Joffre hätte zu seinem Schutze das Original des Berichtes behalten. Der gegenwärtige Justizminister Viviani habe kürzlich Joffre gefragt, ob es wahr sei, daß er Briand eine Abschrift seines Berichtes übergeben habe. Joffre bejahte, worauf Viviani Martin bedauerte, daß das Schriftstück aus dem Justizministerium verschwunden sei, und Joffre ersuchte, ihm eine neue Abschrift zu geben. Joffre verweigerte dies trotz des wiederholten dringenden Ersuchens des Justizministers.

Das Blatt berichtet weiter, Advokat Labori habe Caillaux erklärt, er könne die Verteidigung seiner Gattin nur dann übernehmen, wenn es als ausgemachte Sache anzusehen sei, daß Caillaux das Andenken Calmettes außer Spiel lasse. Labori habe auch der Redaktion des „Figaro“ eine ähnliche Erklärung abgegeben. Frau Caillaux habe dem Sekretär Laboris gegenüber ihr Bedauern über ihre Tat wiederholt. Sie sei über die Pressekampagne wahrhaftig aufgeregt gewesen und habe jetzt erkannt, daß sie eine schwere Schuld auf sich geladen habe, als sie sich willenlos einem Augenblick der Verwirrung hingab.

w. Paris, 19. März. Der nationalistische „Eclair“ beginnt heute eine neue Heft gegen die Minister Caillaux und Monis. Das Blatt behauptet, Caillaux habe seinerzeit die Gründung des deutsch-französischen Kongresskomitees hintertreiben, obwohl er gewußt habe, daß das Scheitern dieses Projektes, welches zwischen dem Kabinett Briand und der deutschen Regierung vereinbart war, ernste diplomatische Folgen nach sich ziehen müßte. Tatsächlich sei dem Ministerium Monis, dem Caillaux angehörte, wenige Tage nach dessen Amtsantritt am 14. März 1911 ein Bericht des Quai d'Orsay vorgelegt worden, der in scharfer Weise auf die Gefahren hingewiesen habe, denen sich Frankreich aussetzen würde, falls es auf die Bildung des Komitees verzichte. „Eclair“ veröffentlicht den angeblichen Wortlaut der Schlussfolgerung dieses bisher geheim gehaltenen Berichtes, der dahin lautet, daß die deutsche Regierung, in der Überzeugung, sie könne Frankreich zwingen, sich vor ihrem Willen zu beugen, vielleicht versucht sein werde, Frankreich in gebietarischem, verlegenden Tone an seine Zusage zu erinnern. Weber Monis noch Caillaux hätten diese Warnung beachtet, und am 1. Juli sei die Madridkrise ausgebrochen.

Mus England.

w. London, 19. März. Premierminister Asquith ist heute vormittag im Buckingham-Palast vom Könige empfangen worden. Man glaubt, daß dies mit der heutigen Somerley-Debatte im Unterhause zusammenhänge.

w. London, 19. März. Unterhaus. Bonar Law beantragte ein Mißtrauensvotum, in dem erklärt wird, das Haus beauftragt die Weigerung der Regierung, Vorschläge zu dem Zusatzantrag zur Somerley-Bill zu machen, und meint, daß diese Vorschläge vor der Wiederaufnahme der zweiten Lesung gemacht werden müßten. Law sagte, die Lage würde heute gefährlicher denn je sein, wenn nicht ein Ausweg gefunden werde, weil die Opposition niemals die Zeit eilig zugeworfen hätte und zuwerfen wollte, was Asquith aber nicht wissen konnte, und weil die Opposition niemals irgendeinem ersten Vorschlag der Regierung sich verschlossen habe, in der Hoffnung, den Frieden zu sichern.

w. London, 19. März. Die Zeitung „Globe“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß Haftbefehle gegen Sir Edward Carson und die anderen Führer der Ulsterbewegung erlassen worden sind. — Diese Nachricht wird amtlich dementiert.

Schiffsunglück.

w. Venedig, 19. März. Ein italienisches Torpedoboot stieß heute mit einem von Vido kommenden Passagierdampfer zusammen, der sofort sank. Nur wenige Personen sind gerettet worden. Fünfzig Personen ertranken, darunter der russische Vizekonsul Merkinski.

Verschiedene Nachrichten.

w. Duisburg, 19. März. Der Rhein erreichte gestern mittag mit 6,73 Meter (Ruhrorter Pegel) den höchsten Stand. Heute früh 7 Uhr betrug die Höhe des 6,65 Meter. Die Ruhr ist um 14 Zentimeter gefallen.

w. Leipzig, 19. März. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Gasarbeiters Emil Bohn, der vom Schwurgericht Altona am 23. Januar wegen Mordes, begangen am 22. Oktober 1913 an der Arbeiterin Minna Meyer, zum Tode verurteilt worden war.

w. St. Petersburg, 19. März. Im Rahmen des Russischen Aeroklubs hat sich ein freiwilliges Fliegerkorps aus Herrenfliegern gebildet, die sich im Kriegsfall zur Verfügung des Kriegsministers stellen wollen.

w. Rom, 19. März. Der Papst empfing anlässlich seines Namenstages seine Schwestern, seine Nichte und seinen Neffen, der soeben nach Rom gekommen war. Sämtliche vatikanischen Behörden brachten ihre Glückwünsche dar. Mittags wurden die Kardinal empfingen.

w. Bukarest, 19. März. Der rumänische Thronfolger Prinz Ferdinand ist mit Gemahlin nach Berlin abgereist.

w. Tokio, 19. März. Die gemeinsame Konferenz von Vertretern der beiden Häuser des Landtages lehnte den Antrag des Oberhauses, der den Marineetat um sieben Millionen Pfund Sterling kürzt, ab. Die entscheidende Stimme gab der durch das Los bestimmte Vorsitzende, ausfallig ein Oberhausmitglied, ab.

w. Johannesburg, 19. März. Bei den Wahlen zum Provinzialparlament in Transvaal sind bis jetzt 23 Arbeitervertreter gewählt worden. Die Arbeiterpartei hat daher in dem Parlament, das 36 Mitglieder zählt, die Mehrheit.

Unglücksfälle und Verbrechen.

w. Bremen, 19. März. Zu der Kollision des deutschen Dampfers „Kaiser Wilhelm der Große“ mit einem Schoner wird mitgeteilt: „Kaiser Wilhelm der Große“ stellte fest, daß die Besatzung des angegriffenen Schoners sich nicht mehr an Bord befand. Nach dem der Schoner gesunken war, lehrte „Kaiser Wilhelm der Große“ nach der Unfallstelle zurück. Mit größter Wahrscheinlichkeit dürfte die Besatzung des Schoners, da ruhige See war, von in der Nähe befindlichen Dampfern aufgenommen sein.

w. Cuxhaven, 19. März. Die Mannschaft der englischen Schooner „Valder“ ist nicht ertornt. Sie wurde von dem deutschen Schlepper „Vulkan“ gerettet und in Cuxes gelandet.

w. Hamburg, 19. März. Auf Erlauchen des Untersuchungsrichters in Kiel wurde der hiesige Kaufmann Neubauer in Sachen des Kieler Werftprozesses verhaftet und nach dem Kieler Untersuchungsgefängnis angeführt.

w. Reichenberg in Böhmen, 19. März. Im Felsgeklüfte des Stadtwaldes ist der Dresdener Rechtsanwalt Kurt Göbner vergastet aufgefunden worden. Er hatte in das Reizeuch eingeschrieben: Bitte mich zu beerdigen, gleichgültig wo. Er fußte etwa 100 Mark und einige Gistflaschen mit sich.

w. London, 19. März. Heute morgen ist der Fliegerleutnant Tresby über dem Flugfeld der Grafschaft Salisbury tödlich verunglückt.

w. Neapel, 19. März. Professor Mercalli, Direktor des Beobachtungsbureau, ist in seiner Wohnung in Neapel verstoßt im Bett aufgefunden worden, das sich durch eine umgestürzte Petroleumlampe entzündet hatte.

w. Konstantinopel, 19. März. Gestern fuhr während eines Gewittersturmes ein Blitzschlag in den Palast der Porte und zerstörte einen Teil der Telephonzentrale. In Galata wurde ein Kind von einem Leitungsdrabt der Straßenbahn berührt und getötet, drei Personen erlitten Verletzungen.

Bäder und Reisen.

— Die vierte Mittelmeerfahrt des „Meteor“ wird die blau-weiß-goldene Flagge ausschließlich in den wässrigen Mittelmeeres zeigen. Es sind für die funkelnden Sommerstage des April im Mittelmeer symbolische Farben: auf blauer Meerflut das schlanke, weiße Schiff im goldenen Sonnenlicht. Nur 17 Tage wird diese am 14. April von Genua beginnende Reise dauern, doch bietet sie das denkbar Vielfältigste an intimen Reizen, wie überraschend wechselvoller Szenerie, an historischen Erinnerungen, wie an fesselnden Einblicken in die bunte Lebensfülle interessanter Städte und ihrer Bewohner. Nach einem Besuch in Monaco-Monte Carlo und Nizza wird zunächst Nizza auf Corsika angelaufen, die romantische Insel per Sonderzug durchquert und dann Vico besucht. Das nächste Ziel des Schiffes ist die große spanische Hafenstadt Barcelona, dem ein Besuch von Palma folgt. Aufstiege, fruchtbarer Gärten, lustig überquillt von hunderten mirbelnden Windmühlen umkränzt die Stadt Palma nach dem prächtigen Bergwaldern hin, deren herrliches Colletal einst Chopin und die George Sand vor der Welt barg und die Dichter zu ihrem Roman Epirion begeisterte. In Algier, dem afrikanischen Klein-Paris, wird der heiße Ort erreicht, von wo es dann über Philippeville — Absteiger nach Constantine — nach Tunis geht. In der Nähe der Ruinen des einst so mächtigen Karthago. Der „Meteor“ nimmt dann wieder nördlichen Kurs, läuft in Sizilien Gergenti und Palermo an und geht

dann vor Neapel für 55 Stunden vor Anker, um den Reisenden ausgiebige Gelegenheit zu bieten in die herrliche Umgebung, Pompei, Sorrent, Amalfi und nach der Insel Capri zu geben. — Am 1. Mai endet die an Inhalt und Genüssen gewißlich überreiche Reise wieder in Genua.

— Besucher der oberitalienischen Seen sollten nicht unterlassen, bei der amtlichen Auskunftsstelle der schweizerischen Bundesbahnen im internationalen öffentlichen Verkehrsbureau Berlin, Unter den Linden 14, ein kostenlos herausgegebenes Verzeichnis der Rundfahrtbillette zu verlangen, in welchem die lohnendsten Rundfahrtstrecken mit Preisangaben in die herrliche Umgebung unter Einfluß des Comer- und Luganosees, der Vorromäischen Inseln und weiter südlich nach Italien aufgeführt sind.

[Mal. Bad Deynhaußen.] Soeben ist der erste Jahresbericht des mit einem Kostenaufwande von rund 300 000 Mark für schwächliche und kranke Kinder errichteten Aquite-Victoria-Kinderheims erschienen. 602 Kinder aus allen Teilen des lieben Vaterlandes fanden Aufnahme. Der Kurserfolg war als ein sehr günstiger zu bezeichnen. Die Hauptfaktoren der Behandlungsmethode waren neben einer rationellen gemischten Kost und dem Aufenthalt in freier Luft die berühmten Solbäder unferes Bades, von denen durchschnittlich pro Kind 15 verabsolgt wurden. Die technischen Einrichtungen des großen Badesaales gestatten es, in der größten Reinheit neben Süßwasserbädern Solbäder von 1 bis 9 Prozent in den verschiedensten, künstlich individualisierenden Temperaturen zu bereiten. Eine Vorrichtung für Solbädern aller Art, fließende Fußbäder, Sitzbad mit temperierter Duschvorrichtung ermöglicht eine Verbindung der gewöhnlichen Solbaderbehandlung mit den Prinzipien des modernen Wasserheilverfahrens.

[Portoforo.] Unser Bad bereitet sich zur feierlichen Einweihung der neuen imposanten Landungsbrücke vor. Die Eröffnung derselben bedeutet einen Meilenstein in der Entwicklung des mächtig aufsteigenden Kurortes. Nicht allein das verkehrsbedeutende Moment, daß nunmehr auch die größten Lloyd- und Austro-Americana-Dampfer an diesen bautechnisch interessanten Dolo — es ist der erste aus Eisenbeton hergestellte in Österreich — anlegen können, kommt hierbei in Betracht, dieser hier wird vielmehr von nun an zum Mittelpunkt des Strandlebens in Portoforo. Er bildet den schönsten und gesündesten Spaziergang, den man sich nur wünschen kann.

Griechens Reiseführer, Band 100: Rom und Umgebung, 4. Aufl. Mit 7 Karten und 9 Grundrissen. 4.— Mk. Verlag Albert Goldschmidt, Berlin W 85.

In der Sammlung Griechens Reiseführer ist soeben eine neue sorgfältig revidierte Auflage des Führers „Rom und Umgebung“ erschienen. Als praktische Neuerung fällt zunächst das überaus handliche Format des Buches auf, das durch die Verwendung von Dünnbroschurpapier erreicht ist; die Deutlichkeit des Textes hat nicht darunter gelitten. Obwohl der Führer 350 Seiten Text umfaßt, ist er nur ein dünnes leichtes Büchlein, das jeder Reisende bequem unterbringen kann. Inhaltlich zeigt der Führer alle Vorzüge dieser besten bekannten Reiseführerliteratur. In einen allgemein gehaltenen Teil über Reisezeit, Klima, Reisekosten usw. schließen sich ausführliche Abschnitte an über Unterkunft und Verpflegung, Verkehrsmittel, wissenschaftliche Adressen usw. Eine kurze Übersicht der Entwicklung Roms bereitet auf die zahlreichen Kunststätten der „ewigen Stadt“ vor. Geschichtliche angeordnete Rundgänge durch die Stadt und vor den Toren Roms führen zu allen Sehenswürdigkeiten, die von einem funktverständigen Bearbeiter in ausgiebiger Weise behandelt sind. Mit Ausflügen ins Albaner- und Sabineergebiet schließt das Buch, das allen Besuchern Roms als vorzüglicher Reisebegleiter bestens empfohlen werden kann. Neben der großen Ausgabe dieses Führers hat der Verlag eine kleine Ausgabe zum Preise von 1,50 Mk. herausgegeben, die für einen kurzen Aufenthalt ausreichen dürfte.

Vorträge.

Von der preussischen Agenda.

In der letzten Winterversammlung der Evang. Vereinigung (kirchliche Mittelpartei), Ortsgruppe Breslau, hielt Pastor Riese (Erlaufend Jungfrauen) ein eingehendes Referat über eine Reform der preussischen Agenda hinsichtlich ihrer sprachlichen Form, wie ihres sachlichen Inhalts. Anknüpfend an die vom Vorstande der Evang. Vereinigung in Berlin an die auf Antrag der letzten Generalynode einberufene Agendekommission eingereichte umfassende Denkschrift, welche mit Recht für das Ringbuch eine der Gegenwart angemessene Sprache forderte, wies er auf veraltete, zum Teil völlig unverständlich gewordene Wörter, ungeordnete Periodenbau und oft geschnitten Sprache der Gebete. Inhaltlich unterzog er besonders die Liturgie des Hauptgottesdienstes und das Formular für die Konfirmationsfeier einer eingehenden Besprechung. Für die Abendmahlsfeier sei eine selbständige Ordnung notwendig, welche Wiederholungen aus dem Hauptgottesdienste tunlichst vermeide. Das Sündenbekenntnis müsse in sinnvoller Verbindung mit dem Eingangsspruch stehen, auch dürfe der Ernst der demütigen Beugung vor Gott nicht durch eine häufige synonyme Ausdrücke gefährdet werden. Die Gebete sollten mehr die soziale Lage der Gegenwart berücksichtigen und dürften auch nicht ohne weiteres in jedem Leiden eine Strafe Gottes sehen. Auch für das Allgemeine Kirchengebet sei Vereinfachung anzustreben. Das Apostolikum müsse eine Einleitungsformel erhalten, die es deutlich zum Ausdruck bringe, daß die Wahrheit von Tatsachen nicht selbsterklärenden Glauben im evangelischen Sinne sei. Diese Einleitungsformel sollte dann obligatorisch sein. Der Parallelgebrauch von kirchlich genehmigten Glaubensliedern sei zu empfehlen. Eine ähnliche Einleitungsformel sei auch für das Konfirmationsformular zu erziehen oder Einführung eines unitarischen Bekenntnisbroschens der Konfirmanden als Parallelformel. Die Schwierigkeiten von Parallelformularen würden dabei ernst erwogen. Erfreulich sei es, daß alle kirchenpolitischen Gruppen eine Durchsicht der Agenda für notwendig hielten. Eine rege Diskussion schloß sich an den Vortrag an.

1. Vor dem Breslauer Samariterverein sprach am 18. März Dr. med. Frick Bathe im Auditorium I der Universität über Dr. Friedmanns Tuberkulosemittel. Der Vortragende, der bereits in Nr. 49 der Schlesischen Zeitung über die Vorrichtung geheimer Patienten im Friedmannschen Institut in Berlin berichtet hat, ging zunächst auf die Zeitungsnachrichten ein, nach denen Prof. Wulpius in Heidelberg die glänzenden Heilerfolge des Mittels nicht hat bestätigen können und vor diesem wegen mehrerer ungünstig verlaufener Fälle sogar warnt. Wie der Vortragende gehört habe, sei auch die Breslauer Königl. Universitätsklinik von der Wirksamkeit des Mittels wenig überzeugt. Meine eigenen Erfahrungen mit dem Mittel — so bemerkte Dr. Bathe — sind noch zu neu, als daß ich sie für die Beurteilung einer Heilungstendenz heranziehen könnte. Sollten wir indes auch hier wieder das selbe erleben, wie mit so vielen anderen Mitteln, bezüglich deren nach kurzer Begeisterung, die auch die Ärzteschaft mit fort, die objektive Prüfung eine herbe Enttäuschung brachte? Der Medner, der in Berlin geheilte und der Heilung entgegenkommende Patienten sah, und sich mit vielen anderen Ärzten durch genaue Untersuchung der Patienten und durch deren Röntgenbilder von dem Erfolge des Mittels überzeugen konnte, will in diesem Falle an solche Enttäuschung glauben. Gemäß den Erfahrungen und der Ansicht der Heidelberger Gelehrten, macht er für Schäden allein die Verfälschung und Reinheit des Mittels verantwortlich. Er entwickelte dann die Gedankengänge, die zu der Herstellung des Friedmannschen Mittels geführt hatten. Er erörterte das Wesen der Tuberkulose, die Abwehrfähigkeit des menschlichen Organismus und das Wesen der Schutzimpfung, erklärte dann die Kochsche Tuberkulintherapie und schließlich die Friedmannsche Methode. Das Friedmannsche Verfahren, so schloß er, erfordere natürlich die peinlichste Erfüllung aller Vorbedingungen. Es sei nur zu bebauern, daß Friedmann es bisher nicht erreichen konnte, daß das Mittel unter staatliche Aufsicht gestellt wurde. Von den Mitherausgeber dürfte man diese gute Wirkung erwarten. Die von der Bakteriologischen Abteilung des Heidelberger Hygienischen Instituts vorgenommene Untersuchung von 38 Ampullen erklärte die Mißerfolge ohne weiteres. Die glänzenden Erfolge Friedmanns und seiner Mitarbeiter andererseits seien da, nach Prüfung und Befähigung worden und sprechen ebenfalls für die Wirkung tabelleter Präparate.

Luftfahrt.

[Flugführerprüfungen 1913.] Der Deutsche Luftfahrerverband hat im vergangenen Jahre 294 Flugführerprüfungen abgehalten und 203 neue Zeugnisse für Flugführer ausgestellt; eine Prüfung war eine Ergänzungsprüfung für ein bereits erworbenes Eindeutungszeugnis. Wie aus einer Zusammenstellung in der „Deutschen Luftfahrerzeitung“ hervorgeht, steht

Von den Flugplätzen hinsichtlich der Zahl der abgelegten Prüfungen
Sohnsthal mit 142, oben, dann folgt Dorf mit 30 und
Halberstadt mit 27. Von den Flugzeugführern weist Grade mit
39 die höchste Zahl ausgebildeter Piloten auf, nachdem
kommen Mumpfer mit 30, und Albatros (Ein- und Doppeldecker)
mit 28. Unter den neuen Flugzeugführern befindet sich auch
eine Dame.

[Neue Flugzeugkonstruktionen.] Da es neuerdings „Mode“
geworden ist, nach dem Vorbilde des Franzosen Bégout verkehrt mit
Kopfe nach unten zu fliegen, beginnt man jetzt sogar
Flugzeuge zu bauen, mit denen man verkehrt aufsteigen und landen
kann. Ein solches Flugzeug, das ein zweites Fahrgeleise
auf der Oberseite besitzt, dessen Räder somit bei normalem Flug
nach oben stehen, haben bereits die Straß-Flugzeugwerke
in Duisburg gebaut, und neuerdings hat auch Grade für seinen
Eindecker ein solches zweites Radgeleise über den Tragflächen vor-
gesehen. Grade hat in Dorf bereits wiederholt Rückenflüge aus-
geführt. — Mit dem Problem des Schwingenfliegens,
das in den letzten Jahren ganz in den Hintergrund getreten ist,
beschäftigt sich der österreichische Oberleutnant Vlacharski. Da
seine Versuche mit Modellen günstige Resultate ergeben haben,
haben sich Interessenten für die Ausführung seiner Erfindung
gefunden, und das österreichische Kriegsministerium hat
5000 Kronen Beihilfe bewilligt.

Gerichtsverhandlungen.

[Öffentliche Beleidigung.] Am Juni 1911 befaßte sich die in
Breslau erscheinende „Schlesische Volkszeitung“ im redaktionellen
Zeil mit dem damals noch der Zentrumspartei und dem Reichstage
als Abgeordneter angehörenden Grafen Oppersdorff. Es wurde
gegen ihn der Vorwurf erhoben, daß er im Reichstage bei der Er-
örterung der Leichenverbrennungsfrage und bei der Debatte
über die Elsaß-Lothringische Verfassung durch seine Stellung-
nahme die Parteidisziplin durchbrochen habe, bezw. der Partei in
den Rücken gefallen sei. Als verantwortlicher Redakteur der
„Schles. Volkszeitung“ fungierte zu jener Zeit Dr. Trimbom.
Graf Oppersdorff, der inzwischen aus der Zentrumspartei aus-
geschieden ist und sein Reichstagsmandat niedergelegt hat, fühlte sich
durch den vorerwähnten Artikel in seiner Ehre gekränkt, und strengte
gegen Dr. Trimbom und die verantwortlichen Redakteure einiger
auswärtiger Blätter, welche den beleidigenden Artikel nachgedruckt
hatten, Privatbeleidigungsklagen an. Die Beklagten wurden
sämtlich für schuldig erklärt und übereinstimmend zu je 150 Mark
Geldstrafe verurteilt. Übersehen hatte man wohl aber, daß auch
die „Schlesischen Nachrichten“ in Breslau, ein für die Provinz
bestimmtes katholisches Blatt, den beleidigenden Artikel aus der
„Schlesischen Volkszeitung“ wörtlich übernommen hatte. Der In-
halt beider Blätter, die in derselben Druckerei hergestellt
werden, ist überhaupt im wesentlichen völlig gleichlautend,
weil zum Druck der Zeitungen dieselben Stereotypplatten Ver-
wendung finden. Als Redakteur zeichnete damals in den
„Schlesischen Nachrichten“ Andreas Mannner. Jetzt strengte Graf
von Oppersdorff auch gegen diesen eine Privatbeleidigungsklage
an, über welche am 19. März 1914 vor dem Breslauer Schöff-
engericht verhandelt wurde. Das Gericht zog strafmildernd in
Betracht, daß es dem Beklagten nur sehr schwer möglich gewesen
wäre, bei der technischen Herstellung der „Schles. Nachr.“ (durch
ihre von der „Schles. Volksztg.“ gelieferte Platten) eine Änderung
oder Ausschaltung des vom Privatkläger als beleidigend erachteten
Artikels vorzunehmen. Der Schatz des § 193 des Strafgesetzbuchs
habe ihm aber nicht zugebilligt werden können. Die Strafe wurde
demgemäß auf 100 Mark festgesetzt und dem beleidigten Grafen
wurde die Publikation des Urteils in den „Schles. Nachr.“
und in der Berliner Wochenschrift „Arbeit und Wahrheit“ zu-
gesprochen.

[Eine gestohlene Wohnungseinrichtung.] Am 19. März hatten
sich der Möbelpacker Paul Schöpe und der Buchdrucker Artur
Sterhut wegen Diebstahls bezw. Schleicherei vor dem Schöff-
engericht in Breslau zu verantworten. Schöpe war als Packer in
einem hiesigen Möbeltransportgeschäft angestellt. Er verschaffte
sich im Dezember 1913 unbefugt einen Schlüssel zu dem umfang-
reichen Lagerraum des Geschäfts, in welchem Möbel in großer
Menge aufbewahrt waren. Dann ließ er sich eines Tages einen
großen Handwagen, engagierte im städtischen Arbeitsnachweis auf
der Breiten Straße eine Hilfskolonne von drei Mann und schaffte
mit deren Hilfe zwei Sofa, zwei Schränke, einen Tisch, eine Bett-
stelle mit Matratze und Decken, einen Waschtisch, zwei Sessel,
eine Nähmaschine und ein Fahrrad in einem von ihm zu diesem Zweck
für kurze Zeit gemieteten Lagerraum auf der Alexanderstraße. Um
nun für die Sachen Käufer zu finden, setzte sich Schöpe mit seinem
Freunde Sterhut in Verbindung, der auch Rat zu schaffen versprach. Er
benachrichtigte seine in Bunzlau wohnende Braut, die sich sofort zum
Ankauf der Sachen bereit erklärte. Der Preis wurde auf 280 Mk.
festgesetzt; er stand in keinem Verhältnis zu dem Wert der
Sachen. Die Möbel wurden später nach einem Keller am Graben
geschafft, weil der Lagerraum auf der Alexanderstraße ander-
weitig gebraucht wurde. Als schließlich die Polizei der Sache
auf die Spur kam, hatte das Mädchen für die Möbel bereits
220 Mark in zwei Raten nach Breslau geschickt; das Geld war
durch Sterhut an Schöpe abgeliefert worden. Beide wurden
nun unter Inflagge gestellt; die Staatsanwaltschaft nimmt an, daß
Schöpe im Laufe der Zeit noch viel mehr Sachen gestohlen und
„verschafft“ hat, als bisher ermittelt werden konnte. Der Ein-
wand des Sterhut, daß er in gutem Glauben gehandelt und also
angenommen habe, daß die Möbel auf rechtliche Weise in den Besitz
des Schöpe gelangt seien, wurde für ungläubwürdig erachtet. Das
Gericht verurteilte die Angeklagten nach dem Antrage der Staats-
anwaltschaft, und zwar Schöpe zu sechs Monaten und Sterhut zu
zwei Monaten Gefängnis.

Lokales.

* Breslau, 19. März.

Zur Frage der Schulzahnklinik.

* Über die Zahnärzte-Versammlung, die sich am Mittwoch mit
der geplanten Einrichtung einer städtischen Schulzahnklinik be-
schäftigte, wird uns noch berichtet:

Schon am 9. d. Mts. vom wirtschaftlichen Verbande
Deutscher Zahnärzte einberufene allgemeine Zahnärzte-Versam-
mlung hatte in einer, wenn auch nur mit knapper Mehrheit
angenommenen Resolution dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß
die Stadtverordnetenversammlung statt einer Schulzahnklinik
das sogenannte Mannheim-System d. h. die freie Zahn-
arztwahl beschließen möge. Nun waren aber noch die vor-
beratenden Ausschüsse über den Magistratsantrag hinausgegangen
und wollten neben den armen Volksschulkindern auch noch Mittel-
schüler der Behandlung in der städtischen Schulzahnklinik zu-
führen. Dadurch gehen der Privatpraxis der Zahnärzte aber eine
Reihe Patienten verloren und so beriefen die Zahnärzte
Dr. Freund, Dr. Masur, Loewe und Luntzschke eine neue
Versammlung ein, die noch in letzter Stunde Einspruch gegen die
Ausschüßanträge erheben sollte.

Dr. Freund, der die Versammlung eröffnete, begrüßte die
anwesenden Vertreter des Magistrats und der Stadtverordneten-
versammlung und führte zunächst zur Rechtfertigung der erst in
den letzten Wochen erfolgten Sinnesänderung eines Teiles der
Breslauer Zahnärzte aus: Zwar habe man jahrelang gemeinsam
mit dem Magistrat am Plane der städtischen Schulzahnklinik gearbeitet,
aber gerade in letzter Zeit sei besonders durch die neue Reichs-
versicherungsordnung der zahnärztliche Beruf so gefährdet worden,
daß man ihm nicht mehr neue Opfer zumuten dürfe. So habe
man in den Reihen der Breslauer Zahnärzte den zum ersten Male
in der Stadtverordnetenversammlung von dem damaligen Staats-
rat Dr. Hante ausgesprochen Gedanken der freien Zahn-
arztwahl aufgegriffen und propagiert. Auf diese Weise konnte
sich, so betonte dann Zahnarzt Luntzschke, eine große Anzahl
von Zahnärzten an der von der Stadt geplanten Wohlfahrts-
einrichtung beteiligen. Fraglich sei es aber, ob dazu eine Schul-
zahnklinik, in der von der Stadt geplanten Größe, imstande wäre

Dr. Masur betonte, daß sich immer nur ein geringer Bruchteil
der Schulkinder einer Behandlung in einer Schulzahnklinik unter-
ziehen würde, weil sich die kleinen Patienten, worauf Zahn-
arzt Voronow hinwies, noch mehr als Erwachsene vor dem Besuche
einer Klinik fürchteten. Auch Stadtb. Dr. Hante erörterte die
die Mängel einer Schulzahnklinik.

Gegen diese Bedenken wendeten sich besonders Zahnarzt Gut-
mann und Stadtrat Geh. Sanitätsrat Debbede. Zahnarzt
Gutmann führte aus, daß nicht die Mehrzahl der Breslauer
Zahnärzte gegen die Schulzahnklinik sei. In über hundert größeren
und kleineren Städten Deutschlands habe die Einrichtung städtischer
Schulzahnkliniken schon erreicht. Die Stadt Breslau, die nur
50 Pfennig pro Kopf und Jahr auswerfe, könne in einer gut ge-
leiteten Schulzahnklinik weit mehr für die Zahnpflege, wenigstens
der ärmsten der armen Schulkinder tun, als wenn für diesen ge-
ringen Betrag den einzelnen Zahnärzten gäbe, die für diesen Preis
außerstande wären, den schlimmsten Mängeln abzuheben. Auch
Privatbogat Dr. Feiler wandte sich gegen das „Mannheimer
System“. Geheimrat Debbede meinte, beim „Mannheimer
System“ sei ein Zusammenwirken von Zahnarzt, Schule, Schul-
behörden und Verwaltung kaum möglich. Die Kosten einer Klinik
für die Stadt seien höchstens halb so groß als die Ausgaben für
die einzelnen Zahnärzte. Ferner gerichte eine Schulzahnklinik den
Zahnärzten nur zum Vorteil, denn die Kinder, die schon in der
Jugend zur geregelten Mundpflege erzogen seien, würden sich auch
später ihre Zähne regelmäßig behandeln lassen. Vor allen Dingen
handelt es sich aber bei der Vorlage nur um Behandlung der
ärmsten Volksschüler, der sog. Freischüler und der armen Mittel-
schüler, die allein überhaupt nicht zum Zahnarzt gehen würden.
Die bemittelten Eltern der Volksschüler sollen für ihr Kind die
beabsichtigte Summe von 80 Pfennig für Kopf und Jahr für freie
schulärztliche Behandlung bezahlen. Redner machte darauf auf-
merksam, daß dabei wohl auch die Zahntechniker angestellt wer-
den würden, die nach der neuen Reichsversicherungsordnung ja auch
zur Krankentafelbehandlung zugelassen werden. Nachdem Stadtb.
Prof. Dr. Göhlich, Stadtb. Jüngfer, Stadtb. Hoffmann für
die Schulzahnklinik gesprochen hatten, erklärte Zahnarzt Dr. Posner,
daß man ja zur Gründung einer Schulzahnklinik immer noch zu-
recht käme, und es erst einmal mit der Einführung des „Mann-
heimer Systems“ versuchen sollte. Schließlich wurde die bereits
mitgeteilte Entscheidung angenommen, die Stadtverordneten-
sitzung zu bitten, die Vorlage noch einmal an die Ausschüsse
zurückzuweisen.

Spartafestlichkeiten.

* Von den Spartafestlichkeiten des Jahres 1912 sind wieder
30 000 Mk. zur Verteilung an Wohltätigkeitsvereine und
Anstalten bestimmt worden. Die Verteilung ist vom Magistrat
wie folgt vorgenommen worden: Kinderhilfsverein 2000 Mk.,
Hilfsverein für Obdachlose 3000 Mk., Xenienkolonienkomitee 1250 Mk.,
Schlesischer Augenheilverein 400 Mk., Armenpflegerinnenverein
4000 Mk., Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene
2000 Mk., Haus zum guten Hirten 200 Mk., Verein für weibliche
Diafonie 500 Mk., St. Josefshilf 500 Mk., Verein gegen Verarmung
und Bettel 5000 Mk., Suppenanstalt des Bezirksvereins der
Nikolaiviertel 1200 Mk., Verein zur Erziehung hilfloser Kinder
800 Mk., Witwen- und Waisenasse städtischer Beamten 400 Mk.,
Bürgerfürsorgeanstalt 500 Mk., Erziehungsheim Dabem
750 Mk., Konvent der Elisabethinerinnen 350 Mk., Bekanien
300 Mk., Kindergartenverein 400 Mk., Markthilf 350 Mk., Konvent
der Wärmehilfen Brüder 300 Mk., Mariahilf 300 Mk., Verband
zur Erziehung hilfsbedürftiger israelitischer Kinder 400 Mk.,
Vaterländischer Frauenverein 300 Mk., Blindenfürsorgeverein
600 Mk., Haus zur hl. Hedwig 400 Mk., Kleinfinderkinderheim
300 Mk., Verband Jugendhilfe 300 Mk., Kahlert-Verein 100 Mk.,
Verein Frauenwohl 300 Mk., Kath. Fürsorgeverein für Frauen
und Mädchen 300 Mk., Schleifische Gruppe des deutschen Bundes
für Mutterschutz 200 Mk., Verein zur Fürsorge für ehemalige
Hilfsschüler 200 Mk., Verein zur Unterstützung armer
Widwen 300 Mk., Israelitisches Speisehaus 200 Mk., Kauf-
männischer Verein weiblicher Angestellter 500 Mk., Weib. jüdische
Broschenhaus 200 Mk., Haushaltungs- und Wochensche für israelitische
Mädchen 100 Mk., Gemeinnütziges Volksbureau 100 Mk., Gener-
alverein der Seimarbeiterinnen 300 Mk., Sektion Mädchenhort
des Vereins katholischer israelischer Lehrerinnen 200 Mk., Klein-
finderkinderkassen 100 Mk., Kinderhort der Schwesternvereine
der Morfelle 150 Mk., Kleinfinderkassen der Trinitatisgemeinde
150 Mk., Vereinigung jüdischer Frauen 150 Mk., Verein für ver-
lassene und verwahrloste Kinder 200 Mk., Verein zur Fürsorge un-
bemittelter Lungentranter 1000 Mk., Kleinfinderkassen im Wald-
schulgebäude 100 Mk., Georgsfrankenhaus 150 Mk.

Ein Kellnerstreik.

* Über den bereits kurz erwähnten Streik der der christlichen
Organisation angehörigen Kellner im „Goldenen Repter“ auf
der Schmiedestraße sendet uns der Bächter der Gastwirtschaft
folgende Schilderung: „Am Sonnabend, 13. März, nachmittags
gegen 4 Uhr, also zu einer Zeit, wo der Geschäftsbetrieb beginnt,
erschien in meinem Lokal ein mir bis dahin völlig unbekannter
Mann, der sich später als der Bezirkssekretär des Reichsverbandes
der Gastwirtschaften, namens Lofert, vorstellte. Dieser eröffnete
mir zunächst, daß gegenwärtig unter der organisierten Kellner-
schaft eine Bewegung im Gange sei, die freie Befolgung der
Kellner durch eine monatliche Geldzahlung abzulösen. Gleichzeitig
legte er mir einen diesbezüglichen Vertrag zur Unterschrift vor.
Ich bemerkte hierzu, daß ich dies ohne weiteres und ohne mich
vorher mit meiner Kollegenchaft in Verbindung gesetzt zu haben,
nicht tun könne und verweigerte die Unterschrift des Vertrages.
Darauf entfernte sich Herr Lofert, indem er erklärte, am Sonntag
in dieser Angelegenheit nochmals vorzupreden zu wollen. Er er-
schien auch am nächsten Tage, und zwar nachmittags gegen 6 Uhr,
also zur unangenehmsten Zeit, um nochmals die tagsvorher geäußerte
Forderung zu wiederholen. Ich mußte ihn auch diesmal abweisen,
da einmal das Lokal voller Gäste war und andererseits ich mich in
der gestellten kurzen Frist mit meiner Organisation nicht in Ver-
bindung setzen konnte. Hierauf erklärten sämtliche Kellner, daß
sie organisiert seien und ihre Arbeit nach den Bestimmungen der
Organisation sofort niederlegen müßten, was auch geschah. Sofort
wurden daraufhin gedruckte Zettel sowohl im als auch vor dem
Lokal verteilt, in welchen auf das Vorwissen seitens der Kellner-
organisation hingewiesen und gleichzeitig das Publikum um Unter-
stützung im Streik gebeten wurde. Dank dem wohlwollenden
Entgegenkommen des Publikums, das über die Ueberumpelung
empört war, konnte der Betrieb ungeachtet seines Fortgangs nehmen.
Erfahrungsgemäß war am nächsten Tage in überreicher Zahl zur Stelle.
Ich bemerkte beglückwünschend auf die verteilte Flugschrift, daß die
Kellner keinerlei Veranlassung zur Unzufriedenheit sowohl bezüglich
der Kost, die reichlich und gut war, als auch hinsichtlich der sonstigen
Einnahmen hatten. Dies beweist, daß einer von ihnen etwa fünf, der
andere etwa vier Jahre und die übrigen Kellner seit der Übernahme
des Lokals bei mir in Tätigkeit waren. Niemals hatten sie bisher
über die von ihnen angeführten angeblichen Mängel geklagt,
auch nicht die Forderung der Ablösung der Kost in festes Gehalt
gestellt. Erst mit dem Auftreten des genannten Verbandssekretärs
wurde die Angelegenheit zur Sprache gebracht. Daß der Streik
wohl vorbereitet war, beweist der Umstand, daß die erwähnten
Flugblätter bereits zur Stelle waren, als die Arbeit niedergelegt
wurde. Als ich gegen den verantwortlichen Zeichner der Flugblätter
gerichtlich vorging, ergab sich auf behördliche Ermittlung, daß der
Verbandssekretär Herr Lofert überhaupt nicht polizeilich gemeldet
war. Aus dem ganzen Vorgehen der streikenden Kellner in dieser
Angelegenheit geht hervor, daß sie es auf eine wirtschaftliche
Schädigung in meinem Betriebe abgesehen hatten. Bezüglich der
Arbeitszeit der Kellner bemerkte ich, daß diese selbst sich die Arbeits-
einteilung nach ihrem Wunsche gewählt hatten und eine Anshilfe
stets ablehnten. Die Behauptung, daß ich dem Personal ungenieß-
bare Kost verabreicht hätte, ist durchaus unwahr. Das kann von
meinem Küchenpersonal eidlch bestätigt werden.“

Verschiedene Nachrichten.

— Im Haushaltsplane der Stadt Breslau für 1914 sind, wie
im Vorjahre, wiederum zur weiteren Förderung und Ausbildung
besonders befähigter Volks- und Fortbildungsschüler größere

Mittel ausgeworfen worden. Über die Verwendung dieser Mittel
beschließt eine aus je zwei Mitgliedern des Magistrats und der
Stadtverordnetenversammlung zusammengesetzte Kommission. Für
Unterstützungen kommen vorzugsweise in Frage nachweislich
befähigte und berufstätige Schulentlassene Volksschüler, die sich in
Ausficht auf die Beihilfe dem Handwert zugewendet haben oder
zum Zwecke ihrer weiteren Ausbildung die Handwerker- und
Kunstgewerbeschule, die städtische Handelsvorschule oder eine ähn-
liche Anstalt besuchen, ferner solche, die sich dem Lehrberuf
widmen wollen, und endlich begabte Volksschüler, die sich zum
Besuch einer Mittel- oder Realschule eignen. Gesuche um Zu-
wendung dieser Mittel find unter Beifügung des Schulentlassungs-
zeugnisses, des Lehrvertrages oder etwaiger Unterlagen, die zur
Beurteilung der Würdigkeit dienen, an das Magistratsbureau IV,
Gartenstraße 3, einzureichen.

— Am 1. April an wird das kirchliche Wochenblatt für die
evangelischen Gemeinden Breslaus eine wesentliche Umänderung
erfahren. Es soll in ein Gemeindeblatt umgewandelt werden,
indem jede Kirchengemeinde eine Sonderausgabe für sich veranstaltet,
und meist auf den Kopf ihres Blattes mit dem Wille ihrer Kirche
schmückt. Die Spalte, die für jede Kirchengemeinde offen gehalten
wird, soll dazu dienen, von den Amtshandlungen zu berichten, den
Sitzungen der Gemeindekörperschaften, der Tätigkeit der kirchlichen
Vereine u. a. Auf diese Weise ist dann für den Text der ersten
drei Seiten, die gemeinsam sind, Raum gewonnen, neben einer
kurzen Andacht auch Artikel zu bringen, die kirchliche und religiöse
Fragen der Gegenwart behandeln.

— Die zweite Reifeprüfung am Elisabethgymnasium wurde
am 18. März unter dem Vorsitz des Direktors Dr. Wiedemann ab-
gehalten. Die Patronatsbehörde war durch Stadtschulrat Dr. Hants
vertreten. Alle Abiturienten bestanden die Prüfung, darunter vier
unter Befreiung vom mündlichen Examen.

— Am Mittwoch, den 18., und Donnerstag, den 19. d. M., fand
in der katholischen Realschule am Nikolai-Sträßchen unter dem
Vorsitz des Direktors Dr. Mollé die Abgabepflichtprüfung statt.
Von 38 Brimannern, die in die Prüfung eintraten, bestanden 30.

Theater.

(Mitteilungen der Bureaus.)

Stadtheater. Freitag gelangt zum ersten Male in dieser Saison
„Mignon“ unter der Leitung der Herren Rudolf Weill und
Dr. Gerhard zur Aufführung. Die Mignon selbst singt zum ersten Male
Delia Reinhardt, Philine — Nisa Gieschmann, Wilhelm Meister —
John Glaser, Kothario — Laurens Pierroff, Aertzes — Max Haas,
Friedrich — Max Marini, Barno — Julius Wilhelm. Am Sonn-
abend beschließt die „Götterdämmerung“ den Zyklus der Nibe-
lungen-Trilogie. Den Siegfried singt Georg Schmeier. Sonntag
nachmittag: „Hänsel und Gretel.“ Im Anschluß daran ein von
Frieda Schulte einstudiertes Ballettdivertissement. Sonntag abend:
„Aulabart.“

Voltheater. Freitag: „Die Journalisten.“ Sonnabend
findet — zugleich mit der Aufführung am Leipziger Schauspielhaus
— die Gesellschafter des städtischen Spiels von Rehm und Frehse
„Als ich noch im Flügelkleide...“ unter der Regie von
Herrn Richard Gortler statt. Beschäftigt sind die Damen Ebert,
Mäder-Siegemann, Müller, Wenaldy, Probst, Wetke, Sprengholz,
von Seling, Stof, Sorel, Karlow, Herting, Feld, Krause und Stein,
und die Herren Machold, Galper, Gerns, Waldmann, Scholz und Lehn-
dorf. Einer der beiden Autoren wird der Vorstellung beiwohnen.

Theatraltheater. Für Sonntag wird „Die rote Hölle“ von Brieux
das längere Zeit hier nicht gespielte Meisterwerk dieses Autors, vor-
bereitet. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Hesse,
Stroh-Imbmann, Krieh, und die Herren Maritz, Pfanz, Kufmann.
Die Regie dieses Abends hat Herr Paul Schöpe.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Freitag: „Polenblut.“
Sonnabend findet die erste Aufführung der einaktigen Operette
„Brüderlein fein“ von Leo Fall in Verbindung mit der Pan-
tomime „Der Schleier der Pierrette“ von Arthur Schnitzler,
Wuff von Ernst von Dohnanyi statt. „Brüderlein fein“ ist mit Herrn
Brunner, Fr. Fidler und Fr. Wänders besetzt. In der Pantomime
„Der Schleier der Pierrette“ sind die Damen Ziska, Lanz und die
Herren Brunner, Grunwald, Stöhl, Brandl, Wendler beschäftigt.
Szenische Leitung: Herr Dr. Hans Kaufmann, Oberregisseur am
Deutschen Opernhaus in Charlottenburg. Musikalische Leitung beider
Werke: Paul Weiner. Sonntag nachmittag: „Der Bettel-
student.“ Abends: „Brüderlein fein“ und „Der Schleier
der Pierrette.“ Montag: „Polenblut.“

Bereinsnachrichten.

— In der Bezirksgruppe Breslau des Vereins „Recht und
Wirtschaft“ hält am Donnerstag, 26. März, abends 8½ Uhr, in
den Räumen der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur,
Matthiasstraße 45, Landrichter Szjia einen Vortrag: „Das
Recht des Erfinders, insbesondere des angestellten Erfinders,
nach dem Entwurf zum Patentschutz.“

— Der Bürgerverein für den südlichen Teil der inneren Stadt hält
eine Mitgliederversammlung am Mittwoch, 25. März, abends 8½ Uhr,
im Restaurant Mergner, Neue Gasse 25, ab. Auf der Tagesordnung
stehen u. a. Vortrag des Herrn Hoffmann-Kutische „Ernte Rieber
und heitere Erzählungen.“; Kommunales, Stadtaushaltsetat und
Arbeitslosenversicherung (Stadtb. John und Heidrich II.).

— Der Parochialverein von St. Trinitatis hält Freitag, 20. März,
um 8 Uhr einen Familienabend im Drei-Kaiser-Saal, Grabföhner
Straße 74, ab. Pastor Lic. Müller wird einen Vortrag über den
Sabbat halten und dabei die Aufzeichnungen der Abentheiten berich-
tigen. Zugleich soll der Abend als Elternabend für die Kon-
firmanden gelten.

— Der kirchliche Blau-Preis-Verein der Stadtmission (Leiter:
Stadtmisionar Heinfeldt) hält folgende Versammlungen: Weisend-
straße 54, Gartenhaus, 1. Etage. Sonntag abends 8 Uhr: Evangelisation.
Dienstags abends 8½ Uhr: Blaukreuzstunde. Freitag abends 8½ Uhr:
Gebetsgemeinschaft. Obertor, Trebnitzerstraße 10, 1. Etage.
Donnerstags abends 8 Uhr: Blaukreuzstunde (Stadtmisionar Hoffmann).

— Der Bund der Versicherungsvertreter (Provinzialverband
Schlesien) hält am Sonnabend, 21. März, um 8½ Uhr abends im Hotel
de Rome eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a.
Referat des Kollegen Wandtke über „Brandschaden-Regulierungen“,
Referat des Dr. jur. Konicki über „Schaffung einer Ausnahmungs-
zentrale über ungenutzte Versicherungsbeträge.“

— Die Berrudenmacher-, Damen- und Theaterfreier-Zinnung
veranstaltet am Montag, 23. März, eine Kinematographen-Vor-
führung im Kaufmannsheim, Schulstraße, abends 8½ Uhr. Zur
Vorführung gelangt: Der französische Saamarkt, das Abschneiden
von Frauenhaar am Kopf, der Werdegang des Haars bis zur Ver-
arbeitung, Modenschau, moderne und historische Frisuren.

— Beim Jahresfest des Christlichen Vereins Junger Männer
spricht am Sonntag, 29. März, Pastor Bonhof (Wienig) über das
Thema „Wir wollen Lebensfortschritt“. Das Programm bietet
außerdem turnerische und musikalische Vorführungen, Chorvorträge
usw. Ausführliche Festordnungen sind in der Vereinsgeschäftsstelle,
Neue Taschenstraße 20, zu haben.

— In der älteren Abteilung des Evang. Lehrlingsvereins (Holt-
straße 6/8) spricht am Freitag, 20. März, abends 8½ Uhr, der Jugend-
geistliche Pastor Langer über das Thema „Auf den Wegen der
Jugendpflege quer durch unser Vaterland.“ Der Eintritt ist frei.

[Eternabend der Erlöserkirchengemeinde.] Kinder können am
besten einladen, das bewies der dicht besetzte Schützenversteheraal am
9. März, als der Kindergottesdienst der Erlöserkirche mit den Eltern
zu einer schönen Feier sich vereinigte. Gemeinsame Gesänge
wechselten mit Chorliedern, die unter Leitung von Rektor Nierlich
vier Mädchenchören der Gemeinde in prächtiger Weise vortrugen.
Auch eine junge Sängerin erfreute die Hörer mit ihren Gaben.
Eine Felsenin trug zu Beginn ein Gedicht vor, „50 Jahre Kinder-
gottesdienst“, an das der Vortrag von Pastor Lic. Sommer, „Unsere
kleinen Majestäten“, anknüpfte. Er wandte sich vor allem an die
Eltern und bat sie, in rechter Ehrfurcht vor der Kindesseele ihre
Kinder zu Gottes- und Königskindern zu erziehen, und schilberte
den Wert des Kindergottesdienstes, der auch die Jugend schon mit
der Kirche in Verbindung bringt, und hob die segensreiche Tätig-
keit der freiwilligen Helfer hervor. Der zweite Teil des Abends
brachte ausgezeichnete Lichtbilder, die zuerst die herrliche Umgebung
von Oberammergau und dann die Oberammergauer Passionsspiele
zeigten. Die Bilder wurden durch Pastor Kirchner erläutert, der
selbst ein Zeuge dieser ergreifenden Schauspiele gewesen war. Mit
einem Schluß- und Dankeswort von Pastor prim. S. nach endete
die Feier, die hoffentlich dem Kindergottesdienst neue Freunde ge-
wonnen hat.

Ihre am 23. Februar zu Brieg erfolgte Vermählung zeigen an

Probstzeka, im März 1914

Pfarrer Erwin Hennecke
und Frau Else, geb. Wintgen.

Gestern vormittag 10½ Uhr verschied sanft nach kurzem Krankenlager unser lieber, treuer Bruder, Schwager und Onkel, der

Bergwerksdirektor a. D.

Gustav Dorn

im 74. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetruert an

Schweidnitz, den 19. März 1914

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Adolf Dorn.

Beerdigung: Sonnabend, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr in Schweidnitz, Friedenskirchhof.

Statt besonderer Anzeige!

Heut vormittag 10 Uhr verschied sanft nach kurzem Leiden mein herzenguter Gatte, unser treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der

frühere Gutsbesitzer

Julius Dickert

im Alter von 61 Jahren.

Breslau, Krischanowitz, den 19. März 1914.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag, den 23. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Kirche in Hünern aus statt.

Am 17. d. M. starb nach schwerem Leiden mein langjähriger Assistent

Herr Willy Hildebrandt.

Sein strebsamer Sinn, Schaffensfreude und treue Mitarbeit werden mir immer in dankbarer Erinnerung bleiben.

Dr. of dent. surg. **Johannes Land.**

Statt besonderer Meldung!

Am 14. März entschlief infolge eines Schlaganfalles in Saarburg i. Lothr. unser lieber Onkel, der

Königl. Oberstleutnant und Bataillonskommandeur
im 1. Oberrheinischen Infanterie-Regiment Nr. 97

Herr Max Liese

im Alter von 52 Jahren.

z. Zt. Saarburg, den 15. März 1914.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Curt Liese,

Oberleutnant im 3. Lothring. Infanterie-Regiment Nr. 135,
kommandiert zur Kriegsakademie.

Gestern abend verschied sanft nach kurzem schweren Leiden meine geliebte Tochter, unsere Schwester und Enkeltochter

Frances

im 16. Lebensjahre.

Breslau, Tannhausen (Schles.), London,
den 19. März 1914.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Violet O. Kauffmann.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr in Tannhausen statt.

Heute mittag 1 Uhr nahm Gott meinen lieben unvergeßlichen Mann, unsern guten Vater, Groß- und Urgroßvater, den

früheren Ritterguts- und Dampfmühlenbesitzer

Wilhelm Gerlach

in ein besseres Jenseits.

Schmerz erfüllt zeigt dies an

Bad Altheide, Villa Dorothea, den 17. März 1914

die trauernde Witwe

Clara Gerlach, geb. Padrock.

Beerdigung Sonnabend, 3½ Uhr, Kleinbahnstation Protsh-Weide.

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute früh 3 Uhr verschied nach langen Leiden, wiederholt versehen mit den Gnadenmitteln der heiligen Kirche, meine herzengute Frau, die treusorgende Mutter meiner Kinder, unsere geliebte Tochter, Schwester und Schwägerin

Margarethe Schwerdtfeger,

geb. **Kertscher.**

Dies zeigt im tiefsten Schmerz an

Strehlen i. Schl., den 19. März 1914.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Max Schwerdtfeger,

Königl. Gerichtskassen-Rendant.

Beerdigung: Sonntag, den 22. März 1914, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhaus, Breslauerstraße 18/19 aus.

Statt besonderer Anzeige!

Nach längerem Leiden verschied heute früh 2½ Uhr meine liebe Mutter

Karoline Elinski,

verwitwet gewesene **Fitzner, geb. Schmidt,**
im 77. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bittend

Woischwitz bei Breslau, den 18. März 1914

Die trauernde Tochter

Marie Fitzner.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des alten Maria Magdalenen-Kirchhofes, Steinstraße aus statt.

Am 18. d. M., mittags 12¼ Uhr verschied unsere liebe Schwester

Stanislawa Falgowska.

Breslau, Posen, Görlitz, Königsberg,
Kattowitz, den 20. März 1914.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 2½ Uhr von der Friedhofskapelle am Oswitzer Wege statt.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute früh 3¼ Uhr entschlief sanft und gottergeben an Altersschwäche in Bethanien nach nur achtägigem Krankenlager meine gute Mutter, unsere liebe Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine,

Frau verw. frühere Hausbesitzer

Pauline Kern,

geb. **Krusche,**

im Alter von 75¼ Jahren.

In tiefem Schmerz im Namen aller Hinterbliebenen
Breslau, Kaiser Wilhelm-Str. 81, III, den 19. März 1914

Paul Kern,

Königl. Oberzollsekretär, Hauptmann d. Res. a. D.

Beerdigung Sonntag, den 22. d. M., mittags 11½ Uhr von der Begräbniskapelle des St. Bernhardin-Friedhofs in Dürrgoy aus.

Familien-Nachrichten.

Verbindungen: Herr Theodor II von Edenbrecher, mit Fräulein Marie-Luise von Walther und Grönd, Berlin; Herr Dr. jur. Curt von Burgsdorf, Alt. b. G. Luth. Landeskonsistorium, mit Fräulein Gertha von Erdmannsdorf, Dresden-Stamitz.

Geburt: Eine Tochter: Herrn Baron von Fries auf Amalienhof. Todesfälle: Herr Frau General der Kav. Hedwig von Krollat, geb. von Alvensleben, Naumburg a. S.; Herr Oberleutnant a. D. Edgar von Normann-Loshausen (81 Jahre), Mittenberg a. M.; ver-

witw. Frau Konominat Mathilde Hilgendorff, geb. Ruhnan, Plagitz; Herrn Adele Quadt-Wirsdorf-Schönbrunn, Hofdame während d. Prinzen Friedrich von Preußen, Wiesbaden; Herr Konominat Otto Metelmann auf Köbnitz.

Antiquitäten

Einkauf — Verkauf

Tagieren einzelner Stücke und ganzer Nachlässe gewissenhaft. G. Neustadt, Salvatorplatz 3/1 (früher Hofantiquar Altmann).

Kochkursus

für Damen best. Stände, prakt. Unterricht in feinst. Küche, durch Herstellen tagl. Menüs. Beginn den 23. März. Prospekte und Anmeldung bei Frau L. Würckheim, Freiburger Straße 44, II. Beginn des Vorkurses den 2. April.

Straußfedern,

direkter Bezug aus Afrika, wundervolle edle Exemplare, zu bekannt billigen Preisen. Josef Peritz, Theaterstraße 2, II. Tel. 3463.

Arzt

gekauft in mittlere Gemeinde (Landkreis Breslau). Anfragen, welche vom Gemeindevorsteher beantwortet werden, erbeten unter D 37 an die Geschäftsstelle der Schles. Btg. [10]

Rechtsanwalt sucht bald tüchtigen

Sozius
oder eventuell einen **Assessor**

als Hilfsarbeiter.

Zuschr. u. Z 297 Geschäftsst. d. Schl. Z.

Verreist v. 23. 3. — 23. 4.

Dr. Erich Bruck.

Taunzien-Str. 74, I. 1.

Manicure Grzenia, Neudorfstr. 4a, hpt.

Masseurin Kl. Groschengaße 40, II. (9)

Manicure, Massage,

Schönheitspflege

Fräulein E. Wagner, Sadowna-Str. 58, I. r. (9)

Manicure

Albrechtstraße Nr. 18, I. Etage. (9)

Manikure

Gabitz-Str. 19, III. Etg. links. (6)

Tüchtige Masseurin

empfiehlt sich von 2-7 Uhr.

Schindler, Moritzstr. 32, p. I.

Edle Höflichkeit.

Massage

Mlle. Schedewy,

Schötenstr. 18, I. Ede Gartenstr. (6)

Masseurin Juliana Ganetzka (5

empfl. f. d. R. d. Schl. Btg. (11. (arab.))

Manicure

Marie Müller, Taunzienstr. 87, II. r.

Junger Mann, der sich in der

französisch. Sprache vervollkommen

möchte, sucht Unterricht bei Aus-

f. d. R. d. Schl. Btg. (11. (arab.))

Zuschriften unt. D 81 an die Ge-

schäftsst. d. Schl. Btg. (11. (arab.))

Nachhilfe

in Französisch und Mathematik für

Terminen in Osterferien gesucht.

Sch. Angebote unter A 218 an die

Geschäftsst. d. Schl. Btg. (11. (arab.))

Dame, konfess. gebild., ext. guten

Klavier-Unterricht

Damen, Herren und Kindern, Anf.

und Fortgeschritt. Honorar mäßig.

Zuschr. u. D 86 Schl. Btg. (11. (arab.))

Junges Mädchen,

zur Erlernung des Haushalts bei

vollem Familien-Anschluß gegen

geringe Pension gesucht. Über-

förderer in Schlesien. Zuschr. unter

3 240 Schl. Btg. (11. (arab.))

1 bis 2 jg. gebild. Mädchen

finden freundl. Aufnahme zur Er-

lernung aller häusl. Arbeiten und

der gut bürgerl. Küche am 1. oder

15. April d. J. u. häter. Pensions-

preis monatl. 30 Mk. Eig. Zimmer.

Gefl. Zuschriften unter 3 293 an

die Geschäftsst. d. Schl. Btg. (11. (arab.))

Zurückgebliebene Schüler

werden in klein., von päd. erf. ebl.

Geistlichen geleitet, sehr gesund

geleg. Pensionat schnell und sicher

für jede Klasse u. für d. Einjährige

vorbereitet. Nachweislich sehr gute

Erfolge, individ. Behandl. in klein.

Abteil., reichl. Verpfleg., Erlass des

Ellernh. Zuschr. unter L 241 an

die Geschäftsst. d. Schl. Btg. (11. (arab.))

Sommerwohnung

Kleinburg,

Villa mit 9 Zimmern, reichl.

Nebenzimmern, allem modern.

Komfort, ab 1. April als

Sommerwohn. möbliert oder

unmöbl. zu verm. Zu besicht.

v. 1½ — 3 Uhr Eichendorffstr. 55.

Gut für meine Tochter,

19 Jahre, heiteres Temperament,

wirtschaftlich schon erfahren, Auf-

enthalt in größerem, vornehmen

Gesundh., wo ihr Gelegenheit ge-

geben wird, sich gesellschaftlich und

in feiner Küche u. weiter auszu-

bilden. Familienanschluß selbstver-

ständlich. Angebote erbeten unter

Z 275 Schl. Btg. (11. (arab.))

1 oder 2 Realschüler,

die aus erziehl. oder gesund-

heitlichen Gründen die Anstalt

wechseln sollen, finden zweckmäßige

Aufnahme bei einem Realschullehrer

in der Provinz. Gefl. Antrag. unt.

A 221 bef. die Schl. Btg. (11. (arab.))

Sanitäts-Rat Dr. P. Köhler

Sanatorium Bad Elster.

Das ganze Jahr besucht.

Man verlange Prospekt.

9

Clubessel

mit echt Antik-Leder

von 100 Mk.

Nur gediegenes Fabrikat

offert zu Fabrikpreisen

Georg Titze

Ledermöbelfabrik

BRESLAU, Hummerstr. 181.

Verkauft nur im Fabriklager auch

Sonntags geöffnet. Franks-Lief-

erung nach jeder Station des Lan-

des. Verpackung frei. Auf

Wunsch Musterbuch

Fesche

Frühjahrs-Kostüme

in streng modernen Farben

16, 22, 28, 32 Mk.

Strengste Reellität [4

Klara Ranschke

Albrechtstr. 49, I.

2 v. v. Ringel.

Alte künstl. Bähne

taucht v. St. 40 Pf., f. Platin, Gold,

und Silber höchste Preise. Vogel,

Kunternstr. 25, Ede Schweidnitzerstr.

Pianino, gebraucht, zu kaufen

Preis u. D 33 Schl. Btg. (11. (arab.))

Alte künstl. Bähne

höchste Preise.

Kneifel, Albrechtstr. 39, part.

Streng reell u. diskret.

Schwer. roman. Büfett u. Kredenz

und umständl. spottb. zu verkauf.

Zuschr. u. D 92 Schl. Btg. (11. (arab.))

Krawattenadel mit Perle und

Diamanten sofort billig zu verk.

Zuschr. u. D 66 Schl. Btg. (11. (arab.))

400 Mk., Kreuzfahrräder, prachtvolles

Pianino, ca. 10 J. Garantie,

verkauft **Glenz,**

Gartenstraße 60/71, Pianohaus.

15 gebr. Pianinos,

Quandt, Kreukbach, Wittig,

Großpfeiff, Bienen, Wessel

und andere von 230 Mark an,

1 Klavier für 90 Mark

u. 2 Harmoniums verkauft bill. (2

Schl. Btg. (11. (arab.))

Medizinische Sektion.
Freitag, den 20. März 1914. 6 Uhr
im Gesellschaftshaus, Matthiaskunst.
Vorträge
der Herren Geheimrat Küttner und
Direktor Dr. Salomon.

Stadttheater.

Freitag 7 1/2 Uhr:
„Mignon.“
Sonntag 7 Uhr:
„Götterdämmerung.“
Sonntag nachm. Kleine Preise:
„Hänsel und Gretel.“
Sierauf
Ballet-Divertissement.
Abends 7 1/2 Uhr:
„Blaubart.“

Lobetheater.

Freitag 7 1/2 Uhr:
„Die Journalisten.“
Sonntag 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male
„Als ich noch im Flügelkleide.“
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Mit Seidelberg.“
Abends 7 1/2 Uhr: Zum 2. Male:
„Als ich noch im Flügelkleide.“

Thalia-Theater

Freitag. Humboldt-Verein.
4. Abonnements-Vorstellung:
„Kosmopolis.“
Sonntag 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male
„Die rote Kiste.“

Schauspielhaus.

Operetten-Bühne. Tel. 2545.
Heute Freitag 8 Uhr:
„Polenblut.“
Sonntag 8 Uhr, zum 1. Male:
„Brüderlein fein.“
Sierauf zum 1. Male:
„Der Schleier der Pierrette.“
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
„Der Bettelstudent.“
Abends 8 Uhr:
„Brüderlein fein.“
„Der Schleier der Pierrette.“
Montag 8 Uhr:
„Polenblut.“

Heute, Freitag Klavierabend Lambrino.

Karten 1.05—4.30
Kgl. Hof-Musikalienhdl. Hainauer.

Morgen Sonnabend Gr. Saal Konzerthaus

Jaques-Dalcroze.
Karten 1.05—4.30 bei Hainauer.

Burmester

(Violine).
Karten 1.05—4.30 bei Hainauer.
Freitag, den 27. März,
Börse, 8 Uhr
Einmaliges Konzert
Bachfeier.

Mitwirkende: Otto Burkert (Orgel),
Otto Gaertner (Geige), Georg
Steiner (Violine). Die Vortrags-
ordnung enthält nur Konzepte von
N. S. Bach. Eintritt 20 Pf., Platz
1 Mark.

LIEBICH'S Etablissement.

Telephon 1646.

7 jonglierende Seelöwen zu Pferde, vorgeführt von Captain Halling.

Martin Kettner
Humorist
vom Berliner Metropol-Theater

Prairie-Blume

ausgeführt von der
italien. Ballettgesellschaft
Faraboni (25 Personen).

Riogoku-Familie, japanische Equilibristen

„Der zerbrochene Spiegel“

urkomische Pantomime
von Carl u. Camillo Schwarz

Carl Sedlmayer, Humorist u. weitere erstkl. Spezialitäten Anfang 8 Uhr.

Sonntag, 22. März. Nachmittag-Vorstellung.

Moulin Rouge

Neue Gasse 17, 1.
•• Täglich Abkündigung. ••

Freitag, den 20. März 1914

5%

Gesetzlich
geschützt
23 834

Spartag

Gesetzlich
geschützt
23 834

5%

auf alle
gegen Bar gekauften
fertigen Waren

Teppiche, Vorlagen
handgeknüpfte Smyrna-Teppiche
Linoleum-Teppiche und Läufer
Kokos-Teppiche u. Matten, Läuferstoffe
Möbel- und Dekorations-Stoffe
Bett-, Tisch- und Diwan-Decken



Garnituren, Gardinen, Vorhänge
Stores, Lambrequins, Brises-Bises
Tür-, Fenster- und Bett-Dekorationen
Bettstellen, Federn, Daunnen
Bettwäsche, Federn, Daunnen
Klein- und Luxus-Möbel, Korbmöbel



Ältestes und größtes
Versand- und
Ausstattungshaus
in Breslau (gegr. 1780)
Hoflieferant viel. Höfe

Julius Henel v. C. Fuchs

Breslau, Am Rathause 23-27.

Unsere in 100 000
Exemplaren neu er-
schienene Spezial-
Preisliste bereitwilligst
und kostenfrei



Palast-Theater.

Im kleinen Saal
von 3—8 Uhr nachmittag:

Wilhelm Tell

Die Freiheitsgeschichte der Schweiz.

Kinder haben auch allein

Zutritt.

Kammer Licht- Spiele

Schweidnitzerstraße 31.
Direkt: H. Ronacher, Wien.
Ab Freitag:

Zwei Attraktionen die alles überbieten.

Tilla Durieux,

die beste deutsche Schauspielerin
(zum ersten Mal im Film),

Carl Clewing

v. Kgl. Schauspielhaus Berlin
in dem großen Schauspiel

Der Flug in die Sonne

Modernes Sittenstück in 4 Akten.
Ferner:

Die größte Heiterkeit erregt

Max

als Tangolehrer
in Berlin im Palais de Danse,
Urkomische Posse von

Max Linder.

Kranzlerische, Unter den Linden
aufgenommen.

Alles fällt um vor Lachen.

Suche f. m. Tochter,

18 Jahre, ehgl., zur weiteren Aus-
bildung im Haushalt, Küche und
Umgang in besserem, groß. Haus-
halt unter tüchtiger Hausfrau bei
engstem Familienanschluss ohne od.
geringste Vergütung Pension.
Gefl. Angebote unter N. 225 an
die Geschft. der Schles. Ztg.

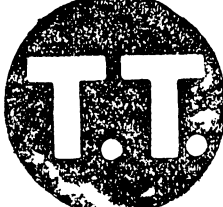
Die Firma heiratet



Heute

Premiere

Tauentzien-



Theater

Tauentzienplatz 15

Dir. H. Pulch

Viktoria- Theater.

„Der Liebesonkel.“

mit dem unverwundl. Komiker
Fritz Beckmann.

Anfang 8 Uhr. Bons gültig.

Sonntag, den 22. März:

Nachm. 3 1/2: Vorstellung

— Halbe Preise! — 19

Ein besseres Weinlokal

Im Zentrum der Stadt hat ein
separates Zimmer für Verein oder
Klub zu vergeben. Zuschr. unter
N. 89 Geschft. Schles. Ztg.

Telef. Nebst. vergibt 5888 (2. Classenstr. 18.)

Bücher = Revision,

Steuererklärungen u. Verurteilungen.
Mit bei Zahlungsmittelangelegenheiten.
W. H. Vietense, Bernstr. 6611.

Strohühle

für Damen, Herren u. Kinder
billigst in der Fabrik
Freund & Krebs, 19

neben der Hofkirche. — Fahrstuhl.
Strohühle werden modernisiert.

Am Freitag, d. 20. d. M., von 10
bis 3 Uhr, laufe ich in Breslau,
Bischstr. 10a, im Hotel de Rome,
Zimmer Nr. 1, alte Kunst. Geblisse,
Teile u. Zähne zu höchsten Preisen. 10

Im Wege der Zwangsversteigerung
soll das in Breslau, Hofstr. 66/
Parasolstraße 2 belegene, im
Grundbuche von Breslau-Gräbchen,
Band 7 Blatt Nr. 253 zur Zeit der
Eintragung des Versteigerungsver-
merkes auf den Namen des Bau-
unternehmers Robert Hilbig in
Breslau eingetragene Grundstück
am 16. Mai 1914, vormittags 10 1/2
Uhr durch das unterzeichnete Ge-
richt an der Gerichtsstelle Museums-
straße Nr. 7/9 im 2. Stock Zimmer
Nr. 271 versteigert werden. Das
Grundstück liegt in der Gemarkung
Gräbchen, ist eingetragen im Grund-
buche Kartenblatt Nr. 7 Parzelle
Nr. 170/11 u. v., Grundbesitzer-
rolle 17897, Gebäudeverzeichnisse
Nr. 123, besteht aus Vorder-
wohnhaus, Hofraum mit Vor-
und Hausgarten, 7 a 35 qm groß, sein
Grundbesitzerertrag, Gebäude-
steuerertrag 8500 Mark. Der
Versteigerungswert ist am
3. März 1914 in das Grundbuche
eingetragen. Es ist zweckmäßig,
sich zwei Wochen vor dem Termin
eine genaue Berechnung der An-
sprüche an Kapital, Zinsen und
Kosten der Kündigung und der die
Versteigerung aus dem Grundstück
beizulegenden Nachverfolgung mit
Angabe des beanpruchten Mangels
schriftlich einzureichen oder zum
Protokolle des Gerichtsschreibers zu
erklären. 41. N. 33. 14.
Breslau, den 6. März 1914.
Königliches Amtsgericht.

In dem Konkursverfahren über
das Vermögen des Wäckermeisters
Paul Thiele in Breslau, Wein-
straße 88 ist zur Abnahme der
Schuldrechnung des Verwalters, zur
Erhebung von Einwendungen gegen
das Schuldverzeichnis der bei der
Verteilung zu berücksichtigenden
Forderungen und zur Vertheilung der
Gläubiger über die nicht
verwertbaren Vermögensgegenstände der
Schuldtermin auf den 8. April 1914,
vormittags 10 1/2 Uhr vor dem Kö-
niglichen Amtsgerichte hier selbst,
Museumsstraße Nr. 9 Zimmer 275
im 2. Stock bestimmt.
Amtsgericht Breslau.

In unser Handelsregister Abtei-
lung B ist bei Nr. 563 — Reform-
Theater Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung hier — heute eingetra-
gen worden: Der Kaufmann Gott-
hold Gilling hat aufgeführt, Ge-
schäftsführer zu sein. In seiner
Stelle ist der Rentier Leonhard
Reutlich in Breslau zum Geschäftsfü-
hrer bestellt.
Breslau, den 11. März 1914.
Königliches Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abtei-
lung B ist bei Nr. 294 — Fischer,
Jung & Co. Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung hier — heute
eingetragen worden: Durch Verzicht
der Gesellschaft aufgelöst. Der
bisherige Geschäftsführer Kaufmann
Reinhold Jung, Breslau, ist zum
Liquidator der Gesellschaft bestellt.
Breslau, den 13. März 1914.
Königliches Amtsgericht.

Verdingung.
Die Lieferung von 828 t Stein-
kohlenbriketts für die Probant-
ämter des III. Armee-Korps soll öf-
fentlich vergeben werden, wozu Ter-
min auf den 2. April 1914, vorm.
11 Uhr im Geschäftszimmer des
Probantamtes Schwedt a. O. anbe-
raunt ist. Angebote, die den bei
uns anliegenden und gegen Ein-
sendung von 75 Pf. zu beziehenden
Lieferungsbedingungen entsprechen
müssen, sind uns bis Freitag, 19.
April 1914, nachmittags 3 Uhr
frei und mit der Aufschrift „Ange-
bot auf Kohlenlieferung“ versehen,
rechtzeitig einzuliefern. Die Öff-
nung der Angebote erfolgt in Ge-
genwart der etwa erschienenen An-
bieter. Probantamt Schwedt a. O.

Aufgebot.
Der Invalide August Künzel in
Blüthengrund, die verheiratete
Auguste Gruner geb. Krause in
Düffeldorf, die verheiratete Land-
wirtin Vertha Neger geb. Langer in
Nieder-Waltersdorf (Blüthengrund),
die verheiratete Tischler Anna
Fischer geb. Langer in Gärbers-
dorf, die verwitwete Verführer
Ernstine Bergmann geb. Langer
in Friedland, die verheiratete Berg-
bauer Ida Heintzel geb. Lann-
häuser in Hartau, die verheiratete
Arbeiterin Emma Peter geb. Lann-
häuser in Altwasser, die verheiratete
Briefträgerin Anna Pöhl geb.
Lannhäuser in Mittelwalde, der
Stellmacher Paul Lannhäuser in
Nothenbach, der Tischler Franz
Lannhäuser in Nothenbach in un-
geteilter Erbschaft hinter
dem zuletzt am Langwälderberg
wohnhaft gewesenem Webers
Wilhelm Langer haben das Auf-
gebot des angeblich verloren ge-
gangenen Sparkassenbuchs der
Königlichen Sparkasse zu Friedland
Reg. Breslau Nr. 619 über 600
Mark, ausgestellt auf den Namen
des Webers Wilhelm Langer be-
antragt. Der Inhaber der Urkunde
wird aufgefordert, spätestens in dem
auf den 3. Juli 1914, vormittags
10 Uhr, vor dem unterzeichneten
Gerichte anberaumten Aufgebots-
termine seine Rechte anzumelden
und das Sparkassenbuch vorzulegen,
widrigenfalls die Kraftlosklärung
der Urkunde erfolgen wird.
Friedland, Reg.-Bez. Breslau,
den 12. März 1914.
Königliches Amtsgericht.

In dem Konkursverfahren über
das Vermögen der Landwirtschaf-
lichen Bezugs- und Abfahrts-Gesell-
schaft, e. G. m. b. H., aus Groß-
Wartenberg, ist zur Abnahme der
Schuldrechnung des Verwalters,
und zur Erhebung von Einwen-
dungen gegen das Schuldverzeichnis der bei
der Verteilung zu berücksichtigenden
Forderungen der Schuldtermin auf
den 7. April 1914, vormittags
11 1/2 Uhr vor dem Königlichen
Amtsgerichte hier selbst bestimmt.
Amtsgericht Groß Wartenberg,
den 12. März 1914.

Konkursverfahren.
Das Vermögen des Kaufmanns Adolf
Beder, Damentontfenggeschäft,
Gleiwitz, Schützenstraße Nr. 3,
wird nach erfolgter Abhaltung des
Schuldtermins hierdurch aufge-
hoben. (1. N. 35b/12.)
Gleiwitz, den 16. März 1914.
Königliches Amtsgericht.

In unser Handelsregister B ist
bei Nr. 14, Firma S. C. W. Sähnel,
Marmorwerke G. m. b. H. zu Ober-
Peilau am 16. März 1914 einge-
tragen worden: Die Prokura des
Max Dieck ist erloschen. Dem
Techniker Alfred Huhn in Ober-
Peilau I ist Gesamtprokura erteilt
worden, daß er mit dem Proku-
risten Friedrich Hoffmann die
Firma zeichnen kann.
Königliches Amtsgericht
Neidenbach i. Schl.

In dem Konkurs über das Ver-
mögen der Firma Spielzeug &
Stück in Glas wird für den 30. März
1914, vorm. 9 1/2 Uhr, Zimmer 24,
eine Gläubigerversammlung zur
Beschlufnahme über den freihän-
digen Verkauf des Geschäfts anbe-
raunt. Königl. Amtsgericht Glas.
In unser Handelsregister Abtei-
lung B ist bei der unter Nr. 6 ein-
getragenen „Dhlauer Kleinbahn-
Aktiengesellschaft Dhlau“ heute ein-
getragen worden, daß der Regie-
rungsbaumeister Rühm aus dem
Vorstande ausgeschieden ist und an
seine Stelle der Regierungsbau-
meister a. D. Georg Raab in Bres-
lau als Vorstandsmitglied bestellt
ist. Dhlau, den 17. März 1914.
Königliches Amtsgericht.

Schlesischer Bankverein. Geschäftsbericht für das Jahr 1913.

Das vergangene Geschäftsjahr stand im Zeichen der Geldteuerung und des Umschwunges der industriellen Konjunktur.

Beide Momente, die ja in innerlichem Zusammenhange stehen, haben die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens zwar zu verlangsamen, aber nicht wesentlich zu beeinträchtigen vermocht. Die schon seit längerer Zeit zu beobachtende Anspannung auf dem Geldmarkt erreichte im Jahre 1913 ihren Höhepunkt, aber auch ihr Ende, denn gegen Ablauf des Jahres trat eine zunehmende Entspannung ein, welche die Reichsbank sogar in den Stand setzte, im November, also zu einer für Diskontermaßigungen sehr ungewöhnlichen Zeit, den Diskont herabzusetzen. Die Erleichterung des Geldmarktes hat seitdem weitere Fortschritte gemacht, und seit Beginn des neuen Jahres ist eine erhebliche Geldfülle im offenen Markte zutage getreten; auch auf dem Kapitalmarkt ist eine erhebliche Besserung zu verzeichnen, die voraussichtlich noch weitere Fortschritte machen wird. — Der Umschwung in der industriellen Konjunktur hat sich ohne bedenklliche oder gar krisenhafte Begleiterscheinungen vollzogen. Wie immer nach einer längeren Periode aufsteigender Entwicklung hat sich in einzelnen Industriezweigen, namentlich über der starken Vergrößerung der industriellen Anlagen eine Überproduktion herausgestellt, welcher der durch die Geldteuerung ohnehin eingeschränkte Konsum nicht zu folgen vermochte, und in die er erst wieder langsam hineinwachsen muß. Es sind indes keineswegs alle Zweige der Industrie von diesem Umschwung überhaupt oder in gleichem Maße betroffen. Am meisten hervorgetreten ist er in der Eisenindustrie und den ihr angegliederten Industrien, während andere große und wichtige Erwerbszweige zwar von einem schwächeren, aber doch noch immer von einem zufriedenstellenden Geschäftsgange zu berichten wissen, andere, wie z. B. die Elektrizitätsindustrie und die chemische Industrie, sich nach wie vor einer sehr befriedigenden Prosperität erfreuen.

Auch in unserer heimischen Provinz hat der Rückgang der Konjunktur keineswegs alle Wirtschaftszweige ergriffen. Namentlich die oberschlesische Kohlenindustrie blickt auf ein sehr günstiges Jahr zurück; die Förderung ist abnormals gestiegen und würde noch eine größere Vermehrung aufweisen, wenn nicht im April-Mai 1913 durch einen mehrwöchigen Arbeiterausstand die Förderung eine nicht unerhebliche Einbuße erfahren hätte. Die Kohlenpreise verfolgten weiter eine steigende Richtung, wobei der Absatz während des ganzen Jahres außerordentlich befriedigend blieb. Die Aussichten der oberschlesischen Kohlenindustrie erscheinen auch für die Zukunft in einem günstigen Lichte, wieweil weitere Preiserhöhungen kaum noch zu erwarten sind und in der Entwicklung des Absatzes eine gewisse Verlangsamung eintreten dürfte. — Auf ein recht befriedigendes Jahr blickt auch die Kohlenindustrie in Niederschlesien zurück. Mit besonderer Freude ist es zu begrüßen, daß es gelungen ist, das für dieses Revier unentbehrliche Kohlen- und Kokssyndikat auf einen Zeitraum von 5 Jahren zu erneuern. In beiden Revieren waren auch die Produktions- und Absatzverhältnisse in Koks und den bei der Koksindustrie gewonnenen Nebenprodukten recht gute. — Sehr erheblich ist dagegen durch den Konjunkturschwung die Eisenindustrie und speziell die oberschlesische, betroffen, die, wie wir in früheren Berichten wiederholt ausgeführt haben, von der Gunst aufsteigender Konjunktoren meist sehr wenig profitiert, aber in Zeiten des Rückganges des Absatzes unter der überragenden Macht der unter wesentlich günstigeren Verhältnissen arbeitenden westlichen Werke besonders zu leiden hat. Die fortgesetzten Bemühungen der oberschlesischen Eisenindustrie, die Verfeinerung ihrer Produkte auszugestalten, werden, soweit sie gegenüber dem günstiger situierten Westen überhaupt von Erfolg sein können, natürlich nur langsam eine Wirkung ausüben. Inzwischen leidet die Industrie unter der Überproduktion und dem maßlosen Konkurrenzkampf in den nichtsyndizierten Produkten, namentlich Stabeisen, Blechen und Röhren, und sieht sich angesichts ihrer teuren Rohmaterialien außerstande, ihre Selbstkosten nennenswert zu ermäßigen. — Wenig günstig ist auch die Lage der Maschinenindustrie, Kesselbauanstalten und der verwandten Branchen, welche neben unzulänglichen Preisen insbesondere auch über die von den Abnehmern immer mehr in Anspruch genommenen langen Zahlungsfristen klagen. — Im Gegensatz zu dem oberschlesischen Revier war der Geschäftsgang bei den Eisenwerken in dem benachbarten russisch-polnischen Grenzrevier ein sehr guter, der den dabei interessierten oberschlesischen Gesellschaften zugute kam. — In der Zinkindustrie entspricht Produktion und Absatz ungefähr den vorjährigen Ziffern. Das internationale Zinksyndikat sowie der Deutsche Zinkhüttenverband wurden um zwei Jahre verlängert. Die Verkaufspreise waren sowohl für Rohzink wie für Zinkbleche rückgängig, sodaß die beteiligten Werke wohl durchweg mit nicht unerheblichen Gewinnaussfällen zu rechnen haben. Zu einer Besserung der Preislage und einer Belebung des Absatzes würde wesentlich eine Besserung der Verhältnisse auf dem Baumarkt beitragen, die auch von der Eisenindustrie sehnstüchtig erwartet wird. Einstweilen liegen die Verhältnisse auf dem Baumarkt aber noch immer recht ungünstig, wieweil gerade in unserer Provinz von Ausschreitungen der Bau- und Terrainspekulation nicht gesprochen werden kann, im Gegenteil vielfach ein Mangel, namentlich an kleineren Wohnungen, zu bemerken ist. Auch hier wird von der Erleichterung des Geld- und Hypothekenmarktes eine Wiederbelebung des Geschäftes erhofft. Die geringe Bautätigkeit ist auch der Hauptgrund, weshalb die schlesischen Zementfabriken die bereits im Jahre 1912 gegen das Jahr 1911 nicht unerheblich zurückgebliebenen Absatzziffern im Jahre 1913 nicht einmal erreicht haben. Im übrigen ist aber die Lage dieser in einer gemeinsamen Verkaufsstelle vereinigten und die Erzeugung dem Absatz anpassenden Industrie im Berichtsjahre eine recht befriedigende gewesen; die Dividende der beteiligten Gesellschaften konnte zum Teil sogar eine Aufbesserung gegenüber dem Vorjahre erfahren. — In dem Textilgewerbe zeigten sich nur bei der Leinenindustrie Anzeichen einer Besserung der seit Jahren unbefriedigenden Rentabilität. — Ein sehr gutes Jahr hatte die Oderschiffahrt infolge der guten Wasserverhältnisse und der großen Güterbewegung.

Die Landwirtschaft unserer Provinz hatte eine quantitativ durchweg sehr befriedigende, qualitativ aber ungleiche Ernte zu verzeichnen, deren Verwertung bei der großen Weltermte nur zu erheblich niedrigeren Preisen möglich und bei der zum Teil unbefriedigenden Qualität, namentlich der Gerste, oft recht schwierig war und noch ist. Die Gewinnresultate der Landwirtschaft werden deshalb nicht überall mit den durch die immer intensivere Gestaltung

der Wirtschaft und Mangel an Arbeitern fortwährend steigenden Selbstkosten im Einklang stehen und trotz der großen eingebrachten Erntemengen vielfach hinter dem Vorjahre zurückbleiben. — In der Zuckerindustrie hat sich ein sehr unerfreuliches Mißverhältnis zwischen den Zuckerpreisen und den Preisen, welche für die Zuckerrüben gezahlt werden müssen, herausgebildet. Infolge der außerordentlich großen Zuckererzeugung in den Hauptproduktionsländern haben die Preise unter nicht gerade erheblichen Schwankungen während des ganzen Berichtsjahres einen sehr tiefen Stand eingenommen, und es ist für die nähere Zukunft auf eine nachhaltige Besserung noch keine Aussicht. Unseres Erachtens wird die Zuckerindustrie einerseits auf eine Ermäßigung der Rübenpreise Bedacht nehmen, andererseits aber auch die Bemühungen, durch zweckentsprechende Vereinbarungen das Niveau der Zuckerpreise wieder zu heben — Bemühungen, welchen seither ein merklicher Erfolg versagt geblieben ist —, weiter fortsetzen müssen.

Die Geschäfte bei unserem Institut haben auch im Berichtsjahre weiter eine erfreuliche Entwicklung genommen, wieweil der Geschäftsgang, wie wohl überall bei den Banken, ein sehr ruhiger war und die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse eher zu einer Einschränkung der geschäftlichen Betätigung und namentlich zu großer Reserve in bezug auf die Gewährung von Krediten Veranlassung gaben. Insbesondere wurde das Effektengeschäft durch die Abneigung des Publikums gegen die Kapitalanlage in festverzinslichen Werten, deren seit Jahren anhaltende rückläufige Kursbewegung erst gegen Ende des Berichtsjahres zum Stillstande kam, durch die Kursrückgänge einer Anzahl von Industripapieren und durch die Nachwirkungen der politischen Unsicherheit beeinträchtigt. Dagegen gab der hohe Diskontsatz im Jahre 1913 (5,884 % gegen 4,946 % im Jahre 1912; durchschnittlicher Privatkont an der Berliner Börse 5,03 % gegen 4,22 %) Gelegenheit zu einer gewinnbringenden Anlage der flüssigen Mittel, wobei wir, wie unsere Bilanz ergibt, auf eine Verstärkung unserer Liquidität mit wesentlichem Erfolge hingearbeitet haben. Die unserem Institut anvertrauten fremden Gelder weisen gegenüber dem Vorjahre eine namhafte Erhöhung auf, während auf der Aktivseite nur die liquiden Bilanzposten: Kasse, Guthaben bei Banken, Wechsel, Reports und Lombards und Schatzanweisungen eine Steigerung aufweisen, die Anlagen in eigenen Effekten, Konsortialbeteiligungen und Debitoren indessen die vorjährige Höhe nicht ganz erreichen. Die dauernden Beteiligungen haben einen mäßigen Rückgang erfahren, der, abgesehen von kleinen Veränderungen, darauf beruht, daß wir unsere Kommanditeinlage bei der Firma Hugo Scherzer in Schweidnitz zurück erhielten, nachdem die Geschäfte dieser Firma im Herbst 1912 auf unsere in Schweidnitz errichtete Filiale übergegangen waren. Im Januar 1913 übernahmen wir im Wege freundschaftlicher Vereinbarung die Geschäfte der Breslauer Niederlassung der Firma S. L. Landsberger zu Berlin und Breslau und erwarben aus diesem Anlaß das hiesige, erst vor wenigen Jahren neuerbaute Geschäftsgebäude der genannten Firma (Ring Nr. 20). Wir verlegten in dieses Haus auch unsere bisherige Depositenkasse B (Ring Nr. 4) und besitzen nunmehr große, modern eingerichtete und gut gelegene Räume für unser Depositenkassengeschäft, dessen Organisation wir, soweit tunlich, in dieser Abteilung zu zentralisieren gedenken. Durch den Ankauf des Landsbergerschen Hauses sowie durch den Erwerb und Umbau eigener Bankgebäude für unsere Zweigniederlassungen in Königshütte, Reichenbach und Jauer ergibt sich eine wesentliche Erhöhung des Grundstückskontos unter unseren Aktiven und des Hypothekenkontos unter den Passiven, letzteres, weil wir einen Teil der auf den erworbenen Grundstücken haftenden Hypotheken übernommen haben. Unser Grundstückskonto umfaßt nunmehr zwei große Bankgebäude in Breslau und 16 Bankgebäude an Filialplätzen in der Provinz. — In Langenbielau errichteten wir im Frühjahr 1913 eine Depositenkasse.

Zu der nachstehenden Bilanz und dem Gewinn- und Verlustkonto bemerken wir zunächst, daß wir diesmal nur eine Bilanz nach dem von der Reichsbank aufgestellten Formular veröffentlichten, da nunmehr eine Vergleichung mit den vorjährigen Ziffern nach diesem Formular ohne weiteres möglich ist. Der Bruttogewinn des Berichtsjahres einschließlich des Vortrages stellt sich um rund 600 000 M. höher als im Vorjahre.

Das Wechsel- und Zinsenkonto erbrachte 4 701 874,36 M. gegen 3 394 783,66 M. im Jahre 1912. Der Mehrertrag ist, abgesehen von der bereits oben erwähnten Erhöhung der Kreditoren und dem günstigeren Zinsfuß, auch darauf zurückzuführen, daß im Berichtsjahre das gesamte Kommanditkapital von 50 000 000 M. verbend war, während im Vorjahre der Betrag der letzten Kapitalserhöhung um nom. 10 000 000 M. erst für das zweite Halbjahr im Geschäft mitgearbeitet hat. Unser Konto-Korrent-Geschäft hat eine weitere Ausdehnung erfahren; größere Verluste haben uns nicht betroffen.

Unser Wechselbestand belief sich bei Beginn des Jahres 1913 auf nominal 36 939 796,91 M.
Im Laufe des Jahres gingen ein 574 285 391,66 „
dagegen aus 571 225 188,57 „
Es verblieb sonach am Schlusse des Jahres 1913 ein Bestand von nominal 53 239 988,49 M.

Der Nettowert derselben beträgt, fremde Valuten zum Tageskurs berechnet, Markwechsel nach Abzug der darauf im voraus erhobenen Zinsen von 320 676,81 „
52 919 311,68 M.

Das Effekten- und Konsortial-Konto weist einen Gewinn von 816 543,69 M. gegen 1 525 925,46 M. im Vorjahre aus. Hierin sind die Effektenzinsen mit enthalten. Der erhebliche Minderertrag ist auf die großen Abschreibungen zurückzuführen, die wir an unseren Effektenbeständen, und zwar zum weitaus überwiegenden Teil an festverzinslichen erstklassigen inländischen Werten vorzunehmen hatten, um die Marge gegen die Tageskurse nicht zu verringern. Wir haben bei der Aufnahme unserer Effektenbestände den Geboten der Vorsicht und Solidität weitgehend Rechnung getragen, insbesondere auch unsere Bestände an festverzinslichen Werten zu Kursen aufgenommen, die nach menschlichem Ermessen einen Verlust nicht mehr befürchten lassen, bei denen sich vielmehr infolge der inzwischen eingetretenen Kurssteigerung auf dem Fondsmarkte schon eine namhafte Reserve herausgebildet hat. Das Konsortial-Konto erbrachte einen um rund 50 000,— M. geringeren Gewinn als im Vorjahre.

Unser Effektenbestand setzt sich zusammen aus:

1) Deutsche Reichs- und Preussische Schatzanweisungen	4 304 337,— M.
2) Reichs-, Staats-, Provinzial- und Stadtanleihen, Hypotheken-, Pfand- und Rentenbriefen	13 861 911,05 „
3) ausländischen Fonds	907 369,69 „
4) Obligationen industrieller Unternehmungen	1 406 514,98 „
5) Bank-, Industrie-, Transport- und Versicherungs-Aktien	2 916 438,30 „

laut Bilanz 23 396 571,02 M.
Die Konsortialbeteiligungen betragen 5 877 500,05 „

Unter den Effekten ad 2 (Reichsanleihen usw.) befinden sich 10 696 221,24 M. mündelsichere Werte.

Der Ertrag des Provisions-Kontos mit 1 504 869,51 M. gegen 1 420 026,92 M. im Vorjahre beweist die reguläre Entwicklung unseres laufenden Geschäfts.

In dem Ertrag unserer dauernden Beteiligungen sind enthalten: die Dividenden unseres Besitzes an Aktien des Kattowitzer Bankvereins (7 %), des Oberschlesischen Credit-Vereins (6 %) und der Niederlausitzer Bank (6 1/2 %).

sämtlich für das Geschäftsjahr 1912. In Fortfall kam die Einnahme aus unserer, wie oben erwähnt, erledigten Kommanditbeteiligung bei der Firma Hugo Scherzer in Schweidnitz. Einen Minderertrag ergab unsere Kommanditbeteiligung bei der Firma Georg Fromberg & Co. in Berlin, deren Geschäftsergebnis für das Jahr 1913 zwar immer noch als befriedigend bezeichnet werden kann, aber angesichts der mißlichen Verhältnisse auf dem Effektenmarkt naturgemäß hinter den Erträgen des Jahres 1912 zurückbleiben mußte.

Konto-Korrentbuch eröffnete 1913 mit einem Debitsaldo von 13 649 240,81 M.
Im Laufe des Jahres wurden belastet 2 554 116 898,01 „
2 567 766 138,82 „
Dagegen wurden kreditiert 2 568 628 991,56 „
Es schließt daher 1913 mit einem Kreditsaldo von 862 852,74 M.

Die Zahl der Rechnungsbücher ist auf 17 795 gestiegen. Dieselben lauten über folgende Beträge:

	1000 Mark	1000 Mark	1000 Mark	unter 100 Mark
und darüber	und darüber	und darüber	und darüber	
9 Stück	432 Stück	6367 Stück	7293 Stück	3694 Stück

Unsere Kasse einschl. Guthaben bei Noten und Abrechnungsbanken hatte Anfang 1913 einen Bestand von 6 047 155,46 M.
vereinmählt wurden 991 842 109,85 „
997 889 265,31 M.
so daß ultimo 1913 ein Bestand verblieb von 990 706 783,81 „
7 182 481,50 M.

Unser Akzept-Konto weist gegenüber dem Vorjahre eine nicht ins Gewicht fallende Erhöhung auf; wir haben auch im Berichtsjahre von der Gewährung von Krediten durch Hingabe unseres Akzeptes nur in verhältnismäßig bescheidenem Maße Gebrauch gemacht.

Das Handlungskosten-Konto zeigt die erhebliche Steigerung um 340 000 M. Von den Mehr-Ausgaben entfallen auf Gehälter und Remunerationen 264 000,— M., auf Steuern 32 000,— M., Beamtenversicherung 14 000,— M.

Das Vermögen unserer Beamten-Pensionskasse betrug am 31. Dezember 1913 690 805,— M., das unseres Unterstützungsfonds 354 106,25 M.

Unsere Bilanz ist wie gewohnt unter vorsichtiger Bewertung der Aktiva aufgestellt.

Durch die seitherigen Zuwendungen zu den bilanzmäßigen Reserven haben unsere beiden Reservefonds zusammen die Summe von 20 Millionen Mark, d. s. 40 % des Kommanditkapitals, erreicht. Wir erachten nunmehr eine Dotierung dieser Fonds in der seitherigen Höhe nicht mehr für erforderlich, ohne deshalb von weiteren Überweisungen an diese Reservefonds ganz absehen zu wollen. Wir schlagen deshalb vor, aus dem nach Abschreibungen und sonstigen Reservestellungen verfügbaren Reingewinn dem Reservefonds II 5 % mit 244 626,28 M. zuzuführen.

Der gesamte Bruttoüberschuss stellt sich auf 7 662 520,18 M. Hiervon gehen ab

die Handlungskosten mit 2 424 994,57 M.
Wir schlagen vor
auf Grundstücks-Konto (als ordentliche Abschreibung) 100 000,— „
auf Inventar-Konto 25 000,— „
abzuschreiben 2 549 994,57 „
Es verbleibt dann ein Reingewinn von 5 112 525,61 M.

Wir beantragen hiervon
dem Talonsteuerfonds zuzuführen 70 000,— M.
als außerordentliche Abschreibung auf Grundstücke zu verwenden 150 000,— „
Von den verbleibenden 4 892 525,61 M.
beantragen wir 5 % = 244 626,28 M.

wie oben erwähnt, dem Reservefonds II zu überweisen und 7 1/2 % Dividende auf 50 000 000,— M. = 3 750 000,— „
zu verteilen.

Die statutarischen Gewinnanteile der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrats betragen 516 304,34 M. 4 510 930,62 M.

so daß 381 594,99 M.
zum Vortrag auf neue Rechnung verbleiben.

Nach Genehmigung der vorgeschlagenen Gewinnverteilung werden sich die bilanzmäßigen Reserven auf 20 244 626,28 M. gleich rund 40 1/2 % des Kommanditkapitals stellen.

Breslau, den 6. März 1914.

Schlesischer Bankverein.

Berve. Cohn. Bucher.

Dessauer Waggonfabrik, Aktiengesellschaft.

Bei der am 16. d. M. durch einen k. k. Notar vorgenommenen Verlosung unserer, von unserer Vorbesitzerin, der Dessauer Waggonfabrik G. m. b. H., bezug. der Deutschen Gasbahn-Gesellschaft m. b. H. übernommenen 4 1/2 % Partialobligationsanleihe wurden folgende 60 Nummern gezogen:

11 44 49 74 91 99 104 118 143 191 243 268 288 309 316 341
360 408 432 514 517 545 580 580 605 607 709 735 740 763 768
787 816 870 889 900 916 928 931 932 991 994 1009 1012 1013 1018
1029 1092 1099 1117 1139 1191 1201 1207 1222 1224 1248 1289 1306 1448

Die gezogenen Stücke gelangen vom 1. Juli 1914 ab zur Rückzahlung an den Einkäufer bei:

1) der Anhalt-Deutschen Landesbank in Dessau und deren Filialen,
2) dem Bankhause G. v. Pachaly's Enkel in Breslau.

Die Verlosung der oben genannten 60 Stücke hört mit dem 1. Juli 1914 auf.
Bei Einlösung dieser 60 Obligationen müssen zugleich sämtliche ausgereichten Zinscheine, welche nach dem 1. Juli 1914 fällig sind, eingeliefert werden, widrigenfalls der Betrag der fehlenden Zinscheine von dem rückzahlenden Kapitalbetrage gekürzt wird.

Dessau, den 17. März 1914.

Der Vorstand
der Dessauer Waggonfabrik Aktiengesellschaft.
Baumler.

Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft.

Gemäß der Artikel 78 und 84 des Statuts hat am 4. März cr. eine Verlosung der zum Nennwerte rückzahlbaren

3 1/2 % Central-Pfandbriefe vom Jahre 1889
3 1/2 % Central-Pfandbriefe vom Jahre 1889
3 1/2 % Central-Pfandbriefe vom Jahre 1894
4 % Central-Pfandbriefe vom Jahre 1890
3 1/2 % Communal-Obligationen vom Jahre 1887
3 1/2 % Communal-Obligationen vom Jahre 1891
3 1/2 % Communal-Obligationen vom Jahre 1896

stattgefunden.
Die Rufe der per 1. Oktober 1914 zur Rückzahlung ausgelassenen Stücke, welche in der am 17. März cr. ausgegebenen Nummer des Deutschen Reichs-pp. Anzeigers bekannt gemacht ist, kann außer an der Kasse der Gesellschaft in Berlin, Unter den Linden 34,

in Breslau bei E. Holmann, G. v. Pachaly's Enkel,
dem Schleißischen Bankverein

und bei unseren übrigen Filialstellen in Empfang genommen werden; auch werden Verlosungslisten auf jedesmaligen Antrag unentgeltlich versandt.

Berlin, den 18. März 1914.

Die Direktion.

Ein Posten

Nachsteine

sehr preiswert zu verkaufen. Zufuhr unter B 187 Gschft. Ech. 81g.

Gut erhaltene, 10 PS.

Lokomobile

von Garret Smith, preiswert zu verkaufen. Befähigung jederzeit. Anfrag. u. A 222 Gschft. Ech. 31g.

Filiale:

August Schneider

Ohlauerstr. 76/77

Schneider's Spezialitäten:

ff. weiche Teewurst 1 1/4 Pfd.

ff. weiche Zervelatwurst 1 1/4 Pfd.

feine Delikates-Leberwurst 35 Pfg.

„ Sardellen-Leberwurst 35 Pfg.

„ Hausmacher-Leberwurst 35 Pfg.

Kaufen Sie meine Spezialitäten, dieselben sind unerreicht in Güte und Geschmack. (8)

Ein Posten

Nachsteine

sehr preiswert zu verkaufen. Zufuhr unter B 187 Gschft. Ech. 81g.

Gut erhaltene, 10 PS.

Lokomobile

von Garret Smith, preiswert zu verkaufen. Befähigung jederzeit. Anfrag. u. A 222 Gschft. Ech. 31g.

1 Gleichstrom-Dynamo,

komp. mit Schalttafel, 600 Touren, 280 Volt 25 Amp., nebst Affumulator, 120 Bellen, ist bald unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Befähig. im Betriebe noch möglich. Zufuhr. unter B 241 befördert die Gschft. der Ech. 81g.

Der Mensch lebt nicht von dem, was er isst, sondern von dem, was er verdaut!

Chabeso,
alkoholfrei, milchsäurehaltig.

ist ein sehr angenehm schmeckendes, verdauungsförderndes, daher gesündestes und doch billigstes Tafelgetränk. **Chabeso** ist das beste Erfrischungsgetränk bei allen Sports, Tanz etc. **Chabeso** enthält keine Farbstoffe, keine Konservierungsmittel oder Chemikalien, keinerlei Schaummittel aus gummi- oder seifehaltigen Stoffen. **Chabeso** besteht aus Milchsäure pflanzlichen Extrakten und Zucker mit Kohlensäure imprägniert. **Chabeso** ist auch in angebrochenen Flaschen haltbar. Zu haben in allen einschlägigen Geschäften, Vorkost handlungen, Restaurants, Cafés, Balllokalen etc. Detailpreise: 1/2 Ltr. 25 s., 1/4 Ltr. 15 s., 1/8 Ltr. 10 s. In Kasten zu 12/1 à 22 s., 20/2 à 12 s., 25/4 à 8 s., 30/6 à 6 s. **Chabeso conc.** 3/4 Ltr. Mk. 1,20 als **Likör** zu Tees, Brunnen, Weinen etc.

Chabeso-Fabrik, Garvestr. 2, Inh. Dr. phil. E. Kroener
Telephon 7978.

Fürst Lichnowsky'sche Landwirtschafts Grabmal
Preis Ratibor OS., Station Kreuzenort OS., offeriert, so lange Vorräte reichen.
2 Sommer. galiz. Spiegelkarpfensatz,
1- u. 2 Sommer. Schleisensatz
mafur. Abkammung) 1a. Qualität bei mäßigen Preisen.
Flockenfabrik Krotoschin
kauft zur prompten Lieferung noch hochprozentige gesunde
Fabrikkartoffeln
und verkauft

Flocken
in prima Qualität zum Preise von Mark 13,20 für 100 kg prompt
spätere Lieferung entsprechend teurer.

Kartoffel-Produzenten-Vorteile.
Ich kaufe
gelbfl. Industrie-, Saat- und Speisekartoffeln
zur Lieferung per März-April cr. Kasse voraus. Auf Wunsch
persönliche Besichtigung und Abnahme auf dem Gute. Bitte
Preisofferte erbitte
Johann Kuhlendahl,
Kartoffel-Im- und Export, Essen (Ruhr).
Telegr.-Adr.: Kuhlendahl.
Telephon-Anschluss: 29, 89, 190, 191.

Saathafer.
Von der D. L.-G. und der Landwirtschaftskammer der Provinz
Schlesien auf Grund der Feldbesichtigung anerkannt, daher bei
Abfertigung Frachtermäßigung.
Nach Feststellung der Samenkontrollstation
der Landwirtschaftskammer Schlesien
99 % feinfähig, 99,9 % Reinheit.
Durch Neuanschaffung der modernsten Reinigungsmaschinen mit
elektrischem Kraftbetrieb stelle ich das taubellöseste Saatgut her.
Jedes Getreide, welches als Saatgut verkauft werden soll, geht
durch eine doppelte Windsele mit starker Luftströmung und durch
zwei große Trieure.

Lochows Gelbhafer 2. Abfaat à 3tr. 10 Mark,
bei Abnahme von 20 3tr. à 3tr. 9,50 Mark.
1. Abfaat der Zentner 1 Mark teurer.
Von 316 Anbauversuchen der D. L.-G. in den Jahren 1911-1913
auf schwerem Boden gab
Lochows Gelbhafer . . . 200 mal den höchsten Ertrag,
Strube-Schlanstedt . . . 60
Kirsches Hafer . . . 19
Svalöfs Siegeshafer . . . 39
Auf leichtem Boden gab **Lochows Gelbhafer** im Jahre 1913 von
84 Versuchen 51 mal den höchsten Ertrag.

E. Stämpel,
Domäne Neuhoj Trebnitz (Schl.). Fernruf Trebnitz 17.
Offerierte:
500 3tr. Kaisertrone-Saatkartoffeln . . . à 2,30 Mk. der 3tr.
1000 à 2,10 . . .
1000 à 1,85 . . .
ab hiesigen Stationen.
Georg Frühling, Glogau.
Schlephacke's Germaniagerste
(mehrfach prämiert mit 1., 2., 3. Preisen) à 100 kg 18 Mk.,
Schlephacke's Mübezahlhafer,
1. Abfaat (sehr ertragreich, feinfähig, gut geerntet),
à 100 kg 18 Mk.,
von Lochow's Gelbhafer, à 100 kg
16 Mk.
offertiert
Majorat Jeschük, Kreis Trebnitz.
Zur Saat offeriert äußerst preiswert:
Wittling-Hafer, großes, weißes Korn, verträgt Überreife ohne
Gefahr für leichte und schwere Bodenarten — sehr empfehlens-
werter Hafer.
von Lochow'schen Gelb-Hafer.
Revaler Saat-Lein, 1. und ältere Abfaat.
Herzogt. Trachenberg'sche Domänen-Verwaltung Schmiegrode
bei Trachenberg i. Schl.

Wer Saatkartoffeln
sucht, verlange meine Preisliste.
Alle Sorten billigst.
Jos. Joh. Böhm, Breslau II.
Saatkartoffel-Spezialgeschäft.

Kartoffeln
kauft und verkauft
in allen Sorten waagweise
H. Jonas, Reife. 19
Gegr. 1858. Tel. Nr. 57.
Emil Frühling, Posen,
Kartoffel-Großhandlung,
Spez.: Saatkartoffeln,
Eigene Anbaufläche — einige
hundert Morgen
kauft u. empfiehlt jeden Posten
Saat-, Speise- und
Fabrikkartoffeln.
Tel. 3099.
Tel.-Adr.: „Saatkartoffel“.
Alma-Saatkartoffeln,
der 3tr. 2,75 Mark, verkauft
Dom. Ndr. Hennersdorf,
Kr. Grottkau.

Speise- und
Saat-Kartoffeln
sowie unbesetzte werden f. prompte
u. spätere Lieferung in größeren
Mengen zu kaufen gesucht.
Gefl. Angebote nur von Besitzern
(Domänen) unt. 3 215 an die Ge-
schäftsst. d. Schl. Stg. erbeten. (5)
Saatkartoffeln
Kaisertrone, Frührofen, Fürsten-
trone, Alma, Wohlmann 34,
Böhms Erfolg, Vater Rhein, Fürst
Bismarck, Primel, Zulinieren
und andere bewährte Sorten sowie
Fabrikkartoffeln
gibt billigst ab
V. Patzek, Breslau II,
Telephon 11497.
100 3tr. Attht
und 100 3tr. Prof. Gersack-
Saatkartoffeln kauft
Dom. Ndr. Hennersdorf,
Kr. Grottkau.

Kartoffeln
kauft und verkauft
in allen Sorten waagweise
H. Jonas, Reife. 19
Gegr. 1858. Tel. Nr. 57.
Emil Frühling, Posen,
Kartoffel-Großhandlung,
Spez.: Saatkartoffeln,
Eigene Anbaufläche — einige
hundert Morgen
kauft u. empfiehlt jeden Posten
Saat-, Speise- und
Fabrikkartoffeln.
Tel. 3099.
Tel.-Adr.: „Saatkartoffel“.
Alma-Saatkartoffeln,
der 3tr. 2,75 Mark, verkauft
Dom. Ndr. Hennersdorf,
Kr. Grottkau.

Kartoffeln
kauft und verkauft
in allen Sorten waagweise
H. Jonas, Reife. 19
Gegr. 1858. Tel. Nr. 57.
Emil Frühling, Posen,
Kartoffel-Großhandlung,
Spez.: Saatkartoffeln,
Eigene Anbaufläche — einige
hundert Morgen
kauft u. empfiehlt jeden Posten
Saat-, Speise- und
Fabrikkartoffeln.
Tel. 3099.
Tel.-Adr.: „Saatkartoffel“.
Alma-Saatkartoffeln,
der 3tr. 2,75 Mark, verkauft
Dom. Ndr. Hennersdorf,
Kr. Grottkau.

Kartoffeln
kauft und verkauft
in allen Sorten waagweise
H. Jonas, Reife. 19
Gegr. 1858. Tel. Nr. 57.
Emil Frühling, Posen,
Kartoffel-Großhandlung,
Spez.: Saatkartoffeln,
Eigene Anbaufläche — einige
hundert Morgen
kauft u. empfiehlt jeden Posten
Saat-, Speise- und
Fabrikkartoffeln.
Tel. 3099.
Tel.-Adr.: „Saatkartoffel“.
Alma-Saatkartoffeln,
der 3tr. 2,75 Mark, verkauft
Dom. Ndr. Hennersdorf,
Kr. Grottkau.

Kartoffeln
kauft und verkauft
in allen Sorten waagweise
H. Jonas, Reife. 19
Gegr. 1858. Tel. Nr. 57.
Emil Frühling, Posen,
Kartoffel-Großhandlung,
Spez.: Saatkartoffeln,
Eigene Anbaufläche — einige
hundert Morgen
kauft u. empfiehlt jeden Posten
Saat-, Speise- und
Fabrikkartoffeln.
Tel. 3099.
Tel.-Adr.: „Saatkartoffel“.
Alma-Saatkartoffeln,
der 3tr. 2,75 Mark, verkauft
Dom. Ndr. Hennersdorf,
Kr. Grottkau.

Kartoffeln
kauft und verkauft
in allen Sorten waagweise
H. Jonas, Reife. 19
Gegr. 1858. Tel. Nr. 57.
Emil Frühling, Posen,
Kartoffel-Großhandlung,
Spez.: Saatkartoffeln,
Eigene Anbaufläche — einige
hundert Morgen
kauft u. empfiehlt jeden Posten
Saat-, Speise- und
Fabrikkartoffeln.
Tel. 3099.
Tel.-Adr.: „Saatkartoffel“.
Alma-Saatkartoffeln,
der 3tr. 2,75 Mark, verkauft
Dom. Ndr. Hennersdorf,
Kr. Grottkau.

Kartoffeln
kauft und verkauft
in allen Sorten waagweise
H. Jonas, Reife. 19
Gegr. 1858. Tel. Nr. 57.
Emil Frühling, Posen,
Kartoffel-Großhandlung,
Spez.: Saatkartoffeln,
Eigene Anbaufläche — einige
hundert Morgen
kauft u. empfiehlt jeden Posten
Saat-, Speise- und
Fabrikkartoffeln.
Tel. 3099.
Tel.-Adr.: „Saatkartoffel“.
Alma-Saatkartoffeln,
der 3tr. 2,75 Mark, verkauft
Dom. Ndr. Hennersdorf,
Kr. Grottkau.

garant. reine v. Lohmows
Wohlmann 34 Saatkartoff.
a. bald. 3tr. frei Bn. Domslau zu
ff. gef. Anfr. u. D 59 Schl. Stg.
Kgl. Domäne Zawada bei Weis-
tertscham OS. sucht zu kaufen
1000 3tr. Brennerkartoffeln mit
wenigstens 17 % Stärke sowie
400 3tr. Wohlmann zur Saat
und bietet um Offerten frei Bahn
Weisfertscham.
150 Zentner Saatkartoffeln
„Kaisertrone“
hat abgegeben
Fideikommissherrschaft Schwusen
Kreis Glogau.
800 3tr. unfortierte, groß fallende,
Kartoffeln sucht zu kaufen und er-
bietet Offerten mit Angabe von
Sorte und Preis
Provinzial-Heil- und Pflege-Anstalt
Blagowiz a. Biber.
Dom. Cantendorf, P. Löwen, hat
Speise- und
Saatkartoffeln
Wohlmann abgegeben.
Saathafer,
Piffelbacher, Risch'scher Original-
Hafer, 2. Abfaat v. Originalbezug,
gejunger Qualität (Ertrag p. Morg.
19 3tr.) verkauft à 3tr. 8,50 Mk.
fr. Station Ratibor OS.
Gutsbesitzer Rottmer,
Heinzendorf, v. Ratibor OS. Tel. 40.
Dominium Wittenberg bei Ditt-
machau verkauft sehr schönen
Strubel'schen Hafer zur Saat,
ausgezeichnet durch hohe Erträge
und Widerstandsfähigkeit gegen
Lager, den Zentner zu 8 Mk.
Dom. Dobrydzial b. Wilhelm-
brunn i. P. offeriert zur Saat
in bestgereinigter Qualität,
Ligowo-, Sieges-, Pettus-,
Gelb-, Goldregenhafer,
Hanna-Gerste.
Webb's Gerste,
unerreicht lagerfest, Ia. Braugerste,
Schlanst. Hafer,
Pferdeböhnchen
offeriert zur Saat billigst
Dom. Annahof,
h. Deutsch Krawarn O.-S.
Dom. Striele, Post Scheibitz, ver-
kauft 25 Zentner
Lopinambur
zu 2,50 Mk. ab Wiese.
110 Zentner reine, schönste
Wicken à 18 Mark franko
Station Camin in Ränfers
Säcken verkauft unter Nach-
nahme Dom. Wehlefronze
bei Patuszkiw.
3tr. Saat
Kleine Pferdebohnen,
Prima weiße u. blaue
Lupinen,
Widen, Peluschten u.
offeriert billigst
Oswald Hoffmann,
Nikolai-Stadtgraben 21.
Pferdeböhnchen
zur Saat, der 3tr. 9 Mk., verkauft
Dom. Ekersdorf, Kr. Neurede.
Eine 6-Zimmer-Wohnung in vornehmem Hause
Mauritiusstrasse 16
sofort zu vermieten. Näheres beim Hausmeister.
Zweifamilienvilla Scheitnig
Briskestraße 4 direkt am Park
7-8 Zimmer, zwei gr. Veranden, heizbare Diele, Wintergarten, zwei
Mädchen, Gas u. Elektr. Licht und Staubsauger. Warmwasserheizung
und Verhörung. Näheres daselbst 1. Etod.
Albrechtstraße 44/45.
Große Parterre-Räume
bisher Weinhandlung, mit groß. Lagerkeller, zu vermieten.
Näheres Albrechtstraße 46, bei I. Herold.
Dom 1. April cr. ab sind
große Parterreräume
im Hause Auenstr. 26 a, Fürstenstr. 88
(bisher Postamt 16) im Ganzen oder geteilt zu vermieten. Sehr
gut geeignet für Geschäftsläden, Lagerräume, Büros etc. Reflek-
tanten wollen sich bald mit dem im Hause wohnenden Besitzer
in Verbindung setzen, damit Wünsche für den Umbau berück-
sichtigt werden.

400 Zentner
garant. reine v. Lohmows
Wohlmann 34 Saatkartoff.
a. bald. 3tr. frei Bn. Domslau zu
ff. gef. Anfr. u. D 59 Schl. Stg.
Kgl. Domäne Zawada bei Weis-
tertscham OS. sucht zu kaufen
1000 3tr. Brennerkartoffeln mit
wenigstens 17 % Stärke sowie
400 3tr. Wohlmann zur Saat
und bietet um Offerten frei Bahn
Weisfertscham.
150 Zentner Saatkartoffeln
„Kaisertrone“
hat abgegeben
Fideikommissherrschaft Schwusen
Kreis Glogau.
800 3tr. unfortierte, groß fallende,
Kartoffeln sucht zu kaufen und er-
bietet Offerten mit Angabe von
Sorte und Preis
Provinzial-Heil- und Pflege-Anstalt
Blagowiz a. Biber.
Dom. Cantendorf, P. Löwen, hat
Speise- und
Saatkartoffeln
Wohlmann abgegeben.
Saathafer,
Piffelbacher, Risch'scher Original-
Hafer, 2. Abfaat v. Originalbezug,
gejunger Qualität (Ertrag p. Morg.
19 3tr.) verkauft à 3tr. 8,50 Mk.
fr. Station Ratibor OS.
Gutsbesitzer Rottmer,
Heinzendorf, v. Ratibor OS. Tel. 40.
Dominium Wittenberg bei Ditt-
machau verkauft sehr schönen
Strubel'schen Hafer zur Saat,
ausgezeichnet durch hohe Erträge
und Widerstandsfähigkeit gegen
Lager, den Zentner zu 8 Mk.
Dom. Dobrydzial b. Wilhelm-
brunn i. P. offeriert zur Saat
in bestgereinigter Qualität,
Ligowo-, Sieges-, Pettus-,
Gelb-, Goldregenhafer,
Hanna-Gerste.
Webb's Gerste,
unerreicht lagerfest, Ia. Braugerste,
Schlanst. Hafer,
Pferdeböhnchen
offeriert zur Saat billigst
Dom. Annahof,
h. Deutsch Krawarn O.-S.
Dom. Striele, Post Scheibitz, ver-
kauft 25 Zentner
Lopinambur
zu 2,50 Mk. ab Wiese.
110 Zentner reine, schönste
Wicken à 18 Mark franko
Station Camin in Ränfers
Säcken verkauft unter Nach-
nahme Dom. Wehlefronze
bei Patuszkiw.
3tr. Saat
Kleine Pferdebohnen,
Prima weiße u. blaue
Lupinen,
Widen, Peluschten u.
offeriert billigst
Oswald Hoffmann,
Nikolai-Stadtgraben 21.
Pferdeböhnchen
zur Saat, der 3tr. 9 Mk., verkauft
Dom. Ekersdorf, Kr. Neurede.
Eine 6-Zimmer-Wohnung in vornehmem Hause
Mauritiusstrasse 16
sofort zu vermieten. Näheres beim Hausmeister.
Zweifamilienvilla Scheitnig
Briskestraße 4 direkt am Park
7-8 Zimmer, zwei gr. Veranden, heizbare Diele, Wintergarten, zwei
Mädchen, Gas u. Elektr. Licht und Staubsauger. Warmwasserheizung
und Verhörung. Näheres daselbst 1. Etod.
Albrechtstraße 44/45.
Große Parterre-Räume
bisher Weinhandlung, mit groß. Lagerkeller, zu vermieten.
Näheres Albrechtstraße 46, bei I. Herold.
Dom 1. April cr. ab sind
große Parterreräume
im Hause Auenstr. 26 a, Fürstenstr. 88
(bisher Postamt 16) im Ganzen oder geteilt zu vermieten. Sehr
gut geeignet für Geschäftsläden, Lagerräume, Büros etc. Reflek-
tanten wollen sich bald mit dem im Hause wohnenden Besitzer
in Verbindung setzen, damit Wünsche für den Umbau berück-
sichtigt werden.

400 Zentner
garant. reine v. Lohmows
Wohlmann 34 Saatkartoff.
a. bald. 3tr. frei Bn. Domslau zu
ff. gef. Anfr. u. D 59 Schl. Stg.
Kgl. Domäne Zawada bei Weis-
tertscham OS. sucht zu kaufen
1000 3tr. Brennerkartoffeln mit
wenigstens 17 % Stärke sowie
400 3tr. Wohlmann zur Saat
und bietet um Offerten frei Bahn
Weisfertscham.
150 Zentner Saatkartoffeln
„Kaisertrone“
hat abgegeben
Fideikommissherrschaft Schwusen
Kreis Glogau.
800 3tr. unfortierte, groß fallende,
Kartoffeln sucht zu kaufen und er-
bietet Offerten mit Angabe von
Sorte und Preis
Provinzial-Heil- und Pflege-Anstalt
Blagowiz a. Biber.
Dom. Cantendorf, P. Löwen, hat
Speise- und
Saatkartoffeln
Wohlmann abgegeben.
Saathafer,
Piffelbacher, Risch'scher Original-
Hafer, 2. Abfaat v. Originalbezug,
gejunger Qualität (Ertrag p. Morg.
19 3tr.) verkauft à 3tr. 8,50 Mk.
fr. Station Ratibor OS.
Gutsbesitzer Rottmer,
Heinzendorf, v. Ratibor OS. Tel. 40.
Dominium Wittenberg bei Ditt-
machau verkauft sehr schönen
Strubel'schen Hafer zur Saat,
ausgezeichnet durch hohe Erträge
und Widerstandsfähigkeit gegen
Lager, den Zentner zu 8 Mk.
Dom. Dobrydzial b. Wilhelm-
brunn i. P. offeriert zur Saat
in bestgereinigter Qualität,
Ligowo-, Sieges-, Pettus-,
Gelb-, Goldregenhafer,
Hanna-Gerste.
Webb's Gerste,
unerreicht lagerfest, Ia. Braugerste,
Schlanst. Hafer,
Pferdeböhnchen
offeriert zur Saat billigst
Dom. Annahof,
h. Deutsch Krawarn O.-S.
Dom. Striele, Post Scheibitz, ver-
kauft 25 Zentner
Lopinambur
zu 2,50 Mk. ab Wiese.
110 Zentner reine, schönste
Wicken à 18 Mark franko
Station Camin in Ränfers
Säcken verkauft unter Nach-
nahme Dom. Wehlefronze
bei Patuszkiw.
3tr. Saat
Kleine Pferdebohnen,
Prima weiße u. blaue
Lupinen,
Widen, Peluschten u.
offeriert billigst
Oswald Hoffmann,
Nikolai-Stadtgraben 21.
Pferdeböhnchen
zur Saat, der 3tr. 9 Mk., verkauft
Dom. Ekersdorf, Kr. Neurede.
Eine 6-Zimmer-Wohnung in vornehmem Hause
Mauritiusstrasse 16
sofort zu vermieten. Näheres beim Hausmeister.
Zweifamilienvilla Scheitnig
Briskestraße 4 direkt am Park
7-8 Zimmer, zwei gr. Veranden, heizbare Diele, Wintergarten, zwei
Mädchen, Gas u. Elektr. Licht und Staubsauger. Warmwasserheizung
und Verhörung. Näheres daselbst 1. Etod.
Albrechtstraße 44/45.
Große Parterre-Räume
bisher Weinhandlung, mit groß. Lagerkeller, zu vermieten.
Näheres Albrechtstraße 46, bei I. Herold.
Dom 1. April cr. ab sind
große Parterreräume
im Hause Auenstr. 26 a, Fürstenstr. 88
(bisher Postamt 16) im Ganzen oder geteilt zu vermieten. Sehr
gut geeignet für Geschäftsläden, Lagerräume, Büros etc. Reflek-
tanten wollen sich bald mit dem im Hause wohnenden Besitzer
in Verbindung setzen, damit Wünsche für den Umbau berück-
sichtigt werden.

400 Zentner
garant. reine v. Lohmows
Wohlmann 34 Saatkartoff.
a. bald. 3tr. frei Bn. Domslau zu
ff. gef. Anfr. u. D 59 Schl. Stg.
Kgl. Domäne Zawada bei Weis-
tertscham OS. sucht zu kaufen
1000 3tr. Brennerkartoffeln mit
wenigstens 17 % Stärke sowie
400 3tr. Wohlmann zur Saat
und bietet um Offerten frei Bahn
Weisfertscham.
150 Zentner Saatkartoffeln
„Kaisertrone“
hat abgegeben
Fideikommissherrschaft Schwusen
Kreis Glogau.
800 3tr. unfortierte, groß fallende,
Kartoffeln sucht zu kaufen und er-
bietet Offerten mit Angabe von
Sorte und Preis
Provinzial-Heil- und Pflege-Anstalt
Blagowiz a. Biber.
Dom. Cantendorf, P. Löwen, hat
Speise- und
Saatkartoffeln
Wohlmann abgegeben.
Saathafer,
Piffelbacher, Risch'scher Original-
Hafer, 2. Abfaat v. Originalbezug,
gejunger Qualität (Ertrag p. Morg.
19 3tr.) verkauft à 3tr. 8,50 Mk.
fr. Station Ratibor OS.
Gutsbesitzer Rottmer,
Heinzendorf, v. Ratibor OS. Tel. 40.
Dominium Wittenberg bei Ditt-
machau verkauft sehr schönen
Strubel'schen Hafer zur Saat,
ausgezeichnet durch hohe Erträge
und Widerstandsfähigkeit gegen
Lager, den Zentner zu 8 Mk.
Dom. Dobrydzial b. Wilhelm-
brunn i. P. offeriert zur Saat
in bestgereinigter Qualität,
Ligowo-, Sieges-, Pettus-,
Gelb-, Goldregenhafer,
Hanna-Gerste.
Webb's Gerste,
unerreicht lagerfest, Ia. Braugerste,
Schlanst. Hafer,
Pferdeböhnchen
offeriert zur Saat billigst
Dom. Annahof,
h. Deutsch Krawarn O.-S.
Dom. Striele, Post Scheibitz, ver-
kauft 25 Zentner
Lopinambur
zu 2,50 Mk. ab Wiese.
110 Zentner reine, schönste
Wicken à 18 Mark franko
Station Camin in Ränfers
Säcken verkauft unter Nach-
nahme Dom. Wehlefronze
bei Patuszkiw.
3tr. Saat
Kleine Pferdebohnen,
Prima weiße u. blaue
Lupinen,
Widen, Peluschten u.
offeriert billigst
Oswald Hoffmann,
Nikolai-Stadtgraben 21.
Pferdeböhnchen
zur Saat, der 3tr. 9 Mk., verkauft
Dom. Ekersdorf, Kr. Neurede.
Eine 6-Zimmer-Wohnung in vornehmem Hause
Mauritiusstrasse 16
sofort zu vermieten. Näheres beim Hausmeister.
Zweifamilienvilla Scheitnig
Briskestraße 4 direkt am Park
7-8 Zimmer, zwei gr. Veranden, heizbare Diele, Wintergarten, zwei
Mädchen, Gas u. Elektr. Licht und Staubsauger. Warmwasserheizung
und Verhörung. Näheres daselbst 1. Etod.
Albrechtstraße 44/45.
Große Parterre-Räume
bisher Weinhandlung, mit groß. Lagerkeller, zu vermieten.
Näheres Albrechtstraße 46, bei I. Herold.
Dom 1. April cr. ab sind
große Parterreräume
im Hause Auenstr. 26 a, Fürstenstr. 88
(bisher Postamt 16) im Ganzen oder geteilt zu vermieten. Sehr
gut geeignet für Geschäftsläden, Lagerräume, Büros etc. Reflek-
tanten wollen sich bald mit dem im Hause wohnenden Besitzer
in Verbindung setzen, damit Wünsche für den Umbau berück-
sichtigt werden.

400 Zentner
garant. reine v. Lohmows
Wohlmann 34 Saatkartoff.
a. bald. 3tr. frei Bn. Domslau zu
ff. gef. Anfr. u. D 59 Schl. Stg.
Kgl. Domäne Zawada bei Weis-
tertscham OS. sucht zu kaufen
1000 3tr. Brennerkartoffeln mit
wenigstens 17 % Stärke sowie
400 3tr. Wohlmann zur Saat
und bietet um Offerten frei Bahn
Weisfertscham.
150 Zentner Saatkartoffeln
„Kaisertrone“
hat abgegeben
Fideikommissherrschaft Schwusen
Kreis Glogau.
800 3tr. unfortierte, groß fallende,
Kartoffeln sucht zu kaufen und er-
bietet Offerten mit Angabe von
Sorte und Preis
Provinzial-Heil- und Pflege-Anstalt
Blagowiz a. Biber.
Dom. Cantendorf, P. Löwen, hat
Speise- und
Saatkartoffeln
Wohlmann abgegeben.
Saathafer,
Piffelbacher, Risch'scher Original-
Hafer, 2. Abfaat v. Originalbezug,
gejunger Qualität (Ertrag p. Morg.
19 3tr.) verkauft à 3tr. 8,50 Mk.
fr. Station Ratibor OS.
Gutsbesitzer Rottmer,
Heinzendorf, v. Ratibor OS. Tel. 40.
Dominium Wittenberg bei Ditt-
machau verkauft sehr schönen
Strubel'schen Hafer zur Saat,
ausgezeichnet durch hohe Erträge
und Widerstandsfähigkeit gegen
Lager, den Zentner zu 8 Mk.
Dom. Dobrydzial b. Wilhelm-
brunn i. P. offeriert zur Saat
in bestgereinigter Qualität,
Ligowo-, Sieges-, Pettus-,
Gelb-, Goldregenhafer,
Hanna-Gerste.
Webb's Gerste,
unerreicht lagerfest, Ia. Braugerste,
Schlanst. Hafer,
Pferdeböhnchen
offeriert zur Saat billigst
Dom. Annahof,
h. Deutsch Krawarn O.-S.
Dom. Striele, Post Scheibitz, ver-
kauft 25 Zentner
Lopinambur
zu 2,50 Mk. ab Wiese.
110 Zentner reine, schönste
Wicken à 18 Mark franko
Station Camin in Ränfers
Säcken verkauft unter Nach-
nahme Dom. Wehlefronze
bei Patuszkiw.
3tr. Saat
Kleine Pferdebohnen,
Prima weiße u. blaue
Lupinen,
Widen, Peluschten u.
offeriert billigst
Oswald Hoffmann,
Nikolai-Stadtgraben 21.
Pferdeböhnchen
zur Saat, der 3tr. 9 Mk., verkauft
Dom. Ekersdorf, Kr. Neurede.
Eine 6-Zimmer-Wohnung in vornehmem Hause
Mauritiusstrasse 16
sofort zu vermieten. Näheres beim Hausmeister.
Zweifamilienvilla Scheitnig
Briskestraße 4 direkt am Park
7-8 Zimmer, zwei gr. Veranden, heizbare Diele, Wintergarten, zwei
Mädchen, Gas u. Elektr. Licht und Staubsauger. Warmwasserheizung
und Verhörung. Näheres daselbst 1. Etod.
Albrechtstraße 44/45.
Große Parterre-Räume
bisher Weinhandlung, mit groß. Lagerkeller, zu vermieten.
Näheres Albrechtstraße 46, bei I. Herold.
Dom 1. April cr. ab sind
große Parterreräume
im Hause Auenstr. 26 a, Fürstenstr. 88
(bisher Postamt 16) im Ganzen oder geteilt zu vermieten. Sehr
gut geeignet für Geschäftsläden, Lagerräume, Büros etc. Reflek-
tanten wollen sich bald mit dem im Hause wohnenden Besitzer
in Verbindung setzen, damit Wünsche für den Umbau berück-
sichtigt werden.

400 Zentner
garant. reine v. Lohmows
Wohlmann 34 Saatkartoff.
a. bald. 3tr. frei Bn. Domslau zu
ff. gef. Anfr. u. D 59 Schl. Stg.
Kgl. Domäne Zawada bei Weis-
tertscham OS. sucht zu kaufen
1000 3tr. Brennerkartoffeln mit
wenigstens 17 % Stärke sowie
400 3tr. Wohlmann zur Saat
und bietet um Offerten frei Bahn
Weisfertscham.
150 Zentner Saatkartoffeln
„Kaisertrone“
hat abgegeben
Fideikommissherrschaft Schwusen
Kreis Glogau.
800 3tr. unfortierte, groß fallende,
Kartoffeln sucht zu kaufen und er-
bietet Offerten mit Angabe von
Sorte und Preis
Provinzial-Heil- und Pflege-Anstalt
Blagowiz a. Biber.
Dom. Cantendorf, P. Löwen, hat
Speise- und
Saatkartoffeln
Wohlmann abgegeben.
Saathafer,
Piffelbacher, Risch'scher Original-
Hafer, 2. Abfaat v. Originalbezug,
gejunger Qualität (Ertrag p. Morg.
19 3tr.) verkauft à 3tr. 8,50 Mk.
fr. Station Ratibor OS.
Gutsbesitzer Rottmer,
Heinzendorf, v. Ratibor OS. Tel. 40.
Dominium Wittenberg bei Ditt-
machau verkauft sehr schönen
Strubel'schen Hafer zur Saat,
ausgezeichnet durch hohe Erträge
und Widerstandsfähigkeit gegen
Lager, den Zentner zu 8 Mk.
Dom. Dobrydzial b. Wilhelm-
brunn i. P. offeriert zur Saat
in bestgereinigter Qualität,
Ligowo-, Sieges-, Pettus-,
Gelb-, Goldregenhafer,
Hanna-Gerste.
Webb's Gerste,
unerreicht lagerfest, Ia. Braugerste,
Schlanst. Hafer,
Pferdeböhnchen
offeriert zur Saat billigst
Dom. Annahof,
h. Deutsch Krawarn O.-S.
Dom. Striele, Post Scheibitz, ver-
kauft 25 Zentner
Lopinambur
zu 2,50 Mk. ab Wiese.
110 Zentner reine, schönste
Wicken à 18 Mark franko
Station Camin in Ränfers
Säcken verkauft unter Nach-
nahme Dom. Wehlefronze
bei Patuszkiw.
3tr. Saat
Kleine Pferdebohnen,
Prima weiße u. blaue
Lupinen,
Widen, Peluschten u.
offeriert billigst
Oswald Hoffmann,
Nikolai-Stadtgraben 21.
Pferdeböhnchen
zur Saat, der 3tr. 9 Mk., verkauft
Dom. Ekersdorf, Kr. Neurede.
Eine 6-Zimmer-Wohnung in vornehmem Hause
Mauritiusstrasse 16
sofort zu vermieten. Näheres beim Hausmeister.
Zweifamilienvilla Scheitnig
Briskestraße 4 direkt am Park
7-8 Zimmer, zwei gr. Veranden, heizbare Diele, Wintergarten, zwei
Mädchen, Gas u. Elektr. Licht und Staubsauger. Warmwasserheizung
und Verhörung. Näheres daselbst 1. Etod.
Albrechtstraße 44/45.
Große Parterre-Räume
bisher Weinhandlung, mit groß. Lagerkeller, zu vermieten.
Näheres Albrechtstraße 46, bei I. Herold.
Dom 1. April cr. ab sind
große Parterreräume
im Hause Auenstr. 26 a, Fürstenstr. 88
(bisher Postamt 16) im Ganzen oder geteilt zu vermieten. Sehr
gut geeignet für Geschäftsläden, Lagerräume, Büros etc. Reflek-
tanten wollen sich bald mit dem im Hause wohnenden Besitzer
in Verbindung setzen, damit Wünsche für den Umbau berück-
sichtigt werden.

400 Zentner
garant. reine v. Lohmows
Wohlmann 34 Saatkartoff.
a. bald. 3tr. frei Bn. Domslau zu
ff. gef. Anfr. u. D 59 Schl. Stg.
Kgl. Domäne Zawada bei Weis-
tertscham OS. sucht zu kaufen
1000 3tr. Brennerkartoffeln mit
wenigstens 17 % Stärke sowie
400 3tr. Wohlmann zur Saat
und bietet um Offerten frei Bahn
Weisfertscham.
150 Zentner Saatkartoffeln
„Kaisertrone“
hat abgegeben
Fideikommissherrschaft Schwusen
Kreis Glogau.
800 3tr. unfortierte, groß fallende,
Kartoffeln sucht zu kaufen und er-
bietet Offerten mit Angabe von
Sorte und Preis
Provinzial-Heil- und Pflege-Anstalt
Blagowiz a. Biber.
Dom. Cantendorf, P. Löwen, hat
Speise- und
Saatkartoffeln
Wohlmann abgegeben.
Saathafer,
Piffelbacher, Risch'scher Original-
Hafer, 2. Abfaat v. Originalbezug,
gejunger Qualität (Ertrag p. Morg.
19 3tr.) verkauft à 3tr. 8,50 Mk.
fr. Station Ratibor OS.
Gutsbesitzer Rottmer,
Heinzendorf, v. Ratibor OS. Tel. 40.
Dominium Wittenberg bei Ditt-
machau verkauft sehr schönen
Strubel'schen Hafer zur Saat,
ausgezeichnet durch hohe Erträge
und Widerstandsfähigkeit gegen
Lager, den Zentner zu 8 Mk.
Dom. Dobrydzial b. Wilhelm-
brunn i. P. offeriert zur Saat
in bestgereinigter Qualität,
Ligowo-, Sieges-, Pettus-,
Gelb-, Goldregenhafer,
Hanna-Gerste.
Webb's Gerste,
unerreicht lagerfest, Ia. Braugerste,
Schlanst. Hafer,
Pferdeböhnchen
offeriert zur Saat billigst
Dom. Annahof,
h. Deutsch Krawarn O.-S.
Dom

